A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

Juli 1971

MATERIELLE UND GEISTIGE PRODUKTION

SOZIALISTISCHE POLITIK IN ITALIEN

LAGE UND KAMPF DER ARBEITERKLASSE

INTELLIGENZ IM KLASSENKAMPF

Kritik am Sozialstaatsaufsatz in SOPO 6/7

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

Wolfgang Abs

SOZIALISTISCHE POLITIK

3. Jahrgang Nr. 12 Juli 1971

AUFSÄTZE UND ANALYSEN — Seite

Joachim Bischoff — Materielle und geistige Produktion – Sohn-Rethels 'Siegeszug' durch die nichtrevisionistische Linke — 1

W. Roth — Möglichkeiten sozialistischer Politik – Beispiel Italien — 21

KURZANALYSEN UND BERICHTE

Volker Gransow — Von "Imperialismus heute" zum "Imperialismus der BRD" — 37

Bericht — Klassenkampf bei August-Thyssen — 43

Bericht — I Gründung des Arbeitskreises "Lage und Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus" — 49

II Probleme der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus — 52

DISKUSSION UND BESPRECHUNG

Thomas Müller, Heinz Schäfer — Bemerkungen zum Artikel "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" (SOPO 6/7) — 69

Intelligenz im Klassenkampf

Lothar Peter — Thesen über Studentenbewegung und Arbeiterklasse — 75

Ulrich Garling, Dietrich v.d. Lühe, Wilgart Schuchardt, Elfi Witten — Die gesellschaftswissenschaftliche Intelligenz im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus — 85

Projekt Klassenanalyse — Versuch zur Bestimmung der Aufgaben der kommunistischen Intellektuellen — 101

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern, Gudrun Wossidlo

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin-West 620 10
Anzeigenpreisliste 2/70
1.-8. Tausend Juli 1971

Cover: Gil Funccius, Westberlin
Satz: Hannes Schwenger, Westberlin
Druck: Verlag und Druck Informdienst GmbH, Westberlin

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement 1971 (6 Nummern) beträgt DM 18,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei Prospekte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), des Francke Verlages, des Gewerkschaftsspiegels sowie eine Bestellkarte der SOPO.

Aufsätze und Analysen

Joachim Bischoff

Materielle und geistige Produktion

Sohn-Rethels 'Siegeszug' durch die nichtrevisionistische Linke (1)

Die Auseinandersetzung innerhalb der SOPO mit den Thesen A. Sohn-Rethels war seit Herbst 1970 geplant. Zum damaligen Zeitpunkt stand ein Aufsatz Sohn-Rethels ("Grundzüge einer geschichtsmaterialistischen Erkenntnistheorie") zur Diskussion, den er erstmals 1965 in "Marxism Today" – dem theoretischen Organ der britischen kommunistischen Partei – publiziert und dann für die deutsche Übersetzung so überarbeitet hatte, daß er "in der jetzigen Form von der Parteiredaktion nie abgenommen worden" wäre (so Sohn-Rethel in einer Vorbemerkung). Zu der Diskussion der Sohn-Rethelschen Auffassungen waren mehrere Diskussionsbeiträge u.a. von W. Müller und F. Unger angekündigt worden. Die Konflikte im Rahmen der ehemaligen Redaktionskonferenz verdrängten die Diskussion über Sohn-Rethel – sie wäre zu diesem Zeitpunkt auf der theoretischen Ebene offensichtlicher Ausdruck der unterschiedlichen Konzeption dessen, was wissenschaftlicher Sozialismus ist, gewesen. Der Autor selbst zog nach der Auseinandersetzung sein Manuskript "in aller Form" zurück. Auch die Meinungen von W. Müller und F. Unger zum Thema können wir auf Wunsch der Autoren nicht mehr publizieren. Ihnen scheint es gegenwärtig angemessener, ihre, im Anschluß an Sohn-Rethel, vorgenommene Revision des wissenschaftlichen Sozialismus nicht mehr in einem Organ zu vertreten, dessen Redaktion und Mitarbeiter ihrer Meinung nach den Übertritt ins 'revisionistische Lager' vollzogen haben. Ein Antirevisionist, dessen Theorie auf einer Revision der Marxschen Theorie beruht, kann seine Thesen nicht in einer 'revisionistischen Zeitschrift' veröffentlichen, die jeder Revision der Marxschen Theorie ablehnend gegenübersteht und Politik auf Basis des wissenschaftlichen Sozialismus begründen will.

I

Wenn eine Untersuchung zum Verhältnis von gesellschaftlicher Basis und geistigem Überbau, die eine grundlegende Erweiterung marxistischer Theorie begründen soll, mit der Bemerkung eingeleitet wird, daß sich "die moderne marxistische Gedankenentwicklung in Deutschland . . . in gewissem Sinne aus dem theoretischen und ideologischen Überbau der ausgebliebenen deutschen Revolution herleitet" und der Verfasser dieser Abhandlung darüberhinaus versichert, es sei "der aufgewühlte, bis auf den Grund getroffene Geist . . ., mit dem man (also keineswegs nur Sohn-Rethel – J.B.) damals durch die Straßen lief und an Ecken und in Versammlungshallen lebte (!), der auf diesen Seiten hier nach fünfzig Jahren (!) noch seine Nachwirkungen vorweist" /8/, dann weiß man sofort, mit welcher Spezie von 'Marxismus' man es hier zu tun hat. Man ist geneigt, diese Nachwirkungen eines getroffenen Geistes, mit dem der Autor einst in Berlin herumlief und die nicht etwa seiner Hirntätigkeit entstammen, sondern letztlich dem Überbau einer "unnötigerweise politisch ge-

1 Alfred Sohn-Rethel: GEISTIGE UND KÖRPERLICHE ARBEIT, Frankfurt 1970; Alle Seitenangaben zwischen Querstrichen im Text beziehen sich auf dieses Buch. Drs.: "Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus (September 1932) – Ein Kommentar nach 38 Jahren," in: KURSBUCH 21, September 1970, S. 17 ff. Durch diesen Artikel wollte Sohn-Rethel im September 1932 "der kommunistischen Par-

scheitert(en)" Revolution geschuldet sind, sich selbst zu überlassen, denn ein so eingeleiteter Versuch "marxistisches Neuland" zu erobern, kann sich bei näherem Hinsehen nur als Variante der Verballhornung des wissenschaftlichen Sozialismus entpuppen. Daß auf der Basis solchen Theorieverständnisses, wie es aus der "gedankenbiographischen Notiz" Sohn-Rethels hervorgeht, eine marxistische Darstellung der Probleme "ideologischer Bewußtseinsbildung" möglich sein soll, ist von vornherein auszuschließen. Eine 'moderne Gedankenentwicklung' kann nur auf Veränderungen des sozial-ökonomischen Prozesses gründen, nur der Ideologe behauptet, es mit einem Stoff zu tun zu haben, der sich selbständig aus dem Denken früherer Generationen gebildet und im Gehirn dieser einander folgenden Generationen eine selbständige Entwicklungsreihe durchgemacht hat. Der 'moderne Marxismus' kann niemals auf einem Überbau gründen, schon gar nicht auf einem Überbau eines gescheiterten Versuchs des Proletariats, die politische Form seiner sozialen Emanzipation zu etablieren. Wenn der wissenschaftliche Sozialismus der theoretische Ausdruck eines materiell-ökonomischen Prozesses, einer bestimmten Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit ist, dann kann 'moderner Marxismus' nur der theoretische Ausdruck des neuesten Lebensabschnittes der bürgerlichen Gesellschaft sein. Selbst wenn man erneut entwickeln wollte, daß die Verselbständigung der Gedanken und Ideen eine Folge

tei ins Gewissen reiben, wie notwendig es war, die proletarische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen als einzig mögliche praktische Alternative zur faschistischen Diktatur." Denn "mit dieser Einsicht stand es bei der Parteiführung sehr faul." (ib., p. 33)
Drs.: "Die technische Intelligenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus," in: NEUES ROTES FORUM, Nr. 3, 1971, p. 58 ff.
Im gleichen Heft des NRF sind zwei kurze Stellungnahmen zum Vortrag von Alfred Sohn-Rethel veröffentlicht. In der redaktionellen Vorbemerkung wird beklagt, daß verschiedene Gruppen versuchen, "Sohn-Rethel zum Schutzpatron eines bornierten Anti-Leninismus zu machen.' /55/. Aber es sei schließlich nicht Sohn-Rethel anzulasten, wenn er zum Aushängeschild "eines theorie- und praxislosen Sammelsuriums von Eklektikern" gemacht würde. "Es würde auch einen schweren Schaden für die kommunistischen Gruppen in der BRD bedeuten (!!), wenn sie diese Auseinandersetzung (mit den Sohn-Rethelschen Thesen – J. B.) einfach deshalb vernachlässigen würden, weil mit den Schriften Sohn-Rethels . . . in der BRD entschieden Schindluder getrieben wird." (ib.) Die ungerechte Behandlung, die Sohn-Rethel von bestimmten studentischen Zirkeln erfährt, ist für Sohn-Rethel selbst kein neuartiges Phänomen, war er doch von der kommunistischen Partei Englands, die sich weigerte sein Buch im Parteiverlag herauszubringen, und von der Frankfurter Schule der kritischen Theorie, zu der er sich selbst rechnet, gleichermaßen schnöde behandelt worden. So stellt Helmut Reinicke fest: "Sohn-Rethel hat neue Ansätze geliefert, die Dialektik des 'wissenschaftlichen Erkennens' materialistisch aus der Dialektik von Wertform und Denkform nachzuweisen und hat damit wohl eines der bedeutendsten Werke des theoretischen Marxismus der letzten Jahre vorgelegt. Daß diese erste größere Veröffentlichung erst heute einen Verlag fand, hat sicherlich mit dem durch die Emigration liquidierten Diskussionszusammenhang zu tun; erst die späteren Editionen der Briefe des Kreises um die 'Zeitschrift für Sozialforschung', die Max Horkheimer herausgab, könnten etwas Licht auf die bedauernswerte Tatsache werfen, daß Sohn-Rethel (geb. 1899) nicht im Rahmen der Schriftenreihe des Frankfurter Instituts hat publizieren können." Helmut Reinicke: "Ware und Dialektik", in: POLITIKON, Nr. 36, 1971, S. 24 Zur Diskussion siehe weiter: Frank Unger: "Bemerkungen zu Alfred Sohn-Rethel: Geistige und körperliche Arbeit", in: RC–Bulletin, Nr. 1, 1971, p. 8 ff.

der Verselbständigung der gesellschaftlichen Beziehungen der individuen ist, daß mithin die Abstraktionen und Ideen nichts als der theoretische Ausdruck der, gegenüber den Produktionsagenten, verselbständigten gesellschaftlichen Zusammenhänge sind, daß die ausschließlich systematische Beschäftigung mit diesen Gedanken selbst ein arbeitsteilig betriebenes Geschäft ist, daß den Ideologen bei der Systematisierung dieser Gedanken die eigentlichen Triebkräfte verborgen bleiben, daß ihnen alles Handeln in letzter Instanz im Denken begründet scheint, nur weil es durch das Denken vermittelt ist, daß sie daher die verknöcherten gegeneinander verselbständigten Formen des gesellschaftlichen Lebens erneut verkehren, indem sie den Stoff des Denkprozesses aus dem reinen Denken ableiten wollen, und daß die Folge dieser Beschäftigung mit bloßem Gedankenmaterial die Verwandlung von Gedanken und Sprache als Äußerungen des wirklichen Lebens in ein selbständiges Reich ist, selbst zur Lösung dieser Aufgabe kann ein Verweis auf einen angeblich allgemeinen Geist von Weihnachten 1918, als dessen Sprachrohr sich Sohn-Rethel hier ausgibt, überhaupt nichts beitragen. Der einzige Sinn, der in diesem Hinweis des Autors gesehen werden kann, liegt darin, daß hier der Prozeß der Zerstörung von Klassenvorurteilen beschrieben ist. Die Erfahrung von der Erschütterung seiner bisherigen sozialen, politischen, ideologischen Anschauungsweise durch die "Schüsse der Berliner Spartakuskämpfe" hat Sohn-Rethel zwar zur Einsicht in die Notwendigkeit der proletarischen Revolution verholfen, aber leider ging diese Erschütterung nicht so weit, ihm auch inhaltlich begreiflich zu machen, daß die proletarische Bewegung nur Leute aus andern Klassen gebrauchen kann, wenn sie keine bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Vorurteile mitbringen, sondern sich die proletarische Anschauungsweise restlos angeeignet haben. Allein aus der gedankenbiographischen Notiz kann man also ersehen, daß es sich bei den Nachwirkungen um Überbleibsel von spezifischen Klassenvorurteilen handelt, um einen der zahlreichen Versuche, die sozialistischen, oberflächlich angeeigneten Gedanken in Einklang zu bringen mit den verschiedensten theoretischen Standpunkten, die die Herren von der Universität oder sonstwoher mitgebracht, und von denen einer noch verworrener ist als der andre, dank dem Verwesungsprozeß, in dem sich die Reste der deutschen Philosophie befinden.

Wenn es trotz dieser Einschätzung, daß es sich bei dem von Sohn-Rethel vorgenommenen Versuch eines "erweiterten Ansatzes marxistischer Theorie" nur um eine Variante in dem Bemühen handelt, den wissenschaftlichen Sozialismus gemäß mitgebrachten kleinbürgerlichen Klassenvorurteilen zurecht zu stutzen, notwendig ist, sich detaillierter mit seinen Thesen zu befassen, dann deshalb, weil die Nachwirkungen des aufgewühlten Geistes bei Teilen der sozialistischen Bewegung in der BRD und Westberlin zu einem "der bedeutendsten Werke des theoretischen Marxismus der letzten Jahre" (2) avancierten. Nicht so sehr die von Sohn-Rethel fixierten Nachwirkungen des aufgewühlten Geistes von 1918 sind von Interesse, als vielmehr die aufwühlende Wirkung, die sie anrichten.

II

"Von allem Anfang an war die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise einerseits ein ökonomischer, andererseits ein intellektueller Prozeß, und beides in anscheinend zufälliger, aber in Wahrheit notwendig bedingter geschichtlicher Gleichzeitigkeit." /21 f./ Ausgehend von dieser These sucht Sohn-Rethel jene grundlegende Schwierigkeit zu beheben, "daß unser Denken nicht marxistisch genug ist und wichtige Gebiete undurchdrungen läßt." /12/ Darin, daß Marx an keiner Stelle auf den Kapitalismus als intellektuellem Prozeß aufmerksam gemacht hat, liegt nach Sohn-Rethel die Ursache für eine Zweigleisigkeit im marxistischen Denken, für die Spaltung in zwei widersprüchliche Wahrheitsbe-

2 Reinicke, l.c., p. 24.

griffe, einen fürs Geschichtsverständnis und einen für die Naturerkenntnis. Weil Marx die theoretische Möglichkeit der Naturerkenntnis, sofern von ihr überhaupt die Rede ist, mit dem Anschein der Selbstverständlichkeit behandele, seien die Naturwissenschaften weder dem ideologischen Überbau noch der gesellschaftlichen Basis zugerechnet und somit geschichtlich außer Ansatz gelassen worden. Bei einer Aufrechterhaltung der Zweigleisigkeit im marxistischen Denken sei "die Abdankung des Marxismus als Denkstandpunkt eine bloße Frage der Zeit." /14/ Wenn weiterhin die naturwissenschaftlichen Denkformen und die Technologie der geschichtsmaterialistischen Betrachtungsweise entzogen blieben, könne die Gesellschaft nie von der Herrschaft der Technokratie, dem Primat der Technik befreit werden. Die heutige Menschheit gehe dann "nicht dem Sozialismus, sondern der Technokratie entgegen, einer Zukunft also, in der nicht die Gesellschaft über die Technik, sondern die Technik über die Gesellschaft herrscht." /14/

Die Verselbständigung der naturwissenschaftlichen Erkenntnisformen von der "manuellen Produktionspraxis", die "Beziehungslosigkeit der naturwissenschaftlichen Denkform zum historischen Gesellschaftsprozeß" /37/ ist nach Sohn-Rethel zum entscheidenden Widerspruch sowohl in spätkapitalistischen als auch in sozialistischen Ländern geworden. Diesen Widerspruch zu ignorieren hieße sich mit der Zementierung der Scheidung von Kopf- und Handarbeit abzufinden, denn ohne Einsicht in die realen Möglichkeiten und formellen Bedingungen der Aufhebung der Trennung von geistiger und manueller Tätigkeit könne es keine wahrhaft klassenlose Gesellschaft geben. "Das bedeutet aber, daß man es überhaupt bei der gesellschaftlichen Klassenherrschaft beläßt, nehme diese auch die Formen von sozialistischer Bürokratenherrschaft an." /37/ Es zeige sich also, daß die Überwindung des Dualismus im marxistischen Denken und die Entwicklung einer Theorie der Geistes- und Handarbeit Vorbedingung für jeden ernsthaften Versuch klassenloser Vergesellschaftung seien. Im Grunde sei daher die geschichtsmaterialistische Behandlung der naturwissenschaftlichen Erkenntnisfrage "in der jetzigen Epoche eine Lebensfrage für die sozialistische Theorie und Praxis." /14/

Die Lösung für dieses für die künftige gesellschaftliche Entwicklung so entscheidenden Problems wäre dann gefunden, wenn erklärt werden könne, warum Marx nur die ökonomische Seite des Kapitalverhältnisses untersucht und dargestellt, die intellektuelle Seite aber ganz außer acht gelassen habe. "Das K a p i t a l analysiert und beschreibt die ökonomische Seite dieser europäischen Gesamtentwicklung (Daß nach Sohn-Rethel Bücher analysieren können, darf nicht weiter verwundern; unser Marxist läßt – wie später gezeigt – auch die Kategorien losgelöst von einem Verstande denken – J.B.), wie es im wesentlichen ausreicht für das Verständnis einer noch ganz von der Dialektik bloßer naturwüchsiger Kausalität beherrschten Epoche" /22/. Jetzt, in der Epoche des Übergangs von Kapitalismus zum Sozialismus sei die Einseitigkeit der Marxschen Theorie unübersehbar geworden. Mit den Problemen, die jene epochale Veränderung mit sich bringe, werde man nur fertig, wenn die Ursache für das Marxsche Schweigen in Sachen Naturwissenschaft dechiffriert ist. Durch eine Durchleuchtung der Marxschen Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft müsse der schwache Punkt in der Argumentation gefunden, die Einseitigkeit der Darstellung behoben und eine gründliche Geschichtstheorie der Geistesarbeit und der Handarbeit als wesentliche Ergänzung und Fortführung der marxistischen Erkenntnisse etabliert werden.

Wie löst Sohn-Rethel nun seine These ein, "daß in den theoretischen Grundlagen des Kapital vielmehr und bedeutend Tiefergreifendes in Frage steht als in der ökonomischen Auswertung zum Ausdruck kommt" /35/? Das Forschungsziel der Marxschen Analyse sei die Bloßlegung der Naturgesetze der kapitalistischen Produktionsweise, "die Erkenntnis der naturwüchsigen Kausalität, die die bürgerliche Gesellschaft formt und schüttelt und vorwärts treibt und dabei den Menschen Ideen und Illusionen eingibt, als ob es schon eine

menschliche Gesellschaft wäre." /202/ Marx greife diesen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Sein und notwendig falschem Bewußtsein auf und mache diese charakteristische Formbestimmtheit des Bewußtseins – daß es Falsch ist – zum Leitfaden der Seinskritik. Im Prozeß der Kritik verlören dann die Bewußtseinsformen den Schein von zeitloser, natürlicher Geltung. Nach Sohn Rethel zeigt sich: "erst im Verfolg der Methode, im Laufe ihrer erfolgreichen Durchführung, konstituieren sich die marxistischen Maßstäbe der Kritik, welche in steter Wechselbeziehung das Bewußtsein zum Maßstab der Seinskritik und das gesellschaftliche Sein zum Maßstab der Bewußtseinskritik machen. In dieser wechselseitigen Kritik, die man bei Marx überall am Werk findet (!), stellt sich als methodologisches Postulat der effektiven Kritik des Gegebenen die Einheit von Sein und Bewußtsein her, die in einer künftigen Gesellschaft herstellbar werden soll" /205/. Für die Ökonomiekritik bedeute dieses Verfahren von Gesellschaftskritik, daß Marx, bevor er sich an die Abfassung des Kapitals machte, in jahrzehntelangem Studium aus der gesamten verfügbaren Literatur den wissenschaftlich gültigen Bestand des bürgerlichen ökonomischen Denkens herausdestillierte. "Alles das, worin Gewinninteressen oder politische Parteinahme die Oberhand über die Logik gewonnen hatten, also alles das, was im vulgären Sinn 'Ideologie' heißt... schied er aus als unbrauchbar für seine methodologischen Zwecke." /202/ Marx ziele zwar auf die "Wirklichkeit des gesellschaftlichen Seins, aber auf dem indirekten Wege der Kritik historisch vorgefundener und akzeptierter Begriffe." /200/ Er greife also theoretisch solide Bewußtseinsdaten auf, wie Wert, Kapital, Profit, Rente, Lohn etc., um durch Konfrontation dieser Begriffe mit der gesellschaftlichen Struktur der Genesis dieser falschen Bewußtseinsformen, die Ursprungsgründe der Begriffe aufzudecken. Mit der formgenetischen Erklärung dieser Bewußtseinserscheinungen könne dann eben das richtige Bewußtsein etabliert werden. "Sich an den für die ganze politische Ökonomie primären Begriff des 'Wertes' haltend, beginnt Marx mit der Analyse der Ware als des Gegenstandes, auf den sich dieser Begriff bezieht, und macht eben diesen Begriff zum Maßstab und Werkzeug seiner Analyse der Ware. Und was er auf diesem Wege entdeckt, ist – der geschichtliche Ursprung dieser von den Ökonomen als geschichtslos, nämlich als zeitlos absolut behandelten Kategorie. Auf diesem rein kritischen Wege, nach Maßgabe eben dieser Begriffe, auf deren Kritik es abgesehen ist, etabliert Marx als bekräftigte Wahrheit die Bestimmtheit einer gegebenen Bewußtseinsform durch eine bestimmte geschichtliche Erscheinung des gesellschaftlichen Seins." /200/ Mit dem Nachweis, auf welche Weise ein bestimmter Begriff, z. B. der ökonomische Wertbegriff, im gesellschaftlichen Sein erzeugt wird, zerschlage Marx den Verblendungszusammenhang an seinen zentralen Punkten und decke so die Springpunkte der Seinsveränderung auf, weshalb der Kritik des ökonomischen Bewußtseins wirklich revolutionäre Bedeutung zukomme. Die Marxsche "Seinskritik der Ware am Leitfaden der Formbestimmtheit des Wertbegriffs oder am Leitfaden der 'Wertform' " /205/ demontiere das falsche Bewußtsein von der gesellschaftlichen Produktion als ewiger Naturform. "Wir wissen, daß die Warenanalyse von Marx dazu dient, eben diese tragende Voraussetzung der gesamten politischen Ökonomie zu demolieren und von da aus den Blick in die wahre innere Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft zu eröffnen. Das ist die Sache der marxistischen K r i t i k d e r p o l i t i s c h e n Ö k o n o m i e." /43/

Die Konsequenz von Sohn-Rethels Interpretation der Marxschen Methode der Gesellschaftskritik ist die These, daß es sich bei dem ersten Teil des Kapitals, der Warenanalyse um ein "von Marx gesetztes Lehrbeispiel seiner Methode" handele. In der Warenanalyse sei das erstemal die formgenetische Ableitung von notwendig falschem Bewußtsein gelungen und insofern erkennt Sohn-Rethel "der Marxschen Warenanalyse zu Beginn des K a p i t a l und schon in der Schrift Z u r K r i t i k d e r p o l i t i s c h e n Ö k o n o m i e von 1859 einzigartige Bedeutung fürs materialistische Denken zu" /33 f./. Marx untersuche die Ware anhand des Leitfaden 'Wert' und stoße so auf das Phänomen der Wa-

renabstraktion, aus dem der ökonomische Wertbegriff resultiere. Die Waren- oder Wertabstraktion habe den Status einer Realabstraktion. "Das Wesen der Wertabstraktion aber ist, daß sie nicht denkerzeugt ist, ihren Ursprung nicht im Denken der Menschen hat, sondern in ihrem Tun." /34/ Im Kommensurabilitätsargument habe Marx den Gedanken der Wertabstraktion im groben formuliert: "Um ihre Produkte auf einander als Waren zu beziehen, sind die Menschen gezwungen, ihre verschiedenen Arbeiten abstrakt menschlicher Arbeit gleichzusetzen. Sie wissen das nicht, aber sie t u n es, indem sie das materielle Ding auf die Abstraktion W e r t reduzieren." (3)

Obwohl Marx als erster das Phänomen der Warenabstraktion entdeckt und dargestellt habe, habe er die in ihr enthaltenen Formcharaktere nicht weiter untersucht. Der Grund für diese Unterlassung liege darin, daß Marx die Wertabstraktion einfach als Moment der Arbeit fasse. Wert werde als Bestimmung der spezifischen Form der Arbeit gefaßt, wohingegen er doch eigentlich in der Realabstraktion gründe. "Der gesellschaftliche Formcharakter des Austauschs wird übertragen auf die Arbeit und dieser als ihr eigen vindiziert. Die spezifischen Formcharaktere des Warenaustausches kommen als solche nicht zur Untersuchung, denn der ihnen eigentümliche Abstraktionscharakter wird der Arbeit und ihrer Reduktion auf 'abstrakt menschliche Arbeit' zugeschrieben. Diese Reduktion täuscht eine Lösung als erbracht vor, die darin nicht enthalten ist. Es ist diese Scheinlösung, wodurch in der Marxschen Warenanalyse der Zugang zur Kritik der Erkenntnistheorie versperrt wird." /189/

Der Grund für die stiefmütterliche Behandlung der Naturerkenntnis im Marxschen System ist entdeckt. Die Marxsche Warenanalyse führt nach Sohn-Rethel zu dem Ergebnis, daß die vergesellschaftende Kraft des Warenverkehrs unterschlagen wird. Die Eigentümlichkeiten der Realabstraktion in der Tauschhandlung müssen ununtersucht bleiben. Weil Marx aber mit seiner Analyse die Genesis der Vergesellschaftungsformen nicht erfasse, werde eine Erweiterung und Modifikation der Warenanalyse unumgänglich, in der die vergesellschaftende Kraft des Warenverkehrs wieder den ihr gebührenden Platz erhalte.

III

Nach Sohn-Rethel ist also das "unproklamierte Gesamtthema des Kapitals und seiner Fundierung in der Warenanalyse die darin aufgedeckte Realabstraktion. Deren Reichweite geht weiter als bloß auf die Ökonomie, ja sie betrifft die überlieferte Philosophie viel direkter als die politische Ökonomie". /36/ Bevor die Konsequenzen dieser These von der Existenz der Realabstraktion weiter verfolgt werden können, muß zunächst Sohn-Rethels Darstellung des Zusammenhangs von Vergesellschaftung und Arbeit genauer untersucht werden. Stimmt die These, daß die vergesellschaftende Kraft des Warenverkehrs und die Arbeit streng auseinanderzuhalten sind, daß die gesellschaftliche Synthesis aus dem wechselseitigen Aneignungsverhältnis resultiert? Es muß also Sohn-Rethels Frage aufgegriffen werden, ob "die warenproduzierende Gesellschaft im ursächlichen Sinne ein Arbeitszusammenhang oder ein Aneignungszusammenhang ist". /190/

Die Versuche, der Marxschen Gesellschaftskritik die Methode des doktrinären, utopischen Sozialismus zu unterschieben, sind Legion. Statt der bürgerlichen Gesellschaft einen ausgeträumten Idealzustand entgegen zu halten, liegt aber das Geheimnis der kritischen Auffassung des wissenschaftlichen Sozialismus darin, die versteinerten Verhältnisse dadurch

3 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, erste Auflage, 1867, erstes Kapitel, in: MARX–ENGELS–STUDIEN–AUSGABE, Bd. 2, hrsg. von Iring Fetscher, Frankfurt 1966, p. 242.

zum Tanzen zu zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorspielt. Die Theorie ist nur kritisch und revolutionär, sofern in ihr die stetig vor unseren Augen vorgehende Zersetzung der herrschenden Gesellschaftsordnung auf den Begriff gebracht ist. Es geht nicht im mindesten um die Verwirklichung irgendwelcher Ideale oder Prinzipien, sondern um die Freisetzung der Elemente der neuen Gesellschaft, die sich im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisiegesellschaft entwickeln. In diesem Sinne ist die Bemerkung von Marx zu verstehen, daß "an die Stelle phantastischer Utopien die wirkliche Einsicht in die historischen Bedingungen der Bewegung" (4) zu treten hat. "Der Maßstab der 'Gesellschaftlichkeit' muß aus der Natur der jeder Produktionsweise eigentümlichen Verhältnisse, nicht aus ihr fremden Vorstellungen entlehnt werden". (5) Sohn-Rethels Interpretation davon, wie die wirkliche Einsicht, die ideelle Reproduktion des Zersetzungsprozesses des modernen Privateigentums möglich wird, ist nicht minder absurd, als das übliche Interpretationsschema der doktrinären Sozialisten.

An der These von der Analyse der Ware anhand des Leitfadens des primären Begriffs 'Wert' und der Notwendigkeit der formgenetischen Ableitung des Wertbegriffs, zeigt sich das völlige Unverständnis von dem, was wissenschaftliche Einsicht in die Natur der kapitalistischen Produktionsweise heißt. "Der Unglückliche sieht nicht, daß, wenn in meinem Buch gar kein Kapitel über den 'Wert' stünde, die A n a l y s e d e r r e a l e n V e r h ä l t n i s s e, die ich gebe, den Beweis und den Nachweis des wirklichen Wertverhältnisses enthalten würde. Das Geschwätz über die Notwendigkeit, den Wertbegriff zu beweisen, beruht nur auf vollständigster Unwissenheit, sowohl über die Sache, um die es sich handelt, als die Methode der Wissenschaft". (6) Statt darüber zu rätseln, ob der Marxsche Ausgangspunkt "nicht die Wirklichkeit, sondern die Theorie, nicht Seinsdaten, sondern Bewußtseinsdaten" /199/ sind, hätte Sohn-Rethel besser daran getan, die These zu entschlüsseln, daß "die Analyse der Ware auf Arbeit in Doppelform das kritische Endergebnis der mehr als anderthalbhundertjährigen Forschungen der klassischen politischen Ökonomie" (7) ist. Nur für einen aufgewühlten Geist, der aus der Naturerkenntnis ein Erkenntnisproblem nach der Kantschen Art macht, geht die Frage vor, "wer . . . nun aber Marxens Täufer (war), Hegel oder Kant" /28/, statt zunächst zu fragen, warum Marx betont, daß der zwieschlächtige Charakter der Arbeit "der Springpunkt ist, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht" (8).

Zwar ist völlig richtig, "daß der Gegensatz gegen die politische Ökonomie – Sozialismus und Kommunismus – seine theoretischen Voraussetzungen in den Werken der klassischen Ökonomie selbst findet" (9). Das in dem Sinne zu verstehen, der wissenschaftliche gültige Bestand des bürgerlich ökonomischen Denkens sei Leitfaden für die Seinskritik, ist nur nach äußerst oberflächlicher Beschäftigung mit dem "Kapital" möglich. Die wirkliche Wissenschaft der politischen Ökonomie – nicht die Vulgärökonomie – versucht die mannigfaltigen, scheinbar gegeneinander verselbständigten Formen des Reichtums aufzulösen. Das Phantom der Güterwelt als beständig verschwindende und beständig wiedererzeugte Objektivierung der gesellschaftlichen Arbeit darzustellen, ist ihr Ziel. An dieser Intention,

4 Karl Marx: "Der Bürgerkrieg in Frankreich", erster Entwurf, in: MEW Bd. 17, p. 557.
5 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, erste Auflage . . . l.c., p. 238.
6 Karl Marx: "Brief an Ludwig Kugelmann vom 11. 7. 1867", in: MEW Bd. 32, p. 552 (Sperrung – J. B.).
7 Karl Marx: ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, in: MEW, Bd. 13, p. 37.
8 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, in: MEW Bd. 23, p. 56.
9 Karl Marx: DIE GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, p. 844.

die wirkliche Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft zu finden, zeigt sich, daß das Denken selbst noch naturwüchsig aus den gesellschaftlichen Verhältnissen herauswächst. Erst wenn die bürgerlichen Produktionsverhältnisse bereits die Festigkeit von Naturformen angenommen haben, suchen die Menschen hinter den inneren Zusammenhang dieser Formen des gesellschaftlichen Lebens zu kommen. "Das Nachdenken über die Formen menschlichen Lebens, also auch ihre wissenschaftliche Analyse, schlägt überhaupt einen der wirklichen Entwicklung entgegengesetzten Weg ein. Es beginnt post festum und daher mit den fertigen Resultaten des Entwicklungsprozesses" (10). Die klassische politische Ökonomie muß zunächst die äußerlich erscheinenden Lebensformen beschreiben, den äußerlich erscheinenden Zusammenhang darstellen und sogar teilweise für die Erscheinungen noch die Verstandesbegriffe finden, sie also erst in der Sprache und im Denkprozeß reproduzieren. Erst nach diesem Schritt kann die Zergliederung der fixen und einander fremden Formen des Reichtums und das Aufzeigen des inneren Zusammenhanges in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen angegangen werden. Diese Zergliederung, und Rückführung auf die innere Einheit ist aber notwendige Voraussetzung der genetischen Darstellung, des Begreifens des wirklichen Gestaltungsprozesses in seinen verschiedenen Phasen. Folglich hat Marx die "historische Berechtigung dieser Verfahrensart, ihre wissenschaftliche Notwendigkeit in der Geschichte der Ökonomie" (11) immer herausgestellt, wenngleich trotz dieser historischen Berechtigung die wissenschaftliche Unzulänglichkeit dieses Verfahrens nicht übersehen werden darf. Denn um die innere Einheit der Gestalten des Reichtums zu finden, versucht die klassische bürgerliche Ökonomie oft unmittelbar, ohne die Mittelglieder, diese Reduktion vorzunehmen. Der entscheidende Punkt in ihrer Unzulänglichkeit ist aber, daß sie zum Ausgangspunkt der Physiologie des bürgerlichen Systems die Bestimmung des Werts durch die Arbeitszeit nimmt. Sie bleibt also bei der Reduktion auf die innere Einheit der Formen des Reichtums bei der Arbeit sans phrase stehen, statt den Doppelcharakter der Arbeit herauszufühlen. Erst von der zwieschlächtigen Natur der Arbeit aus, ist die genetische Entwicklung der Formen des gesellschaftlichen Lebens möglich. Erst Marx vollzieht diesen letzten Abstraktionsschritt, formuliert das Endergebnis der bisherigen Forschungen der wirklichen Wissenschaft der politischen Ökonomie und kann daher an die Darstellung des inneren organischen Zusammenhanges und Lebensprozesses des bürgerlichen Systems gehen. Insofern ist auch seine Aussage berechtigt, daß im 'Kapital' erstmals durch den Schein hindurch das innere Wesen und die innere Gestalt des Prozesses dargestellt und der innere Zusammenhang des bürgerlichen Systems enthüllt ist (12).

Unser aufgewühlter Geist, dem es schließlich um Philosophie und Erkenntnistheorie geht, übersieht natürlich diesen profanen Zusammenhang vom Nachdenken über die Formen des menschlichen Lebens als selbst noch naturwüchsigem Prozeß. Er reduziert anderthalbhundertjährige Forschung zur Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft auf die Formel vom historischen Materialismus als methodologischem Postulat: 'Bevor er sich an die Abfassung seines Hauptwerkes begab, hatte Marx in mehr als zehnjährigen Studien im Britischen Museum neben vielen anderen (!) die gesamte verfügbare ökonomische Literatur durchgearbeitet und darin die Spreu vom Weizen geschieden . . . Der Zweck seiner Vorarbeit war die Aussonderung aller fehlerhaften, begrifflich unklaren und logischen Inkonsequenzen, um nur das zurückzubehalten, was theoretisch solide war. Einzig dieser wissenschaftlich gültige Bestand bildet den Gegenstand seiner Kritik der politischen Ökonomie" /202/.

10 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, in MEW Bd. 23, p. 89.
11 Karl Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT, in: MEW Bd. 26.2, p. 161.
12 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, in: MEW Bd. 25, p. 178.

Sowenig Sohn-Rethel eine Ahnung von der Wichtigkeit der Entdeckung der doppelten Bestimmtheit der Arbeit hat, sowenig hat er eine Vorstellung davon, was Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft heißt. Daß seine Erweiterung der Marxschen Theorie darin besteht, das an sich Zusammengehörige auseinanderzureißen und daß er nicht ein Gran davon begriffen hat, was Marx unter dialektischer Form der Darstellung versteht, soll nun anhand seiner grotesken Vorstellung vom Warenverkehr, von der allgemeinen Warenzirkulation gezeigt werden.

Marx geht es um eine geschichtlich bestimmte Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, um die Darstellung der bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisse, welche die Individuen im Prozeß ihrer Lebensreproduktion eingehen. "Das Ganze dieser Beziehungen, worin sich die Träger dieser Produktion zur Natur und zueinander befinden, worin sie produzieren, dies Ganze ist eben die Gesellschaft, nach ihrer ökonomischen Struktur betrachtet." (13) Die genetische Darstellung der ökonomischen Struktur eines historisch bestimmten Lebensgewinnungsprozesses hat überhaupt nichts gemein mit einer Untersuchung der Ware anhand des primären Begriffs 'Wert', was uns Sohn-Rethel weismachen will. Sohn-Rethel muß indes auf solch unsinnige Konstruktionen zurückgreifen, weil er die Begründung, warum die Analyse des einfachsten ökonomischen Konkretums, der Ware, der Ausgangspunkt für die Darstellung des Gesamtsystems ist, überhaupt nicht verstanden hat und weil ihm überhaupt der Zusammenhang von erscheinender Bewegung an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft und Warenanalyse vollkommen schleierhaft ist.

An der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft tritt das Kapital sozusagen aus seinem inneren organischen Leben in auswärtige Lebensverhältnisse. In der Aktion der vielen Kapitale aufeinander scheint kein regelnder Zusammenhang der gesellschaftlichen Reproduktion mehr zu existieren; insofern in dieser Sphäre ausschließlich der Zufall zu dominieren scheint. Für die Produktionsagenten ist hier auf den ersten Blick kein inneres Gesetz mehr sichtbar, das sich in diesen Zufällen durchsetzt und sie letzlich reguliert. Der Versuch, die wirklich inneren Gesetze der kapitalistischen Produktion aus der Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage abzuleiten, muß scheitern, weil dadurch nur die Abweichungen von den Gesetzen, nicht diese Gesetze selbst erklärt werden können, also diese Gesetze nur dann rein verwirklicht scheinen, sobald ein Gleichgewicht der beiden entgegengesetzten Kräfte angenommen wird. Es zeigt sich, daß mit der Wirkung von Angebot und Nachfrage nichts erklärt werden kann, bevor nicht die Basis bestimmt ist, auf dem dieses Verhältnis wirkt. "Nachfrage und Zufuhr, bei weiterer Analyse, unterstellen die Existenz der verschiedenen Klassen und Klassenabteilungen, welche die Gesamtrevenue der Gesellschaft unter sich verteilen und als Revenue unter sich konsumieren, die also die von der Revenue gebildete Nachfrage bilden; während sie andererseits, zum Verständnis der durch die Produzenten als solche unter sich gebildeten Nachfrage und Zufuhr, Einsicht in die Gesamtgestaltung des kapitalistischen Produktionsprozesses erheischen." (14)

Wissenschaftliche Analyse des Gesamtprozesses ist aber erst dann gegeben, wenn abgeleitet werden kann, warum die Zersetzung des Werts der Waren, nach Abzug der in ihrer Produktion verbrauchten Produktionsmittel, in scheinbar selbständige und voneinander unabhängige Revenueformen, Lohn, Profit und Rente, auf der Oberfläche der bürgerlichen Produktionsweise die verdrehte Form annehmen kann, durch die die Bestandteile des Werts ihrerseits jetzt als Quellen des Werts erscheinen. Zur Darstellung dieses Prozesses der Verknöcherungen der Formen des Werts bis zu dem Punkt, wo diese Formen sich für die Produktionsagenten in die Substanzen des Werts verwandeln, muß aber zuvor der Zirkulationsprozeß des Kapitals, rsp. der kapitalistisch produzierten Ware entwickelt werden. Da die kapitalistisch produzierte Ware ihrerseits Resultat des kapitalistischen Produktionsprozesses ist, muß zunächst dieser analysiert werden, also auch der in ihm

13 ib., p. 826 f.
14 ib., p. 205.

eingeschlossene Verwertungs- und Wertbildungsprozeß. Da dessen Voraussetzungen aber selbst wieder die Warenzirkulation ist, so erheischt seine Darstellung auch eine davon unabhängige und vorhergehende Analyse der Ware.

Um also zu zeigen, welche weitergehenden Bestimmungen in der Zirkulation der kapitalistisch produzierten Waren eingeschlossen sind, müssen zunächst jene Formwandlungen abgehandelt werden, die der einfachen Metamorphose der Waren, der Warenzirkulation als solcher eigentümlich sind. Der Zirkellauf der Darstellung von einfacher zu kapitalistisch produzierter Ware ist notwendig, weil in den Gesellschaften mit entwickelter kapitalistischer Produktion die Ware eben sowohl als beständig elementarische Voraussetzung wie andererseits als unmittelbares Resultat des kapitalistischen Produktionsprozesses erscheint. Nur wenn diese Struktur in der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft berücksichtigt wird, kann gezeigt werden, wie die Selbständigkeit der Warenzirkulation als solcher bloßer Schein ist und sie im Gang der Darstellung zum bloßen Moment der Kapitalzirkulation, zur abstrakten Sphäre des bürgerlichen Gesamtreproduktionsprozesses herabgesetzt wird. Andererseits können die die Ware als Produkt des Kapitals kennzeichnenden Unterschiede, die Modifikation der Preisbestimmung etc. nur adäquat bestimmt werden, wenn zuvor die Ware als solche, als Resultat und direktes Produkt eines bestimmten Quantums Arbeit, und somit auch die einfache Warenzirkulation entwickelt sind. Marx faßt dieses Verhältnis zwischen einfacher Ware und Ware als Träger von Kapital, sowie die hierin eingeschlossenen Bestimmungen der Gesamtheit der modernen Produktionsverhältnisse folgendermaßen zusammen: "Der Charakter 1. des Produkts als Ware, und 2. der Ware als Produkt des Kapitals, schließt schon die sämtlichen Zirkulationsverhältnisse ein, d. h. einen bestimmten gesellschaftlichen Prozeß, den die Produkte durchmachen müssen, und worin sie bestimmte gesellschaftliche Charaktere annehmen; er schließt ein ebenso bestimmte Verhältnisse der Produktionsagenten, von denen die Verwertung ihres Produkts und seine Rückverwandlung sei es in Lebensmittel, sei es in Produktionsmittel, bestimmt ist. Aber auch abgesehen hiervon, ergibt sich aus den beiden obigen Charakteren des Produkts als Ware, oder der Ware als kapitalistisch produzierter Ware, die ganze Wertbestimmung und die Regelung der Gesamtproduktion durch den Wert." (15)

Bei Sohn-Rethel bleibt dieser Zusammenhang vollkommen ausgeblendet. Wer den Unterschied von einfacher und kapitalistisch produzierter Ware völlig ignoriert, daher hilflos vor der dialektischen Form der Darstellung, der Entfaltung der Bestimmungen in der Weise eines immanenten Übersichhinausgehens steht, kann von dem ersten Abschnitt des Kapitals als einem unantastbaren Grundpfeiler der Marxschen Theorie, als von einem von Marx selbst gesetzten Lehrbeispiel seiner Methode sprechen. Wenn nicht begriffen ist, daß die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit selbst noch über die Preisbewegung, und damit den Warenverkehr, vermittelt ist, daß das Zerfallen des Warenwerts in besondere Bestandteile und die Fortentwicklung dieser Wertbestandteile zu Revenueformen, ihre Verwandlung in Verhältnisse der verschiednen Besitzer der verschiedenen Produktionsagenten zu diesen einzelnen Wertbestandteilen, ihre Verteilung unter die Besitzer nach bestimmten Kategorien und Titeln, an der Wertbestimmung und ihrem Gesetz nichts ändert, daß sich die Wertbestimmung nur vermittels des wechselseitigen Drucks der Kapitale aufeinander durchsetzt, dann ist es nur konsequent, Zirkulation und Produktion auseinanderzureißen und dem Warenverkehr eine vergesellschaftende Kraft zu vindizieren. Durch den Austausch, vielmehr durch die Abweichungen der Marktpreise vom Marktproduktionspreis, erfolgt zwar die Verteilung der Quanta gesellschaftlicher Arbeit auf die entsprechenden Produktionszweige, aber deshalb kann dem Austausch noch keine 'vergesellschaftende Kraft' zugeschrieben werden. Die Marktlage, das Verhältnis der Aggregatkräfte von Angebot und Nachfrage wird umgekehrt durch den Marktproduktionspreis bestimmt, der das die Schwankungen beherrschende Zentrum darstellt. Der Zirkel, daß "die Produktion den Markt und der Markt die Produktion" (16) bestimmt, kann nur durch einen Prozeß wohlfeiler Abstraktion darauf reduziert werden, die spezifische Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit sei ein Marktphänomen. Daß Sohn-Rethel nach diesem Prinzip verfährt, zeigt sich noch an anderer Stelle.

15 ib., p. 887.

Der in der kapitalistisch produzierten Ware eingeschlossene Profit, vielmehr das Verhältnis dieses Profits zum angewandten Kapital, bestimmt die Stufenleiter der Produktion, nicht etwa das Verhältnis der Produktion zu den Bedürfnissen gesellschaftlich entwickelter Menschen. Die Profitrate, selbst Ausdruck von auf dem Markt realisierten Verwertungsverhältnissen, bewirkt ihrerseits ein bestimmtes Verhältnis von Angebot und Nachfrage, löst ein beständiges Ein- und Auswandern von Kapitalmassen aus und regelt somit die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die verschiedenen Branchen gemäß den zahlungsfähigen Bedürfnissen. Die Flüssigkeit des Kapitals drückt nur die Gleichgültigkeit gegen den bestimmten Gebrauchswert, gegen die Besonderheit der Ware aus. Diese Variabilität des Kapitals als Gleichgültigkeit gegen den besonderen Charakter des Arbeitsprozesses erzeugt notwendig eine Gleichgültigkeit und Abstraktheit des Arbeiters gegen den bestimmten Inhalt der Tätigkeit. Es liegt "in der Natur der dem Kapital unterworfenen Lohnarbeit, daß sie gleichgültig ist gegen den spezifischen Charakter ihrer Arbeit, sich nach den Bedürfnissen des Kapitals umwandeln und von einer Produktionssphäre in die andere werfen lassen muß." (17) In der kapitalistischen Produktionsweise wird die Arbeit notwendig immer mehr zu etwas Abstraktem, Gleichgültigem, sie erscheint zunehmend als rein abstrakte Tätigkeit. "Je entwickelter die kapitalistische Produktionsweise in einem Lande, um so größer die Forderung der Variabilität an das Arbeitsvermögen, um so gleichgültiger der Arbeiter gegen den besonderen Inhalt seiner Arbeit und um so flüssiger die Bewegung des Kapitals aus einer Produktionssphäre in die andere." (18) Sohn-Rethel sieht zwar richtig, daß es sich beim Wert nicht bloß um bloß begriffliche Abstraktion handelt, was es aber heißt, wenn Marx von historischer Abstraktion spricht, die eben nur auf Grundlage einer bestimmten ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft vorgenommen werden konnte, vermag er nicht zu interpretieren. Die Bestimmung, daß "dieser Abstraktion der Arbeit nicht nur das geistige Resultat einer konkreten Totalität von Arbeitern" (19) ist, nimmt er auf, und erkennt der Marxschen Theorie insofern "einzigartige Bedeutung zu aus dem Grunde, daß hier von einer Abstraktion in einem andern Sinn als dem der Denkabstraktion die Rede ist." /34/ Aber da er nicht entwickeln kann, daß der verselbständigte Wert einen Kreislauf beschreibt, das Kapital daher nur als Bewegung und nicht als ruhendes Ding begriffen werden kann, versteht er nicht, "daß die Bewegung des industriellen Kapitals diese Abstraktion in actu ist" (20) und daß der Warentausch nur ein Moment in dieser Bewegung und durch den Gesamtprozeß bestimmt ist. Das Beispiel der Abstraktion der Kategorie 'Arbeit sans phrase' hat ihm nicht gezeigt, daß selbst "die abstraktesten Kategorien, trotz ihrer Gültigkeit – eben wegen dieser Abstraktion – für alle Epochen, doch in der Bestimmtheit dieser Abstraktion selbst ebensosehr das Produkt historischer Verhältnisse sind und ihre Vollgültigkeit nur für und innerhalb dieser Verhältnisse besitzen." (21) Verweist Marx darauf, daß man noch nichts über die differencia specifica der verschiedenen Produktionsweisen weiß, "wenn man nur

16 ib., p. 201
17 ib., p. 205.
18 Karl Marx: "Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses", Frankfurt 1969, p. 40.
19 Karl Marx: DIE GRUNDRISSE . . . l.c., p. 25 (Sperrung – J. B.).
20 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 2, in: MEW Bd. 24, p. 109.
21 Karl Marx: DIE GRUNDRISSE . . . l.c., p. 25.

die ihnen gemeinschaftlichen, abstrakten Kategorien der Warenzirkulation kennt" (22), und zeigt er daher, daß die einfache Warenzirkulation bloßes Moment der Kapitalzirkulation und damit ein Teil der allgemeinen Warenzirkulation ist, behauptet Sohn-Rethel kühn, daß "alle in den warenproduzierenden Gesellschaften herrschenden und direktiven Begriff . . . solche (sind), die dem Austauschmechanismus der Aneignung entspringen." /58/

Nach Sohn-Rethels Auffassung ist in der Warenzirkulation als solcher eine Abstraktion enthalten. "Der Sitz der Abstraktion liegt außerhalb der Arbeit in der bestimmten gesellschaftlichen Verkehrsform des Austauschverhältnisses" /38 f./; die Abstraktion ist das Ergebnis der "Tatsache des Nichtgeschehens von Gebrauchshandlungen" während der Zeit und an dem Ort, wo der Austausch stattfindet. "Diese Abstraktion ist im Warenverkehr als solchem enthalten unabhängig von seinem Entwicklungsgrad, ökonomischen Hintergrund, geschichtlichem Zeitpunkt etc." /70/ Sohn-Rethel lehnt daher "die Wesenreduktion des Austauschverhältnisses von Ware gegen Ware auf Arbeitsreduktion" entschieden ab, "anders gesagt, die Warenabstraktion ist Tauschabstraktion, nicht Arbeitsabstraktion." /59/ Zwar ist richtig, daß die Menschen gezwungen sind, um ihre Produkte aufeinander als Waren zu beziehen ihre verschiedenen Arbeiten als abstrakt menschliche Arbeit gleichzusetzen. "Indem sie ihre verschiedenartigen Produkte einander im Austausch als Wert gleichsetzen, setzen sie ihre verschiedenen Arbeiten einander als menschliche Arbeit gleich. Sie wissen das nicht, aber sie tun es." (23) Es ist aber völlig grotesk daraus zu schließen, die Reduktion auf gleiche menschliche Arbeit sei das Ergebnis einer Tauschabstraktion. Nur gesellschaftlich notwendige Arbeit zählt auf dem Markt als gleichgeltende. Gesellschaftlich notwendige Arbeit sowohl in dem Sinne, daß ein Gebrauchswert mit den gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit hergestellt wurde, als auch in dem Sinne, daß die zur Produktion einer spezifischen Warensorte verausgabte Quanta gesellschaftlicher Arbeit ins Maß gesetzt sind zu den Quanta zahlungsfähiger Bedürfnisse, wird aber vermittels des Warenverkehrs den Warenproduzenten gegen ihren Willen als Bestimmungsgröße für die Produktion aufgezwungen. Es bedarf weiterer Bestimmung des Werts, um zu verstehen, warum sich trotz scheinbarer Zufälligkeit im Warenverkehr gesellschaftlich notwendige Arbeit als regulierendes Gesetz durchsetzt. Nur durch die Entwicklung des Zusammenhanges von einfacher zu kapitalistisch produzierter Ware läßt sich zeigen, daß der Wert der Waren der Gravitationspunkt ist, um den ihre Preise sich drehen und zu dem ihre beständigen Schwankungen sich ausgleichen. "Es bedarf vollständig entwickelter Warenproduktion, bevor aus der Erfahrung selbst die wissenschaftliche Einsicht herauswächst, daß die unabhängig voneinander betriebenen, aber als naturwüchsige Glieder der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit allseitig von einander abhängigen Privatarbeiten fortwährend auf ihr gesellschaftlich proportionelles Maß reduziert werden, weil sich in den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen ihrer Produkte die zu deren Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als regelndes Naturgesetz gewaltsam durchsetzt, wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt." (24) Aber davon, daß der Austausch eine wesentliche und durch das kapitalistische Produktionsverhältnis selbst stets von neuem produzierte F o r m d e r V e r m i t t l u n g der Herrschaft der gegenständlichen Arbeit über die lebendige ist, davon ahnt unser aufgewühlter Geist nicht das Geringste.

IV

Sohn-Rethels Modifikation der Warenanalyse gründet auf einer totalen Unkenntnis der elementarsten Grundzüge der Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft.

22 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, . . . l.c., p. 128.
23 ib., p. 88. 24 ib., p. 89.

Wenn er formuliert, "diese Auffassungsweise der Dinge mag man für begründet halten oder nicht, jedenfalls liegt hier aber eine Verschiedenheit von der Marxschen Darstellungsweise im K a p i t a l vor" /114/, dann muß dieser Bemerkung vorbehaltlos zugestimmt werden. Es ist wahrlich faszinierend zu sehen, was man in einem jahrzehntelangen Studium "mit einem irrsinnigen Konzentrationsaufwand" /9/ auf der Suche nach dem Transzendentalsubjekt im Innersten der Formstruktur der Ware an Verballhornung des Systems der Kritik der politischen Ökonomie erreichen kann. Abschließend muß auf die Konsequenzen dieses Versuchs, die "Heimatlosigkeit der Wahrheitsfrage im marxistischen Denken" zu beheben, eingegangen werden, denn hier müssen die Gründe für die Wirkung der Sohn-Rethelschen Marxerweiterung liegen.

Hatte Marx die Warenabstraktion nur nach der Seite ihrer ökonomischen Implikationen ausgeschlachtet, so will Sohn-Rethel jetzt den erkenntnistheoretischen Implikationen nachgehen und den Zusammenhang von Tauschabstraktion und Denkform enthüllen. Er will zeigen, daß die Realabstraktion der Tauschhandlung, rsp. deren Formelemente, sich im Denken widerspiegeln und eine neue Dimension der theoretischen Naturaneignung eröffnen. "Die Elemente der Tauschabstraktion reflektieren sich – zureichende geschichtliche Bedingungen vorausgesetzt – im Bewußtsein der Geldbesitzer als reine Begriffe, weil sie reine im gesellschaftlichen Sein enthaltene Formabstraktionen sind." /76/ Zugleich falle aber durch die Tauschabstraktion in der Begriffsweise Natur und Geschichte auseinander. Eröffnen die Kategorien, die reine Vergesellschaftungsformen des Denkens sind, die Möglichkeit, "sich eines begrifflich (!) unabhängigen (!) Intellektes oder Verstandes zu bedienen, der für die Gesellschaft denkt (!)" /18/, so liege darin zugleich die Verschleierung des Ursprungs dieser Kategorien begründet. Erlaube der reine Intellekt die theoretische Naturerkenntnis durch Anwendung dieser Kategorien auf die Natur, und zwar eine Naturerkenntnis, die unabhängig und getrennt ist von der körperlichen Arbeit und der direkten Produktionserfahrung, so müsse doch diese Möglichkeit der Naturerkenntnis unabhängig von der Produktionstechnik sich zu Trennung in Hand- und Kopfarbeit verdichten und letztlich zur Herrschaft der Technik über die Gesellschaft, zur Technokratie führen. "Das Erstaunliche war möglich geworden, Naturvorgänge aus völlig anderen Quellen als den praktischen Erfahrungsmitteln der Handarbeit zu bestimmen, und zwar nach Begriffen universell vergesellschafteten, den individuellen Dimensionen manueller Einzelarbeit ganz und gar überhobenen Denkens." /125/

Dies ist eine wahrhaft geschichtsmaterialistisch fundierte Theorie der Geistesarbeit. Mit dem Warenverkehr – gleich ob die Zirkulation nur auf die Surplusprodukte beschränkt ist oder die gesamte Produktion erfaßt hat, sofern die Gesellschaften es nur zur Entwicklung des Geldes bringen – sind jene Abstraktionsformen oder Erkenntnisprinzipien gegeben, die ein von Produktionsprozeß unabhängiges wissenschaftliches Denken erlauben. Für Sohn-Rethel gibt es also "eine Erkenntnis aus geistiger Arbeit, unabhängig und getrennt von der körperlichen Arbeit und der direkten Produktionserfahrung. Die Möglichkeit solcher theoretischen Erkenntnis ergibt sich aus dem Gebrauch von Besitz von Geld (!), von dem Zeitpunkt an, wo Warenverkehr zum Träger des gesellschaftlichen Nexus geworden ist" /81 f./. Der Hinweis auf den Besitz des Geldes ist etwa nicht so zu verstehen, daß es zum Verständnis des Stellenwerts der geistigen Produktion im Gesamtreproduktionsprozeß notwendig ist zu erklären, wie es zur Vereinseitigung der geistigen Arbeit als sozialer Funktion kommt und ob diese Tätigkeit als Berufstätigkeit und Geschäft betrieben wird oder bloß Luxusartikel der herrschenden Klasse bleibt. Daß die geistige Arbeit nur im Zusammenhang mit der bestimmten historischen Gliederung der Produktionsverhältnisse bestimmt werden kann, ist dem Erkenntnistheoretiker wiederum ein zu profaner Gesichtspunkt. Ihn interessieren schließlich die Denkformen, die begrifflichen Möglichkeiten der Naturerkenntnis; daß man zum Denken Zeit braucht, daher von der materiellen Produktion freigestellt sein muß und folglich an der direkten Aneignung der Surplus-

arbeitszeit durch die herrschende Klasse beteiligt sein oder seine Hirntätigkeit zur Berufstätigkeit machen muß ist ihm nebensächlich. Überlegen präsentiert Sohn-Rethel eine geschichtsmaterialistische Theorie der Hand- und Kopfarbeit, die nur den Vorzug hat, daß in ihr davon abstrahiert ist, daß die materielle Teilung der Arbeit die Voraussetzung der Teilung der geistigen Arbeit ist. Aus der modifizierten Warenanalyse ergibt sich das grandiose Resultat, daß unter dem Deckmantel eines geschichtsmaterialistischen Verständnisses spezifischer Bewußtseinsbildung der wirkliche Zusammenhang von materieller und geistiger Produktion auf den Kopf gestellt wird. Indes die These, daß sich aus der bestimmten Form der materiellen Produktion sowohl eine bestimmte Gliederung der Gesellschaft als auch ein bestimmtes Verhältnis der Menschen zur Natur ergibt, daß die politische Form des Gemeinwesens und die geistigen Anschauungen von daher bestimmt sind, also auch die Art der geistigen Produktion, speziell die theoretische Aneignung der Natur, läßt sich natürlich auch nicht aus einer auf den ersten Abschnitt des 'Kapitals' reduzierten Warenanalyse ableiten. "Um den Zusammenhang zwischen der geistigen Produktion und der materiellen zu betrachten, (ist es) vor allem nötig, die letzere selbst nicht als allgemeine Kategorie, sondern in bestimmter historischer Form zu fassen . . . Wird die materielle Produktion selbst nicht in ihrer spezifischen historischen Form gefaßt, so ist es unmöglich, das Bestimmte an der ihr entsprechenden geistigen Produktion und die Wechselwirkung beider aufzufassen." (25) Sohn-Rethel, der die Warenporduktion als solche – eine Kategorie, die den verschiedensten Produktionsweisen angehört – in den Mittelpunkt seiner Untersuchung rückt, versucht also gerade die Bestimmtheit der geistigen Produktion aus einer abstrakten Kategorie, in der die differencia specifica der bürgerlichen Produktionsweise nicht ausgedrückt ist, abzuleiten. Die Konsequenz einer solchen Ergänzung der marxistischen Theorie liegt auf der Hand: In dem Sohn-Rethel "die materielle Produktion selbst nicht historisch faßt – sie als Produktion von materiellen Gütern überhaupt faßt, nicht als eine bestimmte historisch entwickelte und spezifische Form dieser Produktion –, zieht er sich selbst den Boden unter den Füßen weg, auf dem allein teils die ideologischen Bestandteile der herrschenden Klasse, teils die freie geistige Produktion dieser gegebenen Gesellschaftsformation begriffen werden kann. Er kann nicht über allgemeine schlechte Redensarten hinauskommen." (26) In der Tat schlechte Redensarten finden sich in Sohn-Rethels Buch in Hülle und Fülle: Der Fortschritt der geistigen Produktion hat für ihn nicht das Geringste mit der Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der in Tätigkeit gesetzten Arbeit zu tun; er läßt den autonomen Intellekt oder Verstand, unabhängig von den Individuen, für die Gesellschaft denken; für ihn "wäre es nicht einmal falsch zu sagen, daß es die Gesellschaft ist, ihre Synthesis, welche in den Funktionen des bloßen Intellektes denkt" /85/.

Sohn-Rethel behandelt die Naturerkenntnis als allgemeines geistiges Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung, als allgemeines Produkt der menschlichen Geschichte, ohne zu sehen, daß die Akkumulation des Wissens und des Geschicks, der allgemeinen Produktivkräfte des gesellschaftlichen Hirns selbst im engen Verhältnis zur praktischen Aneignung der Natur durch die Individuen innerhalb und vermittels einer bestimmten Gesellschaftsform steht. Nur bei Betrachtung der differencia specifica des bürgerlichen Systems zeigt sich, daß das Kapitalverhältnis "einerseits eine bestimmte gegebene historische Entwicklung der Produktivkräfte voraussetzt – unter diesen Produktivkräften auch Wissenschaft –, andererseits sie vorantreibt und forciert." (27) Weil die kapitalistische

25 Karl Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT, in: MEW 26. 1, p. 257 (Sperrung – J. B.).

26 ib., p. 257.

27 Karl Marx: DIE GRUNDRISSE . . . 1. c., p. 587.

Produktionsweise durch die Notwendigkeit der rastlosen Entwicklung der Produktivkräfte charakterisiert ist, muß in ihr auch die Entwicklung der Wissenschaft von daher bestimmt sein. In ihr ist mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit zugleich die Tendenz zur Entwicklung der geistigen Arbeit sowie zur Herabsetzung der unmittelbaren Arbeit zu einem bloßen Moment des Produktionsprozesses gesetzt. Wie einerseits die Naturwissenschaften sowohl ihren Zweck wie ihr Material erst durch die sinnliche Tätigkeit der Menschen, die gesellschaftliche Praxis erhalten – sie aus der gesellschaftlichen Erfahrung und Beobachtung entspringen, welche die Produktion des auf großer Stufenleiter kombinierten Gesamtarbeiters gewährt –, ist andererseits die Verbindung von Arbeit mit Naturwissenschaft, die Anwendung der Wissenschaft auf den unmittelbaren Produktionsprozeß nur durch vergesellschaftete Arbeit möglich. Diese Darstellung der Entwicklung der Wissenschaften sowohl als Produkt wie als Ursache für die Entfaltung der sozialen Produktivkräfte der Arbeit ist aber völlig verschieden von einem Versuch, die Warenanalyse nach der Seite ihrer erkenntnistheoretischen Implikationen auszuschlachten. Bei Sohn-Rethels Reflexionen findet sich folglich nicht der geringste Ansatz von der These, daß "die Entwicklung dieser Wissenschaft, besonders der Naturwissenschaft, und mit ihr aller andren . . . selbst wieder im Verhältnis zur Entwicklung der materiellen Produktion" (28) steht. Alle weitergehenden Momente wie z. B., daß die allgemeine wissenschaftliche Arbeit nicht als Produktivkraft der sozialen Arbeit sondern des Kapitals erscheint, daß also in der kapitalistischen Produktionsweise die gegensätzlichen Formen des Reichtums einen Gegensatz des Wissens einschließen, eine Trennung in Arbeit und Wissen, kann Sohn-Rethel nicht mehr als notwendige Bestimmungen des Kapitalverhältnisses ableiten.

War bei der Vervollständigung der Warenanalyse noch insofern ein Zusammenhang mit der Marxschen Theorie gegeben, als Sohn-Rethels Konfusion auf der Darstellung der Bewegungsgesetze des Kapitals basierte, so ist bei seiner Bestimmung der geistigen Arbeit nicht mehr die geringste Spur einer solchen Beziehung vorhanden. Es kann an diesem Punkt auch nicht mehr von Verballhornung des wissenschaftlichen Sozialismus gesprochen werden, denn das setzte voraus, daß wenigstens noch ein Problembewußtsein vom Zusammenhang von materieller und geistiger Produktion vorhanden ist. Die geschichtsmaterialistische Theorie von Kopf- und Handarbeit ist indes nicht die einzige Konsequenz der modifizierten Warenanalyse. Da Sohn-Rethel den Zusammenhang zwischen Surplusarbeit der Massen und Entwicklung des allgemeinen Reichtums, wie der Entwicklung der allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes nicht begreift, muß er notwendig eine falsche Darstellung vom Auflösungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft geben und den Kommunisten eine neue Taktik zur Beschleunigung dieses Prozesses vorschlagen.

V

Durch den Nachweis der gesellschaftlich-synthetischen Genesis der naturwissenschaftlichen Denkform will Sohn-Rethel die technokratische Denkweise aus den Angeln gehoben haben. Da Marx die volle Bedeutung der Warenabstraktion nicht erfaßt habe, müsse er notwendig die erkenntnistheoretische Seite vernachlässigen, und dieser Mangel wirke sich schließlich aus als Mangel an einer Theorie vom Verhältnis der Kopf- zur Handarbeit, "d. h. als theoretische Vernachlässigung einer von Marx selbst als wesentlich erkannten Vorbedingung klassenloser Vergesellschaftung." /37/ Die Konsequenz des Verzichts auf die Darstellung der kapitalistischen Entwicklung als intellektuellem Prozeß müsse daher notwendig eine unzureichende Bestimmung der Momente der proletarischen Revolution sein.

28 ib., p. 592.

Da Sohn-Rethel dem Warenverkehr als solchem eine vergesellschaftende Kraft zubilligt, woraus sich letztlich die Scheidung von Kopf- und Handarbeit herleitet, kann für ihn selbstverständlich die materielle Basis der Bewegung des Proletariats keineswegs nur die im großen Rahmen organisierte Arbeit sein. Die Behauptung, daß die materiellen und geistigen Bedingungen der Negation der Lohnarbeit und des Kapitals selbst Resultat der kapitalistischen Produktionsweise seien, läuft für ihn auf puren Revisionismus hinaus. Wenn unter der Entwicklung der sozialen Produktivkräfte nicht sowohl die Verwandlung der isolierten Arbeit in kombinierte, gesellschaftliche Tätigkeit als auch die Transformation des unmittelbaren Charakters der Arbeit in zunehmend allgemeine, wissenschaftliche Arbeit verstanden wird, sondern geistige Arbeit vollständig unabhängig vom Produktionsprozeß ist, dann ist die proletarische Revolution als Freisetzung der gesellschaftlichen Formen der Produktion von ihrem Klassencharakter unzureichend bestimmt. Durch die Befreiung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit von ihren Klassenschranken wäre der Klassengegensatz noch längst nicht aufgehoben, denn die Verselbständigung der theoretischen Naturaneignung wäre dadurch nicht aufgehoben. Die Liquidation der Scheidung von Kopf- und Handarbeit ist ein viel langwierigerer Prozeß als die Herstellung des unmittelbaren gesellschaftlichen Charakters der Arbeit durch die freie Assoziation der unmittelbaren Produzenten. Das Hauptproblem der bewußten Rekonstitution der menschlichen Gesellschaft besteht nicht darin eine neue Organisation der Produktion "oder die Befreiung . . . der gesellschaftlichen Formen der Produktion in der gegenwärtigen organisierten Arbeit . . . von den Fesseln der Sklaverei, von ihrem Klassencharakter, und ihre harmonische nationale und internationale Koordinierung" (29) durchzusetzen, sondern eine neue Denkweise und damit den Primat der Gesellschaft über die Technik zu etablieren. Die zu lösende Aufgabe besteht nicht darin, daß die Arbeiterklasse "die Wissenschaft aus einem Werkzeug der Klassenherrschaft in eine Kraft des Volkes verwandeln, die Männer der Wissenschaft selbst aus Kupplern des Klassenvorurteils, stellenjagenden Staatsparasiten und Bundesgenossen des Kapitals in freie Vertreter des Geistes verwandeln" (30) muß, weil der Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit durch die Verwissenschaftlichung der Produktion zum Zwecke der Verminderung der Arbeitszeit für die materielle Produktion überhaupt eine entscheidende Bedeutung zukommt, sondern darin, daß durch die Unterordnung der Naturerkenntnis unter die Gesellschaft die Herrschaft der geistigen Produzenten abgeschafft wird.

Aus dieser Differenz in der Einschätzung der Aufgaben der proletarischen Revolution leitet sich eine unterschiedliche Bestimmung für die Politik des Proletariats ab. Für Sohn-Rethel kann es nicht mehr darum gehen, die materielle Produktion so zu organisieren, daß keine Klasse die Naturnotwendigkeit der Arbeit von sich selbst ab und anderen Klassen zuwälzen kann, die Arbeit also gleichmäßig unter alle werkfähigen Glieder der Gesellschaft verteilt, die Arbeit als bestimmt dressierte Naturkraft durch Entwicklung der verwissenschaftlichten Produktion zunehmend überflüssig und folglich die disponible Zeit der Gesellschaft, der für freie, geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen eroberte Zeitteil zunehmend größer wird, sondern darum, durch bewußtes Handeln die Änderung des Überbaus und die praktische Liquidierung der technokratischen Denkweise in Angriff zu nehmen. Die Politik des Proletariats darauf abzustellen, die für die Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise gesetzten Schranken zu beseitigen, heißt für Sohn-Rethel revisionistische Politik zu machen. Was dagegen not tut, ist die "große Initiative", "um die direkten Produzenten zum aktiven Subjekt der gesellschaftlichen Synthesis einer sozialistischen Ordnung zu machen." /174/ Zwar räumt Sohn-Rethel ein, daß "die Abschaffung der kapitalistischen Eigentumsrechte nach wie

29 Karl Marx: "Der Bürgerkrieg in Frankreich, erster Entwurf", in: MEW Bd. 17,p.546.
30 ib., p. 554.

vor die unerläßlich notwendige Bedingung zur Lösung der Probleme der modernen Gesellschaft bleibt", doch ist sie "für eine sozialistische Lösung in keiner Weise zureichend." /170/ "An der Entwicklung mancher der heutigen sozialistischen Länder läßt sich die Wahrheit ablesen, daß man das kapitalistische Eigentum abschaffen kann und doch den Klassengegensatz noch nicht los ist." /45/ Wird die Verselbständigung der geistigen Arbeit nicht rückgängig gemacht, so wird nach Sohn-Rethel die Verfügung über die Organisation der Produktion bloß von den Kapitalisten auf die Usurpatorenbürokratie übertragen, die Träger der geistigen Arbeit unterjochen weiterhin die Arbeiterklasse. "Das ist die Einsicht, die der chinesischen Kritik am Sowjetregime zugrunde liegt." /170/ Diese Entwicklung läßt sich nur vermeiden, wenn sich die Menschen "aus kapitalistischen Heloten zu sozialistischen Menschen verwandeln, . . . (sie) in die Rolle des Subjekts der neuen gesellschaftlichen Synthesis durch Selbsterziehung in schrittweiser Entwicklung aufwachsen. Dieser Prozeß ist der Hauptinhalt (!!) der sozialistischen Phase auf eine klassenlose Vergesellschaftung hin. . . . Diese Wahrheit läßt sich von den Chinesen lernen." /178/

Hier wird das Geheimnis des Erfolges des Sohn-Rethelschen Buches offenkundig. Sohn-Rethel hat in der bei Marx verkürzten Fassung der Warenanalyse endlich den Grund für die weltweite Tendenz zum Revisionismus innerhalb der internationalen proletarischen Bewegung gefunden: denn bekanntlich ist die Theorie der Produktivkräfte der Kern aller revisionistischen Theorien. (31)

Durch Sohn-Rethel ist nachgewiesen, daß der Revisionsimus seine Ursache in der bisherigen Fassung des wissenschaftlichen Sozialismus hat. Was bisher nur bei Engels eindeutig nachgewiesen werden konnte, der sich durch seine These von der Benutzung des allgemeinen Stimmrechts als notwendiger Kampfweise des Proletariat als Revisionist entlarvt hat, gilt auch für Marx: Letzlich war Marx der erste revisionistische Arbeiterführer, weil er die erkenntnistheoretischen Implikationen der Warenanalyse übersah. Von ihm stammt die verhängnisvolle Theorie von der Entwicklung der Produktivkräfte; er hat das grundfalsche Dogma formuliert, daß es in der Diktatur des Proletariats, der politischen Form der sozialen Emanzipation des Proletariats, in erster Linie darauf ankommt, die ökonomischen Bedingungen der Sklaverei der Arbeit durch die Bedingungen der freien und assoziierten Arbeit zu ersetzen. "Die Menschen bauen sich eine neue Welt, nicht aus den 'Erdgütern', wie der grobianische Aberglauben wähnt, sondern aus den geschichtlichen Errungenschaften ihrer untergehenden Welt. Sie müssen im Laufe ihrer Entwicklung die materiellen Bedingungen einer neue Gesellschaft selber erst produzieren, und keine Kraftanstrengung der Gesinnung oder des Willens kann sie von diesem Schicksal befreien." (32) Daß Marx dem revolutionären Willen überhaupt keine Funktion einräumte, ist also bloße Konsequenz einer unzureichenden Warenanalyse. Von dieser verkürzten Auffassung ausgehend, konnte er keine Theorie der Trennung von Kopf- und Handarbeit entwickeln und mußte notwendig die Bedeutung übersehen, die dem revolutionären Willen im Kampf gegen die technokratische Denkweise zukommt. In seiner Auseinandersetzung mit Bakunin ging Marx daher auch zu weit, wenn er diesem vorwarf: "Der Wille, nicht die ökonomischen Bedingungen, ist die Grundlage seiner sozialen Revolution." (33) Nach der Modifizierung und Ergänzung der Warenanalyse ist dieser entscheidende Fehler behoben. Zwar bleibt die Entwicklung der Produktivkräfte wichtig, aber der Hauptinhalt der proletarischen Revolution muß der Kampf gegen die alte Denkweise auf Basis des entschlossenen revolutionären Willens der Massen sein.

31 Vgl. dazu etwa KURSBUCH Nr. 23, 1971, p. 107.
32 Karl Marx: "Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral", in: MEW Bd. 4, p. 4 (Sperrung – J. B.).
33 Karl Marx: "Konspekt von Bakunins Buch 'Staatlichkeit und Anarchie'," in: MEW 18, p. 639.

Nun versteht Sohn-Rethel seine Theorie über Hand- und Kopfarbeit als Beitrag zum Aufbau des Sozialismus nach der Revolution und nicht als Theorie der Revolution selbst /vgl. 181/, aber er räumt ein, daß sich aus dieser Theorie doch "partielle Hinweise auch auf die Formen der Revolution" (ib.) ergeben. Zunächst versteht sich von selbst, warum in den kapitalistischen Ländern unter dem parteipolitischen Marxistischen Denken – so nennt Sohn-Rethel die kommunistischen Parteien – "oder revolutionäre W i l l e selbst zu verwelken tendiert" /210 – Hervorhebung J. B./, da diese Parteien schließlich ihre Taktik aus einer bisher unzureichenden marxistischen Theorie ableiteten. Bei solch revisionistischem Ansatz muß der revolutionäre Wille verkümmern. Aber da im hochtechnisierten Produktionsprozeß die Zahl der Handarbeiter fortschreitend in der Abnahme, die der Studenten in der Zunahme begriffen ist, und beide Fraktionen zunehmend zur "qualifizierten und differenzierten Klasse der direkten Produzenten zusammen(wachsen)" /209/ – daß die Studenten normalerweise sich in der Ausbildung befinden und daher vom Produktionsprozeß freigestellt sind, interessiert den Erkenntnistheoretiker nicht weiter – ist einleuchtend, daß die Studenten zunächst der Träger der militanten Initiativen gegen Kapitalisten, Management und Gewerkschaften als "die allesbeherrschende autoritäre Dreieinigkeit" /182/ sind. Den Studenten kommt in der nächsten Zeit die Aufgabe des Vorantreibens der innerbetrieblichen Initiativkraft der Produzenten, die Entfaltung des revolutionären Willens zu. "Vor allem in Gedanken an sie (die Studenten – J.B.) ist die Abfassung dieser Schrift erfolgt. Sie stehen genau auf der Schwelle, wo das notwendig falsche Bewußtsein durchsichtig wird, wo darum die revolutionären Implikationen seiner Kritik voll begriffen werden können und die keinem elitären Mißverständnis ausgesetzt sind." /211/

Sohn-Rethels Kalkül, sein Buch in Gedanken an die Studenten zu schreiben, ist aufgegangen. Sein Buch hat in den studentischen Gruppen und kommunistischen Zirkeln "begeisterte Aufnahme" (34) gefunden. Der relative Fortschritt gegenüber den bisherigen innerhalb der Studentenbewegung kurzfristig in Mode gekommenen 'Theorien', kann auch nicht bestritten werden. Die zentralen Dogmen der Bewegung, Kritik am Sowjetrevisionismus, Kritik an der revisionistischen Gesamtstrategie der traditionellen kommunistischen Parteien und die initiierende Rolle der revolutionären Intelligenz, in einer Theorie vereint, das hat es bisher noch nicht gegeben. Daß indes eine solch miserable Theorie, die nicht nur "in der Sprache und zum Teil auch in ihren Begriffen von der vertrauten Stilart und der Terminologie des Marxismus erheblich abweicht" /7/, zu solchem Ruhm und Ehren gelangen kann – sei auch der Triumphzug noch so kurzlebig –, spricht nur für die miserable Verfassung dieser Bewegung der Intelligenz. Wenn ein solches Buch innerhalb der 'Intelligenz', die von sich selbst behauptet, für die Sache des Proletariats zu kämpfen, begeisterte Aufnahme findet, so kann das nur bedeuten, daß sie genausowenig wie Sohn-Rethel begriffen hat, was es heißt, wirkliche Bildungselemente in die proletarische Bewegung einzubringen. Statt restloser Aneignung der proletarischen Anschauungsweise, dominiert hier das Prinzip aller bürgerlicher und kleinbürgerlicher Konvertiten, zu lehren, was sie nicht gelernt haben (35). Gegenüber diesen Versuchen, den wissenschaftlichen Sozialismus mit kleinbürgerlichen und bürgerlichen Vorstellungen in Einklang bringen zu wollen, muß erneut betont werden, daß die neue Wissenschaft vorerst gründlich zu studieren ist. Für Sohn-Rethel und seine Anhänger, denen die marxistische Theorie doch so sehr am Herzen liegt, gilt daher: "Wenn also die theoretischen Vertreter der Proletarier irgend etwas durch ihre literarische Tätigkeit ausrichten wollen, so müssen sie vor allem darauf dringen, daß alle Phrasen entfernt werden, die das Bewußtsein in der Schärfe dieses Gegensatzes (von Reichtum und Armut – J. B.) schwächen, alle Phrasen, die diesen Gegensatz vertuschen und wohl gar den Bourgeois Gelegenheit bieten, sich kraft ihrer philanthropischen Schwärmereien der Sicherheit halber den Kommunisten zu nähern. . . . Wir wissen sehr gut, daß die kommunistische Bewegung nicht durch ein paar deutsche Phrasenmacher verdorben werden kann. Aber es ist dennoch nötig, in einem Lande wie Deutschland, wo die philosophischen Phrasen seit Jahrhunderten eine gewisse Macht hatten . . . allen Phrasen entgegenzutreten" (36).

---

34 NEUES ROTES FORUM, l.c., p. 55. Welche oberflächliche Einschätzung dem Sohn-Rethelschen Triumphzug zugrunde liegt, kann man aus folgender Bemerkung im NRF ersehen: "Wenn sich Sohn-Rethel in seiner Theorie auf die Praxis des chinesischen Weges zum Sozialismus beruft, so spricht das (!!!) für das revolutionäre Interesse der philosophischen Arbeit Sohn-Rethels" (58) Freilich sind Sohn-Rethels Adepten, die anderen Zirkeln vorwerfen, sie trieben Schindluder mit dem seit Jahren originellsten Beitrag des theoretischen Marxismus, nicht völlig ohne kritische Distanz. So heißt es in dem NRF: "Sohn Rethel scheint trotz aller Sympathien für die chinesische Revolution, diese grundsätzliche Differenz (zwischen konkreter und abstrakter Arbeit – J. B.) nicht beachtet zu haben." Aber trotz des Faktums, daß Sohn-Rethel den Doppelcharakter der Arbeit "vernachlässigt" hat, muß festgestellt werden, daß er "sich um die theoretische Auseinandersetzung unter den Marxisten zweifellos verdient" (55) gemacht hat. Auch Reinicke stellt fest: "Es steckt ein idealistischer Zug in Sohn-Rethels Begriff der gesellschaftlichen Synthesis, der von der Gesellschaft als einem 'organischen Ganzen' abstrahiert, in dem doch Produktion, Distribution, Austausch und Konsumtion Glieder einer Totalität bilden". (29) Er fährt fort: "Unbeschadet der angeführten Unklarheiten gebührt Sohn-Rethel das Verdienst, der bei Marx nach der Seite der Subjektivität unvollständigen Warenanalyse nachgegangen zu sein." (30) Es stellt sich jetzt notwendig die Frage, wer eklektizistischer ist. eine Gruppierung, die – wie das NRF meint – "ihre offen konterrevolutionären Intentionen immer weniger (!!!) hinter ouvrieristischen und linkskommunistischen Phrasen verdeckt" (55) oder die Gruppierungen, die jene Verschleierung bisher noch ganz gut zuwege bringen und sich das Ediket "Helden der Phrase" wirklich verdient haben?

35 Karl Marx und Friedrich Engels: "Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Brache u. a. vom 17./18. September 1879", in: MEW 34, p. 406 f.; ferner: Bierbaum u. a.: "Zur Aktualität der Leninschen Partei", in: SOP 10, p. 77 f.

36 Karl Marx und Friedrich Engels: DIE DEUTSCHE IDEOLOGIE, in: MEW Bd. 3, p. 457.

KPD Protokolle des 9., 10. und 11. Parteitags Frankfurt 1924, Berlin 1925, Essen 1927.

3 Bd. 1700 S. 36 DM

Amboß Reprint 1 Berlin 61 Großbeerenstr. 88

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) – Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Barbara Schilling (presserechtlich verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Heft 6/7 (Juni/Juli 1971) enthält u.a.:

ALGERIEN: Rede Boumedienes anläßlich der Nationalisierung der Erdölindustrie – REPUBLIK SÜDAFRIKA: Geschichte des African National Congress (ANC), Freedom Charta, Stellungnahme der KP Südafrikas, Übersicht über die Apartheidsgesetze, Sozialökonomische Daten – TÜRKEI: ATTF: Zur aktuellen Lage – PAKISTAN: Sozialökonomische Daten, Sechs-Punkte-Programm der Awami-Liga – URUGUAY: Programm der Frente Amplio

Heft 8 (August 1971) wird unter anderem enthalten:

PAKISTAN: Warum Bangla Desh? Offener Brief der KP Ostpakistans – ANGOLA: Bericht über Kriegsverbrechen

Heft 9 (September 1971) wird u.a. enthalten:

ANGOLA: Über das Erziehungswesen – GUINEA-BISSAU/KAPVERDISCHE INSELN: Amilcar Cabral, Zur Situation auf den Kapverdischen Inseln – SÜD-KOREA: Berichte über den politischen Terror – REPUBLIK SÜDAFRIKA: Analyse der neuen diplomatischen Offensive des 'Dialoges'

Jahrgang 1970 enthielt u.a. Dokumente aus:

Angola, Brasilien, Chile, DRV, Guinea-Bissau/Kapverdische Inseln, Kambodscha, Laos, Mozambique, Peru, Südvietnam.

Preis: Einzelheft 1,50 DM, 12 Hefte 15,– DM
Bestellungen an: Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46.

W. Roth

Möglichkeiten sozialistischer Politik -Beispiel Italien

I. Die Krise des alten Systems

Seit 25 Jahren gibt es bürgerliche Regierungen in Italien; – seit 25 Jahren bleiben die hauptsächlich sozio-ökonomischen Probleme ungelöst.

Vielleicht am entscheidensten ist die Unterentwicklung Süditaliens. Dieses Gebiet umfaßt etwa das Festland südlich Roms sowie Sizilien und Sardinien. In den 9 Regionen leben 45 % der Italiener, 28 % der Industriearbeiter, 51 % der Agrarbevölkerung und 60 % der Arbeitslosen. (1) An der Entstehung des Volkseinkommens ist der Süden gerade zu einem Drittel beteiligt. (2) Ebenso niedrig ist der Anteil am Wohnungsbauvolumen. (1) In 7 der 20 Regionen Italiens ist die Industrie Haupterwerbszweig, keine davon liegt im Süden. (1)

Für das ursprüngliche Fehlen der Industrialisierung in Süditalien waren u.a. maßgebend der Mangel an Rohstoffen und Energiequellen und die ungünstige Verkehrslage. Bis heute hat sich ein rückständiges, halbfeudales Agrarsystem erhalten. Gemeinsam mit den Großgrundbesitzern war auch die norditalienische Industrie an der Erhaltung dieses Zustandes interessiert, solange sie international nicht konkurrenzfähig war und den Süden als Absatzmarkt brauchte. Nach dem Ende des Faschismus setzte eine zögernde staatliche Intervention ein, der aber die entscheidende Strukturreform nicht gelang. Mit Subventionen wurde zwar die Ansiedlung von großen Betrieben der Staats- und Privatkonzerne gefördert, wodurch aber regelmäßig die ansässige Klein- und Mittelindustrie ruiniert wurde, so daß effektiv die Zahl der Arbeitsplätze kaum zunahm. Die Agrarreform blieb schon in den Ansätzen stecken.

Nachdem Süditalien seine Bedeutung als Absatzmarkt weitgehend verloren hat, erhält es immer mehr die Funktion eines Arbeitskräftereservoirs für die norditalienische und westdeutsche Industrie. Seit 1950 verließen 7 Millionen Menschen Süditalien. (3) Aber immer noch gibt es allein auf Sizilien 300 000 Arbeitslose und besuchen 538 000 schulpflichtige Kinder keinen Unterricht – im ganzen restlichen Italien sind es nur 72 000. Im Süden haben 97 % der Wohnungen keine Waschmaschine, 88 % kein Bad, 45 % kein WC. Für 1 000 Einwohner stehen 3 Krankenhausplätze zur Verfügung. (4)

In Norditalien erhält auch ein ungelernter Arbeiter über 100 % höhere Löhne als im Süden, wo das durchschnittliche Jahreseinkommen in Kalabrien etwa bei 2 100 DM liegt. Von diesen Arbeitern kommen jährlich einige Zehntausend nach Mailand. So erklären sich auch die 300 000 Analphabeten. In der Lombardei insgesamt sind es 600 000. (5)

1 Bollettino ISTAT, ott. 1969.
2 G. Tagliacarne: I CONTI PROVINCIALI E REGIONALI, 1968, S. 32-37.
3 N. Colaianni: LA QUESTIONE MERIDIONALE NEGLI ANNI 70, S. 15.
Zu Süditalien s. ferner: IL SUD NELLA STORIA D'ITALIA (Laterza); DE FELICE E PARLATO, La questione meridionale (Ed. Riuniti); Cinanni: EMIGRAZIONE E IMPERIALISMO (Ed. Riuniti); MEZZOGIORNO E REGIONE, schede di orientamento e di studio 5, 1970 a cura del PCI.
4 FAZ, 4.11.70, S. 2.
5 CONGIUNTURA ECONOMICA LOMBARDA, 1970/5, S. 426.

Die Masse der Zuwanderer wohnt in rasch hochgezogenen Trabantensiedlungen am Stadtrand, oft regional aufgegliedert, so daß regelrechte Ghettos entstanden sind, die sich manchmal auffällig von der Umgebung unterscheiden.

Mailand gilt zwar zu Recht als das beste Beispiel einer centro-sinistra-Verwaltung, aber in der Stadt fehlen etwa 300 000 Zimmer und auf den sozialen Wohnungsbau entfallen weniger als 5 % der gesamten Bautätigkeit. Zwar hat die Kommunalverwaltung einen vorbildlichen Generalbebauungsplan aufgestellt, aber seinen hemmungslosen Verletzungen durch die Bauspekulation steht sie hilflos gegenüber. Die geplanten Werte für die Bebauungsdichte wurden immer wieder bis um das Zwanzigfache überschritten. Daher verfügt jeder Einwohner nicht über die geplanten 40 qm Grünfläche, sondern über 2,8 qm und daher auch die extreme Luftverschmutzung durch Verkehrs- und Industrieabgase. (6)

In den großen Industriestädten macht die Miete 35 bis 50 % des Lohns aus. (7) Ein angelernter Arbeiter bei Pirelli verdiente Anfang 1970 2,26 DM pro Stunde. (8) Italien hat die niedrigsten Löhne in der EWG. Von 1966 auf 1967 stieg die Arbeitsproduktivität in der Industrie um 21,5 %, die Reallöhne um 3,9 %. Als nach den großen Streiks im Herbst '69 ein Arbeiter etwa 13 % mehr Lohn bekam, hatte er 28 % mehr Steuern zu zahlen. (9) Am Rande des Existenzminimums leben auch über 2 Millionen Unterbeschäftigte. 1968 gab es eine Million weniger Arbeitsplätze als 1963. (10)

Dagegen können sich die Vertreter des Monopolkapitalismus kaum über dieses System beklagen, das sich nicht zuletzt auf die Anwesenheit amerikanischer (das Hauptquartier der 6. US Flotte ist in Neapel) und auch westdeutscher (auf Sardinien) Militäreinheiten stützt. US-Bürger haben 1,2 Milliarden Dollar in Italien investiert, allein 479 Millionen in der Erdölwirtschaft. (11)

Bezeichnend für die Expansion der italienischen Monopole selbst waren die 1970 erfolgten Verflechtungen von Citroen mit FIAT und Dunlop mit Pirelli. Besonders gravierend ist die Monopolisierung des Baumarkts und die hemmungslose Bodenspekulation. Jede staatliche Kontrolle fehlt. Ein Bedarf von 11 Millionen Zimmern ist ungedeckt, aber der Anteil des sozialen Wohnungsbaus betrug 1968 gerade 6,7 % (1953 waren es noch 24,8 % gewesen, zehn Jahre später hatte man mit 2,0 % das Minimum erreicht). Allein in den vier Jahren von 1966 bis 1969 betrugen die Gewinne der Bodenspekulanten aus der bloßen Wertsteigerung des Baulandes umgerechnet 24 Mrd DM, ohne daß davon Steuern zu zahlen wären. Dagegen wurden 12 Mrd DM aus Steuergeldern für die Erschließung des neuen Baulandes zur Verfügung gestellt. (12)

Von 1965 bis Juli 1969 transferierten italienische Bürger 40 Mrd DM ins Ausland. Allein im Januar 1970 waren es 600 Mio DM, worauf man wieder Devisenbewirtschaftung einführte. (13) Gewisse Leute sorgen offenbar vor für eine rote Zukunft. Sie sehen die Chancen ihres Systems erstaunlich realistisch.

---

6 LA CITTA DEVE DIVENTARE TUA, PCI Milano 1970, sowie das sehr ausführliche Buch von Vigano, Graziosi: GANINO – MILANO VENDESI, 1970 (relazioni sociali).

7 L'AVANTI, 4.6.70, "Caro-casa in Lombardia", sowie in "casa e fisco" (CGIL/13), S. 12.

8 MILANO STATISTICA (XIII/11), Dezember 1969, aber Daten bis Februar 1970.

9 CASA E FISCO, (CGIL/13), S. 34.

10 CRPEL, contributi alla redazione di un annuario statistico regionale, quad. 1° 70, S. 45.

11 Diese Zahlen wurden dem Verfasser vom italienischen Industrieverband "Confindustria" 1970 mitgeteilt.

12 CASA E FISCO, (CGIL/13), S. 15-20. 13 DER SPIEGEL, 10.8.70, S. 82.

Wenden wir uns nun dem "centro-sinistra" zu, der politischen Ausdrucksform des alten Systems.

Centro-sinistra heißt etwa Mitte-links. So nennen sich die Regierungen, die in Italien und in den meisten seiner Regionen, Provinzen und Kommunen regieren. Sie bestehen aus den Parteien der Christlichen Demokraten, Republikaner, Sozialdemokraten und Sozialisten.

II. Das centro-sinistra und seine inneren Widersprüche

Die italienischen Parlamentswahlen von 1968 hatten folgendes Ergebnis:

Christliche Demokraten (DC)	39,1 %
Kommunisten (PCI)	26,9 %
Vereinigte Sozialistische Parteien (PSI/PSDI)	14,5 %
Liberale (PLI)	5,8 %
Partei der proletarischen Einheit (PSIUP)	4,5 %
Neofaschisten (MSI)	4,5 %
Republikaner (PRI)	2,0 %
Monarchisten (PDIUM)	1,3 %

Auf das centro-sinistra entfielen also 55,6 % der Stimmen.

Italien wird erst seit 1962 von centro-sinistra-Kabinetten regiert. (14) Vom April 1944 bis Mai 1947 gab es antifaschistische Einheitsregierungen aus Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten. Diese Koalition zerbrach am Unwillen der restaurativen Kräfte der DC zu grundlegenden Strukturreformen, an ihrer Annäherung an die USA und an der antikommunistischen Hetze, die nicht zuletzt vom Vatikan und dem Klerus geschürt wurde. Zudem spaltete sich der rechte Flügel der Sozialistischen Partei unter Führung des heutigen Staatspräsidenten Saragat ab. Die Sozialisten unter Nenni und die Kommunisten verließen die Regierung; in den Wahlen von 1948 erhielten die Kommunisten 31 %, gegenüber 19 % zwei Jahre zuvor.

Von 1948 bis 1962 macht Italien eine Phase der Restauration und des Terrors durch, gekennzeichnet durch das Attentat auf Togliatti, durch die verbrecherische Innenpolitik des Christdemokraten Scelba, der allein zwischen 1948 und 1960 62 Arbeiter zum Opfer fallen, und den Versuch, 1953 die Linkskräfte durch ein manipulierendes Wahlgesetz auszuschalten.

Das neue System heißt Zentrismus und bedeutet die Herrschaft der Christdemokraten mit Unterstützung der ultrarechten Liberalen, der Republikaner, der Sozialdemokraten Saragats (zu denen 1951 der neue rechte Flügel der Sozialisten unter Romita gestoßen ist), und schließlich auch der Monarchisten und Neofaschisten. Diese Politik verschafft dem italienischen Großkapital die nötige Erholungspause zu einer neuen Expansion; Italien tritt in die NATO ein, der Papst spricht den Bannfluch über die Kommunisten, die Einheitsgewerkschaft wird gespalten, die Sozialisten verlassen die Einheitsfront mit der PCI. Andererseits wird der Widerstand gegen den Zentrismus immer stärker. Als 1960 im antifaschistischen Kampf Dutzende Arbeiter getötet werden, wird dieses System unhaltbar. Im Januar 1962 beschließt der Parteitag der DC das Ende der Rechtskoalitionen.

---

14 Zusammenfassende Darstellungen der italienischen Nachkriegsgeschichte finden sich in dem Sammelband PCI 70 – I COMUNISTI IN 50 ANNI DI STORIA und in dem nach der Spaltung 1969 von der PSU herausgegebenen Heft IL SOCIALISMO IN ITALIA. Ferner für die Zeit von 1945-55 von Hinterhäuser ITALIEN ZWISCHEN SCHWARZ UND ROT (Kohlhammer).

Mit dem Beginn des centro-sinistra gehen PLI, PDIUM und MSI in die Opposition. Namentlich die Liberalen werden zur bevorzugten Partei des Großkapitals, nachdem nun ein schon größerer Teil der DC darauf keinen Wert mehr legt. Monarchisten und Neofaschisten werden auch als erklärte Feinde der Republik in ihrer Tätigkeit nicht behindert. 1970 wurde die MSI von anderthalb Millionen Italienern gewählt. Ihre meisten Anhänger hat diese Partei unter dem Subproletariat des Südens; in Rom und Neapel ist sie drittstärkste Partei. Bemerkenswert ist ihr jugendlicher Anhang, der weitgehend für die Zwischenfälle an den Universitäten in den Jahren 1967 bis 1969 verantwortlich ist. Auf das Konto der MSI gehen zahllose Provokationen gegen linke Politiker ebenso wie die Unruhen in Reggio Calabria und L'Aquila.

Durch ihre Distanzierung von der PCI waren die Sozialisten (PSI) regierungsfähig geworden. Ein Teil ihrer Forderungen wurde nun in das Programm des centro-sinistra übernommen, etwa Agrarreform, Dezentralisierung der Verwaltung, Nationalisierung der Elektrizitätswirtschaft, Schulreform und größere staatliche Wirtschaftsplanung. Das meiste allerdings wurde nicht verwirklicht, der Rest – wie die Nationalisierung der Elektrizitätswirtschaft – nur halbherzig.

Entscheidend für die Öffnung zu den Sozialisten war der linke Flügel der DC gewesen, der unter dem Eindruck der Erneuerung der katholischen Soziallehre Anfang der sechziger Jahre stand. Mit dem neuen Regierungsprogramm hatte man zwar eine Reihe von Massenforderungen aufgegriffen, die aber von den rechten DC-Führern vorwiegend deshalb akzeptiert wurden, weil sie hofften, durch einige oberflächliche Reformen und bloß verbale Versprechungen den Kommunisten den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Seit dem Krieg hat die DC in allen bisher 32 Regierungen gesessen und auch immer den Ministerpräsidenten gestellt. Während dieser Zeit haben sich die Gegensätze innerhalb der Partei immer mehr verschärft. DC-Funktionäre zählen bis zu 16 Fraktionen in der eigenen Partei. Nicht selten ist bei Regierungsbildungen zwischen diesen ein Konsens schwieriger herzustellen als mit den anderen Parteien.

Beherrschend ist nach wie vor die rechte Gruppe, die sich auf Industrie und Großagrarier stützt. Ihre Politik wird von der Mehrzahl der italienischen Zeitungen propagiert und immer noch von nicht wenigen Kanzeln gepredigt. Die Masse ihrer Wähler sind Hausfrauen, Bauern und Hilfsarbeiter, also Leute mit meist geringer Schulbildung, die ihrer rechten Demagogie am leichtesten zugänglich sind. Diese Gruppe ist am stärksten in Süditalien. Immer wieder werden dort prominente Christdemokraten der Korruption, der Unterschlagung oder der Verbindung mit dem organisierten Verbrechertum überführt. Im Interesse dieser Leute waren auch die 1964 aufgedeckten Putschpläne des militärischen Geheimdienstes SIFAR.

Die erste centro-sinistra-Regierung entstand auf lokaler Ebene in Mailand, dem Zentrum des linken Flügels der DC. Eine besondere Bedeutung hat die Gruppe "Base", deren Mitglieder sich manchmal als kleine Kommunisten in der Kirche apostrophieren. Jedenfalls lehnen sie den herkömmlichen Antikommunismus der DC ab; man betrachtet die PCI nicht mehr als eine Gefahr für die Demokratie, sondern sucht den Dialog. Dabei hat man nicht wenige positive Ansatzpunkte für eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft Italiens gefunden. (15) Da sich in der linken DC die Stimmen mehren, die das centro-sinistra für überholt halten und ihm eine "Bicolo Re"-Koalition nur aus DC und PSI vorziehen, erscheint die Öffnung auch zu den Kommunisten nicht mehr unmöglich.

15 Vorerst noch eine Ausnahme ist die DC-PSI-PCI Kommunalverwaltung in Cesate bei Mailand; dazu eine bezeichnende Stellungnahme der PSU in ihrem internen Organ L'AMMINISTRATORE, Oktober 1970.

Entscheidend für diese Tendenzen in der DC war die Abwendung des katholischen Teils der italienischen Arbeiterbewegung von der Ideologie der Klassenversöhnung. Seit einigen Jahren verzichten der katholische Gewerkschaftsbund CISL und die katholischen Arbeitervereine (ACLI) darauf, ihren Mitgliedern eine bestimmte Partei zur Wahl zu empfehlen. (16) Auf dem gewerkschaftlichen Sektor ist die Zusammenarbeit von Katholiken mit Sozialisten und Kommunisten weitgehend realisiert. So geraten auch die in CISL und ACLI organisierten Landwirte nicht selten in Gegensatz zum erzreaktionären Bauernverband "Coldiretti", der eine Hauptstütze des rechten Flügels der DC bildet.

Freilich ist die Frage, wie lange die reaktionären Kräfte der DC sich mit diesen Entwicklungen abfinden werden. Es hat schon etliche Parteiausschlüsse gegeben, das Vorgehen des konservativen Klerus gegen fortschrittliche Priester, von denen ein beträchtlicher Einfluß gerade auf die katholischen Arbeiter ausgeht, ist hinreichend bekannt.

Andere progressive Kräfte haben sich freiwillig von der DC getrennt; im Frühjahr 1970 verließ über ein Drittel der Christdemokraten in der nordwestlichen Region Val d'Aosta die Partei, ging eine neue Koalition mit PSI und der Partei der französisch-sprachigen Minderheit ein und schickte die Rest-DC und die sozialdemokratische PSU in die Opposition. (17)

Eine aus den ACLI hervorgegangene Gruppe plant die Gründung einer neuen Partei links von der PCI.

Aber natürlich werden es die rechten Kräfte der DC nicht ohne weiteres auf einen Bruch ankommen lassen. Immer noch spekulieren sie etwa darauf, die katholischen Teile der Arbeiterbewegung als retardierenden Faktor mißbrauchen zu können. Und aus Sorge um den Nachwuchs werden sie sich wohl mit dem Linkskurs ihrer Jugendorganisation arrangieren müssen.

Die DC ist allein fast doppelt so groß wie die drei übrigen Parteien des centro-sinistra zusammen. Am kleinsten ist die PRI, die ihre Zentren in einigen Landstädten der Poebene hat. Sie hat eine beachtliche Tradition, auch aus der Zeit des Antifaschismus, und vertritt heute einen linksliberalen Neokapitalismus. Neuerdings (18) ist es ihr gelungen, einen Teil der PLI-Wähler zu sich hinüberzuziehen.

Die erste Spaltung der alten Sozialistischen Partei war 1947, die zweite 1950. Die Spaltergruppen Saragats und Romitas vereinigten sich 1951 zur PSDI, die von da an einen ausgeprägt rechten sozialdemokratischen Kurs verfolgte. Sie machte ohne Zögern den terroristischen Antikommunismus der zentristischen Regierungen mit und bemühte sich eifrig um die Spaltung der Einheitsfront von PSI und PCI, was ihr zunächst gelang. 1957 distanzierten sich die Sozialisten von der PCI, 1962 traten sie in die Regierung ein. Diese Taktik bekam der PSI nicht gut. 1964 machte sich ihr klassenbewußtester Teil selbständig und griff den alten Namen der Sozialistischen Partei wieder auf, Partei der Proletarischen Einheit (PSIUP). Ihr gelang es, einen größeren Teil der PSI-Anhänger zu gewinnen. Ebenso wie die Bewegung der autonomen Sozialisten (MSA) suchte die PSIUP die Zusammenarbeit mit den Kommunisten.

Die MSA war entstanden als Reaktion auf den endgültigen Zusammenschluß von PSI und PSDI im Herbst 1966 zur Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU), der die Wähler 1968 in den Parlamentswahlen eindeutig das Mißtrauen aussprachen. Die Versuche, die soziali-

16 Zur Position der ACLI's, besonders L'UNITA 30.5.70, S. 3 und den Bericht des Vorsitzenden der Mailänder ACLI auf deren 16. Kongreß, "Le ACLI negli anni 70".

17 RINASCITA, 5.6.70, S. 4.

18 Vielleicht die ausführlichste Analyse der Regionalwahlen von 1970 in RINASCITA vom 12.6.70.

stisch/kommunistische Einheitsgewerkschaft CGIL zu spalten, scheiterten. Auch gelang es nicht, den sozialistischen Jugendverband auf den Rechtskurs festzulegen. Um sich endgültig als Rechtspartei profilieren zu können, (19) trennten sich die Sozialdemokraten im Sommer '69 wieder von der PSI und traten allein als PSU auf. Seit dem Parteitag im Februar 71 nennen sie sich wieder PSDI.

Die beachtlichen Gewinne der PSU bei den Regionalwahlen 1970 entsprachen den Verlusten der PLI. Heute ist die PSDI zum rechten Exponenten im centro-sinistra und zur besten Stütze des reaktionären Flügels der DC geworden. Sie hat jede Beziehung zu einer sozialistischen Konzeption verloren; krampfhaft vermeidet man den Eindruck, etwa einen Klassenstandpunkt zu vertreten. (20) Vielmehr empfiehlt sich die PSDI den Wählern als Partei für Ruhe und Ordnung, durchaus mit Erfolg. Im Januar 71 forderte der Parteivorsitzende Ferri in kaum verhüllter Form die Einführung der Präsidialdemokratie. Das Parteiblatt "Umanita" registrierte erfreut den Beifall der Rechtsextremen. Obwohl Ferri unter dem Druck sogar eines Teils seiner eigenen Partei sofort einen Rückzieher machen mußte, wurde er einen Monat später als Parteivorsitzender wiedergewählt. Zudem hat die PSDI den Vorzug, in sich wesentlich einheitlicher zu sein als DC und PSI. Ihre Vorbilder sieht sie bezeichnenderweise in dem bloßen Pragmatismus der amerikanischen Parteien. Allerdings ist es ihr nicht gelungen, den früheren Einfluß auf die als Spaltergewerkschaft entstandene UIL aufrechtzuerhalten. Dennoch darf man ihre Gefährlichkeit für die Einheit der Arbeiterklasse nicht unterschätzen.

Die PSI dagegen vertritt heute einen eindeutigen Klassenstandpunkt. (21) Sie hat gute Beziehungen zu PCI, PSIUP und der linken DC. (22) Es ist die Frage, wie lange sie noch überhaupt zur Zusammenarbeit mit der PSDI bereit ist, wie lange sie noch das bankrotte System des centro-sinistra stützen wird.

Im Dezember '70 und Anfang '71 hat es einige bemerkenswerte Ereignisse für die weitere Entwicklung im centro-sinistra gegeben. So sind in Mailand PSU und PRI aus der von einem Sozialisten geführten Kommunalregierung ausgetreten, in Rom hat die PRI ihren Minister und die beiden Staatssekretäre aus der Regierung zurückgezogen, und die Bildung einer "Bicolore"-Regierung aus DC und PSI auf Sardinien – auf die parlamentarische Unterstützung der Kommunisten angewiesen – wurde nur noch durch die massive Intervention der römischen DC-Zentrale verhindert.

III. Die kommunistische Partei Italiens

Die Partei hat 1,6 Mio Mitglieder und 8,5 Mio Wähler. Sie ist beteiligt an 3 von 15 Regional- und 14 von 93 Provinzregierungen, ferner hat sie Vertreter in 1 500 Kommunalverwaltungen. (23) Von Linksmehrheiten regiert werden u.a. die Städte Bologna, Rimini, Ravenna, Ferrara, Livorno, Perugia, Parma, Terni und Siena. Stärkste Partei, aber in der Opposition ist die PCI in Turin, Florenz, Pavia, Mantua und Genua.

19 Vgl. die erste Veröffentlichung der PSU nach der Spaltung "Il manifesto al popolo italiano" in Nr. 1 (Juli 69) von SOCIALISMO DEMOCRATICO.
20 Vgl. "La relazione della direzione del PSU al 1° congresso del partito" in UMANITA vom 14.12.70.
21 Vgl. "Il programma elettorale del PSI" vom Juni 70.
22 Die ausführlichste Darstellung der Positionen der PSI befindet sich in dem 1970 von G. Sodano herausgegebenen Band ELEZIONI 70 – PSI.
23 PCI 70, S. 12-16.

In allen italienischen Großstädten hat die PCI in den (Arbeiter-)Vororten wesentlich höhere Stimmenanteile als in den Städten selbst. In vielen dieser Vororte haben PCI und PSIUP sogar die absolute Mehrheit.

Die PCI ist die größte Mitgliederpartei des Landes. Ein Viertel der Mitglieder sind Frauen. Von den 11 000 Sekretären der Grundeinheiten der Partei sind 52 % Arbeiter, 10 % Bauern bzw. Landarbeiter, 10 % Handwerker und Kaufleute, 22 % Techniker und Angestellte, 5 % Freiberufliche und Studenten. Diese Statistik ist freilich für die Gesamtpartei nicht repräsentativ, wo etwa ein Viertel der Mitglieder Bauern oder Landarbeiter sind. (24)

Sehr wichtig ist die Präsenz der Partei in den Fabriken; es gibt 4 100 Betriebsorganisationen der PCI, davon im Süden aber nur 400. (25) Das Zentralorgan der Partei "L'Unità" gehört zu den größten Tageszeitungen des Landes; besonders populär sind die zahlreichen Volksfeste, die sie veranstaltet. Daneben gibt es u.a. eine gut gemachte kommunistische Illustrierte, "Vie Nuove". Freilich arbeitet die "Unità" defizitär, weil ihr die Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft fehlen. Insgesamt verfügt die Partei über einen Jahresetat von etwa 40 Mio DM. (26)

In vielen Orten gibt es die sogenannten Volkshäuser, die einerseits der politischen Arbeit dienen, andererseits der Bevölkerung Möglichkeiten zu selbstorganisierter Freizeitgestaltung bieten. Eine wichtige Rolle für die breite Basis der PCI unter den Massen spielt auch das lebendige Bewußtsein der alten Traditionen der italienischen Arbeiterbewegung, in erster Linie des Partisanenkampfes und der Widerstandsaktionen im 2. Weltkrieg.

Die ideologische Linie und die internationalen Positionen der PCI haben zahlreiche kritische Diskussionen ausgelöst. Konkrete Anlässe waren die Verurteilung der CSSR-Intervention (27) und das Verhalten der PCI auf der Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969, (28) wo sie nur einen Teil der Schlußdokumente unterzeichnete. Auf diese Problematik können wir hier nicht eingehen, da sie in ihren inhaltlichen Konsequenzen eine eigene Analyse erfordern würde.

Trotz der Kritik an der Politik der Sowjetunion kann man von einem Antisowjetismus – wie er von gewisser Seite hineininterpretiert wird – nicht reden. Dazu ist man sich auch in der PCI der entscheidenden Bedeutung der SU für die internationale Arbeiterbewegung zu gut bewußt.

In Italien lehnt die PCI die Zusammenarbeit mit den maoistischen Sekten natürlich ab, versucht aber, mit der VR China selbst in Kontakt zu bleiben. Man verurteilt zwar scharf die Theorien Maos – etwa die Dorf-Stadt-Theorie – oder die Einschätzung der SU als imperialistischen Staat, vermied es aber, sich im Ussuri-Konflikt irgendwie festzulegen. Erstaunlich sind auch die Kontakte zur SPD, denen einige Schweizer Zeitungen sogar Einflüsse auf die Ostpolitik Brandts nachzuweisen suchten. (29)

Auf innenpolitischem Gebiet realisiert die PCI ihren "italienischen Weg zum Sozialismus". Eine sehr gute Definition stammt von Sergio Segre: (30) "Wir glauben, daß man heute in

24 FAZ, 30.5.70, Artikel "Wohin geht Italien?" (in der Beilage).
25 PCI 70, S. 12.
26 PCI 70, S. 15.
27 Dazu von Tortorella "Autonomia e internazionalismo" in L'UNITA vom 21.8.70 und Longo: LA LEZIONE DEGLI AVVENIMENTI DELL' ULTIMO ANNO IN CECOSLOVACCHIA, 1969.
28 Vgl. die Rede Berlinguers in INTERNATIONALE BERATUNG DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN (Vgl. Frieden und Sozialismus, Prag1969).
29 L'UNITA, 21.8.70, S. 4.
30 In einem Gespräch mit dem Verfasser, veröffentlicht in UZ, 3.10.70, S. 10.

einem kapitalistischen Land den Begriff Revolution nicht als Vorbereitung auf einen Tag verstehen kann, an dem die Revolution 'ausbricht'. Unsere Politik ist revolutionär, indem sie die Klassenbeziehungen zugunsten der Arbeiterklasse ändert und diese zur führenden Kraft macht. Wir streben tiefgehende Strukturreformen an. Hierzu führen wir einen Klassenkampf um immer höhere politisch-ökonomische Ziele. Der Sozialismus ist heute eine Notwendigkeit für die westlichen Industrieländer. Wir sind für einen friedlichen Weg zum Sozialismus, aber wir wissen, daß das nicht nur von uns abhängt: auf Gewalt wird mit Gewalt geantwortet."

Die Forderung nach Reformen hat freilich bei der PCI einen anderen Stellenwert als bei Linkskatholiken oder den diversen Vertretern des Neokapitalismus; bei diesen sollen sie im Rahmen des Systems stattfinden, während die Kommunisten die Klassenverhältnisse ändern. (31) Daher wird das katholische "Klassenversöhnlertum" kompromißlos abgelehnt. Stark betont wird von der PCI der Kampf um die Realisierung der Verfassung und um die Rechte des Parlaments. Der Kommunist Terracini war nach dem Krieg Präsident der Konstituante; die Forderungen der Verfassung stehen so durchaus nicht im Widerspruch zu denen der Kommunisten. (32)

Das Parlament hat die PCI mit Erfolg als Tribüne für ihre Kritik an den Regierungen benutzt, um der Bevölkerung ständig die Möglichkeit zu geben, die kommunistischen Initiativen mit den Aktivitäten der Regierung zu vergleichen. Laut Segre hat die PCI ohnehin schon immer in der Opposition mehr Bedeutung gehabt als manche Partei in der Regierung, und das keineswegs nur auf das Parlament bezogen.

Ziel der PCI ist die Einheit der italienischen Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus. Die Aktionseinheit der PSIUP und MSA ist bereits vorhanden, mit der PSI immerhin teilweise. Ein großer Teil der katholischen Arbeiter ist aber nach wie vor in der DC organisiert. Die ACLI haben zwar eine antimonopolistische Position bezogen, aber die Distanz namentlich zu den Kommunisten noch nicht ganz überwunden.

Allgemein kommt dem Verhältnis zwischen kommunistischer Partei und katholischer Kirche große Bedeutung zu. Nach dem 2. Vatikanischen Konzil war auch in Italien eine stärkere Beschäftigung der Kirche mit den sozialen Fragen zu beobachten und heute erklärt sich ein größerer Teil gerade des jüngeren Klerus für eine antimonopolistische, antiimperialistische Politik. Vor einigen Jahren erregte beträchtliches Aufsehen der von der Kurie erzwungene Rücktritt des Kardinals Lercaro von Bologna. (33) Dieser war ursprünglich ein erbitterter Antikommunist gewesen, war dann aber in Italien der erste seines Ranges, der den Dialog mit den Kommunisten zu führen begann. So wurde trotz seines Alters dieser Kardinal einer der Exponenten der Öffnung nach links. Schließlich erhielt er die Ehrenbürgerschaft von Bologna. Darüber hinaus unterstützte er die Aktionen gegen die US-Aggression in Vietnam, bis er unter fadenscheinigen Begründungen gezwungen wurde, als Erzbischof von Bologna zurückzutreten und auf seine politischen Aktivitäten zu verzichten.

Die PCI ist sich der Bedeutung des katholischen Teils der Arbeiterbewegung bewußt. Nach wie vor sucht sie den Dialog und die antimonopolistische und antiimperialistische Aktionseinheit. (34)

31 Vgl. die Thesen des 8. und 12. Parteitages (beide Ed. Riuniti) und Berlinguer/Longo: PER TRANSFORMARE LA SOCIETA ITALIANA, PER UNA NUOVA DIREZIONE DEL PAESE, Rom 1970.

32 Dazu das Schulungsheft der PCI Nr. 3 POTERE POLITICO, STATO, VIA ITALIANA AL SOCIALISMO.

33 Eine ausführliche Darstellung ist das Buch IL CARDINALE DESTITUITO von Bedeschi (Grimaudi, 1968).

IV. Die Kommunisten in Bologna

In der Emilia-Romagna gibt es 432 000 eingeschriebene Kommunisten, das sind mehr als ein Viertel aller Mitglieder der PCI, und mehr als ein Zehntel aller Einwohner dieser Region. Allein in der Provinz Bologna sind es 117 000. (35)

Im Juni 1970 bei den ersten Regionalwahlen überhaupt erhielten die Kommunisten in der Emilia-Romagna 44,0 %, soviel wie in keiner anderen Region. Zu ihrem Präsidenten wurde der frühere Oberbürgermeister von Bologna Guido Fanti, Mitglied der Direktion der PCI, gewählt, von einer Koalition aus PCI, PSIUP und PSI, wie sie auch in Bologna und den meisten anderen Orten regiert. Allerdings gibt es nicht wenige Gemeinden gerade auf dem Land, wo die PCI die absolute – und manchmal sogar die 2/3-Mehrheit hat. (36)

Während ihrer Regierung haben sich die Kommunisten ständig mehr Vertrauen erworben. Zwei Ergebnisse von Kommunalwahlen in Bologna:

1946 (37)	PCI 38,3	PSIUP	26,3			DC 30,3	PRI 2,9	PLI	1,6	MSI	–
1970 (38)	PCI 42,5	PSI + PSIUP	10,8	PSU	10,5	DC 21,4	PRI 2,7	PLI	7,3	MSI	4,4

Allerdings hatte die PCI 1960 noch 45,6 % in der Stadt. Seither ist aber eine ständige Migration besonders von Arbeitern in die Vororte zu beobachten. Die Ergebnisse von 1970 einschl. Vororte: (39)

PCI 46,4	PSI + PSIUP	11,0	PSU	9,2	DC 22,5	PRI 2,0	PLI	5,3	MSI	3,6

Es ist also eine deutliche Abnahme der reaktionären Parteien festzustellen.

Interessant ist auch ein Vergleich zweier Stimmbezirke in der Stadt, nämlich in dem Arbeiterviertel Corticella und dem Villenviertel Colli (1970): (40)

Corticella:	PCI 66,8	PSIUP 2,6	PSI 8,2	PSU	5,3	DC 12,0	PRI 1,0	PLI	2,4	MSI	1,6
Colli:	PCI 22,2	PSIUP 2,1	PSI 5,7	PSU	11,8	DC 26,2	PRI 5,6	PLI	17,8	MSI	8,1

34 Zum Abschluß des Kapitels seien einige weitere Veröffentlichungen genannt, die für die intensivere Beschäftigung mit der PCI unerläßlich sind:
zunächst die Titel unter 31) und der Band PCI 70, der eine Menge wichtiger Dokumente enthält. Für nicht italienisch sprechende Leser kommt nach der Einstellung des FOREIGN BULLETIN OF THE ICP vor allem das INFORMATIONSBULLETIN DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN in Frage, das laufend Dokumente der PCI abdruckt. Aus der BRD liegt nicht viel vor, davon sind auf jeden Fall lesenswert die ausgewählten Schriften von Gramsci (S. Fischer) und Togliatti (neue kritik). Allenfalls wegen seiner Ignoranz bemerkenswert ist der von P. Schmid stammende Artikel "Italiens einsame Kommunisten" in dem Band KPS IM WESTEN (Fischer Bücherei 1968). Zur Klärung verschiedener Begriffe ist nützlich das offizielle STUDIO DI BASE in 5 Heften. Weiterhin von Longo POSIZIONE ED INIZIATIVA DEL PCI PER LO SVILUPPO DELLA LOTTA ANTIIMPERIALISTA, von Reichlin UNIRE NORD E SUD... und auch die Materialien der 3. Regionalkonferenz der PCI Emilia-Romagna. Unter den neueren Publikationen von bürgerlicher Seite die Artikelserie in LA STAMPA von Anfang Januar 71.

35 Die Zahlen stammen aus internen Papieren der PCI; eine ausführliche ältere Statistik in LA LOTTA, Dez. 68.

36 Die Ergebnisse der Wahlen von 1970 in der Emilia-R. und der Provinz Bologna in DUE TORRI, 10.6.70 (Bologna).

37 DUE TORRI, Sonderheft "Vivere a Bologna", (1970), S. 73.

38 NOTIZIARIO SETT. DEL COMUNE DI BOLOGNA, 16.6.70, S. 3.

39 a.a.O., S. 1.

40 a.a.O., S. 2.

Bemerkenswert, daß der Stimmenanteil der Neofaschisten in dem Villenviertel fünfmal höher als in dem Arbeiterviertel ist, der Stimmenanteil der rechten Sozialdemokraten doppelt so hoch und der der ultrarechten Liberalen siebenmal höher.

Die Bedeutung Bolognas für die italienische Arbeiterbewegung ergibt sich aus den positiven Resultaten der hier geleisteten Arbeit und aus der Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialisten und Linkskatholiken – diese kandidieren mit den Kommunisten auf einer Einheitsliste und stellten schon mehrere Vizebürgermeister – ebenso wie aus der hier realisierten Einheit von Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Kleinhändlern und Intellektuellen. (41) Bis heute hat die Emilia-Romagna eine florierende Landwirtschaft, die weitgehend genossenschaftlich organisiert ist; als hier das Industrieproletariat noch eine geringere Rolle spielte, war schon die bäuerliche Bevölkerung, besonders die Frauen, einer der wichtigsten Teile der sozialistischen Bewegung in Italien.

Das über die Emilia-Romagna Gesagte trifft weitgehend auch für die ähnlich strukturierten Regionen Toskana und Umbrien zu mit je über 40 % PCI-Stimmen und Linksregierungen. Über 30 % sind es in den Marken und Ligurien, zwischen 20 und 30 % in Nordwest und Süditalien – in Molise, der rückständigsten Region des ganzen Landes, sind es nur 15 %, dafür hat man eine absolute DC-Mehrheit – und im Nordosten sind es zwischen 6,7 % im deutschsprachigen Trient-Oberetsch und 18,7 % in Friaul. (42)

V. Möglichkeiten sozialistischer Kommunalpolitik – Bologna

Den ersten sozialistischen Oberbürgermeister hatte die Stadt 1914; seit dem Ende des Faschismus hatte Bologna drei Oberbürgermeister, alle Mitglied des ZK bzw. der Direktion der PCI.

Guido Fanti, OB von 1966 bis 1970 und jetzt Präsident der Emilia-Romagna, sagte am 30.5.69 in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Stadtrat: "Bologna ist eine Stadt im Dienst des Menschen, geplant für seine entwickelsten Bedürfnisse". (43) Bevor wir diese Behauptung nachprüfen, muß einiges über die italienische Kommunalgesetzgebung gesagt werden. Diese stammt weitgehend aus den Zeiten von Monarchie bzw. Faschismus und ist am zentralistischen System Frankreichs orientiert. Die von der republikanischen Verfassung geforderte Föderalisierung – die Einrichtung der Regionen als neue Verwaltungseinheiten mit weitgehender Selbständigkeit – wurde von den Regierungen unterdrückt, weil man auch hier einen Zuwachs an Erfolgen und Einfluß für die Kommunisten befürchtete. (44) Erst 1970 hatte die Initiative von PCI, PSIUP, PSI und der DC-Gruppe "Base" Erfolg. Natürlich kann man noch keine Aussagen über das Funktionieren der Regionen machen.

Nach wie vor ist jedoch die Neuordnung der Kommunalgesetzgebung und eine weitreichende Finanzreform notwendig. Die Kommunen sind einer scharfen Aufsicht durch die Organe des Innenministeriums unterworfen; seine Präfekten residieren in 93 italienischen

41 Dazu zwei Reden des Oberbürgermeisters Fanti, "Unita delle forze socialiste e democratiche per la trasformazione dello stato..." (13.4.70) und "Il valore positivo dell' esperienza Bolognese..." (30.5.69) hrg. vom Presseamt der Stadtverwaltung; ferner NOTIZIARIO SETTIMANALE... vom 4.8.70.

42 PCI 70, S. 13.

43 Vgl. unter 41) "Il valore...", S. 11.

44 Dazu Novella: LE REGIONI, MOMENTO NUOVO DELLO SVILUPPO DEMOCRATICO, Rom 1970.

Städten und verfügen u.a. über eine eigene Polizei. Bis vor vier Jahren übrigens mußte auch die Anlage eines Sportplatzes – wenn die Kosten 3 000 DM überstiegen – von drei Ministerien in Rom (!) genehmigt werden. (45)

Die Kommunalregierung in Bologna nimmt auch oft zu internationalen Fragen Stellung und verurteilte etwa öffentlich die US-Aggression in Vietnam, den Militärputsch in Griechenland oder die israelische Aggression im Nahen Osten.

Während der großen Streiks im Herbst 1969 erklärte sich der Stadtrat mit den Arbeitern solidarisch und beschloß mit den 52 Stimmen von PCI, PSIUP, PSI, PSU und DC gegen die 8 Stimmen von PLI und MSI folgende Maßnahmen für die Dauer des Streiks: Nulltarif in den Stadtverkehrsmitteln, kostenlose Schulspeisung, Aufschub der Gas- und Wasserrechnungen sowie Bereitstellung von etwa 300 000 DM zugunsten der Familien der Streikenden. Und obwohl dieser Beschluß mit breiter Mehrheit zustandegekommen war, wurde er sofort und unwiderruflich durch ein Veto des Präfekten annulliert.

Aber trotz dieser Einschränkungen ist das Geleistete in seiner politischen Tendenz und seinen realen Ergebnissen interessant genug.

Im Sinne ihrer Forderung nach Demokratisierung der staatlichen Macht, Transparenz der Entscheidungsprozesse und stärkerer Beteiligung der Bürger brachte die PCI zusammen mit PSIUP, PSI und DC ein bis dahin in Italien einzigartiges Projekt zustande, das "decentramento", die Dezentralisierung der kommunalen Verwaltung. (46) Bologna (500 000 Einwohner) wurde in 18 Bezirke eingeteilt, für die vom Stadtrat ein jeweils zwanzigköpfiger, repräsentativer Rat gewählt wurde. Zu dessen Vorsitzenden beruft der Oberbürgermeister einen sogenannten Beigeordneten des Bürgermeisters; z.Z. stellt die PCI zehn, die PSIUP einen, die PSI vier und die oppositionelle DC drei Beigeordnete. Sie vertreten die Interessen ihres Bezirkes gegenüber der Kommunalverwaltung und können von allen kommunalen Behörden Rechenschaft verlangen. Den Räten wurde eine Reihe wichtiger Befugnisse übertragen. Sie betreffen vor allem die Vorschulerziehung, die Sport- und Freizeiteinrichtungen, die öffentliche Gesundheits- und Wohlfahrtsfürsorge und teilweise die städtische Polizei. Noch wichtiger ist, daß die Bezirke auch bei der Aufstellung der Bebauungs- und Haushaltspläne mitbestimmen.

An der Spitze des Landes liegt auch das kommunale Bildungswesen. Der Stadt unterstehen die Vorschulen, teilweise die Grundschulen, die Sonderschulen sowie die Handelsschulen u.ä. und teilweise die Mittelschulen. (47)

In Bologna besuchen 13 000 Kinder die Vorschule, das sind 60 % dieser Altersgruppe (der höchste Prozentsatz in Europa). 1965 standen erst Einrichtungen und Lehrkräfte für 8 000 Kinder zur Verfügung. Die Personalkosten betragen jährlich ca. 12 Mio DM. Die Vorschulen werden als Ganztagsschulen geführt, was vor allem im Interesse der berufstätigen Frauen liegt. Natürlich tritt die Aufbewahrfunktion hinter qualifizierten pädagogischen Programmen zurück, die ein Gleichgewicht zwischen Spielen und Lernen anstreben. Daneben gibt es eine Reihe von Sonder-Vorschulen für behinderte Kinder. Nur für die Schulspeisung ist ein kleiner Beitrag zu zahlen.

Die anschließende Grund- und Hauptschule ist staatlich. Immerhin ist der Kommunalregierung die Ausdehnung des Ganztagsmodells auf die Grundschule gelungen. Für die Schulspeisung (insgesamt 21 000 Kinder) und die Nachmittagslehrkräfte kommt die Stadt auf.

45 DUE TORRI 1968, Sonderheft "I comunisti e la citta", (Seiten nicht numeriert, genau in der Mitte des Heftes).

46 Vgl. 37) VIVERE A BOLOGNA S. 16-19 sowie die Sondernummer "decentramento 2° tempo" von BOLOGNA, RIVISTA DEL COMUNE, Dez. 67.

47 VIVERE A BOLOGNA S. 56-63 und NOTIZIARIO SETTIMANALE 8.5.70.

Obwohl in Bologna noch dringend Grund- und Hauptschulen benötigt werden, ist seit 1967 keine staatliche Schule mehr gebaut worden.

Ebenfalls staatlich sind die Mittelschulen. Auch hier hat die Kommune einen kostenlosen Ganztagsbetrieb eingeführt, der vor allem Kindern aus Arbeiterfamilien zugute kommt, denen hier auch kulturelle Veranstaltungen, Ausflüge usw. geboten werden. Der Kommune unterstehen schließlich die Schultypen, die etwa unseren Berufsschulen, Handelsschulen u.ä. entsprechen. Beispielsweise hat man hier die Unterrichtszeit insgesamt um einige Monate verlängert, weil die ministeriellen Pläne nicht mehr den Anforderungen entsprechen oder es wurde das Zensursystem zugunsten eingehender persönlicher Beurteilungen abgeschafft, und das alles mit hervorragenden Resultaten.

Auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung hat die Kommunalverwaltung über 30 Abendkurse vorwiegend für die berufliche Qualifizierung von Arbeitern eingerichtet.

In den vergangenen Jahren hat sich die Kommunalregierung oft mit den Aktionen der Schüler und Studenten solidarisch erklärt, ebenso wie auch viele Lehrer die Forderungen der Schüler unterstützen. In ihren Einrichtungen versucht die Kommune dagegen, die hierarchischen Strukturen zugunsten der Mitbestimmung von Eltern, Schülern und Lehrern abzuschaffen. Die wichtigste neue Institution ist die Vollversammlung, auf der Kritik und Initiativen vorgebracht werden und die über Disziplinarangelegenheiten und – in Grenzen – auch über Lehrplan, Lehrmittel und Stundenverteilung beschließt.

Auf Initiative von Eltern entstand bei der kommunalen Schulbehörde auch ein Arbeiterkomitee aus Vertretern fast aller Großbetriebe der Stadt, das seinerseits "Fabrikgruppen für die Schule" organisierte, Fragebögen über die soziale Lage der Arbeiterkinder ausgab, durch Flugblätter in den Betrieben über bildungspolitische Fragen informierte und zahlreiche öffentliche Diskussionen auch mit Vertretern der Kommunalverwaltung veranstaltete.

Für die Unterhaltung von Tagesstätten für Kleinkinder ist in Italien die parastaatliche Behörde ONMI (in letzter Zeit durch den sogenannten Waisenhausskandal bekannt geworden) zuständig. In 25 Jahren brachte sie es in Bologna gerade auf 12 Kinderhorte. Dagegen setzte die Kommunalverwaltung den Bau von 31 benötigten Horten selber in Gang; dieses Programm wurde aber schon bald von den Kontrollorganen des Innenministeriums gestoppt, indem die dafür vorgesehenen Etatposten gestrichen wurden. In den schon bestehenden hat die Kommune im Gegensatz zu den staatlichen qualifizierte pädagogische Programme ebenso wie die Mitbestimmung der Eltern eingeführt.

Insgesamt bezahlt die Kommune übrigens jährlich ca. 3 Mio DM Zuschuß allein für die Schulspeisung. Völlig kostenlos ist die Benutzung der städtischen Sportplätze.

In den letzten Jahren richtete die Stadt in den einzelnen Bezirken sogenannte Bürgerzentren ein. Sie enthalten außer den Büros der Bezirksräte Kino- und Theatersäle, eine Bibliothek und meist auch ein Hallenschwimmbad sowie Spielplätze im Freien. Für zusammen 17 Mio DM entstehen ein Kulturpalast und eine Galerie für moderne Kunst. Darüber hinaus sind im Zentrum eine ganze Reihe alter Paläste in Bibliotheken und Galerien umgewandelt worden. In regelmäßigen Abständen finden auch Diskussionen zu Fragen der Kultur und Kulturpolitik statt, die im ganzen Inland Beachtung finden.

Im Sommer werden auf dem größten Platz der Stadt Freilichtaufführungen bei freiem Eintritt veranstaltet. An den städtischen Bühnen wird mit Mitbestimmungsmodellen experimentiert. Eine eigene Galerie stellte die Kommune für Erstausstellungen junger Künstler zur Verfügung.

Neben etlichen Erholungs- und Ferienheimen unterhält die Stadt auch zwei moderne Alterspflegeheime und eigene Institute für Arbeits-, Schul- und Präventivmedizin. Das Institut für Arbeitsmedizin, das laufend Kontrollen über die Arbeitsbedingungen in den Betrieben durchführt, gilt als das beste seiner Art in Italien. In diesen Instituten wie in allen anderen städtischen Betrieben wurde auch eine weitgehende Mitbestimmung des Personals eingeführt. (48)

Recht ungewöhnlich für Italien ist die Finanz- bzw. Steuerpolitik in Bologna. Möglichkeiten des Eingreifens bestehen bei Familien- und Konsumsteuer. Erklärtes Ziel der Kommunisten ist die Realisierung der von der Verfassung geforderten Steuerprogression. So bezahlen von 157 000 Familien in Bologna 85 000 überhaupt keine Familiensteuer, aber nur 658 Familien 32 % des Aufkommens.

Die Konsumsteuer belastet anderswo vor allem die breite Masse der Bevölkerung. Deshalb verzichtete man in Bologna weitgehend auf die Besteuerung der Grundnahrungsmittel; 60 % des Aufkommens entfallen auf ausgesprochene Luxusgüter, auf Grundnahrungsmittel nur 9 %. Zwischen 1960 und 1969 stieg der Anteil der direkten Steuern am gesamten kommunalen Aufkommen von 28 % auf 41 %, der Anteil der indirekten sank von 72 % auf 59 %. (49)

Vielleicht am hervorstechendsten sind die Leistungen der Kommunalregierung auf dem Gebiet der Stadtplanung, umso mehr als in allen italienischen Großstädten katastrophale Zustände herrschen.

Eine antispekulative Gesetzgebung fehlt in Italien; dennoch hat das centro-sinistra immerhin zwei Gesetze, bekannt unter den Nummern 167 und 765, zustandegebracht, die aber ursprünglich lediglich als Ergänzungsgesetze gedacht waren. Das Gesetz 167 wurde als Konzession an die in die Regierung eingetretenen Sozialisten noch 1962 angenommen, aber in wichtigen Teilen schon bald durch ein Urteil des Verfassungsgerichts blockiert. Jedenfalls gab es den Kommunen das Recht, Bauland zu billigen Preisen aufzukaufen und es verpflichtete sie in recht allgemeiner Form, anschließend für angemessene Berücksichtigung sozialer Belange bei der Bebauung zu sorgen. In den letzten 6 Jahren erwarb die Kommune auf diese Weise etwa 10 Mio qm für umgerechnet 60 Mio DM, also für einen qm-Preis von ca. 6 DM. (50)

Das einige Jahre danach herausgekommene Gesetz 765 verpflichtete die Bauunternehmen, sämtliche in ihrem Bereich liegenden Straßen, Schulen und sozialen Einrichtungen zu bezahlen. Auf diese Weise sparte die Kommune in drei Jahren etwa 18 Mio DM. Aber bezeichnenderweise ist bis heute Bologna die einzige Großstadt geblieben, die dieses Gesetz anwendete. (51)

In keinem EWG-Land ist der Anteil des sozialen Wohnungsbaus so gering wie in Italien. Statt 6,7 % liegt er in Bologna bei 48 %. Der von 1963 bis 1973 laufende kommunale Plan (PEEP) war bereits 1968 erfüllt. Er sah 73 000 Zimmer vor, davon ca. 40 % kommunaler Wohnungsbau und je ca. 30 % genossenschaftlichen bzw. privaten. Im Vergleich zum privaten Wohnungsmarkt bedeutete der PEEP eine globale Ersparnis von 300 Mio DM, etwa 5 000 DM für jeden der 80 000 Bewohner. An die Genossenschaften gab die Stadt ihren Boden übrigens um 90 % billiger als an Private ab.

Durch eine sinnvolle Integration der sozialen und kommerziellen Einrichtungen in die Wohngebiete vermeidet man das Entstehen der sogenannten Schlafstädte. Auf jeden Ein-

48 VIVERE A BOLOGNA S. 64, 65 und 67-72 sowie NOTIZIARIO SETTIMANALE 15.5.70.

49 a.a.O., S. 66. 50 a.a.O., S. 52-53. 51 a.a.O., S. 32.

wohner der Stadt insgesamt entfallen 17 qm Grünfläche, der höchste Wert unter den italienischen Großstädten; dagegen hat Bologna mit einer Bebauungsdichte von 3 m^3/m^2 den vergleichsweise niedrigsten Wert. (52)

Der historische Stadtkern Bolognas ist einer der größten (4,3 Mio qm) und schönsten in Italien. Die Stadtverwaltung hat auch hierfür nach sehr subtilen Untersuchungen einen speziellen Plan entwickelt, der vor allem den historischen Charakter des Zentrums erhalten soll. So dürfen nach der Sanierung nur Grünflächen an die Stelle abgerissener Bauten treten. Behörden, Kaufhäuser und Kasernen sollen verlegt werden und das Zentrum mit Universität, Studentenheimen, den historischen Bauten, Opernhaus und Hotels im weitesten Sinne die Funktion eines kulturellen Zentrums (ohne Autoverkehr) übernehmen. Dieser Plan wurde u.a. 1969 auf dem 12. Internationalen Kunsthistorikerkongreß in Budapest ausgezeichnet. (53)

Nach Südost schließt der Stadtkern direkt an die Vorberge des Appenin an. Um diese einzigartige Erholungslandschaft zu erhalten, wurde das ganze zur Stadt gehörige Gebiet von 40 Mio qm mit einem Bauverbot belegt. Stattdessen sieht der (zweimal vom Präfekten zurückgewiesene) Plan der Kommunalverwaltung seine Umwandlung in öffentliche Parks allenfalls mit Sport- und Freizeiteinrichtungen vor. So ging hier ein prächtiges Villengelände mit unbezahlbarem Blick über die Poebene verloren. (54)

Mit den 17 nächsten Gemeinden dieser Ebene hat sich Bologna zu einer Art Entwicklungskonsortium zusammengeschlossen. Sobald Bologna 700 000 Einwohner erreicht haben wird, tritt eine Zuzugssperre in Kraft, so daß sich die weitere städtische Entwicklung in diesen Gemeinden vollziehen wird. Nur so ist es möglich, in der Stadt etwa die Quote von 35 % Grünflächen zu erhalten. Durch die gemeinsame Planung der ökonomischen und demografischen Entwicklung entstehen in den 17 Gemeinden schon jetzt die erforderlichen Infrastrukturen, am deutlichsten auf dem Gebiet des Verkehrswesens. (55)

Vor allem auf einem anderen Sektor hat die Stadtplanung in Bologna internationales Interesse gefunden. Im Norden der Stadt soll eine völlig neuartige Vorortsiedlung bis 1984 entstehen, die von dem japanischen Architekten Kenzo Tange geplant wurde. Da aber dieser Plan vorerst nur eine Hypothese darstellt und seine Realisierung keineswegs sicher ist, verweisen wir auf die teilweise in Englisch geschriebene Darstellung im ganzen Heft der Zeitschrift "Parametro" (1/1970), die auch detaillierte Illustrationen enthält.

In der Nähe dieses Projekts entstehen dagegen jetzt schon die Bauten des neuen Handels- und Industriezentrums. Bologna ist durch seine geographische Lage geradezu als Umschlagplatz zwischen Nord- und Süditalien geschaffen. In den nächsten 5 Jahren wird ein 80 ha großes Handelszentrum vor allem für landwirtschaftliche Produkte gebaut, für ca. 60 Mio DM. Mit diesem Projekt würde Bologna die führende Rolle Mailands übernehmen. Das neue Messegelände ist schon weitgehend fertiggestellt und in seiner Nähe entsteht das neue Geschäfts- und Behördenzentrum, das auch die Börse aufnehmen wird. Die eigentliche Industriezone liegt an der Bahnlinie nach Florenz, die nahezu die wichtigste Italiens (Strecke Mailand-Rom) ist.

Durch günstige Kredite und Bereitstellung von Boden fördert die Kommune vor allem die Neuansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben aus den inneren Stadtbezirken. (56)

52 a.a.O., S. 53, PEEP Beverara Bologna, 1965, sowie DER SPIEGEL, 1969/35, S. 89.
53 VIVERE A BOLOGNA, S. 9, 24, 25.
54 a.a.O., S. 22, 23.
55 a.a.O., S. 30.

Ein gewisser Teil dieser Vorhaben wurde übrigens im Stadtrat mit den Stimmen der DC angenommen. Auf die Frage nach seiner Kritik an der Kommunalverwaltung meinte der Sekretär der DC in Bologna, Ennio Severino, man könne hier eine effektive Opposition nur mit allgemeinpolitischen Argumenten machen. (57)

VI. Gewerkschaften und Genossenschaften: Einheit der italienischen Arbeiterbewegung

Es gibt in Italien drei große Gewerkschaftsorganisationen: CGIL (kommunistisch/sozialistisch), CISL (katholisch) und UIL (sozialdemokratisch/republikanisch). Daneben gibt es die neofaschistische CISNAL (sie hat ihren meisten Anhang im tiefen Süden, wo ihre Mitglieder von den Unternehmern bevorzugt eingestellt werden), eine Menge sogenannter autonomer Gewerkschaften von Beamten, Angestellten oder Freiberuflichen und eine Reihe betriebseigener (etwa die SILA bei FIAT) Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben eine lange Tradition in Italien. Schon 1901/2 hatten sie 300 000 Mitglieder, zur Hälfte Landarbeiter. In diesen beiden Jahren nahmen fast eine halbe Million Arbeiter an 1 700 Streiks teil. Die Zentren der Gewerkschaftsbewegung waren das Industrieproletariat von Turin und Mailand und die Landarbeiter der Emilia-Romagna. In Mailand wurde 1893 das erste Gewerkschaftshaus gebaut, über 400 Streikende wurden 1898 in dieser Stadt erschossen und dort fand 1904 der erste politische Generalstreik überhaupt statt. (58)

Die CGIL wurde 1906 gegründet; daneben gab es eine katholische und eine anarchistische Organisation, die zusammen etwa 40 % der Gewerkschaftler repräsentierten.

Unter dem Faschismus wurden sie alle verboten und in die Illegalität gedrängt. Nach dem Krieg bildete man zunächst eine Einheitsgewerkschaft. Von ihr spaltete sich 1948 die CISL ab, im Zusammenhang mit der Zentrismuspolitik der DC, und 1949 die sozialdemokratische UIL. Aber schon Anfang der sechziger Jahre erkannte man, daß die Spaltung nur den Unternehmern nützte. Seitdem ist ein Prozeß der Einigung im Gange und in den letzten Jahren ist die Aktionseinheit nahezu vollständig realisiert worden. Freilich gibt es in der CISL und noch mehr in der UIL nicht zu unterschätzende reformistische Kräfte.

In Italien sind Arbeitskämpfe wesentlich heftiger als etwa in der BRD; erst im August 1970 wurden bei Venedig wieder Streikende zusammengeschossen. Die Gewerkschaften haben übrigens keine Streikkassen. Für Betriebsräte gibt es noch immer keine Gesetze. Ein erster Fortschritt war allenfalls das im Frühjahr 1970 vom Parlament verabschiedete sogenannte Arbeiterstatut. Die Einrichtung eines Betriebsrates wurde erstmals 1908 in einem Mailänder Betrieb erzwungen. In den Aufsichtsräten sitzen keine Arbeitervertreter. (59)

CGIL und CISL lehnen dies ebenso wie das Mitbestimmungsmodell des DGB als neokapitalistische Methode zur "Integration" der Arbeiter ab. Auf eine kurze Formel brachte diese Haltung der Direktor des CGIL-Organs "Rassegna Sindacale", Aris Accorneo: "Der Unternehmer leitet seinen Betrieb und wir stellen ihm unsere Forderungen; dann werden wir sehen." (60)

56 a.a.O., S. 44-47, 71.
57 In einem Gespräch mit dem Verfasser, 1969.
58 Ein guter Abriß der italienischen Gewerkschaftsgeschichte findet sich in dem Schulungsheft der CGIL IL SINDACATO, 1965.
59 Zur Art und Weise der Arbeitskämpfe in Italien vgl. das Buch 14 000 DENUNCE (Stasind, 1970) und PROMEMORIA DEL C.S.U. SULLA VERTENZA FATME (Rom, 1970).
60 In einem Gespräch mit dem Verfasser, August 1970.

Auch in der heutigen CGIL sind die Landarbeiter die stärkste Einzelgewerkschaft (430 000). (61) Die Chemiegewerkschaft hatte dagegen im September 1969 nur 90 000 Mitglieder. Im Juli 1970 waren es 150 000. Im gleichen Zeitraum nahm die Metallarbeitergewerkschaft um 35 % auf 400 000 Mitglieder zu. Ursache für diesen Zuwachs waren die Streiks des "heißen Herbstes" 1969, die vorwiegend als politische Streiks (die eigentlich gesetzlich immer noch verboten sind) durchgeführt wurden. Die CGIL begreift sich in viel stärkerem Maß als politische Kraft als der DGB. Um ihre politische Selbständigkeit zu verdeutlichen, wurde 1969 die Inkompatibilität von Gewerkschafts- und Parteifunktionen eingeführt und das alte Proporzsystem aufgegeben.
Ähnlich den Gewerkschaften gibt es auch drei Genossenschaftsverbände mit insgesamt 4,3 Millionen Mitgliedern. (62) Es handelt sich um die kommunistisch/sozialistische LNCM, die katholische CCI und die sozialdemokratisch/republikanische AGCI. 1969 hatte die LNCM 1,8 Millionen Mitglieder und einen Umsatz von 2,5 Mrd DM in 8 000 Kooperativen.

Die Konsumgenossenschaften der LNCM haben 3 600 Läden, in denen eine Million Italiener täglich einkaufen. 46 % dieser Genossenschaften befinden sich in der Emilia-Romagna und Toskana, nur 2 % in ganz Süditalien.

Weiter gibt es 1 600 landwirtschaftliche Genossenschaften mit 600 Mio DM Umsatz. Sie entstanden meist in der Mitte des vorigen Jahrhunderts als Zusammenschluß von landlosen Tagelöhnern, die gemeinsam Land kauften und bebauten. Sie haben ihre proletarische nicht gegen eine Kleineigentümer-Mentalität eingetauscht und stellen das Gros der "bäuerlichen" Mitglieder und Wähler der PCI. Es gibt verschiedene Typen dieser Genossenschaften. Gemeineigentum an Boden ist in der Emilia-Romagna am häufigsten. (63) Wichtig sind auch weiterverarbeitende Betriebe wie Schlachthäuser, Mühlen, Molkereien usw.. In der Provinz Bologna werden 55 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Kooperativen bewirtschaftet. (64) Wohnungsbaugenossenschaften gibt es allein in der Provinz Mailand über 250 mit 65 000 Mitgliedern und einem Besitz von etwa 400 Mio DM. (65) Die Aktivität der Genossenschaftsverbände bezieht sich auch auf Dienstleistungen, Handel, Fischerei, Touristik und Freizeitgestaltung. Die LNCM betreibt eine große Versicherungsgesellschaft, die UNIPOL.
Die LNCM ist 1866 entstanden. Sie begreift sich als Teil der italienischen Arbeiterbewegung und verbindet ihre ökonomische mit politischer Aktivität, beides unter dem Aspekt des antimonopolistischen Kampfes. Hier liegt auch der prinzipielle Unterschied zu den westdeutschen Genossenschaften, die sich rein auf den ökonomischen Sektor beschränken.

In den "roten" Regionen werden die Genossenschaften von Kommunen und Provinzen unterstützt. Dagegen weigert sich das centro-sinistra beharrlich, seinen Verfassungsauftrag zu erfüllen und wirtschaftlich/finanzielle Maßnahmen zugunsten der Genossenschaften zu ergreifen.
Vor einiger Zeit begann in der LNCM ein Prozeß verstärkter Demokratisierung und Dezentralisierung, der durch die Einführung neuer Organisationsformen eine stärkere Beteiligung der Mitglieder an den Entscheidungsvorgängen sichert. Ebenfalls wurde die Inkompatibilität mit politischen Funktionen eingeführt. Auch zwischen den drei Genossenschaftsverbänden ist ein Einigungsprozeß im Gange, ein weiterer Schritt vorwärts zur Einheit von Kommunisten, Sozialisten und Katholiken in der italienischen Arbeiterbewegung. (66)

61 Die Zahlen stammen aus Unterlagen der CGIL.
62 Die Daten zu den Genossenschaften stammen aus dem Buch ITALIA COOP (it., engl., frz.), hrg. 1969 von der LNCM.
63 Dazu das Buch von Arbizzani, Mazzoli, Bentini: CONTRIBUTI PER UNA STORIA DELLA COOPERAZIONE BOLOGNESE, Bologna 1966.
64 Nach einer Information von FEDERCOOP, Bologna.
65 COOP, questo nostro movimento (Mailand 1967), S. 24, 25.
66 Dazu RASSEGNA SINDACALE, 26.7.70, Erklärung des Direktivkomitees der CGIL.

Kurzanalysen, Berichte

Von "Imperialismus heute" zum "Imperialismus der BRD"

Zur Diskussion in der DDR um die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland

Will man sich vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus mit der Bestimmung des gegenwärtigen Kapitalismus in der BRD befassen, ist die Kenntnis von "Imperialismus heute" wie auch des Meinungsstreites um "Imperialismus heute" in der DDR (1) unerläßlich. Als Beitrag zur Vermittlung dieser Kenntnisse sollen im folgenden einige Aspekte dieser Diskussion vorgestellt werden.

"Die allseitige Untersuchung des Wesens und der Erscheinungsformen des staatsmonopolistischen Systems in Westdeutschland ist eine Aufgabe von grundlegender Bedeutung, die vor unserer Partei und vor allem vor unseren wissenschaftlichen Instituten steht." (2) Dieser Aufforderung versuchte eine Gruppe von Mitarbeitern des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter Leitung von Otto Reinhold 1965 durch die Veröffentlichung von 31 Thesen (3) nachzukommen, die die Grundgedanken eines umfangreichen Werkes zum Kapitalismus in der BRD enthielten: "Imperialismus heute". (4) Ihre Überlegungen waren Anlaß zu einer jahrelangen Diskussion, die neben zahlreichen Randproblemen vor allem um diese (sich z.T. überschneidenden) Fragen kreiste: Wie ist das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit im Wirken der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus? Verändert die "chronische Labilität" des staatsmonopolistischen Kapitalismus den Krisenzyklus? Ist eine "neue Theorie" des staatsmonopolistischen Kapitalismus nötig? Wie ist die Beziehung zwischen antiimperialistischer Demokratie und sozialistischer Revolution? (5)

1 Es ist in einem eigenen Aufsatz wert, das "Wer – Wie – Wann" der Rezeption der Rezeption von IMPERIALISMUS HEUTE in der BRD und Westberlin darzustellen. Deshalb hier nur einige Literatur-Andeutungen: DIE ZEIT, 5.8.1966; Hanns Lades: "Imperialismus heute", in: POLITICA, Nr. 15 (Juni 1966); J.W. Görlich: "Die Imperialismus-Diskussion", in: ders.: GEIST UND MACHT IN DER DDR, Olten 1968; Vorwort zum KPD/ML-Neudruck von IMPERIALISMUS HEUTE, 1970; RPK, Nr. 111 vom 16.4.1971.
2 Kurt Hager: "Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED", 2.-5.12. 1964, Berlin 1964, S. 49.
3 Horst Hemberger / Lutz Maier / Heinz Petrak / Otto Reinhold / Karl-Heinz Schwank: "Imperialismus heute – der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland (Thesen)", EINHEIT 1 (1965), S. 101 ff, i.f. zitiert als "Thesen".
4 Autorenkollektiv: IMPERIALISMUS HEUTE, Berlin 1965, i.f. zitiert als IMPERIALISMUS.
5 Eine vorläufige Zusammenfassung fand die Diskussion in: Horst Hemberger/Lutz Maier/ Heinz Petrak/Otto Reinhold/Karl-Heinz Schwank: "Sechs Feststellungen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland", EINHEIT 1 (1967), i.f. zitiert als "Feststellungen".

Spontaneität und Bewußtheit auf neuer Stufe?

Otto Reinhold meinte im 4. Kapitel von "Imperialismus heute", daß für den staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht das spontane Wirken ökonomischer Gesetze, sondern "ein umfassendes System der Regulierung im Maßstab der Volkswirtschaft charakteristisch" (6) sei; diese staatsmonopolistische Regulierung betrachtete er als Ausdruck der "Ausnutzung ökonomischer Gesetze des Kapitalismus durch die Monopole mit wachsender Bewußtheit im Rahmen der gesamten Gesellschaft." (7) Das erschien vor allem Hermann Scheler "unbefriedigend und die Kritik herausfordernd" (8), diese Auffassung wäre "unerfindlich deshalb, weil bereits Marx im dritten Band des "Kapital" nachwies, daß der die ökonomischen Erscheinungen in keiner Art durchdringende praktische Kapitalist durchaus unfähig sein muß, durch den Schein hindurch das innere Wesen und die innere Gestalt dieses Prozesses zu erkennen." (9) Scheler bezeichnete die Behauptung der "wachsenden Bewußtheit" der Monopolbourgeoisie als objektive Verschleierung der Spontaneität des Bürokratismus, der "besonders im Staatsapparat zum Ausdruck kommt" (10); vor allem würde diese Behauptung "die mangelnde Bewußtheit und die vorherrschende Spontaneität der Volksmassen in Westdeutschland" (11) verdecken. Diese Argumentationsweise wurde von Günther Hoppe und Viktor Stoljarow als abstrakt und im Unterschied zu "Imperialismus heute" als auf "Wunschdenken und nicht auf einer wissenschaftlichen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse Westdeutschlands" (12) beruhend kritisiert. Sich Hoppe und Stoljarow anschließend, führten die Autoren von "Imperialismus heute" folgendes aus: "Nicht der Übergang zu einer höheren Stufe der Bewußtheit in der Leitung der Wirtschaft durch das Monopolkapital ist unmöglich, sondern die mit ihr verfolgten Ziele, eine stabile kapitalistische Gesellschaftsordnung, die Verhinderung der sozialistischen Revolution sind unerreichbar. Daher bringen die erhöhte Bewußtheit in der Leitung der Wirtschaft und die Verschärfung der grundlegenden Widersprüche nur die Dialektik der staatsmonopolistischen Entwicklung der Gegenwart zum Ausdruck." (13)

Chronische Labilität verändert den Krisenzyklus?

Besonders wichtig erschien den Autoren von "Imperialismus heute" die staatsmonopolistische Regulierung, wie schon ihre Behauptung von der "wachsenden Bewußtheit" zeigte. Auch auf den Krisenzyklus – so führten sie aus – hätten die Regulierungsmaßnahmen bestimmte Auswirkungen. Ihre Auffassungen zur neuen Gestalt des Krisenzyklus faßten sie folgendermaßen zusammen: "Der heutige staatsmonopolistische Kapitalismus führt zu einer neuartigen Kombination von wachsender, allgemeiner, lang andauernder Labilität der kapitalistischen Wirtschaft und einem zyklisch ablaufenden Reproduktionsprozeß, dessen Verlauf oft nur durch Krisen in Teilbereichen der Wirtschaft gekennzeichnet ist." (14) Konkret prognostizierten sie: Es "ist künftig wahrscheinlich weder mit einem lang

6 IMPERIALISMUS, S. 416/417.
7 Ebenda, S. 434.
8 Hermann Scheler: "Zu einem Problem der philosophischen Imperialismus-Analyse", in: DZfPh 6 (1966), S. 690.
9 Ebenda, S. 703/704. Vgl. MEW Bd. 25, S. 178.
10 Ebenda, S. 708.
11 Ebenda.
12 Günther Hoppe/Viktor Stoljarov: "Warum Entweder-Oder? ", DZfPh 9 (1966), S. 1126.
13 "Feststellungen", S. 84.
14 IMPERIALISMUS, S. 406.

anhaltenden, steilen allgemeinen Aufschwung noch mit einer solch tiefen, in geballter Form zutage tretenden Überproduktionskrise wie vor dem zweiten Weltkrieg zu rechnen." (15) Hierzu hatte Hannelore Riedel den "Eindruck, daß die Verfasser den Wirkungsmechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus einerseits überschätzen und andererseits zuwenig in Beziehung zur weiteren Entwicklung der politisch-sozialen Gegensätze im Prozeß der technischen Revolution betrachten." (16) Siegbert Kahn stellte zudem fest, "daß eine wirklich regulierte... Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren nur sehr begrenzte Teilerfolge hatte. Selbst im staatlichen Bereich konnten keine einheitlichen Maßnahmen getroffen werden; es ist zum Beispiel der Bundesregierung nicht gelungen, die Ausgaben der Länder und Gemeinden so in den Griff zu bekommen, daß sie den konjunkturpolitischen Überlegungen der Bundesregierung entsprechen. Die staatsmonopolistischen Maßnahmen sind also doch außerordentlich begrenzte Wirklichkeit." (17)

"Unter methodischen Aspekten" fand Hermann Scheler, "ist (es) auch für die gegenwärtige Diskussion nicht uninteressant, wie der Dialektiker Engels an eine solche Prognose herangegangen ist." (18) 1894 konstatierte Engels bekanntlich, daß sich "die akute Form des periodischen Prozesses... in eine mehr chronische, länger gezogene, sich auf die verschiedenen Industrieländer verschiedenzeitig verteilende Abwechslung von relativ kurzer, matter Geschäftsbesserung mit relativ langem, entscheidungslosem Druck" (19) verwandelt hatte. Aus diesen neuen Erscheinungen schloß Engels aber keineswegs – so Scheler – "auf eine ständige Abflachung des industriellen Zyklus, auf das Ausbleiben von tiefer, explosionsartig in Erscheinung tretenden allgemeinen Überproduktionskrisen (wie Reinhold), sondern vermutete umgekehrt eine 'Vorbereitungsperiode eines neuen Weltkrachs von unerhörter Vehemenz." (20)

Ist eine spezielle Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus notwendig?

Im bisherigen Verlauf der Diskussion hatte sich gezeigt, daß die Kritiker von "Imperialismus heute" von den Klassikern her argumentierten. Dies zeigte sich besonders bei der Auseinandersetzung um die Frage, "ob eine spezielle Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus erforderlich sei. Genosse J. Kuczynski verneint, wir (das Autorenkollektiv) bejahen diese Frage." (21) Kuczynski hatte nämlich den Eindruck, daß "die übergroße Mehrheit derer, die sich bei uns mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus beschäftigen... das Studium und die Analysen des staatsmonopolistischen Kapitalismus als eine Wunderwaffe betrachteten, um apologetisch die schnelle Entwicklung des Kapitalismus seit dem zweiten Weltkrieg zu erklären." (22) Es ginge nicht darum, eine Theorie zu entwickeln, daß es wegen des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine schnelle Steigerung von Produktion und Handel gäbe: "Wir sollten uns vielmehr daran erinnern, daß Marx, Engels und Lenin immer eine zunehmende Entwicklung des Kapitalismus erwartet haben und daß Lenin uns gesagt hat: Glaubt nicht, Genossen, daß die Hemmungen der Monopole, daß

15 "Thesen", S. 110.
16 Hannelore Riedel: "Staatsmonopolistische Regulierung und konjunkturelle Entwicklung", EINHEIT 6 (1965), S. 63.
17 Siegbert Kahn: "Grenzen der staatsmonopolistischen Regulierung", in: MONOPOLE – PROFITE – AGGRESSION – NOTSTAND (i.f. zitiert als MONOPOLE), Berlin 1965, S. 217.
18 Scheler, a.a.O., S. 698.
19 MEW Band 25, S. 506.
20 Scheler, a.a.O., vgl. MEW, a.a.O.
21 "Feststellungen", S. 79.
22 Jürgen Kuczynski: "Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Gesamtrahmen der Theorie des Kapitalismus", in: MONOPOLE, S. 185.

die Hemmungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus diese gute alte Theorie außer Gebrauch setzen!" Das bedeutet, "wenn wir die Entwicklung des Kapitalismus betrachten, dann soll unsere Reaktion sein: Nun, der Kapitalismus entwickelt sich in dem Tempo, über das wir im Kommunistischen Manifest, im "Kapital" und in Lenins "Imperialismus" gelesen haben." (23) Etwas später unterstützte Asumanja diese Auffassung Kuczynskis: "Ganz allgemein gesagt, ist das Wachstum der Produktion in den kapitalistischen Ländern für die Marxisten nichts Überraschendes. Die marxistisch-leninistische Theorie von der Reproduktion und Realisierung des gesellschaftlichen Produkts erklärt diese Erscheinung voll und ganz." (24)

Kuczynski beabsichtigte mit seinen Hinweisen nicht, vom Studium des staatsmonopolistischen Kapitalismus abzuraten, im Gegenteil, er betrachtete es als "unerhört wichtig", denn "sowohl in der Ökonomik im Weltmaßstab gesehen wie in der Politik als auch in der Kultur tritt uns der Imperialismus heute in der organisierten Gestalt des staatsmonopolistischen Kapitalismus entgegen." Aber – um ihn zu schlagen "sind keine neuen Theorien notwendig. Notwendig ist, die Lehre von Marx, Engels und Lenin, angewandt auf die Gegenwart, als Waffe gegen ihn zu benutzen." (25) Während Johann Lorenz Schmidt diesen Beitrag Kuczynskis als "falsche, ja gefährliche Anschauung" (26) bezeichnete, weil von der Entwicklung des Kapitalismus abstrahiert würde, meinte Dieter Klein, man müsse "Genossen Kuczynski Recht gegen, wenn er sagt, trotz des staatsmonopolistischen Kapitalismus... gibt es eine relativ rasche Entwicklung der Produktivkräfte im Imperialismus."(27)

Die Autoren von "Imperialismus heute" selbst reagierten auf die Frage nach der Notwendigkeit einer speziellen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus so, daß sie erklärten, es handele sich weder darum, "die vorhandenen theoretischen Erkenntnisse nur anzuwenden, noch um eine völlig neue Theorie, sondern um eine neue Phase der schöpferischen marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie." (28)

Antiimperialistische Demokratie und sozialistische Perspektive

Die Auseinandersetzungen mit "Imperialismus heute" trugen keinen "akademischen" Charakter, auch war ihr Ziel nicht die – erreichte – Demonstration der Meinungspluralität unter den Gesellschaftswissenschaftlern der DDR, es ging vielmehr um die Bedeutung von Veränderungen in den Bewegungsformen der kapitalistischen Widersprüche für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung, für die Form des Klassenkampfes. Auch hier formulierte Hermann Scheler kontrovers zu "Imperialismus heute", die einzig mögliche Alternative zum staatsmonopolistischen System sei der Sozialismus, es komme auf die "Überwindung der bürgerlichen Arbeiterpolitik durch die sozialistische Bewußtheit" (29) an. Demgegenüber meinte Otto Reinhold, man solle sich nicht von "irgendwelchen Wunschvorstellungen" (30) leiten lassen, die konkrete Analyse der Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus ergebe, daß zwischen dem gegenwärtigen System und der sozialistischen

23 Ebenda, S. 187.
24 A. Asumaja: "Aktuelle Probleme der internationalen revolutionären Bewegung", SOWJETWISSENSCHAFT 4 (1965), S. 350. Vgl. MONOPOLE, S. 187.
25 Kuczynski, a.a.O., S. 192.
26 J.L. Schmidt: "Die neuen Erscheinungen im staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht unterschätzen", MONOPOLE, S. 194.
27 Dieter Klein: "Zur Dialektik Produktionsverhältnis und Produktivkraft", in: MONOPOLE, S. 212.
28 "Feststellungen", S. 79.
29 Hermann Scheler: "Die Widersprüche der Formierten", FORUM 19 (1966), S. 10.
30 Otto Reinhold: "Die Widersprüche des Imperialismus und die demokratische Alternative", EINHEIT 7 (1966), S. 883.

Revolution eine antiimperialistische Demokratie liegen müsse. "Diese demokratische Ordnung wird ganz sicher eine selbständige Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung bilden und für eine lange Periode im Zentrum des Kampfes stehen... Der Verzicht auf eine solche Etappe würde hinter die Erkenntnisse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zurückgehen." (31) Außerdem würde die Durchsetzung der demokratischen Veränderungen "die Bundesrepublik konföderationsfähig machen und ist damit ein entscheidender Schritt auf dem einzig möglichen Wege der Lösung der nationalen Frage." (32)

Von "Imperialismus heute" zum "Imperialismus der BRD"

Die weitere Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus in der BRD wie auch die Diskussion um "Imperialismus heute" veranlaßten das Autorenkollektiv zu verschiedenen Änderungen an den Neuauflagen des Buches, wobei sie allerdings meinten, "die Entwicklung in Westdeutschland hat die Grundkonzeption und die Hauptthesen bestätigt." (33) Ausführliche Beiträge zum staatsmonopolistischen Kapitalismus erschienen, auch sie beeinflußten die Auseinandersetzung um eine eventuelle Neufassung von "Imperialismus heute." (34) So wurde der Imperialismus der Gegenwart u.a. auch auf der Internationalen Moskauer Beratung 1969 reflektiert.

So erachtete es das Autorenkollektiv 1971 als notwendig, ein Buch "Der Imperialismus der BRD" (35) zu veröffentlichen, das keine Neubearbeitung von "Imperialismus heute" ist, sondern auf ihm lediglich aufbaut. In der Tat sind hier die Akzente erheblich anders gesetzt als in "Imperialismus heute". So ist von einem "umfassenden System der Regulierung" nicht mehr die Rede, vielmehr wird in diesem Kontext betont, daß "solche Formänderungen den Widerspruch von Anarchie und Organisation, der untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden ist" (36) nicht überwinden können.

1965 sahen die Autoren eine "Tendenz zur... Beseitigung des einheitlichen Zyklus" (37), während sich ihnen 1971 zeigt, "daß eine Reihe von Faktoren... die Wirtschaftskrisen und den Krisenzyklus nicht beseitigen könnten, aber wesentliche Veränderungen in ihrem Verlauf hervorgebracht haben." (38) Die Korrekturen der Autoren zeigen eine gewisse Annäherung an die seinerzeit ihnen gegenüber geäußerte Kritik. So wird auch die "antimonopolistische Demokratie" nicht explizit als "selbständige Etappe", sondern als "Öffnung des Weges zum Sozialismus" (39) gesehen.

Der Hinweis auf diese wenigen Punkte kann nicht als Verzicht auf die notwendige gründliche Auseinandersetzung mit dieser Arbeit betrachtet werden. Zudem ist "Der Imperialismus der BRD" ein neues eigenständiges Buch. Deshalb darf die Diskussion nicht allein vor dem Hintergrund von "Imperialismus heute" stattfinden.

31 Ebenda, S. 883/884.
32 "Feststellungen", S. 89.
33 Autorenkollektiv: IMPERIALISMUS HEUTE (4. Aufl.), Berlin 1967, S. 8.
34 Neben zahlreichen Aufsätzen in EINHEIT, DZfPh, WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT waren dies vor allem: Rudi Gündel/Horst Heininger/Peter Heß/Kurt Zieschang: ZUR THEORIE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS, Berlin 1967; Horst Heininger/Peter Heß: DIE AKTUALITÄT DER LENINSCHEN IMPERIALISMUSKRITIK, Berlin 1970.
35 Autorenkollektiv: DER IMPERIALISMUS DER BRD, Berlin 1971 (Dietz-Verlag), soeben erschienen.
36 Ebenda, S. 253.
37 "Thesen", S. 110.
38 DER IMPERIALISMUS DER BRD, S. 297.
39 Ebenda, S. 559.

Diese Diskussion wird vielleicht dadurch erleichtert werden, daß Leute wie Ernst Richert dem Autorenkollektiv kaum noch das Bemühen um ein "differenzierteres, seriös-wissenschaftliches Sozialbild vom Westen" (40) bescheinigen werden können. Die westdeutsche DDR-Astrologie wird im Gegenteil feststellen müssen, daß die Autoren Argumente ihrer Kritiker berücksichtigt haben, die – wie hier Kuczynski aus der Perspektive des "Deutschland-Archiv" – angeblich versuchten, "die verfeinerten Analysen des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' durch Otto Reinhold und seine Leute von einem erzdogmatischen Standpunkt aus griesgrämig anzugreifen." (41)

Volker Gransow

40 Ernst Richert: DIE DDR-ELITE ODER UNSERE PARTNER VON MORGEN, Reinbek 1968, S. 75.
41 DEUTSCHLAND ARCHIV 5 (1971), S. 524.

BRD–DDR
Vergleich der Gesellschaftssysteme

Anne Hartmann Stefan Schardt Gerhard Weiß	Zur Entwicklung der Spaltung Deutschlands
Jürgen Harrer Heinz Jung	Das ökonomische System in der BRD und der DDR
Frank Deppe	Probleme der betrieblichen Organisation der Produktion in der BRD und der DDR
Eberhard Dähne	Zu einigen Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft in beiden deutschen Staaten
Margarete Tjaden-Steinhauer Karl Hermann Tjaden	Die Entwicklung der Sozialstruktur in der BRD und in der DDR
Georg Füllberth Helge Knüppel	Bürgerliche und sozialistische Demokratie
Reinhard Kühnl	Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus in BRD und DDR
Peter Römer	Die Grundrechte in der BRD und der DDR
Herbert Lederer Hanz-Jochen Michels	Sozialistische und bürgerliche Rechtsordnung am Beispiel DDR und BRD
Helga Deppe-Wolfinger Jutta v. Freyberg	Materialien zur sozialen Lage der Frauen in BRD und DDR
Hans-Ulrich Deppe Erich Wulff	Medizinische Versorgung und gesellschaftliche Arbeit: Der werksärztliche Dienst und die Betreuung geistig schwerbehinderter Kinder
André Leisewitz Rainer Rilling	Wissenschafts- und Forschungspolitik in BRD und DDR
Dieter Kramer Paul Schäfer Helga Schuler Michael Schuler	Probleme des Bildungswesens in BRD und DDR: Das System der Berufsausbildung
Kurt Steinhaus	Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland

Pahl-Rugenstein Kleine Bibliothek Band 13, 442 S., DM 12,80

Bericht

Klassenkampf bei August-Thyssen

Der größte Stahlproduzent Europas ist die August-Thyssen-Hütte AG. Mit einer Belegschaft von 97 530 produzierte der Konzern im Geschäftsjahr 1969/70 12,6 Millionen Tonnen Rohstahl und 11,9 Millionen Tonnen Walzstahl, womit insgesamt ein Umsatz von 10,88 Milliarden DM erreicht wurde. In der Rangliste sämtlicher kapitalistischer Stahlproduzenten rangiert die August-Thyssen-AG an sechster Stelle.

Im Verlauf des industriellen Zyklus, der nach der Rezession 1966/67 einsetzte, haben alle deutschen Stahlfirmen ihre Produktion stark ausgedehnt. Thyssen investierte etwa im Geschäftsjahr 1969/70 allein 997 Millionen DM. Wegen dieser nicht nur auf Thyssen beschränkten Expansion der Kapazitäten und der notwendig mit der Abschwächung der Prosperität einsetzenden Kontraktion der Nachfrage auf dem Stahlmarkt war ein verschärfter Konkurrenzkampf unter den Stahlfirmen zu erwarten. Zu Anfang des neuen Geschäftsjahres formulierten daher die Konzernleitungen, daß ihnen ein "schweres Jahr" bevorstehe. Trotz Produktionseinschränkungen im ersten Halbjahr erhöhten sich allgemein die Lagerbestände. Thyssen drosselte in diesem Zeitraum die Produktion von Rohstahl um 5 % und von Walzstahl um 10 %. Der Vorstandsvorsitzende Sohl mußte daher den Aktienbesitzern mitteilen, daß die Dividende, die 1969/70 14 % betrug, "deshalb in diesem Jahr aller Voraussicht nach sinken (wird), wenn nicht, so fügte Sohl hinzu, noch ein Wunder wie etwa ein Stahlstreik in den USA geschieht" ("Wirtschaftswoche" 17, Jg. 1971, S. 75). Daß diese Hoffnung der Stahlfirmen der BRD nicht so abwegig ist, sieht man daran, daß sie sich schon jetzt "hinter vorgehaltener Hand" über "auskömmliche Preise" freuen, d.h. an sich gegenwärtig die Stahlpreise schon viel stärker gefallen sein müßten. "Der Grund für das Preishoch: Zum 1. August laufen in den USA die dreijährigen Stahl-Tarifverträge ab, und ein Streik droht. Deshalb deckt sich seit Anfang des Jahres die US-stahlverarbeitende Industrie vor allem in der Bundesrepublik und Japan ein. Allein in den ersten drei Monaten wurden rund 3,8 Millionen Tonnen importiert. Geschätzter Gesamtimport für 1971: etwa 16 Millionen Tonnen." ("Wirtschaftswoche" 24, Jg. 1971, S. 2) Daß bei einer gesamten Stahlerzeugung der westdeutschen Stahlfirmen im Jahre 1969 von 45,3 Millionen Tonnen der US-Import ein relevanter Faktor ist, kann nicht übersehen werden.

Vor diesem Hintergrund der sich verschärfenden ökonomischen Situation fand die Hauptversammlung der Thyssen-Aktiengesellschaft zum Geschäftsjahr 1969/70 statt. Die Aktionäre klagten über die 'enormen Lohnsteigerungen' und die damit verbundenen geringeren Gewinnerwartungen für das laufende Geschäftsjahr. Der Spezialdienst der Frankfurter Allgemeinen Zeitung "Blick durch die Wirtschaft" kommentierte diese Ausfälle der Kouponschneider gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaften, speziell der IG Metall, folgendermaßen: "Ausschweifungen in die Politik blieben nicht aus, doch hätte man sich auch die Verhandlungsführung des Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Birrenbach weniger gereizt und ein wenig konzilianter gewünscht." Da diese lehrreichen Ausschweifungen in die Politik einen guten Einblick in die Mentalität der Kouponschneider bieten, sollen anschließend die zentralen Passagen aus dem Stenogramm der Hauptversammlung ("Blick durch die Wirtschaft", Spezialdienst der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Nr. 125/126 vom 2./3.6.1971) veröffentlicht werden.

SOHL (Vorstandsvorsitzender): (...) Nun hat es in der lohnpolitischen Diskussion des letzten Jahres Stimmen gegeben, die von dem engen Zusammenhang zwischen Lohnentwicklung und Produktivität nichts mehr wissen wollten und statt dessen das Schlagwort von der Gewinnexplosion aufbrachten. Mit diesem Begriff geriet die Lohnpolitik auf ein gefährliches Gleis; denn ganz abgesehen davon, daß von einer Gewinnexplosion jedenfalls beim Stahl nicht die Rede sein konnte, wurde Unvergleichbares miteinander verglichen. (...)

Eine solche Stillhaltevereinbarung würde die Stabilisierungsbemühungen von Bundesregierung und Bundesbank entscheidend unterstützen und könnte auch dazu beitragen, das System der sozialen Marktwirtschaft im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit fester zu verankern – als das Wirtschaftssystem das die beste materielle Basis für den gesellschaftlichen Fortschritt bietet.

Dazu gehört aber auch, daß endlich Schluß gemacht wird mit der Verteufelung des Unternehmensgewinns, der häufig verächtlich Unternehmerprofit genannt wird. Der Gewinn ist ein unentbehrlicher Leistungsmaßstab im Wettbewerb. Ohne ihn gibt es keine Sicherheit der Arbeitsplätze, er ist eine wesentliche Steuergrundlage für den Staat und seine Reformprogramme, und aus ihm wird den Aktionären eine Dividende gezahlt, die zwar einen sehr bescheidenen Umsatzanteil ausmacht, aber doch für die Finanzierungs- und Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen von entscheidender Bedeutung ist.

(Beifall)

GOTTLOB (Aktionärin): Ich habe mit einer ganzen Reihe von Metallarbeitern aus meinem Bekanntenkreis gesprochen. Von diesen Leuten habe ich gehört, daß ihnen viel wichtiger als eine laufende Lohnerhöhung eine Preisstabilität und eine Sicherheit der Arbeitsplätze ist,

(Beifall)

daß es aber die Gewerkschaftsfunktionäre sind, die immer wieder neue Lohnerhöhungen fordern und den Leuten vormachen: Ihr könnt dann mehr dafür kaufen. Die Leute glauben das, die Mehrzahl fällt darauf 'rein, genau wie auf die Wahlversprechungen von Bundesregierungen.

Unsere Sozialregierung erklärt seit der Machtübernahme,

(Heiterkeit)

mit der wirtschaftlichen Entwicklung werde es zunächst nur noch ein klein wenig schlimmer werden, ehe es wieder besser gehe. Das erinnert mich doch sehr an eine Notlüge, die die Ärzte einem an seinem Zustand und an seinen Schmerzen verzweifelnden unheilbaren Krebskranken auftischen, um eine Euphorie zu erzielen und um das Ende zu erleichtern. Das kann man in diesem Falle zwar gutheißen, aber doch nicht hier Damit können wir uns nicht abspeisen lassen, denn wir befinden uns ja wohl nicht im Endstadium, mit uns geht es hoffentlich noch mal bergauf.

Über 140 % Prozent Lohnsteigerungen in den letzten Jahren, aber nur zirka 35 Prozent Steigerung der Unternehmergewinne im gleichen Zeitraum, das muß in die Inflation führen. Was fällt den Gewerkschaftsvorsitzenden eigentlich ein,

(Beifall)

bei der letzten konzertierten Aktion zu erklären, sie würden sich keine Handschellen anlegen lassen, zu deutsch: sie würden den Lohnauftrieb weiter schüren, obgleich sie wissen, daß das tatsächlich zur Rezession führen muß!

(Beifall)

Aber die Gewerkschaften haben die Regierung in der Hand, denn die Sozialdemokratie steht und fällt mit den Gewerkschaften. Darum bleibt jedoch nur der Weg, mit den Gewerkschaften in das gleiche Horn zu blasen. Zu spät, so scheint es, hat unser Schiller die Glocke läuten hören.

(Heiterkeit)

BIRRENBACH (Aufsichtsratsvorsitzender): Frau Gottlob, wir befinden uns nicht in einer politischen Versammlung, sondern in der Hauptversammlung der Thyssen-Hütte.

(Beifall)

GOTTLOB: Ich muß aber noch etwas hierzu sagen. Was hat diese Regierung, der zum erstenmal nicht die Partei angehört, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, bisher erreicht? Zugeständnisse und Verzichte, für die es keine langfristige Gegenleistung gibt!

BIRRENBACH: Ich muß Sie ein zweites Mal daran erinnern: es geht hier nicht um Politik, sondern um die Erörterung des Geschäftsberichtes der August-Thyssen-Hütte.

(Beifall)

GOTTLOB: Das wirkt sich aber auch gleichzeitig auf ATH aus.

(Lachen)

Was glauben Sie, wie sich der Osten – das ist nur noch ein Satz über die Politik

(Lachen)

über unsere nicht einlösbaren Reformversprechungen freut, über die Lohnkämpfe, den Preisauftrieb und den Ruf nach Eigentum für alle. Das ist doch der Nährboden für den Kommunismus, den die Gewerkschaften uns bereiten.

BIRRENBACH: Ich bitte um Entschuldigung. Ich muß Ihnen jetzt das Wort entziehen oder Sie bitten, daß Sie nur Fragen zur Sache stellen und nichts anderes sonst.

GOTTLOB: Thyssen, mach du als erster Stahlkonzern den Anfang und bring die Gewerkschaften zur Vernunft, wenn du willst, daß deine Aktionäre dir treu bleiben.

(Beifall)

FIEBICH (Aktionär): (...) Ich halte das, was Herr Dr. Sohl gesagt hat, für eine Tatsachenschilderung, für eine außerordentlich realistische und ungefühlvolle Tatsachenschilderung. Ich habe mich auch über die klare Stellungnahme gegen die Verteufelung der Unternehmergewinne gefreut. Man muß einmal hören, was speziell die Jungsozialisten und Jungdemokraten – die Jungdemokraten haben die Jungsozialisten inzwischen links überholt – und was die jungen Gewerkschaftler zu unserem System der freien Marktwirtschaft, zu unserer Gesellschaftsordnung und zu all den Dingen sagen, mit denen wir uns hier natürlich befassen, Herr Dr. Birrenbach. Frau Gottlob hat natürlich ein bißchen zu viel politisiert. Aber im Grunde kann man das Wohlergehen der Wirtschaft, auch der Thyssen-Hütte, nicht aus der ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herauslösen. Das ist alles ganz eng verzahnt. Letzten Endes kann man auch die Wirtschaftler, die Kaufleute, den Vorstand und Aufsichtsrat, soweit er sich für das Thyssen-Unternehmen verantwortlich fühlt – die Hälfte wahrscheinlich nicht –,

(Beifall)

nicht aus dem allgemeinen Geschehen herauslösen.

Alles, was hier gesagt worden ist, ist gut und richtig. Ich finde, den Gewerkschaftsführern geht es überhaupt nicht mehr um den gerechten Anteil am Sozialprodukt, sondern ihnen geht es um eine mehr oder weniger brutale Durchsetzung des Umverteilungsprinzips. Das ist Klassenkampf mit modernen Mitteln, weiter gar nichts.

(Beifall)

Herr Dr. Birrenbach, Sie als alter Politiker müßten doch wissen, daß Ideologen Vernunftgründen überhaupt gar nicht zugänglich sind Die schütteln das ab. Das hören die gar nicht. Das geht rechts rein, eckt in der Mitte an – möglicherweise – und geht links wieder raus.

(Beifall)

Das ist das Problem.

BIRRENBACH: Herr Fiebich, darf ich darauf aufmerksam machen, daß hier nicht der Platz ist, um ideologische Probleme auszudiskutieren. Auf der anderen Seite möchte ich Sie bitten, davon Abstand zu nehmen, einzelne Mitglieder des Aufsichtsrates persönlich hier anzugreifen. Sehen Sie zu, daß Sie konkrete Fragen zum Geschäftsbericht stellen und zur Entwicklung der Gesellschaft sprechen. Damit ist allen Teilnehmern dieser Hauptversammlung gedient.

FIEBICH: Ich bin sehr konkret, Herr Dr. Birrenbach. Es geht nämlich um mein Geld; offenbar haben Sie keine Thyssen-Aktien.

(Beifall)

Man muß letzten Endes einiges sagen dürfen. Man kann die Wirtschaft einfach nicht herauslösen aus dem gesamten Geschehen im Staat und in der Politik; das ist doch ganz klar.

(Beifall)

Wenn man das versucht, bewegt man sich im Vakuum, im luftleeren Raum.

BIRRENBACH: Davon ist ja gar keine Rede.

FIEBICH: Unterbrechen Sie mich nicht laufend! Ich möchte meine Ausführungen zu Ende führen!

BIRRENBACH: Ich habe Ihnen gesagt, daß wir von ideologischen Diskussionen hier Abstand nehmen sollten. Das habe ich gesagt, nicht mehr. Aber das möchte ich betonen.

FIEBICH: Herr Dr. Birrenbach, ich führe keine ideologischen Diskussionen. Ich möchte nur die Dinge nach der Seite hin etwas ergänzen. Denn wenn wir uns über die Ertragsverschlechterung unterhalten, müssen wir doch versuchen, gründlich und vollständig die Ursachen festzustellen. Das war der Sinn meiner Ausführungen.

(Beifall)

Es sind nicht wir, Herr Dr. Birrenbach, die Ideologie predigen und vertreten, es sind die anderen; die sitzen zur Hälfte in Ihrem Aufsichtsrat,

(Beifall)

persönlich ehrenwerte Männer, einige davon sogar sehr sympathisch. Das ist eine andere Sache.

(Heiterkeit)

Einer meiner Vorredner sagte: Wenn Thyssen schon vor solchen Schwierigkeiten steht, wie sieht es dann bei den anderen aus? Wenn man bei der Kostenlawine an deren Situation denkt, kann man als Aktionär auch dieser Gesellschaften Angst bekommen. Dann fragt man sich, ob man nicht morgen schon oder heute noch – jetzt sofort – deren Aktien verkaufen soll. Hier sind einfach Kosten entstanden, die man nicht verkraften kann.

Stimmt die Befürchtung, daß man eigentlich im ersten halben Jahr kaum noch verdient hat, und wie sieht es im zweiten Halbjahr aus? Mit welchen Investitionen tritt Thyssen kürzer? Wir haben zu unserem Erschrecken bei der Großchemie gehört, daß eine ganze Reihe von gerade fertigen Anlagen eingemottet werden müssen Ist bei Thyssen solches auch zu befürchten, wenn ja, was und wo? Oder ist das, was Sie mit Investitionskürzungen von ungefähr 600 Millionen ankündigen, besser geplant als anderswo? Müssen Sie vielleicht hier und da auch Baustellen stillegen, was ungeheuer viel Geld kostet?

Dann der Beschluß über zwei Stahlwerke in Brasilien! Hat die Thyssen-Verwaltung nicht Angst, daß das jetzige System Brasiliens, das ich für faschistisch, für außerordentlich übel halte, von irgendeiner, wie auch immer gearteten revolutionären Bewegung gestürzt wird und daß anschließend unser Geld futsch ist, daß dann sozialisiert wird oder daß das gemacht wird, was man dafür hält, wie das seinerzeit in Kuba war oder wie es zur Zeit in Chile ist? Ich bin außerordentlich skeptisch bei Investitionen im südamerikanischen Raum.

Ich kann mir die Bemerkung nicht verkneifen, daß die Aufsichtsratsvergütung von 852 000 DM stark überhöht ist; das sind 40 000 DM pro Kopf. Wenn ich mich recht entsinne, haben die Herren von der SPD und von der Gewerkschaft vor der letzten Bundestagswahl eine Aufsichtsratsvergütung von 6 000 DM für angemessen und völlig ausreichend gehalten. Herr Rosenberg nickt zu. Warum haben Sie nicht inzwischen die Aufsichtsratsvergütung auf 6 000 DM reduziert? Es wäre doch Gelegenheit dazu gewesen. Das gehört auch zu den inneren Reformen.

(Beifall)

Das ist einfach ein Mißverhältnis. Da müßte sich jedes Gewerkschaftsherz geradezu empören.

(Heiterkeit und Beifall)

Da müßten ja die Gewerkschaftshände zittern, wenn man den Scheck in Händen hält; den müßte man gar nicht halten können.

(Erneute Heiterkeit und Beifall)

STEVERMANN (Aktionär): (...) Daß das, was wir bisher bekommen haben, für die Anteilseigner, für die Besitzer, für die Eigentümer ein gerechter Anteil war, finde ich nicht. (...) Tatsache ist doch, daß wir ein Almosen bekommen. Wir sind praktisch nur ganz dumme, lächerliche Almosenempfänger der Gewerkschaft.

(Beifall)

Obwohl es Herrn Birrenbach vielleicht nicht paßt, möchte ich dazu doch noch einiges sagen. Ich bin Jahrgang 1912, also in einem Alter, wo man zum Arbeiten nicht mehr so gesucht ist. Wir haben damals 40 Stunden unter Tage gearbeitet. Damit haben wir dann all das aufgebaut, und für uns persönlich wollten wir später etwas davon haben, wenn wir nicht mehr aktiv arbeiten können. Wir haben Groschen und Marken zurückgelegt und unter anderem auch Aktien von Thyssen gekauft. Wir haben lange Jahre stillgehalten. Jetzt, wo wir nicht mehr können, hoffen wir, einen angemessenen Ertrag zu bekommen. Das ist doch der Anteil für unsere früher geleistete Arbeit. Ich meine, die früher geleistete Arbeit ist doch mindestens genausoviel wert wie die heute geleistete Arbeit.

(Beifall)

Jetzt bekommen wir alle zusammen insgesamt 140 Millionen DM. Wenn man damit die über 2 Milliarden vergleicht, mit denen die jetzt geleistete Arbeit bezahlt wird, dann erkennt man ein derart krasses Mißverhältnis, daß es wirklich zum Himmel schreit.

(Beifall)

Die jetzige Dividende ist nicht einmal ein Almosen.

Meine Herren – weniger die Herren vom Vorstand, aber mehr die Herren vom Aufsichtsrat, besonders die angegriffenen Herren –, ich war jahrzehntelang Mitglied der Gewerkschaft. Aber als ich diesen verdammten Betrug gesehen habe, daß mein damals sauer erspartes Geld auf weniger als ein Zehntel gesunken ist –

BIRRENBACH: Ich bitte Sie, sich in Ihren Ausführungen zu mäßigen.

STEVERMANN: Ich denke nicht daran!

BIRRENBACH: Sie haben sich zu mäßigen.

STEVERMANN: Bitte schön, das muß einmal hart gesagt werden. Ich fühle mich belogen, betrogen und bestohlen.

BIRRENBACH: Ich sage Ihnen noch einmal: Sachliche Kritik können Sie anbringen. Ich kann aber Beleidigungen von Organisationen einerseits und andererseits von einigen Persönlichkeiten des Aufsichtsrates nicht zulassen. Das ist einfach nicht statthaft.

STEVERMANN: Ich habe keine Persönlichkeit angegriffen. Ich möchte das gern unter vier Augen tun und den Herren das belegen. Aber durch diesen ganzen Trend fühle ich mich belogen, bestohlen und betrogen.

BIRRENBACH: Wenn Sie diese Worte wiederholen, muß ich Ihnen leider das Wort entziehen. Wir sind in der Hauptversammlung der Thyssen-Hütte nicht gewohnt, daß Ausdrücke dieser Art fallen. Jede sachliche Kritik ist möglich, aber nicht beleidigende Ausdrücke dieser Art.

FIEBICH: Auch wenn die Ausdrücke stimmen?

BIRRENBACH: Nehmen Sie das zur Kenntnis. Ich wiederhole es.

(Zuruf: Das ist Diktatur!)

Wenn Sachlichkeit Diktatur ist, dann verstehen Sie offenbar von Diktatur wenig.

SOHL: (...) Sie haben dann weiter gefragt, warum wir in Brasilien zwei kleine Projekte statt eines großen machten. Dazu darf ich folgendes sagen. (...)

Wir haben natürlich auch das politische Risiko gesehen. Aber es ist sehr schwer, in der Welt Plätze zu finden, die jedes politische Risiko ausschließen. Nach allen Erfahrungen, die gerade deutsche große Industrieunternehmen in Brasilien gemacht haben, gilt Brasilien bei ihnen als eines der relativ sichersten Länder in diesem Bereich.

FIEBICH: (...) Ich gebe Herrn Dr. Birrenbach recht: man soll sich möglichst bemühen, nicht so zu polemisieren und keine Schärfen 'reinzubringen. Aber diese Feststellung ist für mich nur eine Unterstreichung dessen, was Frau Gottlob und andere gesagt haben. Das ist ein Tatbestand.

Herr Dr. Birrenbach, Sie haben gesagt, daß nur der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstand sprechen. Ich bin der Meinung, es müßte Übung werden, daß profilierte Aufsichtsratsmitglieder Gelegenheit haben, ihre Stellungnahme abzugeben. Ich würde sehr, sehr gern etwas von Herrn Hesselbach und von Herrn Rosenberg hören.

(Beifall und Zurufe)

Es ist im Aktiengesetz nicht verboten, Herr Dr. Birrenbach. Ich frage mich nur: Haben Sie das möglicherweise den Herren verboten, die reden wollen oder wollen sie nicht reden? Die Frage möchte ich ganz konkret beantwortet haben. Also dürfen sie nicht sprechen oder wollen sie nicht sprechen?

(Zurufe)

Es geht hier keinesfalls um Angriffe gegen irgendwelche Herren. Herr Hesselbach und Herr Rosenberg wissen, wie sehr ich sie schätze; das habe ich oft genug gesagt.

(Lachen)

Pardon, das meine ich ganz ernst. Wir wollen ja differenzieren. Herr Hesselbach ist nicht Herr Loderer, zum Beispiel. Da ist ein Unterschied. Herr Loderer – wenn Sie den kennen –, das ist der Scharfmacher, der Herr Kollege Scharfmacher von der IG Metall. Das ist ein Mann, der die Gewerkschaften aufputscht.

BIRRENBACH: Herr Fiebich, ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam, daß Sie sich in der Wahl Ihrer Worte zu mäßigen haben.

FIEBICH: Herr Dr. Birrenbach, uns trennt eben doch eine ganze Menge in bezug auf Wägung von Formulierungen. Sie sind doch seit ewiger Zeit Bundestagsmitglied. Haben Sie noch nie dazwischengerufen, haben Sie im Bundestag noch nie scharf formuliert?

BIRRENBACH: Wahrscheinlich, Herr Fiebich, mehr als Sie. Aber weil ich Erfahrung damit habe, möchte ich hier die Praxis einführen, daß wir in dieser Hauptversammlung uns in der Wahl der Ausdrücke so mäßigen, wie es nur eben möglich ist.

FIEBICH: Herr Dr. Birrenbach, sagen Sie bitte, welcher Ausdruck Ihnen mißfallen hat: Das "Kollege Scharfmacher"? Das ist doch ein Tatbestand, und das darf man doch auch aussprechen.

BIRRENBACH: Das können Sie auch anders umschreiben.

FIEBICH: Ja nun, das ist doch sehr milde.

(Beifall)

Herr Dr. Birrenbach, ich werde zur nächsten Thyssen-Hauptversammlung eine Auswahl von Zwischenrufen Ihres Kollegen Franz Josef mitbringen.

(Heiterkeit)

Da werden Sie – bei einem Vergleich mit meinen Ausführungen – sagen: Was ist mit Fiebich los, ist der inzwischen alt geworden?

(Heiterkeit)

Zu diesen klaren Ausführungen über die 'moderne Unternehmermoral' ist jeder Kommentar überflüssig. Hingewiesen werden muß allerdings noch darauf, daß der Konzernchef der Thyssen-AG Hans-Günther Sohl aus dem Geschäftsleben ausscheidet und künftig den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) leitet. Diese Organisation, die im Gegensatz zur Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nur die Interessen der Industrieunternehmen vertritt, war bisher von dem mittelständischen Unternehmer Fritz Berg vertreten worden. Nach dem Krieg – der BDI wurde 1949 als Nachfolger des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gegründet – schien es den westdeutschen Kapitalisten wenig opportun, den Verband sofort durch Repräsentanten der Montanindustrie oder Großchemie führen zu lassen, wie es im Reichsverband der Deutschen Industrie üblich war. Mit Sohl, der drei Jahrzehnte als leitender Mann in großen Konzernen tätig war, übernimmt die Großindustrie wieder offen die Führung der Dachorganisation der Deutschen Industrie.

Achtung! Neuerscheinung!

Das Prager Manifest von 1934

Mit einer Einleitung über Ursache, Zustandekommen und Auswirkungen dieses Manifestes von Wolfgang Runge.

Der „Vorwärts" schrieb über das Manifest am 4. September 1963 in einem Artikel über Rudolf Hilferding: „Hier trat Hilferding noch einmal als Verfasser des Prager Programms der SPD hervor, das 1934 als Wendepunkt der Geschichte der Sozialdemokratie angesehen wurde, da es das einzige Revolutionsprogramm dieser Partei war und blieb."

Aus dem Inhalt:

Vorgeschichte, Schritt in die Illegalität, Der Beschluß des Prager Manifestes und seine Gegner.
Das Ringen um die Einheit der Nazigegner
Wortlaut des Manifestes
Wortlaut des Aufrufes des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945
Wortlaut des Offenen Briefes von Max Fechner an Dr. Kurt Schumacher
Quellen- und Literaturhinweise
Umfang 75 Seiten, Preis 2,95 DM

W. Runge-Verlag, 2 Hamburg 26, Postfach 260546

Gründung des Arbeitskreises "Lage und Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus"

Im folgenden veröffentlichen wir einen Bericht über die Gründung des wissenschaftlichen Arbeitskreises "Lage und Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus" beim Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin sowie die bei der Gründung vorgelegten Thesen über "Probleme der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus". Die Thesen von Kolbe, Delitz u.a. führen dabei die mit dem Bericht über die Tagung des IMSF in Frankfurt (SOPO 11) in der SOPO aufgenommene Diskussion weiter. Zum anderen enthalten Bericht und Thesen einige grundlegende Hinweise auf die weitere Aufgabenstellung des Arbeitskreises, die ohne Zweifel auch die Diskussion in der BRD und in Westberlin nachhaltig beeinflussen wird. Thesen und Bericht wurden erstmals veröffentlicht in DWI-Berichte Nr. 6/71.

Am 26. März 1971 konstituierte sich im Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin der wissenschaftliche Arbeitskreis „Lage und Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus", mit dessen Leitung Prof. Dr. habil. Hellmuth Kolbe, Abteilungsleiter im DWI, beauftragt wurde. Im Arbeitskreis vereinen sich Gesellschaftswissenschaftler verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen und Institutionen der DDR, um durch die Entwicklung einer fruchtbaren wissenschaftlichen Kooperation und die Konzentration auf langfristige Schwerpunktaufgaben den höheren Anforderungen an die Gesellschaftswissenschaft in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus gerecht zu werden. Prof. Dr. habil. Heininger, stellvertretender Direktor des DWI, betonte einleitend, daß durch diesen Zusammenschluß der Kräfte wesentliche Voraussetzungen geschaffen werden, um auch auf diesem wichtigen Gebiet der Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus einen wirksameren Beitrag zu leisten.
Das Tagungsprogramm des Arbeitskreises wurde durch den wissenschaftlichen Meinungsaustausch über das von einem Kollektiv der Abteilung Lage und Kampf der Arbeiterklasse beim DWI vorgelegte Diskussionsmaterial zu „Problemen der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus" (s. S. 18 ff.) bestimmt. Einführend dazu erläuterte Prof. Kolbe, daß es sich um den Versuch handele, einige die Lage und den Kampf der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus charakterisierende Grundprozesse präziser zu erfassen, um für die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse in den kommenden Klassenauseinandersetzungen Schlußfolgerungen ableiten zu können. Das Diskussionsmaterial orientiert sich an den während der letzten Jahre in der marxistischen Forschung gewonnenen Erkenntnissen bei der Analyse neuer Aspekte und Entwicklungstendenzen auf diesem Gebiet. Prof. Kolbe unterstrich nachdrücklich die hohe politisch-ideologische und wissenschaftliche Verantwortung des Arbeitskreises, da gerade in der BRD bürgerlich-imperialistische, aber auch rechtsopportunistische Reformkonzeptionen in der Arbeiterklasse Verwirrung zu stiften vermögen, wenn die marxistische Forschung nicht ständig die neuen Erscheinungen analysiert und ihr Wesen aufdeckt.

Dabei wies Prof. Kolbe nach, daß sich in den bürgerlich-imperialistischen und rechtsopportunistischen Konzeptionen Akzentverschiebungen abzeichnen, verschiedenartig modifizierte Theorien vom „gesellschaftlichen Konflikt" in den Vordergrund treten, was ursächlich auf drei Faktoren zurückzuführen ist:

– die beschleunigte Polarisierung der Eigentumsverhältnisse,
– die Komprimierung sozialer Konfliktstoffe beim staatsmonopolistischen Weg der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution.
– die sich verschärfende Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, welche sich in den letzten Jahren vor allem in den großen Streikaktionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern manifestierte.

Als eine vorrangige Aufgabe arbeitete Prof. Kolbe die prinzipielle Auseinandersetzung mit den Spielarten des Sozialdemokratismus heraus, insbesondere mit den Versuchen, der Arbeiterklasse im Auftrage des Monopolkapitals „moderne" Reformkonzeptionen zu suggerieren.

Der folgende Meinungsaustausch verdeutlichte die Vielschichtigkeit der Probleme. Einen Kulminationspunkt bildeten in der Diskussion die Fragen der Reproduktion der Arbeitskraft und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für den Kampf der Arbeiterklasse. Dabei zeigte sich insbesondere die Notwendigkeit, den Platz des Lohnes bei der Reproduktion unter den gegenwärtigen und künftigen Entwicklungsbedingungen präziser zu bestimmen. Ausgehend von der im vorgelegten Diskussionsmaterial enthaltenen Feststellung, daß die Reproduktion der Arbeitskraft heute nicht mehr nur über den Lohn erfolgen kann, sondern zunehmend staatlicher Mittel und Maßnahmen bedarf, wurde versucht, das Verhältnis von individueller und gesellschaftlicher Konsumtion im staatsmonopolistischen Kapitalismus in seiner wechselseitigen Bedingtheit zu erfassen.
Prof. Dr. habil. Petrak (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) wertete das vorgelegte Diskussionsmaterial als eine wesentliche und fundierte Grundlage für den weiteren wissenschaftlichen Meinungsaustausch und für die Vertiefung der marxistischen Analyse der sich abzeichnenden Prozesse. Aus dem Übergang von der vorwiegend extensiven zur intensiven Reproduktion des Kapitals ergäben sich zwangsläufig wesentliche Konsequenzen bei der Untersuchung der Reproduktion der Arbeitskraft, die sowohl inhaltlich als auch methodisch künftig stärkere Beachtung finden müssen. Während die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen Veränderungen im konstanten Kapital Gegenstand umfangreicherer wissenschaftlicher Untersuchungen sind, fehle es für die Entwicklung des variablen Kapitals noch an komplexeren Analysen. Neue Momente ergeben sich dabei vor allem aus dem wachsenden gesellschaftlichen Charakter des Kapitals sowohl seiner konstanten als auch variablen Bestandteile. Die damit verbundenen vielfältigen Veränderungen reichen von Veränderungen im kapitalistischen Bevölkerungsgesetz über Probleme der qualitativen Entwicklung der Arbeitskraft bis zu den Fragen ihrer Reproduktion. Unter diesem Aspekt muß auch die Rolle des Lohnes bei der Reproduktion der Arbeitskraft untersucht und präzisiert sowie das Verhältnis von individueller und gesellschaftlicher Konsumtion bestimmt werden.

Dr. Walter (Hochschule der deutschen Gewerkschaften „Fritz Heckert", Bernau) wies in seinem Diskussionsbeitrag auf die Diskrepanz hin, die zwischen den weitgehend an traditionellen Lohnforderungen ausgerichteten Kampfaktionen der Arbeiter und der allgemein anerkannten marxistischen These besteht, daß der Lohn heute nicht mehr ausreiche, um die Arbeitskraft zu reproduzieren. Die Untersuchung der Ursachen dieser Diskrepanz bzw. einer Analyse solcher Aktionen der internationalen Arbeiterbewegung, die auf die neuen Reproduktionsanforderungen der Arbeitskraft ausgerichtet sind, wären nach seiner Meinung eine vorrangige Aufgabe künftiger Forschung, was jedoch nicht zu einer Unterschätzung des Lohnkampfes der Arbeiterklasse führen dürfte, da der Lohn nach wie vor der wesentliche Faktor der Reproduktion der Arbeiterkraft sei. Dr. Walter unterstrich

deshalb die Notwendigkeit, in künftigen Forschungen das Wesen der gesellschaftlichen Konsumtion unter staatsmonopolistischen Bedingungen tiefgründiger zu analysieren. Dabei kommt es primär darauf an, die prinzipiellen Unterschiede zwischen der gesellschaftlichen Konsumtion im Sozialismus und Kapitalismus herauszuarbeiten.
Die Diskussion zu diesem Problemkreis machte deutlich, daß es gerade angesichts der angestrebten staatsmonopolistischen Teilreformen dringend geboten ist, die Kategorien individuelle und gesellschaftliche Konsumtion klar zu definieren und die realen Möglichkeiten einer echten Einflußnahme der Arbeiterklasse auf diese Prozesse zu ergründen. Dabei warf Dr. Hahn (Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin) die Frage auf, ob es opportun sei, individuelle und gesellschaftliche Konsumtion einander gegenüberzustellen, da es doch für kapitalistische Verhältnisse charakteristisch sei, daß ein Teil des Lohnes der Arbeiter die Lücken ausfüllen müsse, die der kapitalistische Staat durch die typische Unterentwicklung der Bereiche der sogenannten Infrastruktur schaffe. Die Tatsache, daß es der kapitalistische Staat versäumt, die genügenden sachlichen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Reproduktion der Arbeitskraft zu schaffen, bewirken zusammen mit der Manipulierung des Konsumverhaltens der Arbeiter, daß ein Teil der individuellen Konsumtion fehlgeleitete gesellschaftliche Konsumtion darstellt und damit der Reproduktion der Arbeitskraft im wirklichen Sinne verlustigt geht. Die Feststellung von Dr. Hahn, daß eine Ursache für die im Kapitalismus unterentwickelte gesellschaftliche Konsumtion die Tatsache sei, daß Ergebnisse auf diesem Gebiet schwieriger zu erzielen seien, da es hier um die Beschneidung des Profits gehe, blieb in der Diskussion nicht unwidersprochen. Es wurde sichtbar, daß bei diesen Problemen stärker als bisher der staatsmonopolistisch regulierte Umverteilungsmechanismus beachtet werden muß.
Prof. Dr. Dr. h. c. em. Lemmnitz (Deutsches Wirtschaftsinstitut) konnte anhand konkreter Beispiele nachweisen, daß sich insbesondere dort sozialer Konfliktstoff komprimiert, wo durch den staatsmonopolistischen Weg der wissenschaftlich-technischen Revolution die soziale Unsicherheit der Werktätigen verstärkt wird, wie beispielsweise im Ruhrgebiet. Er betonte die hohe politische Verantwortung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften, diese neuen Elemente aufzuspüren, um den Kampf der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern wirksam zu unterstützen.
In der Diskussion kristallisierte sich heraus, daß insbesondere die folgenden Probleme analysiert und prognostisch eingeschätzt werden müssen, um für die Arbeiterklasse die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen und Prioritäten im Kampf der Arbeiterklasse zu setzen:
– Die Wirkung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, der gesellschaftlichen Systemlösungen im Sozialismus auf Lage, Bewußtsein und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse.
– Nähere Bestimmungen der Reproduktionsbedingungen auf der heutigen Stufe der Vergesellschaftung des Produktionsprozesses, die Auswirkungen ihrer Unterordnung unter die Verwertungsbedingungen des Kapitals.
– Quantitative und qualitative Auswirkung der wissenschaftlich-technischen Revolution im staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Arbeiteranforderungen, Methoden und Folgen der Ausbeutung.
– Entwicklungstendenzen des Verhältnisses von geistiger und körperlicher Arbeit, die Tendenz der Verschärfung des Gegensatzes einerseits und der Annäherung einzelner Elemente andererseits.
– Probleme der Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im staatsmonopolistischen Kapitalismus, besonders die Rolle des historisch-moralischen Elements der Wertbestimmung; Auswirkungen auf neue Erscheinungsformen der sozialen Existenzgefährdung und auf die Bewußtseinsentwicklung.

- Die wissenschaftlich-technische Revolution im staatsmonopolistischen Kapitalismus und strukturelle Veränderungen innerhalb der Arbeiterklasse — Differenzierungs- und Annäherungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse, ihre sozialökonomischen, wirtschaftlichen, technologischen, politisch-ideologischen Ursachen. Auswirkungen dieses dialektischen Prozesses auf Bewußtseinsentwicklung und Kampfbedingungen.
- Die Frage des „Kerns der Arbeiterklasse" und der damit verbundenen Probleme der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik.

Der Tätigkeit des Arbeitskreises liegt ein gemeinsames langfristiges Forschungsprojekt der umfassenden Untersuchung der Lage und der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in der BRD zugrunde.

Johanna Groß,
Johann Kleinsorge

Probleme der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die Arbeiterklasse unter veränderten Existenzbedingungen des imperialistischen Systems

Die marxistisch-leninistische Analyse und Wertung der Existenzbedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus, die seine veränderte Stellung im inneren und äußeren Kräfteverhältnis bestimmen, ist eine entscheidende Voraussetzung, um den theoretischen Ausgangspunkt für die Wertung der heutigen Lage und der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse im Kapitalismus bestimmen zu können. Diese Analyse der gesellschaftlichen Grundprozesse ist zugleich für die offensive Auseinandersetzung mit bürgerlichen Gesellschaftstheorien von aktueller Bedeutung. Probleme der materiellen Lage und der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Kapitalismus, ihrer weiteren Entwicklung als Klasse und ihrer Kampfbedingungen nehmen im ideologischen Kampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, in der Auseinandersetzung zwischen bürgerlichen Sozialwissenschaftlern und marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern den zentralen Platz ein.

Die Apologeten des staatsmonopolistischen Kapitalismus sind bemüht nachzuweisen, daß es sich um Veränderungen im Charakter des Kapitalismus handele. Sie leiten daraus grundsätzliche Wandlungen in der Lage der Arbeiterklasse ab und bestreiten ihre historische Mission, im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten die Macht des Kapitals zu brechen und die neue sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Es geht also um die Fragen: Welchen Charakter tragen diese Veränderungen, die sich innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise vollziehen? Wodurch werden sie bedingt? Wie wirken sie sich auf die Lage und den Kampf der Arbeiterklasse aus?

Sozialismus und Arbeiterklasse im Kapitalismus

Die veränderten Existenzbedingungen des imperialistischen Systems ergeben sich aus folgenden Hauptfaktoren:

- Die wachsende Einheit und Stärke des sozialistischen Weltsystems und der internationalen Arbeiterbewegung haben das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus grundlegend verändert und den Imperialismus endgültig in die historische Defensive gedrängt.

- In den imperialistischen Hauptländern erfolgte die volle Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus.
- Die wissenschaftlich-technische Revolution vollzieht sich unter staatsmonopolistischen Herrschaftsverhältnissen und unter den Bedingungen des Kampfes zwischen zwei Gesellschaftssystemen.

Diese neue Situation, der sich der Imperialismus gegenübersieht, bedingt die Ausdehnung des Klassenkampfes auf immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und auch die Veränderung der Formen und Methoden der Klassenauseinandersetzung.

Die Lage der BRD wird speziell dadurch charakterisiert,

- daß das westdeutsche Monopolkapital seit dem Übergang zu seiner Expansionsphase einer veränderten strategischen Situation gegenübersteht, die durch das gewandelte Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus geprägt wird,
- daß sich das Herrschaftsgebiet des westdeutschen Imperialismus direkt an der Grenzlinie der beiden Weltsysteme befindet und er sich hier unmittelbar mit der Deutschen Demokratischen Republik, dem sozialistischen deutschen Nationalstaat und entwickelten sozialistischen Industriestaat, konfrontiert sieht.

Die Kräfte des Monopolkapitals sind gezwungen, ihre imperialistische Srategie diesen Veränderungen anzupassen. Diese Anpassungsstrategie des Finanzkapitals wird sowohl von den Bedingungen des Kampfes zwischen den beiden Gesellschaftssystemen und der wachsenden Kampfkraft der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern als auch durch die inneren Gesetzmäßigkeiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution bestimmt. Aus der historischen Defensive heraus versucht der Imperialismus, eine effektivere Gestaltung des staatsmonopolistischen Systems zu gewährleisten, um aktiv auf die neue strategische Situation einwirken zu können.

Objektiv ist die Existenz des Sozialismus ein Faktor, der die Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in der Auseinandersetzung mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus wesentlich begünstigt. Das betrifft vor allem den Einfluß des sozialistischen deutschen Staates auf die BRD. Die daraus resultierenden Bewegungen und Prozesse vollziehen sich jedoch auf widerspruchsvolle Weise. Die Monopolbourgeoisie muß bei ihren Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse stets den Einfluß des Sozialismus im allgemeinen und der DDR im besonderen beachten. Für sie ist es ein lebenswichtiges Problem, jeglicher Orientierung der Arbeiterklasse auf den Sozialismus schon vorbeugend entgegenzuwirken. Unter diesen Bedingungen erhält der Kampf der Arbeiterklasse der BRD zur Durchsetzung ökonomischer und sozialpolitischer Forderungen ein verstärktes Gewicht, weil er stets unmittelbar politische Bedeutung hat. Das historisch-moralische Element, das in den Wert der Arbeitskraft eingeht und vom Klassenkampf der Arbeiterklasse abhängt, hat durch die Existenz der DDR qualitativ neue Seiten erhalten.

Auf diese Situation reagiert das Monopolkapital mit einem differenzierten System veränderter Mittel und Methoden der Herrschaftssicherung:

- Es konnte unter dem Druck des veränderten Kräfteverhältnisses relativ leicht gezwungen werden, sozialpolitische Zugeständnisse an die Arbeiter zu machen. Als wichtigste Aufgabe wird von ihm deshalb in diesem Zusammenhang angesehen, mit solchen Zugeständnissen die politische und ideologische Bindungen aller nichtmonopolistischen Klassen und Schichten, insbesondere der Arbeiter, an das bestehende System zu fördern.
- Gleichzeitig war das Monopolkapital bestrebt, jede systemverändernde Forderung der Arbeiterklasse wie Überführung der Monopolunternehmen in Gemeineigentum, demokratische Kontrolle der Wirtschaft, Umverteilung des Vermögens der Monopole zugunsten des Volkes abzuwürgen. Es schuf sich mit den Notstandsgesetzen die gesetzliche Handhabe, die Realisierung solcher Forderungen notfalls mit Gewalt zu verhindern.

– Es entwickelte den Antikommunismus gegen die DDR und die oppositionellen Kräfte in der BRD in all seinen Spielarten zu einem umfassenden System der politischen und ideologischen Diffamierung des Sozialismus und zur Verbreitung eines falschen Sozialismusbildes in der Arbeiterklasse der BRD. Diese Strategie verband es mit der ideologischen Diversionstätigkeit gegen die DDR.

Der massive antikommunistische Druck der Monopolbourgeoisie hat dazu geführt, daß sich der objektiv zunehmende Einfluß des Sozialismus noch nicht oder nur in verzerrter Form im Bewußtsein großer Teile der Arbeiterklasse widerspiegelt. Unter gemeinsamer Anstrengung von Monopolkapital, Staat und rechten Sozialdemokraten gelang es, den Antikommunismus als Barriere für eine stärkere klassenmäßige Orientierung der gewerkschaftlichen Strategie und Taktik wirksam werden zu lassen.

Mit der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und der immer besseren Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution kann sich der Einfluß des Sozialismus auf neuer Ebene verstärken. Mehr und mehr wird für die Arbeiterklasse der BRD sichtbar, daß die einzelnen Vorteile, die die Werktätigen in der DDR genießen, Ergebnisse ihres gesellschaftlichen Systems sind. Unter diesen Bedingungen wird künftig der Einfluß der DDR nicht mehr nur von Einzelfaktoren der materiellen Lebenslage und Einzelerscheinungen des Sozialismus bestimmt sein. Immer klarer erweist sich, daß das gesellschaftliche System des Sozialismus die Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution im Interesse der Werktätigen nutzt, soziale Sicherheit und aktive demokratische Mitwirkung der Bürger in allen Lebensbereichen gewährleistet und wahrhaft humanistische Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft herstellt. Das sind Grundprobleme, die durch die Entwicklung der modernen Produktivkräfte auch vor der Arbeiterklasse der BRD stehen, unter den Bedingungen der Ausbeuterordnung aber nicht gelöst werden können.

Die Existenz der sozialistischen DDR erleichert objektiv nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse in der BRD schlechthin, sondern sie wirkt gleichzeitig auf den Inhalt der Kampfziele der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital ein. Sie trägt mit dazu bei, daß in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit Fragen der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse im Kapitalismus einen zentralen Platz einnehmen. Die Verwirklichung ihrer Forderungen nach Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen kann den Folgen verschärfter Ausbeutung und der wachsenden sozialen Unsicherheit der Arbeiter und anderer nichtmonopolistischer Klassen und Schichten gewisse Schranken setzen und die Bedingungen des Kampfes um die revolutionäre Veränderung der bestehenden Ordnung günstiger gestalten.

Hier bildet sich ein neues und breites Feld sozialer Konflikte heraus, die wesentlich vom Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus beeinflußt werden.

Staat und Reproduktion der Arbeitskraft

Die Verflechtung der Macht der Monopole mit der Staatsmacht hat Konsequenzen auf die Wirkungsweise und die Erscheinungsformen des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit.

Grundsätzlich

– fungiert der Staat als Hebel der Akkumulation und Konzentration des Kapitals und trägt damit bei zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen der geringer werdenden Zahl von Ausbeutern und der zunehmenden Zahl von Ausgebeuteten. Der Staat beschleunigt die Proletarisierung der Bauern, Handwerker und unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution insbesondere der Intelligenz und verstärkt dadurch die Polarisierung der Klassenkräfte;
– verschärft der Staat unmittelbar und mittelbar die Ausbeutung, tritt selbst als Ausbeuter in Erscheinung und dehnt durch Umverteilungsprozesse das Feld der Ausbeutung aus;

– hat der Staat in der Auseinandersetzung um Lohn und Profit die Aufgabe übernommen, die Klassenbeziehungen im Interesse der Monopole zu regulieren.

All das führt dazu, daß unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus sich nicht nur die unmittelbare Konfrontation der Arbeiterklasse mit den Unternehmern verschärft, sondern daß sie auch direkt mit dem Staat konfrontiert wird. Besondere Bedeutung erhält in diesem Zusammenhang die spezifische Rolle des Staates bei der Gewährleistung qualitativ neuer Voraussetzungen für die Reproduktion der Arbeitskraft.

Die Lage der Arbeiterklasse und die Entwicklung der Klassenkonflikte wird im zunehmenden Maße durch den Widerspruch bestimmt, der sich aus der objektiven Notwendigkeit ergibt, daß zur Gewährleistung der Reproduktion der Arbeitskraft immer stärker gesellschaftliche Maßnahmen getroffen werden müssen, während ihre staatsmonopolistische Realisierung primär im Dienste der privaten Profitproduktion erfolgt. Der Staat greift mit seinen ökonomischen und außerökonomischen Mitteln in alle gesellschaftlichen Bereiche ein, um den privaten Monopolen neue Potenzen und Methoden ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Machtausübung zu erschließen.

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution werden solche gesellschaftlichen Bereiche wie Bildung und Berufsbildung, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Sport und Erholung, der gesamte Umweltschutz, Verkehrs- und Verbindungswesen als allgemeine Voraussetzungen für das Funktionieren des kapitalistischen Produktionsprozesses immer wichtiger. Das gilt vor allem auch für die Gewährleistung der Reproduktion der Ware Arbeitskraft unter den neuen, sich beschleunigend wandelnden Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Es vertieft sich die Kluft zwischen den unter der Monopolherrschaft gegebenen immer unzureichender werdenden gesellschaftlichen Bedingungen für die Reproduktion der Arbeitskraft und den quantitativ und qualitativ wachsenden Anforderungen an ihre Reproduktion.

In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten hat der imperialistische Staat den Ausbau der Infrastruktur zugunsten der privaten Kapitalakkumulation stark vernachlässigt; das erweist sich zunehmend als Hemmnis für die weitere Profitmaximierung. Zur Sicherung des kapitalistischen Systems soll er seine Mittel jetzt stärker darauf konzentrieren, diese Folgen des privaten Profitstrebens im Interesse künftiger Profit- und Machtsicherung des Monopolkapitals zu überwinden.

Der Umfang der Mittel sowie der Charakter der Einrichtungen, die dieser Aufgabe dienen, werden von den Verwertungsinteressen des Monopolkapitals bestimmt.

Völlig andere Interessen vertritt die Arbeiterklasse in ihrer Stellung zur Reproduktion der Arbeitskraft. Ihr im Rahmen des Kapitalismus zur Sicherung ihrer Interessen geführter Kampf zeigt immer deutlicher, daß ihre Existenz allein mit Hilfe des Lohnkampfes nicht zu verteidigen ist. Konnte schon der Kampf um höhere Löhne stets nur am erfolgreichsten geführt werden, wenn er als Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen das Kapital aufgefaßt wurde, so ist dies mit der Notwendigkeit, die Reproduktionsbedingungen durch kollektive Einrichtungen zu sichern, noch viel stärker der Fall. Mit dieser Erweiterung des Feldes der Klassenauseinandersetzung stößt der Kampf der Arbeiterklasse um die Sicherung ihrer Existenzbedingungen zugleich immer stärker an die Grenzen des staatsmonopolistischen Systems und macht deutlicher, daß nur noch durch die Beseitigung dieses Systems die Arbeiterschaft als Klasse – wie der einzelne Arbeiter – hinsichtlich ihrer Persönlichkeitsentwicklung jene Möglichkeiten wahrnehmen und jene Erfordernisse sichern können, die sich aus dem Stand der Produktivkräfte in der wissenschaftlich-technischen Revolution ergeben.

Der Kampf der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse und anderer antimonopolistischer Kräfte um eine solche demokratische und humanistische Gestaltung der allgemeinen Lebensbedingungen, die der vielseitigen Persönlichkeitsentwicklung dienen könnte, berührt daher objektiv unmittelbar die Grundlagen der kapitalistischen Herrschaft.

Der Imperialismus ist nicht in der Lage, komplexe gesellschaftliche Reproduktionsvoraussetzungen zu schaffen, die den Bedürfnissen der Arbeiterklasse wie des einzelnen Arbeiters entsprechen. Im Gegenteil: Er reproduziert immer wieder erneut die Arbeiterklasse als ausgebeutete Klasse. Der Widerspruch zwischen monopolistischem Privateigentum an den Produktionsmitteln und der ihm dienenden staatlichen Politik einerseits und den Forderungen der Arbeiterklasse nach sozialer Sicherheit und allseitiger Persönlichkeitsentwicklung andererseits bleibt ungelöst.

Zur Verschleierung des Klassencharakters seiner Politik geht der imperialistische Staat verstärkt dazu über, eine staatsmonopolistische Reformstrategie zu entwickeln, die durch ihre Formen und Methoden den Anschein erweckt, daß grundlegende Interessen der Arbeiterklasse berücksichtigt würden. Damit soll insbesondere die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Herrschaftsinteressen des Monopolkapitals gefördert und das Aufbrechen der tiefen Klassenkonflikte verhindert werden. Die Reformversprechungen der gegenwärtigen Regierung der BRD werden von dieser Konzeption bestimmt.

Die Sozialdemokratie ist aufgrund ihrer Bindung zur Arbeiterklasse einerseits als Träger einer solchen Reformkonzeption besonders geeignet, andererseits steht sie unter dem unmittelbaren Druck von Teilen der Arbeiterklasse, insbesondere der Gewerkschaften, und muß versuchen, sich im Austausch gegen soziale Zugeständnisse deren Unterstützung zu sichern.

Die gegenwärtigen politischen Repräsentanten der Staatsmacht sind aber auf der anderen Seite einem starken Druck der extrem reaktionären Kräfte ausgesetzt, die nichts unversucht lassen, ihre eigene Variante der staatsmonopolistischen Anpassungsstrategie – auch gegenüber der Arbeiterklasse – durchzusetzen.

Im Bewußtsein großer Teile der Arbeiterklasse erscheint unter diesen Bedingungen die staatliche Sicherung der allgemeinen Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals als gesamtgesellschaftliche Aktivität des Staates und der Staat als „dritte Kraft" zwischen Kapital und Arbeit (was Unzufriedenheit mit der schleppenden Verwirklichung sozialer Reformversprechungen nicht ausschließt).

Die marxistisch-leninistischen Kräfte richten ihren Kampf daher darauf aus, einerseits die Angriffe des reaktionärsten Flügels der Monopolbourgeoisie zurückzuweisen und andererseits der gegenwärtig praktizierten staatsmonopolistischen Reformpolitik eine antiimperialistische demokratische Alternative im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten entgegenzustellen.

Durch die allseitigen Eingriffe des Staates in die Klassenbeziehungen und in die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse weitet sich das Feld des Klassenkampfes aus. Unter diesem Aspekt werden einige Fragen aufgeworfen, die das Verhältnis zwischen ökonomischem und politischem Kampf in neuer Weise betreffen. Unter den veränderten Existenzbedingungen des Imperialismus steht die Arbeiterklasse vor der Notwendigkeit, die Mittel und Methoden des Klassenkampfes inhaltlich zu erweitern.

Der Kampf um die Steigerung des Reallohnes, um wenigstens die über den individuellen Konsum gegebenen Möglichkeiten zur Gewährleistung der Reproduktion der Arbeitskraft zu erweitern, wird auch künftig ein Hauptfeld des Klassenkampfes darstellen. Die lohnpolitischen Auseinandersetzungen haben in den letzten Jahren an Schärfe zugenommen und werden auch künftig ihre Bedeutung nicht verlieren. Im Gegenteil: Zunehmender Inflationsdruck, Versuche des Staates, in die Primärverteilung zugunsten der monopolistischen Kapitalakkumulation einzugreifen, und das ständige Streben des Monopolkapitals, die neuartigen Anforderungen an die Reproduktion der Arbeitskraft auf die individuelle Konsumtion abzuwälzen, geben den tarifpolitischen Kämpfen objektiv größeres Gewicht. Gleichzeitig verbinden sich die Lohnforderungen verstärkt mit Aktionen der Arbeiterklasse gegen die ungerechte Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit und führen so zu einer stärkeren Politisierung der Tarifkämpfe, stellen jedoch hierbei noch in

ungenügendem Maße die prinzipielle Frage nach der Überlebtheit des kapitalistischen Privateigentums. Neuartige sozialpolitische Forderungen, die in die Tarifkämpfe einfließen (zum Beispiel Rationalisierungsschutzabkommen, Bildungsurlaub, neue Probleme des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und der Altersversorgung), gewinnen für die Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft zunehmende Bedeutung. Solche Forderungen allein werden jedoch den Notwendigkeiten in keiner Weise gerecht, die sich aus den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution an die Arbeitskraft einerseits und aus der Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Staatsmacht andererseits ergeben. **Der Kampf um eine wirksame Einflußnahme auf Planung, Leitung und Kontrolle gesellschaftlicher Prozesse wird zugleich zu einer immer wichtigeren Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf auf den traditionellen Gebieten, wie für Erfolge im Bereich jener sozialen Probleme, die die wissenschaftlich-technische Revolution für die Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen System neu aufwirft. In den Klassenkampf der Arbeiter fließen deshalb immer stärker Forderungen ein, die in ihrer objektiven Tendenz auf grundsätzliche Machtveränderungen drängen.** Durch wachsende Bewußtheit und Organisiertheit des Kampfes der Arbeiterklasse werden sich mit der stärkeren Ausprägung ihrer antiimperialistischen Ziele auch ihre prinzipiellen Erfolge mehren. Verbunden mit der dabei vor sich gehenden schrittweisen Veränderung des Kräfteverhältnisses werden die objektiven Voraussetzungen günstiger, daß sich Elemente des Kampfes um den Sozialismus bereits im antiimperialistischen Kampf herausbilden können.

Veränderungen in der Stellung der Arbeiter im kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß

Die Verschärfung des kapitalistischen Grundwiderspruchs tritt hinsichtlich der Stellung der Arbeiter im kapitalistischen Produktionsprozeß vor allem in folgender Weise zutage:

a) Die wissenschaftlich-technische Revolution bringt eine neue Entwicklungsstufe des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit hervor. Mehr denn je gilt die Feststellung, daß die Vergesellschaftung der Produktion einen solchen Grad erreicht hat, „auf dem Aneignung der Produktionsmittel und Produkte, und damit der politischen Herrschaft, des Monopols der Bildung und der geistigen Leitung durch eine besondere Gesellschaftsklasse nicht nur überflüssig, sondern auch ökonomisch, politisch und intellektuell ein Hindernis der Entwicklung geworden ist." (Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 263)

Das private Eigentum an den Produktionsmitteln verhindert eine rationelle Organisation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und damit die reale Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit und ihre Verausgabung als unmittelbar gesellschaftliche, planmäßig organisierte Arbeit assoziierter Produzenten und Eigentümer.

b) Die fortschreitende Akkumulation und Konzentration des Kapitals vertieft die Objektsituation des Arbeiters, seine totale Unterwerfung als Gesamtpersönlichkeit unter den Verwertungsprozeß durch die Ausdehnung der Kapitalherrschaft auf alle Tätigkeits- und Lebensbereiche der Arbeiterklasse. Der von Marx charakterisierte „Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft auf der einen Seite und modernem Elend und Verfall auf der anderen Seite, dieser Antagonismus zwischen den Produktivkräften und den gesellschaftlichen Beziehungen" spitzt sich zu. (Marx/Engels, Werke, Bd. 12, Berlin 1969, S. 4)

Veränderungen in den Arbeitsfunktionen

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verändern sich allmählich durch neue Maschinensysteme und Technologien, durch neue Energieformen und Arbeitsgegenstände Platz und Funktion eines Teiles der Produzenten im Produktionsprozeß. Eine noch kleine, aber wachsende Zahl Industriearbeiter wird aus den unmittelbaren Produktionsabläufen

herausgelöst und als Wartungs-, Überwachungs- oder Steuerungspersonal automatischer Anlagen und Prozesse eingesetzt. Es wird erforderlich, daß eine wachsende, wenn auch noch kleine Gruppe der Arbeitskräfte schöpferische geistige Arbeit leistet.

Marx und Engels sahen in diesem allmählichen Heraustreten der Arbeitskräfte aus dem unmittelbaren technologischen Fertigungsprozeß und ihrem Einsatz für schöpferische Arbeit die künftige Haupttendenz der Entwicklung der Produktivkräfte. Damit entstehen die Voraussetzungen und Möglichkeiten, den Freiheitsraum des einzelnen und der Gesellschaft für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit zu vergrößern und den für den Kapitalismus typischen Gegensatz von Arbeit als Knechtung einerseits und Freizeit als dem „eigentlichen" Leben andererseits zu überwinden, die Arbeit zur entscheidenden Quelle des Schöfertums und der menschlichen Persönlichkeitsentfaltung zu machen. Dies setzt jedoch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion voraus.

Im Kapitalismus werden der Charakter, das Ausmaß und die konkreten Formen der Veränderungen in den Arbeitsfunktionen vom Profitmotiv bestimmt. Die mögliche Herausbildung von Tätigkeiten mit höheren geistig-schöpferischen Anforderungen, die mögliche Beseitigung von Arbeitsplätzen mit schwerer körperlicher oder sinnentleerter Routinearbeit findet immer dann und dort ihre Grenzen, wo sie keinen zusätzlichen Profit abwirft.

Unter kapitalistischen Bedingungen nimmt – im Prozeß der Vollmechanisierung und Automatisierung – die Differenzierung der Tätigkeitsanforderungen und die Polarisierung zwischen relativ wenigen Funktionen mit hohen berufstheoretischen oder geistig-schöpferischen Anforderungen und monotonen Routinearbeiten zu. Dies gilt sowohl für die Industriearbeiter als auch sinngemäß für die naturwissentschaftlich-technische Intelligenz und für die Angestellten im kaufmännischen und technischen Bereich.

Einige bürgerliche Soziologen versuchen, diese Polarisierung, Differenzierung und Vereinseitigung der Produzenten als unvermeidliches Resultat produktionstechnischer „Sachzwänge" hinzustellen. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution entstehen jedoch im Gegenteil qualitativ neue Möglichkeiten für die Gestaltung von Arbeitsfunktionen, wenn die Entscheidungen über Investitionen, über die Gestaltung der Produktionsmittel und die Arbeitsorganisation nicht vom Profitgesichtspunkt diktiert werden. Die Veränderungen der Arbeitsfunktionen werden mit der fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion und den Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Produktivkräfte immer stärker durch die Produktionsverhältnisse geprägt.

Entwicklungstendenzen des Verhältnisses von geistiger und körperlicher Arbeit

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution erlangen die geistigen Fähigkeiten der Produzenten zunehmende Bedeutung; es wachsen die Anforderungen an das Bildungs- und Qualifikationsniveau. Die Haupttendenz besteht langfristig auch unter staatsmonopolistischen Bedingungen in einer Höherentwicklung des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus der Arbeitskraft. Es genügt für die Profitproduktion auf die Dauer nicht, zur Beschleunigung des technischen Fortschritts nur den Anteil der hochqualifizierten wissenschaftlich-technischen Arbeit zu vergrößern. Die in den Produktionsmitteln vergegenständlichten wissenschaftlichen Erkenntnisse und die Qualifikation der sie anwendenden Arbeitskräfte sind nur begrenzt substituierbar. Vergegenständlichte und lebendige Arbeit müssen eine aufeinander bezogene, dialektische Einheit bilden, wenn nicht die Entwicklung der Produktivität – und damit die Steigerung der Profite – behindert werden sollen.

Die Entwicklung des Verhältnisses von geistiger und körperlicher Arbeit verläuft unter dem staatsmonopolistischen Kapitalismus als widersprüchlicher Prozeß und widerspiegelt die antagonistischen Klassengegensätze im Imperialismus.

Einerseits vollziehen sich zwischen den Elementen geistiger und manueller Arbeit innerhalb einzelner produktiver Tätigkeiten sowie zwischen den Trägern vorwiegend geistiger oder manueller Arbeit Annäherungstendenzen:

- Der Anteil der geistigen Elemente in der unmittelbar produktiven Tätigkeit nimmt zu.
- Ein rasch wachsender Teil der geistigen Arbeit wird unmittelbar in der Produktionstätigkeit verausgabt und zur unmittelbaren Produktivkraft, wobei eine Differenzierung zwischen Routinearbeit und schöpferischer Tätigkeit erfolgt.
- Der sozialökonomischen Stellung nach wird ein Teil dieser geistigen Arbeiter zu ausgebeuteten Lohnarbeitern.

Innerhalb der Arbeiterklasse und innerhalb des Produktionsprozesses kommt es also zu Annäherungsprozessen, die den Gegensatz der Gesamtheit aller Lohnarbeiter zum Kapital ausweiten.

Andererseits verschärft sich unter staatsmonopolistischen Bedingungen der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit als Ausdruck der antagonistischen Klassenverhältnisse:

- Die Entscheidungen bei der Leitung wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Prozesse und bei der Entwicklung der Produktivkräfte werden in ihren Zielsetzungen und Ergebnissen von den Monopolinteressen bestimmt. Die Träger dieser grundlegenden Entscheidungen – aus welchen Schichten der Bevölkerung sie auch stammen – sind Teilhaber am Monopolprofit und an der monopolistischen ökonomischen und politischen Macht.
- Das Bildungsmonopol der herrschenden Klasse äußert sich nicht nur in ihrem Bildungsprivileg, sondern vor allem in der Festlegung des Inhaltes und Zieles der Bildung und Erziehung, die den anderen Klassen und Schichten zuteil wird. Die Bourgeoisie muß einerseits der Arbeiterklasse im Profitinteresse höhere Kenntnisse vermitteln, andererseits sucht sie durch den bürgerlichen Klasseninhalt der vermittelten Bildung und durch intensive politisch-ideologische Manipulierung zu verhindern, daß sich mit dem höheren Bildungsniveau das Bewußtsein der Arbeiterklasse über ihre Position in der Ausbeutergesellschaft entwickelt.
- In dem Maße, wie unter den Bedingungen des Monopoleigentums an den Produktionsmitteln die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft wird und das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte angehoben werden muß, nutzt das Kapital diese Prozesse für die Intensivierung der Ausbeutung, zur Erhöhung der Profite. Die Resultate geistiger Arbeit treten den Ausgebeuteten – ganz gleich, ob sie überwiegend geistige oder körperliche Arbeit leisten – im Produktionsprozeß als Elemente des Arbeitszwanges entgegen, als Element ihrer Unterordnung unter die Kapitalherrschaft.

Insgesamt ergeben sich – trotz der Schranken, die die monopolistischen Eigentumsverhältnisse setzen – neue Möglichkeiten für die Entwicklung des Typs eines modernen, wissenschaftlich-technisch besser gebildeten, zum rationalen technischen Denken befähigten und in seinem Selbstbewußtsein als „Fachmann" gestärkten Industriearbeiters. In dieser Entwicklungstendenz sehen die marxistisch-leninistischen Parteien große Möglichkeiten, diese naturwissenschaftlich-technisch geprägte Rationalität und spontan materialistische Denkweise auf die Höhe der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse zu heben. Andererseits sehen sie auch, daß es der Monopolbourgeoisie bisher in sehr weitem Maße gelingt, solche Kenntnisse, Denk- und Verhaltensweisen zur weiteren Bindung erheblicher Teile der Arbeiterklasse an das staatsmonopolistische Herrschaftssystem, zur Verbreitung bürgerlicher Ideologien und Verhaltensweisen zu mißbrauchen.

Veränderungen in den Formen und Auswirkungen der Ausbeutung

Die Unterordnung der wissenschaftlich-technischen Revolution unter die Plusmacherei als absolutem Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise intensiviert die Ausbeutung und verstärkt die Gefahr des physischen Ruins der Arbeitskraft in vielen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion. **Die dem Profitstreben untergeordnete technologische Gestaltung und soziale Organisation des Produktionsprozesses bringt qualitativ neue Arbeitsanforderungen und -intensitäten hervor, die die Gesamtpersönlichkeit des Arbeiters auf ungleich komplexere psycho-physische Weise als bisher belasten und die Tendenz des Kapitals zur Verwüstung der Arbeitskraft auf neue und verstärkte Weise reproduzieren.**

Insbesondere steigen die psychisch-nervlichen Belastungen, die Anforderungen an Sinnesorgane und Nervensystem, an Aufmerksamkeit und Konzentration, an Redaktions- und Entscheidungsvermögen der Arbeiter, die an automatisierten Anlagen tätig sind. Der Verschleiß ihrer psychisch-nervlichen Kräfte beschleunigt sich wesentlich, allerdings mit unterschiedlichen Wirkungen auf den verschiedenen Reifestufen der Autmatisierung und für die verschiedenen Gruppen des Automatisierungspersonals. So gilst zum Beispiel für das Überwachungspersonal sich selbst regelnder Systeme, daß sich in ihrer Tätigkeit relative Beschäftigungsarmut unterhalb der für die normale Entwicklung des Menschen erforderlichen Mindestschwelle körperlich-geistigen Anspruchs mit gleichzeitig unablässig konzentrierter Aufmerksamkeit und Reaktionsfähigkeit verbindet. Diese gleichzeitige teilweise Unter- und Überforderung der Arbeitskraft bilden einen Wirkungskomplex, der von besonderer persönlichkeitsschädigender oder gar -zerstörender Wirkung ist.

Der staatsmonopolistische Weg der wissenschaftlich-technischen Revolution hat die Aufsplitterung vieler Arbeitsfunktionen in Elementartätigkeiten zur Folge, bei denen sich geringster Qualifikationsanspruch, hohe Arbeitsmonotonie, extreme Vereinseitigung der Tätigkeit und Zwang zu gleichbleibend hoher Intensität zu hohen psycho-physischen Belastungen vereinen. Vor allem die gegenwärtig vorherrschenden Entwicklungsstufen der wissenschaftlich-technischen Revolution – Vollmechanisierung und Teilautomatisierung – reduzieren häufig die Arbeitsfunktion eines bedeutenden Teils des Bedienungs- und Hilfspersonals auf wenige mechanische Elementarfunktionen, entleeren deren Arbeit ihres Inhalts und erzwingen durch den objektiven Zwangsrhythmus des Produktionssystems eine oft pausenlose, die Arbeitskraft rasch erschöpfende Arbeitsintensität.

Unter diesen Umständen gehen gerade in den modernsten Betrieben der Verschleiß an geistig-nervlichen Kräften, die psychisch-moralische Belastung und die Vereinseitigung der Beanspruchung bei gleichzeitig hoher Arbeitsintensität auf die Dauer über die physiologische Reproduktionsfähigkeit der Arbeitskraft hinaus.

Die Unterordnung der wissenschaftlich-technischen Revolution unter die Gesetze der kapitalistischen Ausbeutung verwandelt so die ihr innewohnenden Möglichkeiten zur vielseitigen Entwicklung der Produktivkraft Mensch, zur „Selbstverwirklichung des Menschen" (Marx) in ihr Gegenteil und ist eine der wichtigsten Ursachen für zunehmende oder anhaltend hohe Frühinvalidität, psychisch-nervliche Schädigungen, Herz- und Kreislaufstörungen, Arzneimittelmißbrauch und andere nicht nur die Gesundheit, sondern die Gesamtpersönlichkeit des Arbeiters schädigende oder gar zerstörende Folgen. Die Arbeits- und Lebenskraft vieler Arbeiter und Angestellten wird vorzeitig ausgepumpt. Die Sinnentleerung des Arbeitslebens findet zugleich ihre Fortsetzung in der Sinnentleerung des geistig-kulturellen Lebens durch die kapitalistische Freizeitindustrie.

Intensivierung der Ausbeutung einerseits und Unfähigkeit des Systems andererseits, komplexe gesellschaftliche Voraussetzungen für die Reproduktion der Arbeitskraft zu schaffen, machen besonders deutlich, daß die Ausbeuterordnung, daß der Warencharakter der Arbeitskraft immer mehr zum Hemmnis der erweiterten Reproduktion der Hauptproduktivkraft Mensch, zur entscheidenden Barriere für seine Persönlichkeitsentwicklung wird.

Mit der wachsenden Notwendigkeit gesellschaftlicher Aufwendungen für die erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft kompliziert sich das Problem der Wertentwicklung der Ware Arbeitskraft. Und auf der anderen Seite wird mit der rasch wachsenden Umverteilung des Nationaleinkommens die Quantifizierung des von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrprodukts, das heißt des Ausbeutungsgrades und der Intensivierung der kapitalistischen Ausbeutung, immer schwieriger. In untrennbarem Zusammenhang mit den Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Wertentwicklung der Arbeitskraft (zum Beispiel Entwertung durch Dequalifizierung; erhöhte Reproduktionsbedürfnisse; Einfluß der Produktivitätsentwicklung auf die Reproduktionskosten; Dialektik von individuellen Konsumnotwendigkeiten und gesellschaftlich zu schaffenden Reproduktionsbedingungen u. a.) steht die Einwirkung des Sozialismus auf die inneren Entwicklungsprozesse und den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern. Seinem Wesen nach ist der Wert der Ware Arbeitskraft bekanntlich ein gesellschaftliches Verhältnis, das heißt ein Klassenverhältnis. In wachsendem Maße wird daher die Wertgröße der Arbeitskraft vom Verhältnis der Klassenkräfte zueinander und von der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus im Weltmaßstab, die auf das Verhältnis der inneren Klassenkräfte einwirken, beeinflußt.

Anwendung und Verwertung der Ware Arbeitskraft

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution erweitern sich auch unter dem staatsmonopolistischen Kapitalismus Arbeitsfeld und Verantwortungsbereich für bestimmte Arbeitergruppen. Aus ihrer Verantwortung für Einzelprozesse, Einzelfunktionen und Einzelmaschinen wird die Verantwortung für den reibungslosen Fluß ganzer technologischer Prozesse und Produktionssysteme sowie für deren rationelle, das heißt kostensparende und profitable Nutzung.

Bürgerliche Soziologen versuchen, unter Ignorierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Veränderungen in der Funktion bestimmter Arbeitergruppen als Befreiung des Arbeiters aus seiner Objektsituation darzustellen, mit der Begründung, daß diese Veränderungen Qualifikation und Bildungsstand dieser Arbeiter erhöhten, sie von schwerer körperlicher oder „erniedrigender" Arbeit befreiten und in ihnen ein neues „Selbstwertgefühl" durch erhöhte Verantwortung entwickelten. **Das Kapital steht vor dem Problem, bestimmten Arbeitergruppen Verantwortung für Teile des Produktionsprozesses zu übertragen, der zugleich ihr Ausbeutungsprozeß ist. Es muß bei diesen Arbeitern und Angestellten schöpferische, aktive Verhaltensweisen erzeugen, die zu deren gesellschaftlicher Stellung objektiv im Widerstreit stehen, da sie ihrem Wesen nach nur Verhaltensweisen von Eigentümern an den Produktionsmitteln sein können.** Zur Sicherung seiner Herrschaft versucht daher das Kapital zugleich, die objektiv wachsende Verantwortung von Teilen der Arbeiterklasse auf technische Ausführungsfunktionen zu begrenzen, tiefere Einsichten in den Gesamtzusammenhang des Produktionsprozesses, seiner Organisation und Leitung sowie vor allem jede echte Mitbestimmung über die Relation von Lohn und Profit zu verhindern. Erst recht verwehrt das Kapital den Arbeitern jegliche echte überbetriebliche Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft.

In zunehmendem Maße bemühen sich Vertreter des Monopolkapitals, das wachsende Bewußtsein der westdeutschen Arbeiter, sich als Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums zu erkennen, zur Stimulierung ihres Leistungswillens und eines systemkonformen Verhaltens zu mißbrauchen. Unter den Schlagworten des „selbstbewußten", „emanzipierten" Arbeiters versuchen sie, ihn zu individualistischer Verhaltensweise und zur Zusammenarbeit mit dem Kapital zu bewegen, seine solidarische Klassenverbundenheit und sein – in welcher Form auch immer existierendes – Klassenbewußtsein zu zerstören.

Andererseits kann dieses sich stärkende, auf dem Stolz des „Fachmanns" beruhende „Selbstbewußtsein" durchaus ein Ansatzpunkt für die Entwicklung von Klassenbewußtsein sein und in diesem Sinne von den bewußten Kräften der Arbeiterklasse genutzt werden. In der Gegenwart dominiert unter den westdeutschen Arbeitern und Angestellten zweifellos eine Ideologie, sich als „Arbeitnehmer", als „Sozialpartner" zu sehen, der durchaus auch seine eigenen berechtigten Interessen hat und dafür kämpfen und streiken muß, ohne allerdings das System in Frage zu stellen. Viele Arbeiter fühlen und erkennen sich noch nicht als Angehörige der Arbeiterklasse in einer antagonistischen Klassengesellschaft, noch nicht als revolutionäre gesellschaftsverändernde und geschichtsgestaltende Potenz.

Die wissenschaftlich-technische Revolution bedeutet einen qualitativ neuen Grad der Naturbeherrschung durch den Menschen. Ob ihre Ergebnisse jedoch von der und für die Arbeiterklasse genutzt werden können, hängt davon ab, ob und inwieweit sich dieser höhere Grad der Beherrschung der Natur mit der Beherrschung der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze und mit der bewußten und planmäßigen Leitung der gesellschaftlichen Prozesse durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten zusammenfügt.

Hier liegt die entscheidende Schranke, die die staatsmonopolistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse der vollen Entfaltung und der gesellschaftlichen Nutzung der Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution setzen. Die Spontaneität und Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise verhindern die bewußte Beherrschung der gesellschaftlichen Prozesse. Das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln schließt die Masse des Volkes von der Planung, Leitung und Kontrolle der gesellschaftlichen Beziehungen und Entwicklungsprozesse aus. **Mit der Konzentration der ökonomischen und politischen Macht bei einer winzigen staatsmonopolistischen Herrschaftsgruppe verschärft sich der Widerspruch zwischen den wachsenden Einsichten der Arbeiterklasse in naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten und ihrem Ausgeliefertsein an nichtkontrollierbare gesellschaftliche Prozesse, erhöht sich die Gefahr des Mißbrauchs der zunehmenden Naturbeherrschung für die expansiven und aggressiven Ziele des Imperialismus und der Verwendung der neuen Produktivkräfte als Destruktivkräfte.**

Dieser Widerspruch ist eine wichtige Quelle für die Erkenntnis zunehmender Existenzunsicherheit und für das steigende Unbehagen an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen – ohne daß der Klassencharakter dieser gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Auswirkungen bereits allgemein erkannt würde. Besonders unter der Arbeiterjugend, den Studenten und unter Angehörigen der Intelligenz ist dieser, dem staatsmonopolistischen Kapitalismus wesenseigene Widerspruch eine spezifische Triebkraft für antiimperialistische Aktionen und Alternativen.

Die massenwirksame Vermittlung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse durch die marxistisch-leninistische Partei ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse der BRD nicht nur besser lernt, die Naturkräfte, also vor allem die Technik, zu beherrschen, sondern auch zur Erkenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft gelangt. Die aktive Teilnahme am Klassenkampf ist ein entscheidender Weg für die praktische Verbindung von Natur- und Gesellschaftsbeherrschung, für die Entwicklung der Arbeiterklasse von einer „Klasse an sich" zur „Klasse für sich".

SOPO 13/14
erscheint Oktober 1971

Qualitative und quantitative Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse

In der Arbeiterklasse der BRD vollziehen sich tiefgreifende Strukturveränderungen, deren Analyse und Wertung für die Einschätzung ihrer künftigen Lage und Kampfbedingungen von großer Bedeutung sind. Strukturveränderungen innerhalb der gesamten Volkswirtschaft, zwischen den Industriezweigen und Veränderungen der Struktur der Produktion werden von der wisssenschaftlich-technischen Revolution, der staatlich geförderten Akkumulation und Konzentration des Kapitals und von den aggressiven Expansionsbestrebungen der imperialistischen Kräfte entscheidend bestimmt. Alle diese wirtschaftlichen Strukturveränderungen wirken sich auf die qualitativen und quantitativen Veränderungen innerhalb der Arbeiterklasse aus.

Die Struktur der Arbeiterklasse wird sich weiter differenzieren, gleichzeitig mehren sich jedoch die Tendenzen der sozialen Vereinheitlichung und Annäherung ihrer einzelnen Schichten und Gruppen. Die Akkumulation des Kapitals und die ihr dienende staatliche Wirtschaftspolitik führen durch die verstärkte Proletarisierung der Bauern, Handwerker, des städtischen Mittelstandes und Teilen der Intelligenz zum weiteren Anwachsen der Arbeiterklasse. Die Polarisation der Klassenkräfte, der Besitz- und Einkommensverhältnisse erreicht eine neue Qualität. Auf der Basis des sich zuspitzenden Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit entfaltet sich der Widerspruch zwischen der Herrschaft der staatsmonopolistischen Oligarchie und der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung.

Beschäftigte in der BRD
in 1 000

	1950	1960	1969
Erwerbstätige insgesamt	20 376	26 247	26 822
darunter: "Tertiärer" Bereich	6 667	10 106	11 353
davon: Handel und Verkehr	2 918	4 515	4 729
sonstige Dienstleistungen	3 749	5 591	6 624

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969, (Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden), Stuttgart-Mainz 1969, S. 122.

Beschäftigte in der Industrie der BRD

	1950		1960		1970	
	in 1 000	Anteil v. H.	in 1 000	Anteil v. H.	in 1 000	Anteil v. H.
Industrie insgesamt	4 935	100	8 081	100	8 620	100
darunter:						
Chemische Industrie	287	5,9	453	5,8	597	6,9
Maschinenbau	462	9,4	936	12,0	1 203*	13,9*
Fahrzeugbau	193	3,9	403	5,2	607	7,0
Elektrotechnische Industrie	264	5,4	728	9,4	1 098	12,7

* Einschl. Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, lfd.; für 1970: Fachserie D, Industrie und Handwerk, Reihe I, Teil 1, Vorbericht 1970 (Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden), Stuttgart-Mainz

Verteilung des Arbeitskräftepotentials

In der Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen volkswirtschaftlichen Hauptbereiche und Zweige lassen sich folgende Tendenzen erkennen:

1. Die stärkste Zunahme der Beschäftigtenzahl innerhalb des gesamten Arbeitskräftepotentials erfolgt im sogenannten „tertiären Sektor". Innerhalb dieses Bereichs verläuft der Prozeß der Verteilung der Arbeitskräfte sehr unterschiedlich. Die größte Zunahme haben das Kredit- und Versicherungswesen, die staatlichen Verwaltungen und die allgemeinen Dienstleistungen zu verzeichnen; eine Stagnation ist im Handel zu beobachten; rückläufig ist die Gesamtzahl und der Anteil der Beschäftigten im Verkehrs- und Nachrichtenwesen.
2. Im Gesamtbereich der Industrie stagniert die Zahl der Arbeitskräfte. Innerhalb der Industrie erfolgte ein starker Rückgang der Zahl der Beschäftigten der extraktiven Industrie. Dieser Prozeß wird sich verlangsamen. Im Bereich der verarbeitenden Industrie ist der Prozeß der Konzentration der Arbeitskräfte auf jene Zweige, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution besonders eng verbunden sind, noch in vollem Gange.
3. Starke quantitative Veränderungen ergeben sich durch das rapide Sinken des Anteils der Landarbeiter an der gesamten Arbeiterklasse. Dieser Prozeß wird weiter anhalten, sich aber verlangsamen. Gleichzeitig schreitet die Proletarisierung von Nebenerwerbs-, Klein- und Mittelbauern weiter fort.

Die Freisetzung aus bisher bedeutenden Zweigen der Wirtschaft bringt für die meisten betroffenen Arbeiter, besonders für spezialisierte Facharbeiter, große soziale Probleme mit sich, für viele eine bedeutende Verschlechterung ihrer materiellen Existenzgrundlage, Dequalifizierung und Degradation sowie für ältere Arbeiter häufig eine vorzeitige Verdrängung aus dem Arbeitsprozeß.

Für freigesetzte Landarbeiter, auch in ihrer alten Tätigkeit zumeist kaum qualifiziert, bringt die Aufnahme einer angelernten oder ungelernten Tätigkeit in der Industrie zwar häufig eine materielle Verbesserung, aber infolge ihrer besonders niedrigen Disponibilität und ihres allgemein niedrigen Bildungs- und Qualifikationsniveaus eine starke Unsicherheit ihres neuen Arbeitsplatzes. Ähnliches gilt, wenn auch nicht so ausgeprägt, für einen Teil der Arbeitskräfte, die von handwerklichen Berufen in die Industrie oder zwischen einzelnen Industriezweigen wechseln mußten.

Veränderungen in der Qualifikationsstruktur

Die wissenschaftlich-technische Revolution verlangt neue Qualifikationsproportionen im gesellschaftlichen Arbeitskräftepotential. Das Hauptproblem besteht in dieser Hinsicht für die Arbeiterklasse darin, daß das gesamte Bildungssystem in seiner Zielsetzung, seinem Inhalt und seiner Struktur den ökonomischen und politischen Zielen des Kapitals untergeordnet ist. Für die Berufsbildung und für die Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse gilt dabei, daß sie vom Profitstreben und von den unterschiedlichen Verwertungsbedingungen der kleinen, mittleren und monopolistischen Kapitale in unterschiedlicher, aber immer gegen die bildungspolitischen Interessen der Arbeiterklasse gerichteter Weise bestimmt werden. Daraus ergibt sich,

- daß die Berufsbildung vielfach in Berufen und für Tätigkeiten erfolgt, für die künftig kein oder nur geringer Bedarf besteht und daß prognostizierbare künftige Anforderungen völlig ungenügend berücksichtigt werden und damit die Berufsbildung im hohen Maße von vornherein die Gefahr künftiger Dequalifizierung oder Freisetzung impliziert;
- daß die traditionelle Berufs- und Qualifikationsstruktur nach Facharbeitern, angelernten und ungelernten Arbeitern weder in ihrem überkommenen Inhalt noch in ihren Proportionen und auch nicht im gegenwärtigen Aus- und Weiterbildungssystem – einschließlich der monopolistischen Formen der Stufenausbildung – den heutigen und noch weniger den künftigen Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht.

Für die Entwicklung der Qualifikationsstruktur ergeben sich vor allem folgende Tendenzen:

Die herkömmliche Facharbeiterausbildung, auf eine Vielzahl spezialisierter Fertigkeiten zersplittert, wird durch die neuen technischen Anforderungen immer schneller entwertet und unbrauchbar. Modernere Ausbildungsinhalte und -methoden werden jedoch nur zögernd und gegen den Widerstand eines beachtlichen Teils der Bourgeoisie durchgesetzt. Für die Arbeiterklasse wird eine Ausbildung in berufstheoretisch fundierten, breit profilierten Grundberufen zu einer vordringlichen Voraussetzung für höhere Disponibilität und damit wichtiges Element künftiger sozialer Sicherheit. Dies um so mehr, als mit der Beschleunigung des technischen Fortschritts bei Beibehaltung der gegenwärtigen Ausbildungsziele und -methoden die Qualifikation immer stärker hinter den Veränderungen der wirtschaftlichen und Produktionsstruktur zurückzubleiben droht.

Mit der Rationalisierung und Automatisierung entstehen vielfältige neuartige Anlerntätigkeiten; von komplexen hochqualifizierten Tätigkeiten werden Routinearbeiten abgespalten. Andererseits geht in einer Reihe von Industriezweigen (zum Beispiel Chemie, Elektronik) der Anteil der angelernten Arbeiter zurück. Der Anteil der ungelernten Arbeiter nimmt generell ab. Innerhalb der Schicht der traditionellen kaufmännischen und Verwaltungsangestellten, aber auch der technischen Angestellten vollziehen sich tiefgreifende Wandlungen der Tätigkeits- und Qualifikationsstrukturen. Es verstärkt sich die Differenzierung in zum Teil höher qualifizierte, eng spezialisierte „Sachbearbeiter" – Tätigkeiten, die in ihrem Wesen dem jetzigen Facharbeiter entsprechen, und mechanischen und mechanisierten Routinearbeiten, die viele traditionelle Kenntnisse und Fertigkeiten entwerten. Von dieser Dequalifizierung und Degradation werden vor allem weibliche Angestellte betroffen.

Der Anteil der Wissenschaftler, die in der Industrie, in der Verwaltung und in der der Industrie nahestehenden Forschung tätig sind, nimmt weiter zu. Auch hier tritt eine Differenzierung zwischen hochqualifizierter schöpferischer und geistiger Routinearbeit ein. Mit der künftigen stärkeren Automatisierung solcher Routineprozesse droht auch für einen wachsenden Teil der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz die Dequalifizierung und Degradation.

Der Widerspruch zwischen dem gegenwärtigen Bildungs- und Berufsbildungssystem und den sich abzeichnenden neuen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte sowie der Widerspruch zwischen staatsmonopolistischer Anpassung der Berufsausbildung an jeweilige technische und Profitbedürfnisse und den bildungspolitischen Forderungen der Arbeiterklasse werden sich weiter vertiefen und verstärkt zum Feld der Klassenauseinandersetzung werden.

Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters

Fortschreitende Spezialisierung, Arbeitsteilung und Kooperation kennzeichnen sowohl den einzelnen betrieblichen als auch den gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution verändert sich damit die Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, das heißt des „kombinierten Arbeitspersonals, dessen Glieder der Handhabung des Arbeitsgegenstandes näher oder ferner stehn". (Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 531) Es vermindert sich die absolute Zahl und der Anteil der in der unmittelbaren Fertigung beschäftigten Arbeiter; die Anzahl und die Bedeutung der in der Produktionsvorbereitung, -vollendung, -leitung und -kontrolle beschäftigten Lohnarbeiter nimmt zu. Stagnation oder Rückgang der Beschäftigtenzahl im materiell-gegenständlichen Bereich der Produktion ändern aber nichts an der grundlegenden Bedeutung dieses Bereichs für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß.

Für die Struktur der Arbeiterklasse ist von besonderer Bedeutung, daß mit dem Anwachsen der nichtmateriellen Bereiche der Volkswirtschaft und jener betrieblichen Bereiche, die außerhalb der eigentlichen Fertigung liegen, der Anteil der Angestellten und der Intelligenz wächst, der Anteil der Arbeiter zurückgeht. Von bürgerlichen Soziologen wird aus diesem Prozeß die Theorie vom angeblichen Verschwinden der Arbeiterklasse abgeleitet. Aber die Wirklichkeit ist eine andere:

Die Masse der Angestellten und wachsende Teile der Intelligenz müssen – wie die Arbeiter – ihre Arbeitskraft an das Kapital oder an den Staat verkaufen und – überwiegend geistige – Lohnarbeit leisten. Das ist die entscheidende Gemeinsamkeit mit den Arbeitern und objektive Grundlage für die Zugehörigkeit auch dieser Schichten zur Arbeiterklasse, ungeachtet aller sozialrechtlichen Unterschiede, künstlich geschaffenen Privilegien und der Besonderheiten ihrer Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß sowie ihres Anteils an der Produktion oder Realisierung des Mehrwertes.

Auch hinsichtlich ihrer Arbeitsfunktion macht sich eine Annäherung von Teilen der Angestellten und Intelligenz an die Arbeiter bemerkbar: An die Stelle produktionsleitender und produktionsorganisierender Funktionen als unmittelbare Beauftragte des Kapitals tritt in wachsendem Maße die industriemäßige Detailarbeit und die direkte Beteiligung am Produktionsprozeß.

Schließlich wird die Annäherungstendenz dadurch gefördert, daß sich der Anteil der technischen Angestellten und Intelligenz, die selbst Facharbeiter waren oder ihrer sozialen Herkunft nach aus der Industriearbeiterschaft stammen, allmählich erhöht. Die qualitativen und quantitativen Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse machen eine Präzisierung des Begriffs des „Kerns der Arbeiterklasse" notwendig, zu dem die mit den modernsten Produktivkräften und Organisationsformen des kapitalistischen Produktionsprozesses verbundenen Industriearbeiter gehören.

Das ist besonders hinsichtlich der Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Partei gegenüber den einzelnen Schichten und Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse, der bewußten Förderung ihres Annäherungsprozesses und der Erarbeitung im einzelnen differenzierter, aber auf Aktionseinheit zielender Formen der Bewußtseinsbildung und der Organisierung des gemeinsamen Kampfes notwendig.

Strukturveränderungen und Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse

Durch die Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse nähern sich die verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse in wesentlichen Elementen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen einander an. Das erleichtert einerseits das Bewußtwerden der gemeinsamen Interessen, des gemeinsamen Klassengegners und der eigenen gemeinsamen Klassenzugehörigkeit sowie der Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen, fördert jedoch andererseits das Eindringen bürgerlicher Denk- und Verhaltensweisen in die Arbeiterklasse. Der sich objektiv vollziehende Prozeß der Annäherung und Formierung der einheitlichen Arbeiterklasse unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im staatsmonopolistischen Kapitalismus tritt zunächst – dem Charakter der kapitalistischen Warenproduktion entsprechend – als Prozeß der Differenzierung und Atomisierung der Tätigkeiten und der Produktionsbeziehungen, ihrer Undurchschaubarkeit und Unbeherrschbarkeit, der weiteren Differenzierung des Lohnes, des „Sozialprestiges" usw. zutage und wird im individuellen Bewußtsein der meisten Arbeiter auch so reflektiert und verarbeitet. Das wirkt der Herausbildung des Klassenbewußtseins entgegen, fördert individualistische, apolitische und gruppenspezifische Denk- und Verhaltensweisen oder auch klassenneutral verstandene Partnerschafts- und Gemeinwohlauffassungen.

Mit der Proletarisierung kleinbürgerlicher Schichten, durch den Übergang von Landarbeitern und Bauern in das Industrieproletariat und die zunehmend engere Verbindung zwischen

Angestellten und Industriearbeitern dringen sehr unterschiedliche, ihrem Klassencharakter nach insgesamt bürgerliche Denk- und Verhaltensweisen in die Arbeiterklasse ein. Sowohl traditionelle individualistische, auf Aufstiegsdenken bezogene und autoritär geprägte Denk- und Verhaltensweisen als auch technisch-„sachrational" bezogene „entideologisierte" Denkweisen sind Ausdruck der Irrationalität der kapitalistischen Produktionsweise, können diese Irrationalität nicht aufdecken und werden von der herrschenden Klasse zur Manipulierung der Arbeiter im Sinne der Systemstabilisierung gefördert.

Die im vorliegenden Material behandelten gesellschaftlichen Prozesse und kapitalistischen Widersprüche bilden aber den objektiven Boden für die Gemeinsamkeit der Interessen der einzelnen Schichten und Gruppen der Arbeiterklasse und begünstigen die Entwicklung des Klassenbewußtseins. Im Rahmen der behandelten Probleme wirken vor allem folgende Faktoren auf das Bewußtwerden der gemeinsamen Klassenzugehörigkeit und -interessen ein:

- Die Polarisierung der Klassenkräfte, das Wachstum der Arbeiterklasse vertiefen den Gegensatz von Kapital und Arbeit.
- Die Polarisierung der Eigentums- und Einkommensverhältnisse führt in zunehmendem Maße zur Kritik an der „sozialen Ungerechtigkeit" des bestehenden Systems; es wächst damit die Erkenntnis, daß die eigenen Interessen nur im gemeinsamen Kampf durchgesetzt werden können.
- Die wissenschaftlich-technische Revolution vertieft unter staatsmonopolistischen Bedingungen die Existenzunsicherheit der Angehörigen aller Gruppen und Schichten der Arbeiterklasse, betrifft traditionelle Fabrikarbeiter ebenso wie objektiv zur Arbeiterklasse rechnende Angehörige der Intelligenz und selbst Führungskräfte aus Großunternehmen. Das Gefühl der Existenzunsicherheit prägt immer mehr das Bewußtsein großer Teile der Arbeiterklasse.
- Für die Angehörigen der gesamten Arbeiterklasse gilt, daß die Reproduktion ihrer Arbeitskraft qualitativ neuartige Anforderungen stellt, die nicht allein auf dem Wege der individuellen Konsumtion verwirklicht werden können. Insbesondere Probleme der Aus- und Weiterbildung, des lebenslangen Lernens werden immer mehr zu entscheidenden Voraussetzungen für soziale Sicherheit im Berufsleben und für die Alterssicherung.
- Die objektiv gegebene Politisierung des Klassenkampfes durch die Verflechtung der Macht der Monopole mit der Staatsmacht wird im Kampf um die Verwirklichung der gemeinsamen sozialen und politischen Interessen schrittweise bewußt und fördert die Bereitschaft zu gemeinsamen Kampfaktionen.
- Allmählich, wenn auch zögernd, auf unterschiedlichem Niveau und mit unterschiedlicher Bewußtheit, wächst die Erkenntnis von der Notwendigkeit demokratischer Mitbestimmung über Planung, Leitung und Kontrolle gesellschaftlicher Prozesse, um die individuellen, Gruppen- und Klasseninteressen durchsetzen zu können.

Das Wirken der objektiven Faktoren führt jedoch nicht automatisch zur Herausbildung oder Stärkung des Klassenbewußtseins. Gerade angesichts der immer stärkeren Bemühungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, antikommunistische, bürgerliche Ideologie in die Arbeiterklasse hineinzutragen, bedarf es der größten Anstrengungen der marxistisch-leninistischen Kräfte, um das Bewußtsein der Arbeiterklasse auf das revolutionäre Niveau zu heben, das ihrer historischen Mission entspricht. Dafür bieten sich unter bewußter Nutzung und in Wechselwirkung mit diesen objektiven Faktoren gute Möglichkeiten. Sie erleichtern es der marxistisch-leninistischen Partei, den Angehörigen der Arbeiterklasse ihre gemeinsame Klassenzugehörigkeit und -situation, „die Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System" (Lenin, Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 385) bewußt zu machen.

Hellmuth Kolbe,
Peter Belitz u. a.

KONSEQUENT

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

Heft 6 (März 1971)

enthält u.a. Beiträge zur

Strategie des antiimperialistischen Kampfes in Westberlin
wirtschaftlichen Situation Westberlins

Heft 7 (Juni 1971)

Ahrens	**Zur Bedeutung des XXIV. Parteitages der KPdSU**
Gudopp	**Thesen zum proletarischen Internationalismus**
Voigtländer	**25 Jahre SED**
Schuchardt	**Der Klassenkampf in Deutschland 1917/18 und die Organisationsfrage**
Steinborn	**Aus der Geschichte der Jungsozialisten in der Weimarer Republik**
Bein	**Comisiones Obreras**

Dokumentation

Herausgeber:
Sozialistische Einheitspartei Westberlins – Kreisvorstand Zehlendorf
1 Berlin 37, Teltower Damm 23, Tel.: 8 11 56 14.
Verantwortlich: Heinz Thomaszik und Wolf-Dieter Gudopp
Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Berlin West 2603 19
KONSEQUENT erscheint viermal im Jahr. Einzelheft DM 1,50;
Jahresabonnement DM 4,–.
Druck: Druckhaus Norden GmbH, Berlin 21 – Entwurf: A. W.

Diskussion, Besprechung

Bemerkungen zum Artikel "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" (SOPO 6/7)

In Nr. 6/7 der "Sozialistischen Politik" unternehmen Wolfgang Müller und Christel Neusüß den Versuch, die Sozialstaatsillusion und den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu untersuchen. Es ist von großem theoretischen und praktisch-politischem Interesse Rolle und Funktion des Staates unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu analysieren und davon ausgehend, sich mit rechts- und linksrevisionistischen Auffassungen auseinanderzusetzen.

Die Verfasser machen selbst darauf aufmerksam, daß sie keine eigentliche Analyse der Rolle und Funktion des Staates vornehmen wollen, sondern eine Kritik der revisionistischen Theorien vom Sozialstaat. Diese Betonung der Kritik revisionistischer Theorien ist aber keineswegs ein Vorzug dieser Arbeit, denn die Einschränkung des Gegenstandes der Untersuchung auf die Ideologiekritik ist im Gegenteil ein erheblicher Mangel, gibt den Verfassern Raum für willkürliche Auslegungen. Vorab muß festgehalten werden, daß die Autoren weder eine exakte begriffliche Definition des Revisionismus geben, noch eine Analyse seiner Wurzeln und Erscheinungen.

Revisionistische Strategie und Taktik ist nach Müller/Neusüß dadurch bestimmt, daß der Staat als eine gegenüber den Widersprüchen in der Gesellschaft mehr oder weniger selbständige Institution aufgefaßt wird. (2) Als ein grundlegender Ausdruck des Revisionismus wird so die Auffassung bezeichnet, daß der Staat im heutigen Kapitalismus regulierend in ökonomische, gesellschaftliche und politische Prozesse eingreift.

Unter den Begriff Revisionismus subsumieren die Autoren alles – von Hilferding über Sering-Löwenthal bis zu bürgerlichen Ideologen wie Habermas und Offe, sowie schließlich die Marxisten, die den heutigen Kapitalismus als staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisieren. Die Gleichsetzung etwa von Offe und Habermas mit den Autoren von "Imperialismus heute" läßt schon hier an der Seriosität der ideologischen Auseinandersetzung zweifeln.

Rolle des Staates

Müller/Neusüß fassen ihre These in etwa so zusammen: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ordnet dem Staat ökonomische Allmacht zu, sie stellt ihn über die Klassen. Der Zusammenhang zwischen Staat und den Verwertungsprozessen gehe so völlig verloren. Hierzu ist zunächst zu bemerken: Wenn die Autoren mit einer förmlichen Marx-Exegese nachzuweisen suchen, daß der Staat stets und immer unter kapitalistischen Verhältnissen das Instrument des Kapitals ist, so rennen sie damit bei den Marxisten offene Türen ein. Geht es um die Formen, die die Auflösung des Kapitals ankündigen, die selbst die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der kapitalistischen Produktions-

1 Alle folgenden nicht näher gekennzeichneten Seitenangaben beziehen sich auf diesen Artikel.
2 S. 4.

weise bedeuten, dann ist zu berücksichtigen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus genau jene Stufe im System darstellt, das den Bedingungen des Kapitals im Stadium seiner historischen Auflösung entspricht.

Die Aufhebung des Privatkapitals innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise wird gerade durch die Rolle des Staates als Bestandteil des ökonomischen Verwertungsmechanismus der Monopolbourgeoisie markiert. (3) "Der Staat mobilisiert in wachsendem Umfang produktive Kräfte der Gesellschaft und stellt sie dem Monopolkapital auf Kosten der übrigen Mitglieder der Gesellschaft zur Verfügung." (4)

Neben der nach wie vor unveränderten politischen Funktion des Staates, die Herrschaft des Kapitals zu sichern, ist es heute seine ökonomische Hauptfunktion "mit ökonomischer und politischer Macht gegen die ökonomischen Hindernisse der kapitalistischen Entwicklung zu agieren... Die Rolle des Staates im heutigen Kapitalismus bringt die ungeheure Zuspitzung des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zum Ausdruck". (5) Die gegenwärtige Stufe des Kapitalismus ist durch einen einschneidenden Doppelcharakter gekennzeichnet: einerseits kann der gesellschaftliche Gesamtprozeß einschließlich des ökonomischen Prozesses sich nicht mehr ausschließlich nach den Profitbedürfnissen einzelner Kapitale ausrichten, andererseits kann er wiederum nicht an den objektiven Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie orientiert werden. Der Profit bleibt letzter Zweck aller Aktivitäten des kapitalistischen Systems, doch muß eben dieses System heute eine Vielzahl komplexer Bedingungen der Profitproduktion sichern und insbesondere und in jeder Hinsicht sich den Erfordernissen der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen System anpassen. (6)

Drei Gründe für eine widerspruchsvolle Position des Staates im System des gegenwärtigen Kapitalismus

Wir können feststellen: der kapitalistische Staat erfüllt aus objektiver Notwendigkeit heraus die Funktion, das System ökonomisch und militärisch-politisch zu sichern. Gerade diese Funktion aber bringt ihn in Konflikt mit der Mehrheit dieses Systems; so wie er die Interessen monopolistischer Einzelkapitale durchzusetzen versucht, kann er umgekehrt unter dem Druck der objektiven Notwendigkeiten von anti-monopolistischen Gruppen geraten, die im Widerspruch zu kurz- wie langfristigen Profitinteressen stehen. Genau hier haken Müller/Neusüß ein, indem sie diese Feststellung dem Bereich der Thesen vom klassenunabhängigen und neutralen Staat zuordnen. Letztlich, so meinen sie, ergebe sich hieraus politisch die "Strategie zur friedlichen Überführung des Kapitalismus in den

3 Karl Marx: DAS KAPITAL, Band III, in: MEW, Band 15, S. 452. Der Text lautet: "Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst."

4 Peter Heß: "Monopoltheorie und Kapitalismuskritik", in: ÖKONOMISCHE THEORIE, POLITISCHE STRATEGIE UND GEWERKSCHAFTEN. Materialien einer wissenschaftlichen Veranstaltung des IMSF am 17./18. April 1971 in Frankfurt/Main, Verlag Marxistische Blätter (erscheint in Kürze).

5 Peter Heß, a.a.O.

6 Peter Heß, a.a.O.

Sozialismus"; (7) zur "Einführung des Sozialismus bedarf es dann nur noch der Auswechslung des Personals an der Spitze". (8) Daß bei der von Müller/Neusüß vorgebrachten Erkenntnis – abgeleitet von Habermas, Offe, Bernstein, Naphtali, Sering-Löwenthal und DKP (man beachte die Reihenfolge, S. 13-16) – einige Bezugsebenen verwechselt wurden, läßt sich wie folgt zeigen:

1. Im Anschluß an die Beschreibung der Aktiengesellschaften der 2. und 3. Potenz (Marx: "Kapital", 3. Band, S. 453) sowie ihrer Funktion, privates Kapital zu vergesellschaften, stellt Marx fest, daß damit die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt sei, was sich so zusammenfassen lasse: "Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her u n d f o r d e r t d a h e r d i e S t a a t s e i n m i s c h u n g h e r a u s." (9) (Hervorhebung durch die Autoren). Das spezifische Kennzeichen dieses Widerspruchs – dem Kapitalisten "innerhalb gewisser Schranken absolute Verfügung über fremdes Kapital und fremdes Eigentum und dadurch über fremde Arbeit" (10) zu geben – trifft genau auf die Funktion des Staates in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus zu: "Zentralisation der Kapitale" (11) wie der Steuergesetzgebung, gleichzeitig verbunden mit der "Expropriation auf der enormsten Stufenleiter", (12) die sich "von den unmittelbaren Produzenten auf die kleineren und mittleren Kapitalisten selbst" (13) erstreckt. Und ebenso charakterisiert der gegensätzliche Charakter dieser Expropriation – "Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch Wenige" (14) den Staat: Vergesellschaftetes Kapital im Interesse Weniger, nämlich der einzelnen Monopokapitale, anzuwenden, "gesellschaftliches Produktionsmittel (erscheint) als individuelles Eigentum" (15) und wird als solches eingesetzt. Der Staat repräsentiert somit die höchste Entwicklungsstufe jener "allgemeinen gesellschaftlichen Macht, zu der sich das Kapital gestaltet"; (16) eine Macht, die in einem, wie Marx sagt, schreienden Gegensatz zur "Privatmacht des einzelnen Kapitalisten über diesen gesellschaftlichen Produktionsbedingungen" (17) steht. Daß diese allgemeine gesellschaftliche Macht des Kapitals, so Heß, auch im engeren ökonomischen Sinne zum Teil von Einzelkapital divergierende Bedingungen zu berücksichtigen hat, sollte unter Marxisten keinen Streit auslösen.
2. Ferner muß man darauf hinweisen, daß die staatliche Wirtschaftspolitik im gegenwärtigen Kapitalismus keineswegs adäquat gleichsam den Durchschnitt der Interessen des Monopolkapitals wiedergibt. Die im Monopolkaptial immanenten Widersprüche zwischen kurz-und langfristigen,zwischen "nationalen" und internationalen Interessen beeinflussen zwangsläufig diese Politik. "Gibt es innerhalb des Monopolkapitals", so fragt Heß, "nicht z.T. divergierende Konzeptionen, wie die heutigen Probleme der Kapitalverwertung zu bewältigen sind...? ", (18) ergibt sich daraus nicht fast zwangsläufig der

7 S. 16.
8 ebenda.
9 Karl Marx: DAS KAPITAL, Band III, a.a.O., S. 454.
10 Karl Marx, ebenda, S. 455.
11 Karl Marx, ebenda.
12 Karl Marx, ebenda.
13 Karl Marx, ebenda.
14 Karl Marx, ebenda, S. 456.
15 Karl Marx, ebenda.
16 Karl Marx, ebenda, S. 274.
17 Karl Marx, ebenda.
18 Peter Heß, a.a.O.

Schluß, daß die staatliche Wirtschaftspolitik bestimmten monopolkapitalistischen Auffassungen widersprechen muß?

3. Untrennbar damit verbunden aber ist zugleich die Feststellung, daß – wenn auch die ökonomische Tätigkeit des Staates so vorwiegend durch die widerspruchsvollen ökonomischen Bedürfnisse des Monopolkapitals bestimmt wird – der soeben erwähnte Zusammenhang wiederum nicht so unmittelbar ist, wie beispielsweise Müller/Neusüß anzunehmen scheinen. Der Staat ist ein politisches Organ und verfügt innerhalb bestimmter Grenzen über eine relative Selbständigkeit. Der Staat ist immer das Instrument der herrschenden Klasse, er ist aber in dieser Funktion allen möglichen Pressionen ausgesetzt, die er in Rechnung zu stellen hat. Wer diese so verstandene Manövrierfähigkeit des imperialistischen Staates ableugnet, leugnet zugleich jede Möglichkeit von Einflußnahme der fortschrittlichen Kräfte auf die Politik. Auch die Arbeiterklasse hat die Möglichkeit, auf den Staat einzuwirken, seine Politik unter Druck zu setzen. Dies leugnen, hieße der Arbeiterklasse die Hände binden "gerade weil der Staat die höchste Entwicklung des Monopols ist, weil von der staatlichen Monopolisierung die Kapitalverwertung abhängt, weil der Staat als Instrument der Monopole auch ein gewissermaßen 'öffentliches' Organ ist, kann die Macht der Monopole zurückgedrängt werden." (19)

Die wachsende Rolle des Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozeß ergibt sich also notwendigerweise aus den Widersprüchen des kapitalistischen Systems. Man muß sich wundern, wie Müller/Neusüß diese gewachsene Rolle und Funktion des Staates bei der Sicherung des Profits und der Macht des Systems übersehen können. Sie ignorieren, daß der Staat heute gezwungen wird, immer stärker in den Verwertungsprozeß einzugreifen, um das Profit- und Machtsystem zu sichern. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Reproduktion der Arbeitskraft immer weniger allein über den Lohn zu garantieren ist und staatliche Intervention geradezu herausfordert. Die Reproduktion der Arbeitskraft kann selbst heute über höchste Löhne nicht mehr gewährleistet werden, da sie gesellschaftlicher und nicht individueller Lösungen bedarf. Aus diesem Grund ist es unverständlich, wie Müller/Neusüß einen beträchtlichen Teil der Staatsausgaben unter die Kategorie des variablen Kapitals subsumieren können. ("Ein sehr beträchtlicher Teil der Staatsausgaben fällt so unter die Kategorie des variablen Kapitals bzw. ungefähr gesprochen, der Lohnquote.") (20)

Wenn die erhöhten Abzüge von den Löhnen und die höheren Steuern ein Teil des variablen Kapitals wären, so hätten die Unternehmer und die Bundesregierung recht, die sich den Lohnforderungen der Arbeiterklasse unter Hinweis auf notwendige Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen entgegenstellen. Es ist einfach nicht möglich, von einer Position aus, die nicht zu leugnende Tatsachen ignoriert, den Revisionismus zu bekämpfen, sondern umgekehrt ist jedes Beharren auf einer linkssektiererischen Position Wasser auf die Mühlen des Revisionismus. Wenn wir feststellen, daß der Staat heute immer stärker in den Reproduktionsprozeß eingreifen muß, so folgen wir natürlich nicht den Illusionisten, nach denen dies im Interesse der Arbeiterklasse geschieht; im Gegenteil: die Rolle und Funktion des Staates besteht gerade darin, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken, und den einzelnen Monopolen eine maximale Verwertung ihres Kapitals zu garantieren.

Bemerkenswert ist auch die Feststellung: "Danach wird der Lohn nicht mehr durch ökonomische Gesetze, sondern durch die Stärke der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse, von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments bestimmt." (21) Für eine Verteidigung marxistischer Positionen wäre es

19 Peter Heß, a.a.O.
20 S. 9, Fußnote 13.
21 S. 10 f.

notwendig, hier nachzuweisen, daß der Wert der Ware Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element enthält und gerade das Kräfteverhältnis der kämpfenden Parteien von entscheidender Bedeutung ist. Natürlich wird dadurch nicht der Kreislauf des Kapitals durchbrochen, aber es werden entscheidende Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Arbeiterklasse an den Kampf um grundlegende gesellschaftliche Voraussetzungen herangeführt wird. In diesem Zusammenhang verwundert es auch, daß Müller/Neusüß feststellen, daß die Klassenkämpfe dem Dilemma nicht entgehen könnten, systemerhaltend zu wirken. (22) Während sie beim Lohn die Gesetzmäßigkeit hervorheben und die Bedeutung des Klassenkampfes herabmindern, werfen sie Marx vor, daß er im "Kapital", indem er auf den gesetzmäßigen Prozeß der Herausbildung einer geschulten und vereinten Arbeiterklasse, die in der Lage ist, die expropriateurs zu expropriieren, verweise, "mechanistisch" verfahre. (23)

Für die Arbeitsweise von Müller/Neusüß ist es kennzeichnend, daß sie der DKP – wohlweislich ohne Quellenangabe – unterstellen, sie betrachte das Parlament als ein Instrument zur Einführung des Sozialismus. Was nun die tatsächliche Position der DKP betrifft – Beteiligung an Parlamentswahlen, um die Tribüne des Parlaments auszunutzen, um auch von dort die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten – so befindet sie sich in der guten Gesellschaft von Leuten wie Lenin, der in seiner Arbeit "Der 'linke' Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus" (24) mit dem Geschwätz der Pannekoek und Freunde gründlich abrechnete. Müller/Neusüß unterstellen der DKP mit der bei ihnen bekannten wissenschaftlichen "Akribie", daß es zur Einführung des Sozialismus "nur noch der Auswechslung des Personals an der Spitze" bedürfe. (25)
Als Illustration sei in diesem Zusammenhang nur noch darauf verwiesen, daß sie denjenigen, die mit Lenin den heutigen Kapitalismus als staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisieren, unterstellen, daß ihr wichtiges Argument für die These, der westdeutsche Staat sei ein Staat der Monopole, "die personelle Identität in der ökonomischen und politischen Führungsschicht" (26) sei.

Lenin hat die Herausbildung des Revisionismus in der Arbeiterbewegung stets mit der Entwicklung des Imperialismus verbunden; Müller/Neusüß dagegen vertreten die Auffassung, daß nicht Veränderungen an der Basis des Kapitalismus, sondern Erscheinungen des Überbaus den Revisionismus hervorbrachten – eine bemerkenswerte "marxistische" Analyse, die sich wie folgt liest: "Wesentlich für die Herausbildung des Revisionismus in der Geschichte der Arbeiterbewegung ist die Erfahrung von 'sozialpolitischen' Gesetzen des bürgerlichen Staates, die bestimmte Formen der Ausbeutung der Arbeiter im kapitalistischen Betrieb einschränkt und die materielle Existenz der Lohnabhängigen für Zeiten, in denen sie ihre Arbeitskraft nicht als Ware auf dem Markt verkaufen können (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit), auf der Basis eines Existenzminimums sichern (Arbeitsschutzgesetzgebung und Sozialversicherungssysteme)." (27)

Kurz: Der Artikel "Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" beweist einmal mehr, daß es nicht möglich ist, von einer dogmatisch-sektiererischen Position aus einen Beitrag zur Kritik des Revisionismus zu leisten und eine Antwort auf herangereifte Probleme der Arbeiterbewegung zu geben.

Thomas Müller, Heinz Schäfer (IMSF)

22 S. 59.
23 S. 62.
24 W.I. Lenin: WERKE, Band 31, Berlin, S. 41 f. "Soll man sich an den bürgerlichen Parlamenten beteiligen?"
25 S. 16.
26 S. 23, Fußnote 55.
27 S. 8.

Komplett lieferbar!

Geschichte der Philosophie

Herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Philosophie

BAND I
Von den Anfängen bis zur Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung
2., überarbeitete Auflage 1962, VII/715 Seiten, Leinen, 24,80 Mark

BAND II
Das philosophische Denken am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts
Unveränderter Nachdruck der 2. Auflage 1961, VII/641 Seiten, Leinen 24,80 Mark

BAND III
Philosophie und Soziologie in den mittel- und westeuropäischen Ländern während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts
1961, VII/723 Seiten, Leinen, 24,80 Mark

BAND IV
Philosophie und Soziologie in den ost- und außereuropäischen Ländern während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts
Druckquote der 1. Auflage 1962, XI/625 Seiten, Leinen, 24,80 Mark

BAND V
Philosophie und Soziologie vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges
1963, 850 Seiten, Leinen, 28,00 Mark

BAND VI
Philosophie und Soziologie 1917 bis zur Gegenwart
1967, VII/966 Seiten, Leinen, 32,00 Mark

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen.

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften
DDR · 108 Berlin · Taubenstraße 10

Intelligenz im Klassenkampf

Die folgenden drei Beiträge haben wir unter dem Titel "Intelligenz im Klassenkampf" zusammengefaßt, da sie sowohl allgemeinste Bestimmungen der Entwicklung der Intelligenz unter den Bedingungen zunehmender Vergesellschaftung der Produktion angeben, als auch in Abgrenzung zu sektiererischen Positionen versuchen, thesenartig Formen der Organisation der Intelligenz zur Diskussion zu stellen. Der erste Beitrag wurde erstmalig in den "marburger blättern" veröffentlicht.

Im Gefolge des Zersetzungs- und Auflösungsprozesses der Roten Zelle Soziologie am Institut für Soziologie (Westberlin) wurde von verschiedenen Gruppen die Notwendigkeit einer Neubestimmung der Politik und Organisationsform der Hochschulangehörigen erkannt. Diese Neubestimmung wurde auf Diskussionen der letzten Wochen angegangen, in deren Zentrum das Verhältnis von Intelligenz und Arbeiterklasse als Teil der Diskussion um Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Fragen der Organisation und der Berufspraxis standen. Die zwei folgenden Beiträge sind leicht überarbeitete Fassungen zur Diskussion vorgelegter Papiere. Der Allgemeinheitsgrad dieser Beiträge, der über die Erörterung der spezifischen Probleme am Institut für Soziologie hinausgeht, rechtfertigt eine Veröffentlichung in der SOPO. Eine Zielsetzung ist dabei, die mit dem Verhältnis von Intelligenz und Arbeiterklasse verbundenen Fragestellungen auch zukünftig eingehender zu behandeln.

Thesen über Studentenbewegung und Arbeiterklasse

I

Die für das westdeutsche Kapital günstigen Verwertungsbedingungen der Nachkriegssituation, welche durch ein hohes Angebot an Ware Arbeitskraft, eine schwache Nachfrage auf dem Binnenmarkt und eine exportintensive Produktionsstruktur bestimmt war, veränderten sich in dem Maße, in dem die Arbeitslosigkeit in der Rekonstruktionsperiode zurückging und sich die Relation zwischen Lohn und Profit zuungunsten des Kapitals als Klasse verschob. Mit der Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf den internationalen Märkten und dem Stagnieren der industriellen Produktivkräfte, die trotz vorangegangener Ausdehnung der Produktion den Anforderungen der internationalen Märkte und der "Systemkonkurrenz" mit den sozialistischen Ländern nicht mehr genügten, trat der westdeutsche Kapitalismus in eine neue Phase: "Auf die Phase einer überdurchschnittlich starken Expansion der materiellen Produktion folgte eine Phase, in der das wirtschaftliche Wachstum – trotz der zunehmenden Deckung des Ausrüstungsbedarfs der hochtechnisierten Bundeswehr durch inländische Industrie – sich verlangsamte und zeitweilig sogar unterbrochen wurde. Die Stagnation der Bevölkerungsentwicklung und die Schließung der DDR-Grenze beschränkten das Potential der qualifizierten Arbeitskräfte, das nunmehr ganz in den Produktionsprozeß einbezogen wurde. An die Stelle des zugleich extensiven und intensiven Ausbaus der Produktion mußte daher – mit wachsendem Einsatz arbeitssparender Techniken – eine zunehmend kapitalintensive Produktion treten. Der Konkurrenzzwang zur zunehmenden Verwissenschaftlichung der Produktionstechnik drängte ebenfalls auf eine Erhöhung des Kapitaleinsatzes." (1)

1 A.M. Tjaden-Steinhauer und K.H. Tjaden: "Zur Analyse der Sozialstruktur des deutschen Kapitalismus", in: DAS ARGUMENT, 9./10. Dez. 1970, S. 659/60.

Da aber die Rezessionsanfälligkeit der westdeutschen Wirtschaft nur durch umfassende Modernisierung der Produktionsmittel und der Produktionstechniken sowie durch eine Hebung des allgemeinen Qualifikationsniveaus, also durch beschleunigte Entfaltung von Produktivkräften abgewehrt werden konnte, indessen selbst die Kapitalkraft großer Konzerne nicht ausreichte, kapitalsparende Produktionstechniken auf technologischer Basis einzuführen, begann der Staat in steigendem Maße Funktionen als Organisator und Kostenträger der Entwicklung von Produktivkräften im Interesse der Monopole zu übernehmen. Gleichzeitig wuchs der monopolistische Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Agenten zur Realisierung des Mehrwerts in der Zirkulationssphäre, zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft und zur Vorbereitung der Ware Arbeitskraft auf die Bedingungen eines sich fortwährend komplizierenden Produktionsprozesses. Die aus dem Interesse an erhöhter Kapitalverwertung und Mehrwert-Realisierung resultierende Notwendigkeit, die Wissenschaften insgesamt dem monopolistischen Produktions- und Verwertungsgefüge zu unterwerfen, bestimmte so die staatsinterventionistische Tätigkeit im Bereich der wissenschaftlichen Ausbildungsstätten.

II

Der Widerspruch zwischen ideologischem Versprechen autonomer Wissenschaft und staatsmonopolistischer Formierung der Universitäten, welcher in Willkürmaßnahmen des Polizeiapparates und der Universitätsbürokratie sinnlich manifest geworden war, reflektierte sich im Bewußtsein der westdeutschen universitären Intelligenz jedoch nicht als Signal tendenzieller Proletarisierung der wissenschaftlichen Intelligenz, sondern sublimierte sich entweder zur "Solidarität des Sentiments" (Marcuse) mit den Völkern der Dritten Welt oder entlud sich aktionistisch im Widerstand gegen institutionelle Repressionen. (2)

Kapitalistische Vergesellschaftungstendenz der Wissenschaften und fortschreitende Integration der wissenschaftlichen Intelligenz in den "Gesamtarbeiter" kollidierte mit einer Bewußtseinsstruktur, die einem kleinbürgerlichen Erfahrungsprinzip verhaftet (3) und einem durch Elternhaus, Schule und Massenkommunikationsmittel introjizierten, gleichsam zur zweiten Natur der antiautoritären Generation verfestigten Antikommunismus verfallen war. Komplementär zu der von den Sozialisationsinstanzen betriebenen Deformation des politischen Bewußtseins entwickelte die jugendliche, noch nicht zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungene Intelligenz eine amorphe Protesthaltung, die – entstanden in einer weder durch extremen materiellen Mangel noch unmittelbar durch Ausbeutung determinierten, sondern mit der Aura liberaler Ideologie umgebenen Lebenssituation – immer weniger Leistungsethik, Triebverzicht und Konsumstandards zu verinnerlichen und zu erdulden bereit war: "So entsteht ein prinzipielles Unverständnis für die sinnlose Reproduktion überflüssig gewordener Tugenden und Opfer – ein Unverständnis dafür, warum das Leben des einzelnen trotz dem hohen Stand der technologischen Entwicklung nach wie vor durch das Diktat der Berufsarbeit, durch die Ethik des Leistungswettbewerbs, durch den Druck der Statuskonkurrenz, durch Werte der possessiven Verdinglichung und der angebotenen Surrogatbefriedigungen bestimmt ist, warum mit einem Wort, der 'Kampf ums Dasein', die Disziplin der entfremdeten Arbeit, die Tilgung von Sinnlichkeit und ästhetischer Befriedigung aufrechterhalten werden." (4)

2 Vgl. dazu Bergmann, Dutschke, Lefevre, Rabehl: REBELLION DER STUDENTEN ODER DIE NEUE OPPOSITION, Reinbek bei Hamburg 1968.

3 Zur sozialen Herkunft der westdeutschen Studenten vgl. beispielsweise Helmut Steiner: SOZIALE STRUKTURVERÄNDERUNGEN IM MODERNEN KAPITALISMUS, Berlin 1967, insbesondere die Seiten 81 ff.

4 Jürgen Habermas: PROTESTBEWEGUNG UND HOCHSCHULREFORM (Die Scheinrevolution und ihre Kinder), Frankfurt/M. 1969, S. 193.

Mit dieser diffusen Verweigerungsmoral, die der wahrgenommenen Diskrepanz von bürgerlicher Ideologie und Versagung individueller Bedürfnisbefriedigung, nicht aber der kollektiven Ausbeutungserfahrung vornehmlich der industriellen Lohnarbeiter entsprang, war historisch die Möglichkeit eingeschränkt, sich an der Realität sozialistischer Organisationen des Proletariats politisch abzuarbeiten.

Während die Studentenbewegungen anderer kapitalistischer Länder, auch wenn sie der westdeutschen Studentenbewegung vergleichbare ideologische Momente aufwiesen, durch die Existenz sozialistischer Parteien und Gewerkschaften zu einer Auseinandersetzung mit den Kategorien des Klassenkampfes theoretisch und praktisch genötigt waren, (5) fand sich die westdeutsche universitäre Intelligenz in einem von sozialistischer Theorie, Praxis und Organisation gänzlich entledigten politischen Vakuum isoliert.

Gingen die sozialistischen Organisationen Italiens und Frankreichs aus der Phase des nationalen Widerstands gegen den Faschismus als Massenbewegung hervor, so folgte der physischen, organisatorischen und ideellen Liquidierung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Dritten Reich nach der Kapitulation die Unterdrückung antikapitalistischer Tendenzen an der Produktions-, Versorgungs- und Verwaltungsbasis in Westdeutschland. Herausgebildet in der Reaktion sowohl auf faschistischen Terror und Kriegselend als auch auf Massenarbeitslosigkeit und ein ehemals mit dem NS-Staat, nach dem "Zusammenbruch" aber mit den westlichen Siegermächten kollaborierendes Großkapital zerfielen diese Tendenzen in dem Maße, wie die Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die kapitalistische Strategie zur Rekonstruktion Westdeutschlands im Rahmen eines militärischen und ökonomischen Bündnisses der imperialistischen Staaten adoptierte. Propagierte die Sozialdemokratische Partei die Metamorphose ihrer sozialen Basis in eine klassenindifferente "Volkspartei" und übte "königstreue" Opposition gegen die reaktionären Regierungsparteien, so paralysierte der Spitzenapparat des Deutschen Gewerkschaftsbundes die antikapitalistische Aktionsbereitschaft seiner Mitgliederbasis und Teile der unteren und mittleren Funktionärsschicht, indem er zentrale gesellschaftliche Entscheidungen dem Parlament überantwortete und auf Transzendierung des gesellschaftlichen Status quo drängende Massenaktionen per Dekret zur Erfolglosigkeit verurteilte: "Diese Taktik leistete der zunehmenden Entpolitisierung der Mitglieder Vorschub und verhinderte, daß die Spitzenfunktionäre einer Kontrolle ihrer Maßnahmen unterworfen wurden, die ihnen isolierte Entscheidungen erschwert hätte. Zwar waren große Massen der organisierten Arbeitnehmerschaft, wie sich gezeigt hatte, zur Demonstration ihrer Interessen noch zu veranlassen, aber der Erfolg der Aktionen beruhte mehr auf der traditionellen Disziplin der Gewerkschaftsmitglieder und dem teilweise noch vorhandenen geschärften politischen Bewußtsein kleiner Funktionärsgruppen, die sich nicht widerstandslos der restaurativen Entwicklung fügen wollten." (6)

Mit dem 1956 verhängten Verbot der KPD, die zwar auf parlamentarischer Ebene ständig an Bedeutung verloren hatte, in den Betrieben jedoch noch immer einen beträchtlichen Einfluß auf die Aktivitäten von Vertrauensleuten und Betriebsräten ausübte, war die letzte organisierte sozialistische Position der gesellschaftlichen Praxisfähigkeit und das Massenbewußtsein der sozial abhängigen Bevölkerung vollends der ideologischen Formierung im Interesse der herrschenden Klasse preisgegeben. Ohne die Einbeziehung der politischen

5 Vgl. dazu: DIE NEUE ARBEITERKLASSE (Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus), hrsg. und eingeleitet von Frank Deppe, Hellmuth Lange und Lothar Peter, Frankfurt/M. 1970, insbesondere die Seiten 16 ff.

6 Eberhard Schmidt: DIE VERHINDERTE NEUORDNUNG 1945-1952 (Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland), Frankfurt/M., S. 223.

Organisation nicht nur als Kampfinstrument der Arbeiterklasse, sondern vor allem auch als Konstituens sozialistischen Bewußtseins kann das Scheitern der Studentenbewegung, das oft geschichtlich unvermittelt ausschließlich auf mangelnde Reflexion der ökonomischen Funktion der Intelligenz zurückgeführt wird, nicht erklärt werden.

Die Nicht-Existenz sozialistischer Massenorganisationen in Westdeutschland verwies die antibürgerliche Studentenbewegung in ihrer Entstehungsgeschichte, sofern sie sich überhaupt als Kontinuum der sozialistischen Arbeiterbewegung verstand, auf eine gleichsam historistische Aneignung der Theorie des proletarischen Klassenkampfes. Der durch praktische Erfahrung nicht korrigierbare Revolutionsbegriff verselbständigte sich zu einer Rebellionsmoral, welche für die primären Aufgaben sozialistischer Theorie und Praxis während einer Phase permanenter Destruktion der bürgerlich-demokratischen Verfassung und der Integration der Gewerkschaften ins monopolkapitalistische System ebenso blind war wie für eine sozio-ökonomische Analyse des Verhältnisses der Intelligenz zur Arbeiterklasse unter dem Aspekt kapitalistischer Arbeitsfunktionen, die aus der Spezifik des kapitalistischen Akkumulationsprozesses resultieren:

"Erst in derjenigen Entwicklungsphase der Studentenbewegung, in der (durch Erfahrung und theoretische Arbeit) erkannt worden ist, daß sie keine absolute Bewegung gegen die autoritären Sachverwalter der Kapitalinteressen, sondern nur eine relative Bewegung im Rahmen der Arbeiterbewegung sein kann, ergibt sich mit größter Dringlichkeit die Notwendigkeit, politisch-ökonomische Kategorien aufzuarbeiten, um den Kapitalismus nicht mehr moralisierend-idealistisch oder bloß in seinen autoritären Erscheinungsformen auf der Ebene von Institutionen zu kritisieren, sondern seine Widersprüche und seinen historisch vergänglichen Charakter aus den Bewegungsgesetzen des Kapitalverhältnisses zu begreifen und für die Praxis nutzbar zu machen." (7)

III

Indem der individualistisch eingeengte Sozialisationsprozeß der Studenten in den Vergesellschaftsvorgang der Wissenschaften und ihrer lebendigen Träger, der Intelligenz, hineinragte und dessen objektiven, durch den erhöhten Bedarf des Kapitals an wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften bestimmten Grund verdeckte, entfernte sich die Studentenbewegung von der notwendigen materialistischen Reflexion ihrer sozialen Basis als zukünftigem Teil der Arbeiterklasse, deren konkrete aktuelle Bedürfnisse, Tageskämpfe und Organisationsprobleme dem studentischen Bedürfnispostulat und Theorieverständnis fremd und äußerlich blieben. Vielmehr entfaltete die einerseits durch indirekte Wahrnehmung sozialer Repressionen gebrochene, andererseits von praktisch-sinnlicher Bewußtwerdung kapitalistischer Ausbeutung unberührte Erfahrungsstruktur der studentischen Intelligenz eine Affinität gerade zu denjenigen antibürgerlichen Theoremen, welche die utopistische Erwartungshaltung radikalisierter Studenten auf die aus der Entfremdungsdistanz mystifizierten Befreiungsfronten der kolonialen und halbkolonialen Völker der "Dritten Welt" ablenkten. Selbst die antimonopolistisch propagierte Anti-Springerkampagne bezog sich trotz ihres politischen Etiketts nicht auf die Klassenkämpfe des westdeutschen Proletariats, sondern war – unter dem von der Klassenstruktur abgelösten Aspekt des manipulativ vereinzelten Individuums – gegen den institutionell abgesicherten Manipulationszusammenhang schlechthin gerichtet, der als das Wesen spätkapitalistischer Herrschaft suggeriert wurde.

7 Elmar Altvater, Freerk Huisken: "Produktive und unproduktive Arbeit als Kampfbegriffe, als Kategorien zur Analyse der Klassenverhältnisse und der Reproduktionsbedingungen des Kapitals", in: SOZIALISTISCHE POLITIK, 8, 1970, S. 56.

IV

Ausgehend von Theoremen der "Frankfurter Schule", die sich selbst nicht mehr in der Auseinandersetzung mit der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung herausgebildet hatten, glaubte sich die radikalisierte Studentenbewegung der Aufgabe enthoben, die Arbeiterklasse in ihrer konkreten, nicht bloß als revolutionär gedachten Gestalt in ihre strategische Konzeption einzubeziehen. In loyaler Rezeption der These Herbert Marcuses, daß es der "Herrschaft eines repressiven Ganzen" gelungen sei, die Klassengegensätze manipulativ zu versöhnen und die geschichtstheoretische Wesensbestimmung des Proletariats als revolutionäres Subjekt auszulöschen (8) wurden die Definitionen von sozialer Funktion und Klassenlage der Intelligenz nicht aus einer materialistischen Klassentheorie und einer Analyse des materialistischen Begriffs kapitalistischer Lohnarbeit abgeleitet. Da sich zudem die westdeutsche Arbeiterklasse nicht in der Weise als revolutionär darstellte, wie es die utopistische Doktrin von ihr verlangte, entfiel die in politischer Praxis synchronisierbare Analyse proletarischer Lebensbedingungen ebenso wie die Ermittlung praktisch zu entwickelnder Ansätze von sozialistischem Klassenbewußtsein unter den aktuellen Verhältnissen des westdeutschen Kapitalismus.

Gleichzeitig verflüchtigte sich die Frage nach objektiver Klassenlage und durch sie vermittelter politischer Praxismöglichkeit der Intelligenz zu Spekulationen über eine Avantgarderolle, deren Identifikation mit dem von Marcuse behaupteten gesellschaftstranszendenten revolutionären Subjekt, den "Randgruppen", jene Deklassierungsangst zu verschleiern trachtete, die Hans G. Helms kritisch interpretiert hat:

"Wenn die Linksradikalen sich selbst als deklassierte Intelligenz auffassen, reflektieren sie die objektive Proletarisierung des frühen Kleinbürgertums. Sie reflektieren damit auch dessen Vorstellung, das Kleinbürgertum gehöre rechtens zur Bourgeoisie, deren Interessen die kleinbürgerliche Intelligenz als aktive Ideologen zu vertreten haben." (9)

Ideologisch herausgebrochen aus konkreten Klassenbeziehungen avancierte die radikale studentische Intelligenz als existentiell Verbündeter subproletarischer Randgruppen und mystifizierter antiimperialistischer Befreiungsfronten zum selbsternannten Protagonisten im angekündigten Endkampf zwischen Individuum und repressiver Totalität des Herrschaftsapparates. Daß die Notstandsgesetze, die sich primär gegen die Arbeiterklasse richteten, in dieser Strategie unbegriffen bleiben mußten, lag in der immanenten Widersprüchlichkeit einer allgemeinen Konzeption begründet, aus der das Proletariat zu lange verbannt gewesen war, als daß sich eine konsistente Aktionseinheit von Lohnarbeitern und universitärer Intelligenz hätte spontan verwirklichen lassen.

Das Scheitern der Anti-Notstandskampagne, das die politische Isolation der radikalisierten universitären Intelligenz von der Arbeiterklasse evident und theoretisch erklärbar gemacht hatte, leitete die Zerfallsperiode der antiautoritären Bewegung ein. In der unter dem Anspruch ihrer Kritik begonnenen Diskussion über die politische und ökonomische Funktion der wissenschaftlichen Intelligenz drohen sich aber gerade jene ideologischen Stereotype zu wiederholen, die den Zerfall der Studentenbewegung wesentlich initiierten.

8 Vgl. dazu Herbert Marcuse: DER EINDIMENSIONALE MENSCH, Neuwied und Berlin 1967, insbesondere S. 234 ff und S. 258 ff.

9 Hans G. Helms, "Fetisch Revolution", in: AD LECTORES, Neuwied und Berlin 1968, S. 131.

Wir bitten unsere Abonnenten, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

V

Dem Vormarsch des falschen Bewußtseins in den Theoriebildungen und Organisationsdebatten der antiautoritären Revolte, für die sich das Determinationsverhältnis von gesellschaftlicher Basis und Überbaustruktur gleichsam seitenverkehrt darstellte, hatten die als "Traditionalisten" bezeichneten Gruppen im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) weder eine konkrete Analyse des westdeutschen Kapitalismus noch eine strategisch operable Definition der veränderten sozio-ökonomischen Funktion der wissenschaftlichen Intelligenz entgegenzusetzen. Daß die universitäre Intelligenz im staatsmonopolistischen Kapitalismus auf Lohnabhängigkeit abgerichtet wird und so Bewußtseinsformen zu entfalten vermag, welche der Status und die gesellschaftliche Zukunft des bürgerlichen Studenten in der der wissenschaftlich-technischen Revolution vorausgegangenen Periode objektiv ausschlossen, entzog sich den Einsichten der "traditionalistischen" SDS-Fraktion. Da sie die Proletarisierungstendenz der wissenschaftlichen Intelligenz und die "reale Subsumtion" der wissenschaftlichen Arbeit unter die Verwertungsdispositionen des Kapitals theoretisch nicht begriff, beharrte die "traditionalistische" Fraktion auf dem obsoleten Dualismus von bürgerlicher Intelligenz und Proletariat. (10) Fasziniert vom Mythos der westeuropäischen "Neuen Linken" und sozialistischen Parteien, die – wie der französische PSU oder die italienische PSIUP – auf Intellektuelle eine relativ große Anziehungskraft ausübten, ging das Bestreben der "Traditionalisten" dahin, sich zwischen Sozialdemokratie und illegalisierter KPD als Avantgarde der sozialistischen Bewegung zu profilieren. Hinter den praxisfernen Organisationsvorstellungen, welche beispielsweise von der Marburger Gruppe des SDS verfochten wurden, verbarg sich ebenso bürgerlicher Aufklärungsmessianismus wie die uneingestandene Usurpation des Eliteanspruchs.

Insofern die traditionalistische Fraktion des SDS die staatsmonopolistische Formierung der Universitäten in ihren strategischen Vorschlägen überging und die Hochschule lediglich als Rekrutierungsfeld für intellektuelle Grenzträger von Klassenbewußtsein betrachtete, antizipierte sie partiell die anachronistische Konzeption Joscha Schmierers. Unter Berufung auf Georg Lukacs (11) glaubt Schmierer, den Zerfall der antiautoritären Bewegung überwinden zu können, wenn sich die sozialistischen Studenten (als seien sie die Juristen, Studienräte und Ärzte von 1920) durch eine "existentielle Abspaltung" von der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum emanzipieren und sich "auf den Standpunkt des Proletariats stellen." (12)

In seiner begriffslosen Phobie gegen diejenige Intelligenzgruppe, die er pejorativ als "Ideologen" etikettiert, reduziert er die Arbeiterklasse auf ihren unmittelbar produktiven, Arbeit gegen Kapital tauschenden mehrwerterzeugenden Teil und unterschlägt so das Kriterium der nichtentlohnten Mehrarbeit als übergreifende Bestimmung des Proletariats. Die Ausdehnung des Sektors unproduktiver gesellschaftlicher Arbeit, die sich aus den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und aus dem immanent widersprüchlichen Charakter des sowohl an Monopolinteressen als auch politisch an ein Minimum öffentlicher Legitimation gebundenen bürgerlichen Staates ableitet, läßt Schmierers forensische Unterscheidung von "produktiver Wissenschaft" und "Ideologie" für eine strategische Zuordnung

10 Vgl. die Kritik an den Auffassungen von Helmut Reiche und Peter Gäng in der NEUEN KRITIK, Nr. 42/44, 1967. Diese Kritik wurde unter dem Titel "Die Suche nach dem revolutionären Subjekt" von Frankfurter und Marburger SDS-Mitgliedern verfaßt und illustriert paradigmatisch die Position der "Traditionalisten".

11 Schmierer bezieht sich hier auf Georg Lukacs: "Zur Organisationsfrage der Intellektuellen", in: KOMMUNISMUS, Nr. 3, 1920 (I. Jg.), S. 14-18.

12 Vgl. im folgenden Joscha Schmierer: "Zur Analyse der Studentenbewegung", in: MARBURGER BLÄTTER, Nr. 130/131, 1970 (21. Jg.), S. 3-9.

der einzelnen Gruppen und Schichten des Intelligenzproletariats in der Perspektive des Klassenkampfes als verfehlt erscheinen. Jenseits der Universität rechnen aber nicht nur die Teile der wissenschaftlichen Intelligenz objektiv zum Proletariat, die vom Standpunkt des Kapitals aus betrachtet produktiv arbeiten, sondern diejenigen, die insgesamt die unbezahlte Mehrarbeit leisten, gleichgültig, ob sie Arbeit gegen Kapital oder Revenue zur unmittelbaren Konsumtion tauschen, und sofern sie weder mit Machtbefugnissen über Produktionsmittel ausgestattet sind noch sich einen überdurchschnittlich hohen Anteil des gesellschaftlichen Mehrprodukts aneignen noch eine für die Erhaltung des Systems unerläßliche politische, administrative oder judikative Funktion ausüben.

Daß dennoch die unmittelbar produktive Industriearbeiterschaft geschichtlich die Substanz des proletarischen Klassenkampfes bildete und noch heute bildet, erklärt sich nicht allein aus einem den Kapitalfetisch und die Warenstruktur der gesellschaftlichen Totalität durchschauenden Produzentenbewußtsein, sondern auch oder vielmehr wesentlich aus der kollektiven Erfahrung von Unterdrückung im kapitalistischen Arbeitsprozeß. Noch immer erzeugt diese konkrete, sinnlich-manifeste, kollektive Ausbeutungserfahrung im industriellen kapitalistischen Produktionsprozeß die Grundlage für entwickeltere Formen von Klassenbewußtsein, Klassenorganisation und Klassenaktion des Proletariats. Trotz der Zerschlagung der kommunistischen und sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung durch den Terror des Faschismus, der eine Verschüttung von Klassenbewußtsein breiter Schichten des deutschen Proletariats verursachte, manifestiert sich auch in den aktuellen Erscheinungen des Klassenkampfes in der Bundesrepublik, daß die industrielle Arbeiterschaft eher als andere Abteilungen des Proletariats zur kollektiven Organisation und Aktion befähigt ist. Wenn deshalb der industriellen Arbeiterschaft der kapitalistischen Großbetriebe nicht nur aufgrund ihrer objektiv zentralen Funktion als Garant des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses die politische Qualität des "Kerns der Arbeiterklasse" zugeschrieben wird, (13) ist nichtsdestoweniger zu beachten, daß kapitalistische Vergesellschaftung und Organisation nichtmaterieller Arbeit tendenziell Bedingungen schaffen, deren kollektive Erfahrbarkeit als Ausdruck von Unterdrückung und Ausbeutung Bewußtseins- und Organisationsformen ermöglicht, welche historisch im allgemeinen der industriell produzierenden Arbeiterschaft vorbehalten waren. Da sich das Kapital kontinuierlich bisher nicht kapitalisierter Bereiche der Arbeit bemächtigt und diese auch organisatorisch Bedingungen unterwirft, die denen der industriellen Produktion zunehmend ähnlicher werden, wird sich zukünftig die Potentialität politisch artikulierten Klassenbewußtseins nicht mehr ausschließlich aus der Sphäre des unmittelbaren materiellen Produktionsprozesses ermitteln lassen:

"Der Kapitalismus hat jedoch auch in diesen Sphären Eingang in einem Maße gefunden, wie Marx zu seiner Zeit noch nicht für möglich gehalten hat. Es sei auf die Entwicklung der Presse, des Rundfunks, des Films und die anderen Erscheinungen des Kulturlebens hoch kapitalistischer Völker hingewiesen, die nichts anderes sind als die kapitalistisch betriebene Produktion von Dienstleistungen. Auch die nichtmaterielle Produktion steht im höchstentwickelten Kapitalismus unserer Zeit im Dienste der Kapitalverwertung, weil die hierdurch bewirkte Abhängigkeit der Dienstleistungen vom Kapital eine Garantie ist für die Erhaltung des kapitalistischen Systems." (14)

Während Joscha Schmierer die Studentenbewegung als "Revolte einer eingebildeten freischwebenden Intelligenz" disqualifiziert und ohne Rücksicht auf die strukturellen gesell-

13 Vgl. dazu Heinz Jung: "Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs "Arbeiterklasse" und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse", in: DAS ARGUMENT, Heft 9/10, 1970 (12. Jg.), insbesondere die Seiten 667 ff und 695 ff.

14 Fritz Behrens: PRODUKTIVE UND TECHNISCHE INTELLIGENZ, rote Texte, reihe politökonomie, Raubdruck, S. 90.

schaftlichen Ursachen der Bewegung sowie auf die veränderte soziale Situation der universitären Intelligenz dezisionistisch den Schluß zieht, die sozialistischen Studenten müssen existentiell mit der Bourgeoisie brechen, um die Warengesellschaft in ihrer Totalität bekämpfen zu können, hypostasiert Hans Jürgen Krahl die wissenschaftliche Intelligenz zum "kollektiven Theoretiker des Proletariats". (15) Indem Krahl eine durch den Faschismus besiegelte elementare Enthistorisierung des proletarischen Bewußtseins unterstellt und das proletarische "Arbeitsschicksal" als von den Lohnarbeitern nicht mehr geschichtlich erfahrbar interpretiert, verschreibt er sich contra voluntatem jenen affirmativen Ideologien, welche die Realität des Klassenkampfes mit dem Fetisch des konsumverfallenen Bewußtseins und der Verdinglichungsmacht "sozialer Gratifikationen" verdecken wollen. Stillschweigend übernimmt Krahl die These von Habermas, daß der "staatlich geregelte Kapitalismus" den Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital mit Hilfe einer allgemeinen Strategie der Konfliktvermeidung gleichsam sistiert habe und so alles proletarische Widerstandspotential in die Randzonen der "subkulturellen Überlieferung" (16) abgedrängt worden sei: "An die Stelle langfristiger lebensgeschichtlicher Erwartungen sind heute kurzfristige Reaktionen im Hinblick auf die Erwartung von Gratifikationen und Befürchtung von Sanktionen getreten. Der Arbeitersohn, der heute eine Lehre beginnt, vermag sich in der Regel keinen lebensgeschichtlichen Begriff von seinem biographischen Arbeitsschicksal zu machen. Das Prinzip Hoffnung wird aus dem Bewußtsein der Individuen eliminiert, oder, wie Marcuse versucht hat zu entfalten: selbst das unglückliche Bewußtsein soll absterben. Eine Agitation des Proletariats, die nicht das geschichtslose Lebensschicksal der Massen thematisiert, kann den Zusammenhang der Massen nicht rekonstruieren und emanzipative Bedürfnisse nach einem glücklichen Leben weder freilegen noch zu einem politischen Totalitätsbewußtsein vermitteln." (17)

Da Krahl aber im Gegensatz zu Habermas die emanzipativ-revolutionäre Dimension der historischen Bewegung freizuhalten bemüht ist, macht er die von ihm behauptete Geschichtslosigkeit des proletarischen Massenbewußtseins zur Begründung des Avantgarde-Anspruchs der wissenschaftlichen Intelligenz. Wie aber eine Intelligenzschicht, die vornehmlich dem Kleinbürgertum entstammt und dessen an die Unmittelbarkeit gesellschaftlicher Erscheinungen und den Fetischcharakter der Ware geheftetes Bewußtsein verinnerlicht hat, zum "kollektiven Theoretiker des Proletariats" werden kann, vermag Krahl nur mit einer antinomistischen Konstruktion zu erklären: einerseits werde die technische Intelligenz mit völliger Geschichtslosigkeit ausgestattet und betrauere die kulturwissenschaftliche Intelligenz den Verlust fiktiven Eigentums an bürgerlicher Kultur, andererseits konstituiere die ambivalente Situation der unproduktiven Intelligenz zwischen kleinbürgerlicher Enteignungsangst und Lohnabhängigkeit ein neues Prinzip der Bedürfnisartikulation. Die Einengung des Begriffes der emanzipativ-revolutionären Bedürfnisentfaltung auf den gesellschaftlichen Erfahrungsradius der noch nicht ins Proletariat einbezogenen Intelligenz impliziert die Verselbständigung der Krahlschen Argumentation von der Bewegung des Klassenkampfes, auf deren "Höhe" nach Marx sich die Intelligenz emporarbeiten müsse, um an ihr revolutionär teilnehmen zu können. (18)

Je weiter die objektive Integration der wissenschaftlichen Intelligenz in den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter fortschreitet, umso relevanter wird die politische Selbstreflektion der universitären Intelligenz als zukünftigem Moment des Proletariats. Diese Reflexion

15 Vgl. Joscha Schmierer, a.a.O., S. 4.
16 Vgl. im folgenden Hans-Jürgen Krahl: "Wissenschaftliche Intelligenz und Arbeiterklasse", in: MARBURGER BLÄTTER, Nr. 130/131, 1970 (21. Jg.), S. 9-15.
17 Vgl. Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS IDEOLOGIE, Frankfurt/M. 1968, insbesondere die Seiten 84 ff.
18 Hans-Jürgen Krahl, a.a.O., S. 13.

wird sich weder auf eine immanente Kritik des bürgerlichen Charakters der Wissenschaften beschränken noch den Zusammenhang von universitären Ausbildungsstätten und kapitalistischem Verwertungsprozeß desavouieren. Daraus folgt eine politische Praxis, die den sozialistischen Kampf an den Hochschulen als Aktionselement des gesamtgesellschaftlich zu führenden antimonopolistischen Kampfes begreift: "Wenn wir von der Notwendigkeit reden, den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse zu führen, dann meinen wir das nicht abstrakt, sondern: Diesen Kampf führen heißt konkret: Kampf an unserem sozialen Ort, an der Hochschule, gegen die Unterdrückung von Wissenschaft und Ausbildung unter die Profitinteressen der Monopole, heißt konkret: Kampf gegen die staatsmonopolistische Formierung der Hochschule. Wenn wir davon ausgehen, daß große Teile der Intelligenz objektiv und perspektivisch zu den Lohnabhängigen gehören werden, dann ist es eben unsere Aufgabe, diese Studenten schon heute auf ihre spätere Situation vorzubereiten; dazu gehört es, die grundsätzliche Interessenidentität zwischen großen Teilen der Intelligenz und der Arbeiterklasse aufzuzeigen." (19)

VI

Im Zusammenhang mit Entstehung, Aktionsformen und strategischen Zielen der Studentenbewegung aktualisierte sich das Problem des revolutionären Utopismus. Konstitutiv für den bürgerlichen Utopismus auf allen Entwicklungsstufen der bürgerlichen Gesellschaft ist die analytisch unabgeleitete Negation des in der gesellschaftlichen Totalität als vermittelt sich darstellenden Grundwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital. Der Schematismus des diametralen Gegensatzes, der die theoretischen Konstruktionen des revolutionären Utopismus historisch durchgängig beherrscht, bleibt bis in die Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus der geschichtlichen Fiktion verfallen, daß Erscheinung und Wesen des Klassenantagonismus a priori identisch sind und durch unmittelbares Umschlagen zu einer neuen gesellschaftlichen Qualität werden. Indem der revolutionäre Utopismus die dialektische Divergenz von Wesen und Erscheinung der Klassenkämpfe durch seine als revolutionär ausgegebenen Prinzipien einebnet, reduziert er die Geschichte der Klassenkämpfe, die auch in revolutionären Krisen nie zum reinen Widerspruch erstarren, auf ein formalisiertes Gegenüber von Begriffen.

Die konkrete Totalität aber widersetzt sich der Beschwörung durch das absolute Prinzip. Auf der Ebene des Klassenkampfes ist sie durch Übergänge, Disparitäten, Brüche, Verschiebungen, in sich kontroverse Verschränkungen und Verzögerungen gekennzeichnet. Während der revolutionäre Utopismus Einzelmomente dieser in sich widersprüchlichen Totalität zur Maxime seines Handelns erhebt, versucht die marxistische Revolutionstheorie die Einheit der gesellschaftlichen Mannigfaltigkeit zu durchdringen, ihre Einzelmomente synthetisch zusammenzufassen und den so ermittelten Stand der Klassenauseinandersetzung in mögliche Übergangsziele zu transformieren.

Da der Klassenantagonismus aufgrund der in sich vermittelten Widersprüche die Möglichkeit des abrupten historischen Umschlags in neue gesellschaftliche Qualitäten ausschließt, verfehlen alle voluntaristisch aufs Ganze gehenden Revolutionsstrategien die durch die gesellschaftliche Wirklichkeit determinierten Prioritäten des politischen Kampfes.

Von der Geschichte verlangt der revolutionäre Utopismus indessen jene totale Evidenz und Eindeutigkeit, welche seine gegen das Konkrete gleichgültigen Prinzipien vorschreiben. Aber die konkreten historischen Situationen verweigern sich der glatten utopischen Konstruktion, wie sie sich im anarchistischen und linksradikalen Dogmatismus widerspie-

19 "Was will der Spartakus?" Interview mit Paul Schäfer, Spartakus Marburg, in: MARBURGER BLÄTTER, Nr. 133, 1970 (21. Jg.), S. 15.

geln. Von Bakunins Postulat absoluter Herrschaftslosigkeit über die Ablehnung des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampfes als revolutionärer Teilaufgabe durch die deutschen Linksradikalen nach dem 1. Weltkrieg bis hin zu Marcuses Strategie des gesellschaftstranszendenten revolutionären Subjekts oder der artifiziellen Anwendung des chinesischen Revolutionsmodells auf die Verhältnisse des westeuropäischen Monopolkapitalismus erhält sich das ideologische Stereotyp des revolutionären Utopismus, welcher das Problem der Vermittlung aus der Kategorie des geschichtlichen Widerspruchs verbannt.

Angesichts der aktuellen Lage in der Bundesrepublik enthüllt sich die Unfähigkeit des revolutionären Utopismus – welche theoretische Schattierung er auch immer aufweisen mag – als mangelnde Einsicht in die Notwendigkeit, den Kampf um eine sozialistische Gesellschaft unter den besonderen Bedingungen des westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie der politischen Situation und Bewußtseinsverfassung der Arbeiterklasse durch den Kampf um demokratische Reformen von Staat und Gesellschaft dialektisch vorzubereiten.

Lothar Peter

DAS SOZIALISTISCHE NACHRICHTENMAGAZIN

Sozialistische Korrespondenz

● Die „Sozialistische Korrespondenz" (SK) bringt Kommentare — Berichte — Informationen aus der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegung des In- und Auslandes. Zu aktuellen Fragen erscheinen regelmäßig Interviews mit bekannten Politikern der sozialistischen Bewegung.

● SK informiert ausführlich über linke Plattformen, Programme und Stellungnahmen der Jungsozialisten, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und der SPD.

● SK berichtet über Linkstendenzen in den europäischen sozialdemokratischen Parteien.

SK erscheint zweimal monatlich. Preis: 0,75 DM

W. Runge-Verlag, 2 Hamburg 26, Postfach 260546

Die gesellschaftswissenschaftliche Intelligenz im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus

1.1.1. Zum monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus

"Solange das Kapital schwach ist, sucht es selbst noch nach den Krücken vergangner oder mit seinem Erscheinen vergehnder Produktionsweisen. Sobald es sich stark fühlt, wirft es die Krücken weg und bewegt sich seinen eignen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind." (Marx: "Grundrisse", S. 544/545) Daß das Kapital selbst seine eigenen Schranken setzt, kommt im Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zum Ausdruck, und dies Gesetz ist die eigentliche Triebkraft zur Herausbildung des monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Konzentration und Zentralisation des Kapitals führen auf einer bestimmten Stufe zum Monopol (monopolistische Produktionsverhältnisse) (Industrie-, Bank-, Handels-, Verkehrs-, Boden-, Kolonialmonopol), wobei das Monopol wesentlich durch die Aneignung von Monopolprofit gekennzeichnet ist. Die Aneignung von Monopolprofit bedeutet, daß sich ein Kapital aufgrund von ökonomischer und außerökonomischer Macht größeren Mehrwert verschafft, als dies nach dem Gesetz der Durchschnittsprofitrate der Fall wäre. Der Unterschied zum vormonopolistischen Extraprofit besteht darin, daß dieser immer wieder entsteht und verschwindet, und auf der verstärkten Ausbeutung der e i g e n e n Arbeiter beruht, während der Monopolprofit d a u e r h a f t e U m v e r t e i l u n g auch aus anderen Produktionssphären beinhaltet und nicht in erster Linie der höheren Produktivität entspringt, sondern Gewalt und Zwang und politische Macht eine entscheidende Rolle spielen. Da die freie Konkurrenz durch die monopolistische verdrängt wird und neben letzterer weiterexistiert, wird das Gesetz der Bildung einer Durchschnittsprofitrate modifiziert: Die monopolistische Konkurrenz wird zum Exekutor der ökonomischen Gesetze.

War die Herausbildung der Monopole die r e l a t i v e Anpassung der Produktionsverhältnisse an die Produktivkräfte im Rahmen des Kapitalismus, so führt die weitere Entwicklung der Produktivkräfte insbesondere die wissenschaftlich-technische Revolution im Rahmen der Systemauseinandersetzung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus (staatsmonopolistische Produktionsverhältnisse). Dies bedeutet eine qualitative Veränderung der Funktion des Staates. Während der Staat in der Phase der freien Konkurrenz die Entwicklung des Kapitals gegen a u ß e r ö k o n o m i s c h e H i n d e r n i s s e zu schützen hatte, besteht seine Hauptfunktion heute darin, mit ökonomischer und politischer Macht gegen die ö k o n o m i s c h e n H i n d e r n i s s e der kapitalistischen Entwicklung zu agieren, sie im Interesse des Finanzkapitals hinwegzuräumen und die Bedingungen der monopolistischen Verwertung des Kapitals durch Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter das Monopol zu sichern. Staatsmonopolistische Regulierung ist Setzen staatlicher Monopolbedingungen (Heß). Dies Setzen staatlicher Monopolbedingungen zeigt sich besonders im Bereich der Wissenschaft, indem der Staat die Produktivkraft Wissenschaft zunehmend monopolisiert und dem Monopolkapital zur Verfügung stellt,

wobei er Kapital a n w e n d e t aber nicht v e r w e r t e t, so daß sich der Profit bei den Monopolen realisiert. Das mit dem "Wissenschaftskaptial" verbundene hohe Risiko der Kapitalentwertung wird auf die gesamte Gesellschaft abgewälzt. Zugleich wird durch diese staatsmonopolistische Maßnahme dem für das Gesamtkapital geltende Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate für das Monopolkapital entgegengewirkt, selbstverständlich ohne es aufheben zu können.

1.1.2. Die wissenschaftlich-technische Revolution im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Mit der Herausbildung und zunehmenden Erstarkung des sozialistischen Weltsystems und dem Zerfall der Kolonialsysteme nach dem 2. Weltkrieg entstand für das imperialistische Lager die Notwendigkeit einer Neuordnung seiner internationalen Beziehungen, wobei die Monopolbourgeoisie der USA die Führung übernahm. Während sich die dem Kapitalismus immanenten Widersprüche verschärften, spitzte sich die Auseinandersetzung der beiden Systeme zu. Dies fand in der BRD einerseits in der rasch zunehmenden Monopolisierung, die durch amerikanische Kapitalexporte, Finanzierungshilfen usw. über den westdeutschen Staat gefördert wurde, andererseits in der Militarisierung und Eingliederung in die NATO seinen Ausdruck. Sowohl die militärische Seite der imperialistischen Globalstrategie gegen die sozialistischen Länder, als auch die Notwendigkeit der wissenschaftlich-technischen Revolution unter diesen Bedingungen zu bewältigen, machten eine forcierte Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus erforderlich.
Darüberhinaus zwang auch die Konkurrenz der kapitalistischen Staaten untereinander das Problem des Wachstums der nationalen Monopole – in entscheidender Weise eine Frage der Produktivitätssteigerung – in den Vordergrund zu stellen. Die Schaffung neuer Verwertungsmöglichkeiten für das Monopolkapital führt unter diesen Bedingungen zur staatsmonopolistischen Regulierung des Systems der Wachstumsfaktoren (s. D. Klein: "7. Extra Rote Korrespondenz"), die mit einem beschleunigten Monopolisierungsprozeß, d.h. zunehmender Vergesellschaftung der Produktion koordiniert ist.

Dabei zeigt sich, daß in entscheidender Weise von Bildung und Wissenschaft die Verwertungsmöglichkeiten des Monopolkapitals abhängen. Ohne eine qualitativ neue Gewichtung dieser Bereiche ist die Einführung und Weiterentwicklung technischer Innovation in der Produktion "verwissenschaftlichter Unternehmensführung" (Operations Research usw.) sowie deren Beherrschung und Anwendung nicht möglich. Die Verwertung des Kapitals ist darüberhinaus an die Struktur des kapitalistischen Systems als ganzes, an das "Funktionieren" staatsmonopolistischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gebunden, was auch die Verwissenschaftlichung dieser Bereiche beinhaltet. "Eine staatsmonopolistische Programmierung auf der Basis langfristiger Prognosen und futurologischer Konzeptionen wird unabdingbar für den Imperialismus" (Klein, S. 4). Der kapitalistische Staatsapparat, der als Agentur der Monopole das System von Wissenschaft und Ausbildung auf deren Verwertungsbedingungen kurz- und langfristig hinzutrimmen hat, ist also selbst auf dieses System angewiesen, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Entwicklung notwendiger Konjunktur- und Wirtschaftspolitik überhaupt und der damit zusammenhängenden Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts über den Ausbau des Bildungssystems, sondern in all seinen Funktionen: Ideologische Manipulation der Massen, Niederhaltung der gesellschaftlich fortschrittlichen und sozialistischen Kräfte, internationale imperialistische Kooperation usw.

Die Verschärfung des Klassenkampfes auf nationaler und internationaler Ebene zwingt in vielerlei Hinsicht den Staat der Monopole, die wissenschaftlich-technische Revolution voranzutreiben; neben der Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Unternehmen auf dem Weltmarkt, die zur entscheidenden Existenzfrage des imperialistischen Weltsystems geworden ist, sind die Fragen der Aufrechterhaltung neokolonialer Herrschaft und Ausbeutung

(etwa Rüstungsforschung und Subversionsstrategien zur Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Kriege) sowie das Problem der Manipulation mit Hilfe des Informationswesens, der Biochemie usw. von der Forcierung wissenschaftlicher Teilbereiche in hohem Maße abhängig geworden.

Das Auftreten des Staates als Zentralagentur für die Planung und Verwirklichung von Ausbildung und Forschung, wie es sich in der BRD z.B. in der Konstituierung des Bundesforschungsministeriums, der Kultusministerkonferenz, des Wissenschaftsrates und der Groß- und Projektforschung sowie an der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen von Euratom, ELDO und ESRO (alle vorwiegend von militärischer Bedeutung) gezeigt hat, ist auf zwei wesentliche Tatsachen zurückzuführen. Erstens ist der notwendige Aufwand für Forschung und Entwicklung, wie er sich an den Erfordernissen des Monopolkapitals orientiert, unter den Bedingungen der verschärften Systemkonkurrenz im Vergleich zu den Mitteln, die unmittelbar in die Produktion fließen, äußerst stark gewachsen. Dieser Aufwand, der weitgehend Kapitalcharakter hat, kann aber von den privaten Monopolen nicht mehr aufgebracht werden, weil sie auf kurzfristige Verwertung angewiesen sind. Dasselbe gilt für die Infrastruktur (Investition, Verkehr, Gesundheitswesen). Zweitens kann der notwendige Aufwand nur im Rahmen einer längerfristigen Expansionsstrategie und antizyklischer Wirtschaftspolitik beurteilt werden.

Besonders deutlich zeigt sich die Bedeutung der staatlichen Planung und Finanzierung von Ausbildung, Forschung und Entwicklung, die natürlich unter Beteiligung der führenden Monopole an der Planung stattfindet – ihre Vertreter sitzen in allen wesentlichen Beratungsorganen, z.B. in der deutschen Atomkommission, der Kommission für Weltraumforschung, der DFG, dem Wissenschafts- und Bildungsrat – wenn man das Problem der Grundlagen- und das der Rüstungsforschung betrachtet. Vom Standpunkt des einzelnen Monopols aus, dessen Wachstum von der nationalen und internationalen Konkurrenzfähigkeit abhängt, kann die Grundlagenforschung nicht vorangetrieben werden, weil eine unmittelbare Verwertbarkeit der Ergebnisse nicht gegeben ist, diese teilweise überhaupt fraglich, bzw. nicht voraussehbar; andererseits ist die Monopolisierung der Ergebnisse patentrechtlich nicht möglich. Über die Grundlagenforschung hinaus wird der Staat zur Planung und Finanzierung eingesetzt, "wo die deutsche Industrie in technologischen Fortschrittsbereichen Wettbewerbsverzerrungen ausgesetzt ist, die durch große staatliche Forschungs-, Entwicklungs- und Beschaffungsprogramme anderer Länder hervorgerufen werden" und wo "zukunftsträchtige Technologie von der Industrie deshalb nicht aufgegriffen wird, weil eine breite Anwendung kurzfristig nicht abzusehen ist, oder weil der Mittelbedarf die Leistungsfähigkeit einzelner Unternehmen oder Firmengruppen übersteigt" ("Bundesforschungsbericht III").
Im übrigen wird die Grundlagenforschung – wie alle staatlich unterstützte Forschung – in all den Wissenschaftsgebieten vorrangig finanziert, die für die Finanzoligarchie von besonderem Interesse sind. Dies zeigt sich z.B. in der Konzeption der Sonderforschungsbereiche an den Universitäten und in den Bereichen der Stipendienpolitik (Dissertationsstipendien der VW-Stiftung nur für bestimmte Bereiche: Biochemie, Molekularbiologie, Datenverarbeitung, Bildungsplanung u.ä. (s. "Begabtenförderungsbericht 1969").

Was die Rüstungsforschung betrifft, liegt es hier auf der Hand, daß zentrale Planung unabdingbare Voraussetzung ist. Die Rüstungsindustrie realisiert ihre Profite über den Staatsauftrag aus dem Steueraufkommen, wobei die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im voraus "subventioniert werden". Die Rüstungsforschung und -produktion ist folglich ein "sicheres Geschäft", das für die Monopole und ihren Staat viele Vorteile hat, die alle der Aufrechterhaltung der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus dienen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß in der BRD die "Verteidigungs"forschung anteilmäßig das Schwerpunktprogramm ist, das alle anderen Bereiche durchdringt: Ein Drittel der

staatlichen Ausgaben für Wissenschafts- und Studienförderung fließen ihr direkt zu, was hinreichend die Militarisierung der Forschung, die destruktive Deformation der Produktivkraft Wissenschaft im Kapitalismus belegt. Daß die Konzerne der Rüstungsindustrie für die Zukunft eine weitere Ausrichtung der wissenschaftlich-technischen Revolution auf ihre Macht- und Profitinteressen planen, zeigt die Ausstellung neuer Techniken während des Kongresses für Zukunftsforschung und -planung "System 69", der bezeichnenderweise in München stattfand. Der überwiegende Teil der vorgestellten Projekte trug eindeutig militärischen Charakter. Dazu kamen als zweiter Komplex Großcomputeranlagen, die Zugriffszeiten hatten, wie sie nur von den Militärs gefordert werden (s. "7. Extra Rote Korrespondenz", S. 43).

Das Anwachsen der Militärproduktion, das in allen kapitalistischen Staaten mit der sich zuspitzenden Monopolisierung einhergeht, ermöglicht der Finanzoligarchie zwar die Realisierung von Superprofiten und ein reaktionär-aggressives Auftreten, das auch die Mittel der militärischen Unterwerfung und atomarer Drohung nicht scheut, zugleich vertieft es aber die entscheidenden Widersprüche des ganzen Systems, dessen Version der wissenschaftlich-technischen Revolution dem Bedürfnis der werktätigen Bevölkerung nach Frieden und sozialem Fortschritt in jeder Hinsicht zuwiderläuft.

Im folgenden sollen die Ursachen der Verschärfung der Widersprüche zwischen Monopolbourgeoisie und großen Teilen der Intelligenz dargestellt werden, wie sie als notwendige Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution im staatsmonopolistischen Kapitalismus ausgeprägt werden.

1.2.1. Zur Klassenlage der Intelligenz

Bei der Intelligenz handelt es sich um eine Schicht, die nicht durch einheitliche Klassenkriterien charakterisiert ist, d.h. sie muß als eine sozialökonomisch inhomogene Bevölkerungsschicht eingeordnet werden, deren spezifische Zusammensetzung nur unter Berücksichtigung der jeweiligen historischen Bedingungen analysiert werden kann. Das auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den Voraussetzungen der wissenschaftlich-technischen Revolution forcierte Eindringen der Wissenschaft in die Produktion führte zum Abbau der herkömmlichen Bildungsschranken und einer sich entwickelnden Umstrukturierung der Intelligenz, die sich "im Kapitalismus vorwiegend aus der mittleren Bourgeoisie, dem selbständigen Kleinbürgertum, den oberen und mittleren Angestellten- und Beamtenpositionen sowie vor allem aus der bürgerlichen Intelligenz selbst rekrutierte." (Steiner: "Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus", S. 80). Die bereits angedeuteten Verwertungsschwierigkeiten der Monopole in den führenden imperialistischen Staaten führten aber keineswegs zum Abbau des kapitalistischen Bildungsprivilegs überhaupt, sondern reproduzierten es in neuen Formen. Dieser Prozeß äußerte sich u.a. in den verschiedensten technokratischen Forderungen nach Aufhebung des "Bildungsnotstandes", im Ausbau der naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten, in der Konstituierung der kapitalistischen "Bildungsökonomie", was alles den antagonistischen Widerspruch von Produktions- und Bildungsniveau lösen soll.
Entsprechend der Modifizierung herkömmlicher Bildungsschranken zeichnet sich ein schnelles Wachstum der Intelligenz, insbesondere des wissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Personals in der Industrie ab. "Die massenhafte Zunahme von Akademikern und anderen Spezialisten 'entwertet' ihre Tätigkeit, verstärkt die Konkurrenz unter ihnen, führt zu einer Senkung des Werts ihrer Arbeitskraft, macht sie durch die im Prozeß der technischen Entwicklung vor sich gegangene Zergliederung der Tätigkeit zu Detailarbeiten leichter austauschbar und führt zu einem Gestaltwandel der intellektuellen Arbeit. Aus einer einst privilegierten, wurde eine ihren Arbeitsbedingungen gemäß gehobene und

bevorrechtigte 'Arbeiter'tätigkeit in den Betrieben, was mit vielerlei Modifikationen als Entwicklungstendenz auch in den anderen Sphären geistiger Tätigkeit seine Wirklichkeit fand." (Steiner, S. 120 f).

Der Übergang von der freischaffenden zur Angestelltentätigkeit bedeutet im allgemeinen für die Intelligenz einen sozialen Statusverlust. Als Freischaffender war ein Angehöriger dieser Schicht sozialökonomisch dem selbständigen "Mittelstand" ähnlich, als Angestellter wird er zumeist einem Prozeß der Proletarisierung unterworfen.

Bei großen Teilen der wissenschaftlich-technisch qualifizierten Lohnarbeiter ist dieser Vorgang am weitesten fortgeschritten. Sie sind wie das traditionelle Industrieproletariat frei von Produktionsmitteln und müssen zum Erhalt ihres Arbeitsvermögens ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten verkaufen. Dabei ist es völlig gleichgültig, daß diese qualifizierten Arbeiter in hohem Maße Kopfarbeit leisten, da – wie Marx schreibt – "... mit der Entwicklung der reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital... nicht der einzelne Arbeiter, sondern mehr und mehr ein sozial kombiniertes Arbeitsvermögen der wirkliche Funktionär des Gesamtprozesses wird, und die verschiedenen Arbeitsvermögen... in sehr verschiedener Weise an dem unmittelbaren Prozeß der Waren- oder besser hier Produktbildung teilnehmen, der eine mehr mit der Hand, der andere mehr mit dem Kopf arbeitet, ... so werden mehr und mehr Funktionen von Arbeitsvermögen unter den unmittelbaren Begriff der produktiven Arbeit und ihre Träger unter den Begriff der produktiven Arbeiter, direkt vom Kapital ausgebeuteter und seinem Verwertungs- und Produktionsprozeß überhaupt untergeordneter Arbeiter einrangiert." ("Resultate", S. 65/66)

Diese wissenschaftlich-technischen Kader, die unmittelbar an der Produktion von Mehrwert beteiligt sind, verschmelzen mehr und mehr mit einezlnen Abteilungen der Arbeiterklasse, was in der Tendenz "... zur Herausbildung eines neuen Typs des Primärproduzenten des Mehrwerts, des hochqualifizierten Produktionsarbeiters" (Jung: "Argument 61", S. 680/681) führt.

Im Zuge der Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses gewinnen jene Funktionen und ihre Träger immer mehr an Bedeutung, die sich zum Produktionsprozeß als Wächter und Regulator verhalten, also neben ihn treten, bzw. auch jene Teile der Intelligenz, die ihr Arbeitsvermögen vor dem unmittelbaren Produktionsprozeß verausgaben, d.h. qualifizierte Arbeit in den Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsbüros verrichten. Sie gehören ebenso zur Lohnarbeiterklasse wie diejenigen, die mit begrenzten Leitungstätigkeiten ihre Reproduktion sichern.

Zur Arbeiterklasse sind auch diejenigen Teile der Intelligenz zu zählen, die in entsprechenden Funktionen als Zirkulationsagenten ihr Arbeitsvermögen veräußern. Diese kommerziellen Lohnarbeiter unterscheiden sich zwar von den im Produktionsprozeß beschäftigten Produzenten dadurch, daß sie nicht an der Produktion von Mehrwert beteiligt sind, jedoch leisten sie einerseits unbezahlte Mehrarbeit und helfen andererseits die Umschlagszeit des Gesamtkapitals zu verkürzen, wodurch sie die jeweils gesetzten Schranken der Mehrwertproduktion erweitern.

Aus den angegebenen Kriterien, die die objektive Lage großer Teile der Intelligenz als zur Arbeiterklasse zugehörig angeben, kann nicht geschlossen werden, daß es nicht noch viele Unterschiede zwischen intellektuellen Arbeitern und dem traditionellen Industrieproletariat gibt (höhere Qualifikation, höhere Löhne, "Statussymbole" etc.). Doch sind dies abgeleitete Unterscheidungsmerkmale, die einige rechts- und linksopportunistische Gruppen dazu verleiten, die objektive Klassenlage zu vernachlässigen und diesen Teil der sich als Lohnarbeiter reproduzierenden Intelligenz zum Bündnispartner des Proletariats zu reduzieren. Damit helfen sie, tradierte Bewußtseinsformen zu perpetuieren.

Hingegen muß es Aufgabe der Kommunisten sein, die zunehmende Annäherung der Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Teile der intellektuellen Produzenten an die der Arbeiterklasse aufzuzeigen, stets die gemeinsamen Klasseninteressen, die alle Gruppen der Arbeiterklasse verbinden, zu propagieren und die Solidarität und Einheit der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse zu erkämpfen.

Neben der kleinbürgerlichen (Ärzte, Rechtsanwälte usw.) gibt es weitere Gruppen der Intelligenz (Studienräte, Studenten), die auch nicht zur Arbeiterklasse gehören, aber aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung sich im Gegensatz zum Monopolkapital befinden und ebenfalls Bündnispartner der Arbeiterklasse sind.

Ein geringer Teil der Intelligenz übt als Agent der Monopole direkte Kapitalfunktionen aus. Zu dieser Gruppe gehören auch alle jene Überbauspezialisten, die als Büttel und Ideologen der Monopolbourgeoisie fungieren.

Es lassen sich folglich als die wesentlichen Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Intelligenz im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammenfassen:

a) reelle Subsumtion der Wissenschaft, damit der Intelligenz, unter die Interessen der Finanzoligarchie,

b) Angleichung der Arbeitsbedingungen großer Teile der Intelligenz an die der Industriearbeiter,

c) Polarisierung innerhalb der Intelligenz.

Was die Frage des Bewußtseins der sich der Arbeiterklasse annähernden bzw. schon in ihr aufgegangenen Teile der Intelligenz angeht, so ist es gegenwärtig weitgehend noch von einer kleinbürgerlichen rechtsopportunistischen Haltung geprägt, die sich als Aufstiegsorientierung und Reformgläubigkeit äußert. Bewußt genährt wird diese Erscheinung durch die verschiedenartigsten Konstruktionen der Monopolideologen, wie etwa Konvergenztheorie, post-industrielle Gesellschaft usw. Damit wird die Arbeiterbewegung in hohem Maße vor das Problem gestellt, die Verfälschung ihrer theoretischen Grundlagen zu verhindern.

1.2.2. Zur Bildung und Ausbildung in der BRD und Westberlin

Für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte wird es für das Monopolkapital zur unumgänglichen Aufgabe, Einfluß auf die Produktion qualifizierter Arbeitskräfte zu nehmen. Das bedeutet eine Ausbildung, die die Basis zur Umstellung auf neue Produktionstechniken abgibt, die also die Arbeitskraft befähigt, mit der Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses Schritt zu halten, kurz eine Ausbildung, welche die Arbeitskraft disponibel und fungibel im Interesse des Kapitals macht. Dies schließt jedoch ein, daß dieses Feld auf bestimmte Abteilungen der Arbeiterklasse ausgedehnt werden muß, da das traditionelle Rekrutierungsfeld wissenschaftlich qualifizierter Arbeitskraft (selbständiges Kleinbürgertum, Beamte, bürgerliche Intelligenz) allein nicht mehr ausreicht, um den Bedarf des Kapitals an qualifizierten Arbeitskräften zu befriedigen.

Dieser objektive Zwang erzeugt jedoch Widersprüche innerhalb des Kapitalverhältnisses: Die Notwendigkeit umfassender Qualifikation der Ware Arbeitskraft steht im Gegensatz zu den unmittelbaren Verwertungsinteressen des Kapitals, da der Ausbau des Ausbildungssektors für das Kapital eine Schmälerung seines Profits bedeutet. Außerdem birgt eine qualifizierende Ausbildung breiterer Schichten der Bevölkerung die umfassende Gefahr in sich, daß diese ihre Interessen als denen der Monopole entgegengesetzte leichter erkennen und den Kampf dagegen aufnehmen könnten.

Dieser permanente Interessenkonflikt zwischen kurz- und langfristigen Kapitalinteressen findet gegenwärtig an den Universitäten seinen Ausdruck einerseits im Ausbau der Lehr- und Forschungsstätten und andererseits in der forciert durchgeführten Ökonomisierung des Studiums, was eine Intensivierung und Rationalisierung bedeutet. D.h. mit Einführung von Studienzeitbeschränkung, Zwischenprüfungen, Numerus clausus, sowie der Unterteilung in Grund-, Haupt- und Aufbaustudium mit selbständigen Abschlüssen wird eine "überschüssige" Qualifikation im Beruf verhindert (siehe dazu die frappante Analogie zum Krupp-Stufenplan). Eine derartige, den Verwertungsinteressen konforme Ausbildung nimmt die im Beruf sinnlich manifest werdende Dequalifizierung der wissenschaftlich ausgebildeten Arbeitskraft bereits während des Studiums vorweg. An der Universität deutet sich die Polarisierung der breiten Massen der Studenten und den im Aufbaustudium befindlichen Elitestudenten an. Dies bedeutet, daß schon ein Großteil der Studenten aufgrund der erfahrenen Studien- und späteren Berufssituation zumindest objektiv im Gegensatz zum Monopolkapital steht. Es gilt diesen Studenten bewußt zu machen, daß sie ihre Interessen nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse durchsetzen können.

1.3.1. Funktion der Soziologen im Produktions- und Reproduktionsprozeß

Im Zuge der Auseinandersetzung um die inhaltliche und organisatorische Gestaltung des Studiums am Institut für Soziologie scheint es notwendig, noch einmal auf die Konzeption eines "Sozialistischen Studiums", so wie es von ultralinken Gruppen vertreten wird, einzugehen.

Einige Gruppen haben inzwischen die Aufforderung, in die Betriebe zu gehen, fallen gelassen, da mittlerweile wohl die "sinnliche Erfahrung" gemacht wurde, daß der "Massen"andrang der Studenten auf die Betriebe ausgeblieben ist. Es konnten sich offenbar nur wenige, von ihren Eltern gut abgesicherte, Studenten leisten, ihr Studium für längere Zeit zu unterbrechen und damit den Studienabschluß hinauszuschieben. Nachdem nun diese "revolutionäre Massenlinie" durch die materiellen Verhältnisse selbst liquidiert worden ist, entwickelt man munter Zukunftsvisionen. Vor der Wahl zwischen "katastrophischem Chaos" (Flugblatt einer "links"opportunistischen Organisation) und sozialistischer Revolution stehend, entscheidet man sich mutig für die sozialistische Revolution und erhebt sich selbst zum Motor der Weltgeschichte: "Wir wollen unsere Arbeit in den Bereichen, wo der Klassenkampf vorangetrieben werden kann. "Angesichts dieser hehren Aufgabe ist es in der Tat schnöder Materialismus, von Berufsperspektive und materieller Reproduktion der Arbeitskraft zu sprechen. "Sozialistisches Studium" ist gleichbedeutend mit Ausbildung im dialektischen Materialismus, darauf basierenden Analysen und entsprechender "revolutionärer Praxis". Angenommen eine solche Konzeption ließe sich durchführen: Nach Abschluß dieses Studiums begeben sich die frisch diplomierten "Sozialisten" zum Brennpunkt des revolutionären Geschehens, z.B. zum Industriezweig X. Spätestens im Personalbüro entlarven sich die revolutionären Phrasen – an diplomierten "Sozialisten" besteht nämlich kein Bedarf und ob noch Hilfsarbeiter gebraucht werden, ist ebenfalls abhängig von der Verwertungssituation und technischen Ausrüstung des Betriebes. So vertreten diese Gruppen in Wirklichkeit die Massenlinie in die Arbeitslosigkeit und in das Lumpenproletariat, was einer Eliminierung der sozialistischen Intelligenz aus der Arbeiterbewegung gleichkommt.
In dieser Konsequenz offenbaren sich die zutiefst rückschrittlichen ideologischen Implikationen der revolutionären Phraseologie: Durch einen Willensakt glaubt man, sich von materiellen Zwängen befreien zu können und das Ideal bürgerlicher Freiheit und Autonomie des Individuums verwirklichen zu können, wodurch die Anhänger dieser bürgerlichen Ideologie reinsten Wassers umso bewußtloser der materiellen Gewalt der kapitalistischen Verhältnisse unterworfen werden.

Anhand dieser Kritik sollte verdeutlicht werden, worauf die Verweigerungsstrategien aller Schattierungen hinauslaufen. Bei dem Versuch, eine Perspektive für die Intelligenz nach Beendigung des Studiums anzugeben, und das Studium selbst als Vorbereitung dafür zu gestalten, muß von der Notwendigkeit der materiellen Reproduktion der Arbeitskraft ausgegangen werden. Für Soziologen bedeutet das, daß sie sich Klarheit verschaffen müssen über ihre späteren Tätigkeitsbereiche als Soziologen und ihre Funktion im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Im folgenden sollen dazu einige Thesen formuliert werden, die aufgrund der geringen Vorarbeiten auf diesem Gebiet nur sehr grob die Problematik umreißen können.

Die zahlenmäßige Zunahme der Soziologen seit dem II. Weltkrieg ist Ausdruck der wachsenden Bedeutung der bürgerlichen Soziologie im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem. Mit der voranschreitenden Vergesellschaftung der Produktion ergibt sich die Notwendigkeit, neben den ökonomischen und technologischen Momenten der Kooperation auch deren soziale Seite theoretisch zu erfassen und praktisch manipulierbar zu machen. Entsprechend der vielfältigen Erscheinungsformen des grundlegenden Klassenwiderspruchs in den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft bildeten sich die Spezialsoziologen weiter heraus, die für ihren eng begrenzten Bereich Manipulationsinstrumentarien zu entwickeln haben (Industrie- und Betriebssoziologie, Organisationssoziologie, Jugend- und Familiensoziologie, Soziologie der Bildung usw.).

Die ideologische Funktion der Soziologie ist nach wie vor von größter Bedeutung. Die bürgerliche Ideologie wird gleichsam "wissenschaftlich" aufbereitet und in differenzierter Form auf die Zielgruppen zugeschnitten verbreitet. Das Spektrum der Beeinflussung reicht von der Veröffentlichung akademischer Facharbeiter, deren populär-wissenschaftliche Verdünnung bis zu ihrer massenwirksamen Zubereitung und Verwendung in den modernen Kommunikationsmitteln. Über Rundfunk, Presse, Fernsehen, Werbung usw. ist es der Bourgeoisie heute möglich, permanent in demagogischer Weise auf die Bevölkerung einzuwirken und ihr die Ideologien vom "Sozialstaat", der "Mittelstandsgesellschaft", der "Freizeit- und Konsumgesellschaft", der Chancengleichheit, der Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus usw. einzutrichtern.

Neben der ideologischen Funktion der Soziologie rückt die praktische immer stärker in den Vordergrund. Die Soziologie hat der Monopolbourgeoisie und ihren Vertretern Unterlagen und Instrumentarien für ihre Leitungstätigkeit zu liefern. Zum Beispiel bildet die bürgerliche Industrie- und Betriebssoziologie einen wesentlichen Bestandteil in der fachlichen Ausbildung kapitalistischer Leitungskader. Analysen der innerbetrieblichen Klassenbeziehungen, der Arbeitsorganisation, der Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Beschäftigten, des Betriebsklimas usw., dienen zur Entwicklung sozialer Techniken, die sowohl die Arbeitsproduktivität erhöhen, als auch zur partiellen und temporären Eindämmung der Klassenwidersprüche dienen.

Mit der Vergesellschaftung von Leitung und Lenkung werden produktive Unternehmerfunktionen an Arbeitskräfte delegiert, die sich zunehmend auch aus der Arbeiterklasse rekrutieren. Von daher ergibt sich für die Bourgeoisie die Notwendigkeit zu deren ideologischer Korrumpierung. Sowohl unter diesem als auch unter dem schon genannten praktischen Aspekt ist die Verbreitung der Soziologie als Nebenfach für alle möglichen – auch technischen – Hauptfächer zu beurteilen.

Zur Verwirklichung der ideologischen und praktischen Apologetik durch die bürgerliche Soziologie bedarf es einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften mit der entsprechenden Fachausbildung. Insofern ist ein wesentlicher Tätigkeitsbereich für Soziologen der Ausbildungssektor (Hochschule, Fachschule, Sozialarbeiterschulen, Volkshochschulen usw.). Die zahlreichen anderen Tätigkeitsbereiche dürfen bei den Überlegungen zur Berufsperspektive nicht willkürlich gestrichen werden, können aber hier nur kurz angedeutet werden: Organisationen, Verbände, Meinungs- und Verbrauchsforschungsinstitutionen, "Public"- und "Human-Relations" in Betrieben, Behörden, die verschiedensten Positionen in Monopolbetrieben.

1.3.2. Zur gesellschaftlichen Lage der Soziologen; Polarisierung der Soziologen

Die spezifischen Widersprüche, die sich aus der Stellung der Soziologen im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß in seiner kapitalistischen Form ergeben, lassen sich an dieser Stelle selbstverständlich nur als allgemeine Tendenzen angeben. Es wird daher eine der wichtigsten Aufgaben der zu gründenden Organisation sein, diesen Prozeß weiter zu analysieren und zu konkretisieren, um eine konsequente Interessenvertretung der Soziologie-Studenten auf einer wissenschaftlichen Grundlage durchführen zu können. Es wurde bereits oben schon die Tendenz aufgezeigt, die sich aus der Vergesellschaftung der Produktion und der damit verbundenen Verschärfung des Grundwiderspruchs ergibt, die Soziologie in verselbständigte Spezialsoziologien aufzulösen. Dies bedeutet, daß der Grad der Vergesellschaftung der soziologisch-wissenschaftlichen Arbeit sich erhöht hat und in den Prozeß fortschreitender Arbeitsteilung einbezogen wird. Dieser Prozeß ist aber nicht wertfrei zu sehen, sondern ist Bedingung dafür, die Soziologie unmittelbar den Interessen der Bourgeoisie nutzbar zu machen.

Auf diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Forderung nach Abschaffung der Soziologie in bezug auf die Tatsache, daß sie der Bourgeoisie Herrschaftswissen vermittelt, unrealistisch und in bezug auf die steigende Vergesellschaftung der Produktion irreal ist. Die Aufsplitterung der Soziologie in Spezialsoziologien wird zwangsläufig die Gegentendenz hervorrufen, die einander verselbständigten Teile wieder zusammenzufügen, um die gesamtgesellschaftliche Bewegung für die Bourgeoisie manipulierbar zu machen. Es ist notwendig, diese Tendenz an dieser Stelle aufzuzeigen, weil sich daraus die Polarisierung der Soziologen ableitet: eine winzige Minderheit wird sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse in Entscheidungsprozesse führender Stäbe einbringen (Bsp. Dahrendorf; eine solche Stellung entspricht dem Top-Management), während der Gegenpol von Soziologen gebildet wird, die sich in ihrer gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse annähern bzw. in sie eingehen – deren Stellung in etwa der der wissenschaftlich-technisch qualifizierten Arbeiter entspricht ("Sozialtechniker"). Dieser Pol wird in der Tendenz die Mehrheit der Soziologen umfassen, er ist das Ergebnis eines Prozesses, der z.B. in den USA schon viel weiter fortgeschritten ist. Diese Bewegung ist begründet in der Aufsplitterung wissenschaftlicher Arbeit, der Ausbildung der Soziologen zu Detailarbeitern im wissenschaftlichen Forschungsprozeß – die in der Bildung von Spezialsoziologen zum Ausdruck kommt, dort aber nicht stehen bleibt, sondern sich selbst in ihnen noch fortsetzt (Bsp. Kybernetik in Betriebssoziologie). Dieser Pol wird aber auch von jenen gebildet, die Soziologie im Ausbildungsprozeß einzubringen haben (deren objektive Aufgabe es ist, die bestehenden Verhältnisse "wissenschaftlich" zu legitimieren). Die Anzahl der Soziologen mit solchen und vergleichbaren Aufgaben wird schnell wachsen: heute aber befindet sich die Mehrheit der Soziologen noch in einer Übergangssituation. Z.B. in Stellungen wie Dozenten, höhere Verwaltung u.ä.m.

Die Vergesellschaftung der Soziologie nimmt unter kapitalistischen Verhältnissen Formen an, die den Interessen der Soziologen widersprechen. Mit der Reduzierung zum "Detailwissenschaftler" verselbständigt sich der Inhalt ihrer Arbeit ihnen gegenüber. Sie wird damit eintönig und erzeugt Gleichgültigkeit. Indem die Soziologen ihr Wissen nur betätigen können in der Kooperation, dieser Zusammenhang aber über das Kapital vermittelt wird,

werden sie im steigenden Maß abhängig von ihm. Mit der dem Kapitalismus spezifischen Teilung der wissenschaftlichen Arbeit und der Entwicklung der Wissenschaft verbunden ist die Gefahr, daß ihr erworbenes Detailgeschick veraltet, ihr Wissen entwertet wird und sie ihre Arbeitskraft nicht mehr als Soziologen verkaufen können. Der immanente Trieb des Kapitals, den Preis der Arbeitskraft zu senken, verschafft sich ihnen gegenüber in mehrfacher Weise Geltung: den Wert ihrer Arbeitskraft durch möglichst geringe Ausbildungskosten zu senken, sowie mit den Mitteln der Konkurrenz (Aufstiegsmöglichkeiten, wissenschaftliche Reservearmee) und durch Regulierungsmaßnahmen wird den Forderungen der Soziologen vom Kapital begegnet. Damit ist verbunden – wie oben gezeigt – die Herausbildung von "Elitesoziologen" (im Studiengang bereits angelegt durch Maßnahmen des Hochschulrahmengesetzes).

Aufgrund ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, ihrer materiellen Lage, gerät die Mehrheit der Soziologen zunehmend in direkten Widerspruch zum Monopolkapital. Die wichtigste Forderung , die sich aus den aufgzeigten Tendenzen für ihre Ausbildung ergibt, ist die nach u m f a s s e n d e r (Vermittlung von Wissen über die Grundstrukturen der Gesellschaft) und q u a l i f i z i e r t e r Ausbildung (gründliche Vermittlung von sozialwissenschaftlichen Techniken auf einer breiten Basis, die es auch später ermöglicht, sich neue Techniken leichter anzueignen) und die Vermittlung der Einsicht in ihre derzeitige und spätere gesellschaftliche Stellung.

Geht man davon aus, daß die Mehrheit der Soziologen gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, ist der Schluß, ihre Kenntnisse nicht dem Kapital zur Verfügung zu stellen, sondern sich andere Beschäftigungen zu suchen, falsch. Einmal ist es illusorisch zu meinen, daß Kapital könnte damit langfristig gesehen die Sozialwissenschaften zur Durchsetzung seiner Interessen nicht benutzen und zum anderen ist das Argument, daß ein Teil der Soziologen Funktionen in Leitungsprozessen wahrnimmt, die den Interessen der Arbeiterklasse entgegenstehen, nicht stichhaltig, sondern bloß moralisierend. Denn auch die Idee, der Arbeiterklasse daraus einen Vorwurf zu machen, daß sie ihren Gegensatz, nämlich Kapital produziert, kommt schließlich auch niemand. Es wird dabei abstrahiert von dem Doppelcharakter der Leitung, der objektiven Notwendigkeit kooperative Prozesse zu leiten und die spez. Formen, unter denen das unter dem Kapitalverhältnis geschieht. Es wird darüber hinaus von den Möglichkeiten abstrahiert, während der Ausübung des Berufes im fortschrittlichen Sinne tätig zu werden. (Im Grunde kann man das n u r am Arbeitsplatz, wenn man nicht als Triebkraft der Geschichte die Verteilung von Flugblättern v o r den Betrieben ansieht). Es ist überhaupt ein Kennzeichen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, daß mit der Vergesellschaftung der Leitungstätigkeit die Mehrheit, die diese Tätigkeiten ausübt, von ihren Interessen her im Widerspruch zum Kapital steht. Dabei ist im Hinblick auf ihre Klassenlage es durchaus gleichgültig, ob dieser Interessengegensatz schon erkannt ist, b e v o r eine entsprechende Tätigkeit aufgenommen wurde oder ob er erst in Ausübung der gesellschaftlichen Funktion bewußt wird. Der Grad des Engagements und die konkreten Forderungen der Soziologen sind in erster Linie abhängig vom allgemeinen Stand der Klassenkämpfe. Die Verschärfung der Widersprüche macht bereits heute folgende Möglichkeiten antizipierbar:

a) Beteiligung und Organisation von gewerkschaftlichen Kämpfen zusammen mit Kollegen,

b) Vermittlung demokratischer und sozialistischer Ideen durch spezielle Schulungskurse, aber auch am Arbeitsplatz selbst, besonders von denen, die im Ausbildungssektor tätig sind,

c) Unterstützung der Arbeiterbewegung durch Analyse gesellschaftlicher Prozesse (Projekte),

d) Weiterleitung von Informationen die sie aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß erhalten (wichtig für die Arbeiterbewegung, um richtige Forderungen aufstellen zu können),

e) durch aktive Teilnahme am ideologischen Klassenkampf, durch Veröffentlichungen in den verschiedenen Medien.

Selbstverständlich können die Soziologen dies nicht als vereinzelte Einzelne tun. Es ist notwendig, daß sie in die Gewerkschaften eintreten, woraus sich ein weiteres Feld ihrer aktiven Einflußnahme ergibt.

1.3.3. Konsequenzen für den Aufbau des Studiums

Die Ausbildung muß beide Momente beinhalten, die Qualifizierung ihrer Arbeitskraft sowie gewerkschaftlicher und politischer Praxis Rechnung tragen. Der Widerspruch, in dem sie sich künftig bewegen, muß im Studium selbst antizipiert sein.

Die Durchsetzung eines solchen Programms kann nur gegen die Interessen der Bourgeoisie erkämpft werden, ist also selbst gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem gerichtet. Um die Soziologen zu konsequenten Gegnern des Imperialismus zu erziehen, ist es notwendig, den wissenschaftlichen Sozialismus und speziell die marxistisch-leninistische Soziologie in allen P h a s e n des Studiums zu vermitteln und zwar nicht auf freiwilliger Basis (Hobby-Marxisten), sondern in institutionalisierter Form.

Das Programm des bereits herrschenden Grundstudiums geht von ähnlichen Voraussetzungen aus, wie oben entwickelt. Es gilt jetzt, den Erstsemestern die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des Programms ergeben haben, als Auseinandersetzung zwischen bürgerlichem und proletarischem Standpunkt mit den sich daraus ergebenden Gremienkämpfen klarzumachen, d.h. die "Anti-Revisionisten" als umgestülpte Kleinbürger und ihre Theorie nur als besondere Variante der Konvergenztheorie zu entlarven. Als Forderung für die künftige Gestaltung des Grundstudiums muß die Notwendigkeit der kritischen Vermittlung der Geschichte der Soziologie unterstrichen werden.

Für das Fachstudium ergibt sich die Notwendigkeit der k r i t i s c h e n Vermittlung von Wissen, das der Qualifizierung der Arbeitskraft dient. Dazu ist es unerläßlich, die Kritik der bürgerlichen Soziologie in allen Bereichen durchzuführen. Diese Vorgehensweise impliziert den Abbau von "professoralen Freiräumen" und die Integration der marxistisch-leninistischen Soziologie. Welche Bereiche in das Lehrprogramm des Instituts für Soziologie aufgenommen werden, ist in erster Linie abhängig von der Entwicklung des Kapitalverhältnisses selbst und kann nicht abhängig gemacht werden von bloß subjektiven Wünschen. Eine Ausbildung ist dann s i n n v o l l, wenn sie die Arbeitskraft so qualifiziert, daß sie im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß verwertbar ist. Um aber die bürgerliche Soziologie von ihren Voraussetzungen her zu kritisieren, wird es notwendig sein, den Bereich der Wissenschaftstheorie auszubauen. Um die Bedeutung dieses Bereiches zu erfassen, sollte man sich der Kritik von Marx an den "voraussetzungslosen" Denkern vor Auge führen. Indem er ihre tatsächlichen Voraussetzungen aufzeigte, gelang es ihm, die bürgerliche Ideologie auf den Begriff zu bringen. Heute bedeutet dies, daß z.B. die Kritik des Positivismus mit marxistisch-leninistischen Kategorien am Institut ernsthaft in Angriff genommen werden muß.

Das Schwergewicht des Fachstudiums muß auf dem Projektstudium liegen. Dabei sind mindestens folgende Momente zu berücksichtigen:

a) Das Projektstudium muß die Fähigkeit zur selbständigen und qualifizierten Forschungsarbeit vermitteln.

b) Der Inhalt der Projekte muß an die Bedürfnisse der Arbeiterklasse anknüpfen bzw. dem ideologischen Klassenkampf dienen.

c) Ein drittes Moment, das bisher völlig herausfiel, ist darin zu sehen, mit Hilfe der Projekte dem Institut in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung eine solche Geltung zu verschaffen, daß der Senatsbürokratie erschwert wird, gegen die Studien- und Institutsreform vorzugehen (siehe Schaubühne am Halleschen Ufer).

Da vom Institut für Soziologie bisher keine hinreichende berufsqualifizierende Ausbildung vermittelt wurde und die Kritik der bürgerlichen Soziologie noch ganz am Anfang steht – die Aufarbeitung polit-ökonomischer Kategorien ist zwar eine Voraussetzung dafür, allein aber noch völlig unzureichend – ist die zu gründende Organisation gezwungen, Ausbildungsgänge für bestimmte Berufe (Bereiche wie Organisation und Planung oder Sozialisation) institutionell zu verankern ohne ihre gesellschaftliche Relevanz vorher stringent ableiten zu können. Diese Untersuchungen neben der Einrichtung entsprechender Kurse durchzuführen wird Aufgabe der Organisation sein, wie es eine andere sein wird, der jetzt zwangsläufig bis zu einem gewissen Grad auseinanderfallenden Vermittlung des historischen Materialismus und der bürgerlichen Soziologie aufzuheben, d.h. in eine kritische Vermittlung bürgerlicher Soziologie und Methoden zu überführen.

2.1. Die Veränderung des politischen Überbaus

Die bürgerliche Demokratie war die adäquate Herrschaftsform der aufsteigenden Bourgeoisie unter den Bedingungen des Kapitalismus der freien Konkurrenz (Freiheit des Kaufs und Verkaufs, doppelte Freiheit des Lohnarbeiters, formale juristische und politische Freiheit.) Sie wurde gegen den Feudalismus erkämpft und war in ihrem Klasseninhalt zugleich Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts. Auf einer bestimmten Stufe der Vergesellschaftung der Produktion verlor die Bourgeoisie ihre fortschrittliche Rolle in der Geschichte. Mit der Herausbildung des Imperialismus wurden außerökonomische Macht und Gewalt ein notwendiges Element für die Verwertung des monopolistischen Kapitals, für die Aneignung des Monopolprofits. Im monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus erlangt der Staat – als politischer Überbau eines historisch überlebten Systems – eine neue Qualität in der Ausübung politischer Unterdrückung. Er muß unmittelbar in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß eingreifen, um die Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals zu sichern und das Gesamtsystem zu stabilisieren. Durch die Notwendigkeit der Formierung aller Bereiche der Gesellschaft, ihre Unterwerfung unter die Interessen der Monopole, gerät die Finanzbourgeoisie zunehmend in Widerspruch zur bürgerlichen Demokratie. Dem Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus entspringt daher die Tendenz zum Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten (KPD-Verbot, Notstandsgesetze, Handgranatengesetz, Aushöhlung der parlamentarischen Kontrolle).

2.2. Zur Strategie der Arbeiterbewegung

Die Bestimmung der Strategie der Arbeiterbewegung muß sowohl von der Entwicklung des Kapitalverhältnisses als auch von dem Grad der Organisiertheit und dem Bewußtsein der Arbeiterbewegung abgeleitet werden. Aufgrund der geringen Entfaltung der Klassenkämpfe, des mangelnden Bewußtseins des Proletariats und des daraus resultierenden Kräfteverhältnisses der Klassen in Westberlin und der BRD kann von der sozialistischen Revolution als Tagesaufgabe nicht ausgegangen werden. Es gilt daher, von den unmittelbaren politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse ausgehend Zwischenziele zu bestimmen, deren Erkämpfung die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihr Bewußtsein festigt, die Macht der Bourgeoisie schwächt und die Ausgangspositionen der Arbeiterbewegung für den Sturz der Bourgeoisie verbessert.

Der Kampf und die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse im Rahmen des Kapitalismus muß als demokratischer Kampf bezeichnet werden. Er schließt den Kampf um die Erhaltung bürgerlich-demokratischer Rechte mit ein, geht aber weit darüber hinaus. Er orientiert sich nicht am Ideal des bürgerlichen Parlamentarismus, sondern trägt den Strukturveränderungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus Rechnung und richtet sich gegen die Machtzentren der Großindustrie der Banken, Unternehmerverbände und staatlicher Regulierungsorgane Der demokratische Kampf der Arbeiterbewegung bedeutet die Erringung von Gegenmachtpositionen gegen das Monopolkapital.

"Der Begriff Gegenmachtposition trägt dem Antagonismus der Klasseninteressen im Kapitalismus Rechnung und drückt aus, daß es Machtpositionen an sich nicht geben kann, sondern Gegenmachtpositionen immer nur im Verhältnis zur Macht des Kapitals stehen und begriffen werden können. Dabei ist eine Begriffsabgrenzung notwendig, da sonst die Meinung entstehen kann, als könne die Gegenmacht der Arbeiterklasse quantitativ (evolutionär) ausgedehnt werden bis ein Machtgleichgewicht erreicht ist und bis sie schließlich die Macht des Monopolkapitals überrundet. Tatsächlich ist dagegen das Monopolkapital die herrschende Macht der spätkapitalistischen Gesellschaft ... Diese Herrschaft ist unteilbar. ... Die Überwindung der Herrschaft des Großkapitals ist eine qualitative (revolutionäre) Veränderung. Diese herrschende Macht kann nicht Schritt um Schritt abgebaut werden. Diese Macht ist aber auch nicht schrankenlos. Ihr Rahmen wird durch viele Faktoren beeinflußt, vor allem durch die Initiative und Kampfkraft der Arbeiterklasse. Und 'Gegenmacht' oder 'Macht der Arbeiterklasse' drückt aus, daß das herrschende System die Interessen der arbeitenden Massen in dem Maße berücksichtigen muß, wie sie sich organisieren, Initiative entfalten und das System selbst in Frage stellen.
Gegenmachtpositionen beruhen im Spätkapitalismus nicht in erster Linie auf der Vertretung von Institutionen, sondern auf der Fähigkeit zur Machtentfaltung (unter Ausnutzung von Institutionen)" ("Mitbestimmung als Kampfaufgabe", S. 308 ff) und zielen auf die Kontrolle des Kapitals durch die Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Die Mitbestimmung ist integraler Bestandteil dieser Konzeption. "Deshalb sind Initiativen der Erweiterung der institutionellen Mitbestimmung unter dem Gesichtspunkt zu beurteilen, ob sie die Gegenmachtpositionen begründen und erweitern ... Dieser Gesichtspunkt macht deutlich, daß Mitbestimmung nicht auf die Frage der Institutionen oder der formalen Besetzungsverhältnisse von Institutionen beschränkt werden kann." (ebenda, S. 309)

Der demokratische, antiimperialistische Kampf beinhaltet den Kampf gegen Faschismus, Militarismus, imperialistische Aggression und für den Frieden.

Im Verlauf des demokratischen Kampfes werden der Arbeiterklasse die objektiven Grenzen quantitativer Veränderungen deutlich, die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und die Eroberung der politischen Macht unmittelbar einsichtig. Gleichzeitig schafft der Kampf um Gegenmachtpositionen durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen zugunsten des Proletariats die Voraussetzungen dafür.

2.2.1. Der Kampf der Studenten gegen staatsmonopolistische Formierung

Aufgrund der Unterwerfung der Universität unter die monopolistischen Verwertungsbedingungen und der Berufsperspektive gerät der überwiegende Teil der Studenten in einen

Gegensatz zum Monopolkapital. Da aber die Studenten nicht im Produktionsprozeß stehen, muß der Teil der Studenten, der mit der Arbeiterklasse gemeinsame Interessen aufweist, als Bündnispartner bezeichnet werden. Grundlage des Bündnisses mit der Arbeiterbesteht darin, daß die Studenten ihre antimonopolistischen Interessen nur mit Hilfe der Arbeiterklasse durchsetzen können, diese aber im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution ein verstärktes Interesse hat an einer Ausbildung, die sich am gesellschaftlichen Fortschritt orientiert und an der Verhinderung der Pervertierung der Wissenschaft zur Destruktivkraft durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus. Dieses Bündnis muß sich in der Etappe des demokratischen Kampfes realisieren und somit der Kampf an der Hochschule als Teil des demokratischen Kampfes auf gesamtgesellschaftlicher Ebene begriffen werden.

In den 60er Jahren wurde die Tatsache immer deutlicher, daß die CDU-Herrschaft als politischer Ausdruck des Kapitalverhältnisses, die Priorität ihrer Politik eindeutig durch die Rekonstruktion und Konsolidierung der kapitalistischen Verhältnisse in der BRD und in Westberlin bestimmte bei gleichzeitiger Vernachlässigung des infrastrukturellen Sektors. Diese allein durch die Verwertungsinteressen des Kapitals diktierte Politik wurde auf der politischen Ebene durch die Systemauseinandersetzung von Kapitalismus und Sozialismus auf deutschem Boden begleitet, bei der es galt, die Leistungsfähigkeit und "Attraktivität" des kapitalistischen Systems durch hohe Produktivität und Zunahme der Pro-Kopf-Leistung für den Konsumenten in einem großen Warenangebot ausgedrückt, zu demonstrieren. Die Krise im Ausbildungssektor, d.h. zuerst an den Universitäten, resultierte einmal aus diesem schon bei Gründung der BRD angelegten Widerspruch, wobei verschärfend hinzutrat, daß mit dem Jahre 1961 der Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR radikal unterbrochen wurde und zum anderen aus der spezifischen Situation von Studenten als einem Teil der Intelligenz, die aufgrund ihrer intellektuellen Qualifikation und auf dem Hintergrund ihrer objektiven Situation in der Lage waren, die verschärften gesellschaftlichen Widersprüche und Klasseninteressen aufzuzeigen und ihnen im Kampf um Demokratisierung der Universitäten, und auf politischer Ebene, in ihrem moralischen Protest gegen imperialistische Aggression (Vietnamkrieg) Ausdruck zu verleihen.

Im Verlaufe der Auseinandersetzungen, die forciert wurden durch das massive Eingreifen des Staatsapparates, wurde der Kampf der Studenten zum radikal-demokratischen, der nun auch Teile der jungen Arbeiter und Schüler erfaßte. Der Kapitalismus wurde in der antiautoritären Bewegung zunehmend als Ursache der aufgedeckten Widersprüche – und damit als der Feind, den es in erster Linie zu bekämpfen galt – erkannt. Da andererseits der Klassenkampf und das Bewußtsein der Arbeiter in der BRD und in Westberlin wenig ausgebildet waren, begriff sich diese Bewegung immer mehr als vorwärtstreibender Faktor und revolutionäre Avantgarde im Klassenkampf.

Als sich herausstellte, wie wenig die antiautoritäre Bewegung im Hinblick auf gesellschaftliche Veränderung hatte bewirken können, wurden die Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus wiederentdeckt. Über die Aufarbeitung der Marxschen Theorie kam man dazu, das Proletariat als Träger der Klassenkämpfe zu erkennen. Die Orientierung auf nicht integrierte Randgruppen wurde fallengelassen.
Die wesentlichen Richtungen, die aus dieser Wendung zum Proletariat wuchsen, waren einerseits der Teil der Studenten, der sich in seiner Rolle als Avantgarde gefiel und in dem Glauben, sich bereits mit der Theorie bewaffnet zu haben, sich in die Praxis stürzte und die Gründung verschiedener Parteiaufbauorganisationen in Angriff nahm. Ein Teil der Studenten, der der Dogmatisierung und Fraktionierung innerhalb der Studentenschaft relativ hilflos und ablehnend gegenüberstand, fiel aus den politischen Kämpfen heraus, während ein weiterer bedeutender Teil sich dem intensiveren Studium der politischen Ökonomie zuwandte.

Mit der Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus als dem Ausdruck der realen Bewegung, der seine organisierte Gestalt in dem Teil des Proletariats findet, der bereits "die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung" ("Manifest") hat, d.h., also in der kommunistischen Partei, konnte die Orientierung dieses Teils der Intelligenz sich nicht ahistorisch an den PAOs festmachen, sondern mußte die real existierenden Arbeiterparteien, die sich sowohl durch eine selbständige Politik als auch durch die Verankerung im Proletariat auszeichnen, in den Mittelpunkt seiner theoretischen Arbeit stellen.

So wichtig die letztgenannte Richtung innerhalb des theoretischen Klärungsprozesses vor allem auch in bezug auf die Abstreifung der "Theorie" der initierenden Rolle der Studentenschaft sein mag, so kann sozialistische Arbeit an der Universität andererseits nicht bedeuten, daß die Majorität der Studenten sich zum theoretischen Verständnis der geschichtlichen Bewegung hinaufarbeitet und dann Klassenverrat betreibt. Vielmehr muß an den Widersprüchen angeknüpft werden, die von der Mehrzahl der Studenten erfahren werden. Bei Aufnahme unmittelbarer studentischer Interessen kann jedoch nicht stehen geblieben werden, sondern dies kann nur die Basis zur Entfaltung und Vorantreibung des demokratischen Kampfes an der Universität abgeben. Der demokratische Kampf an der Hochschule muß sich an folgenden Punkten festmachen:

- Mitbestimmung der demokratischen und sozialistischen Hochschulangehörigen und der Organisationen der Arbeiterklasse über Inhalt und Organisation von Forschung und Lehre.
- Durchsetzung der materiellen Interessen der Hochschulangehörigen
- Brechung des Bildungsprivilegs
- Kampf gegen Militarisierung der Wissenschaft
- Kampf gegen reaktionäre Kräfte an der Hochschule (Bund Freiheit der Wissenschaft und seinen Westberliner Ableger die Notgemeinschaft)
- Kampf gegen Eingriffe der Senatsbürokratie
- Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz
- Ausbildung im wissenschaftlichen Sozialismus durch Marxisten
- Umfassende Qualifizierung der Studenten für den Beruf, die die Reflexion über die spätere Stellung im Reproduktionsprozeß mit einbezieht
- Vorbereitung auf die Möglichkeiten gewerkschaftlicher und politischer Praxis am Arbeitsplatz
- Unterstützung des allgemeinen demokratischen, antiimperialistischen Kampfes.

In der Arbeit an der Universität kann es also nicht darum gehen, daß man die eh Sozialisten zusammenschließt, die dann die Aufarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus im Dienste des Proletariats betreiben, sondern man muß den überwiegenden Teil der Studenten, der sich später als Lohnarbeiter zu reproduzieren hat, anhand der objektiven Interessen mobilisieren und aufzeigen, daß der Kampf der Studenten (in ihrer Übergangssituation, der Ausbidlung für den Produktions- und Reproduktionsprozeß) im Bündnis mit der Arbeiterklasse zu führen und voranzutreiben ist.

Beim Verlag sind z.Zt. vergriffen: SOPO 1, SOPO 2, SOPO 3, SOPO 4, SOPO 5, SOPO 6/7.

3. Zur zukünftigen Organisation am Institut für Soziologie

Die Zerschlagung des ASTA durch das Universitätsgesetz stellte die linken Studenten vor die Aufgabe, neue gesamtuniversitäre Organisationsformen zu entwickeln, die geeignet waren, der mit diesem Gesetz intendierten Zersplitterung und Atomisierung der Studentenbewegung auf einzelne Fachbereiche und Institute wirkungsvoll entgegenzutreten. Dieser Funktion konnten die an den meisten Instituten gegründeten Roten Zellen in dem Maße immer weniger gerecht werden, in dem die verschiedenen "Parteiaufbauorganisationen" diese studentischen Organisationen gleichsam nur als Rekrutierungsfeld für eigene "Kader" ansahen und die verschiedenen Roten Zellen in ihrem Sinne zu fraktionieren versuchten. Ihr eigenes Parteisüppchen kochend, isolierten sie sich mehr und mehr von der Masse der antikapitalistisch orientierten Studenten und wurden zusehens unfähiger, diese für ein breites Aktionsbündnis gegen reaktionäre Übergriffe und für den Kampf der Studenten um Mitbestimmung in allen Fragen der Forschung und Lehre zu mobilisieren. Im Zuge dieser Entwicklung gewannen die an einzelnen Instituten gegründeten Studentengewerkschaften und späteren Aktionsgemeinschaften demokratischer und sozialistischer Hochschulangehöriger (ADSH), die zuerst relativ schwach waren, zunehmend an Bedeutung, da sie richtig an den antimonopolistischen Interessen der breiten Masse der Studenten ansetzten, und gleichzeitig diesen Kampf weitertrieben, indem sie ihn in den demokratischen Kampf auf gesamtgesellschaftlicher Ebene einordneten.

Deswegen ist es notwendig, neben dem Kampf um eine umfassende Berufsausbildung, die die Reflexion über die spätere Stellung im Produktions- und Reproduktionsprozeß einschließt und insofern die Basis für eine gewerkschaftliche und politische Praxis am späteren Arbeitsplatz darstellt, und neben der Erkämpfung von Mitbestimmung in allen Fragen der Arbeitsinhalte und -formen, den Kampf der Arbeiterklasse zu unterstützen, indem man sich mit ihren allgemeinen Forderungen solidarisiert, sie aktiv mitträgt und die Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse anstrebt.

Die Unterstützung des Kampfes der Westberliner und westdeutschen Arbeiterbewegung um Demokratie und Sozialismus durch die antikapitalistischen Studenten impliziert jedoch auch das Eintreten für Forderungen, deren Verwirklichung objektiv im Interesse der Westberliner und westdeutschen Arbeiterklasse liegt: Anerkennung der in Europa existierenden Grenzen, völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Solidarität mit den unterentwickelt und in Abhängigkeit gehaltenen Ländern, die um ihre nationale Befreiung kämpfen.

Die Organisationsdebatte am Institut für Soziologie kann unserer Meinung nach am besten ihre organisatorische Wendung in der Gründung einer Aktionsgemeinschaft demokratischer und sozialistischer Hochschulangehöriger (ADSSOZ) erfahren, einer Massenorganisation, die die unmittelbaren und politischen Interessen der Hochschulangehörigen vertritt:

Oberster Grundsatz muß stets die Einheit der Aktion im Kampf am Institut, auf gesamtuniversitärer und außeruniversitärer Ebene sein, wobei jedoch überstimmten Minderheiten oder Fraktionen die Teilnahme an bestimmten Aktionen nicht aufgezwungen werden kann, sofern sie die Durchführung nicht verhindern oder stören.

Ulrich Garling
Dietrich von der Lühe
Wilgart Schuchardt
Elfi Witten

Versuch zur Bestimmung der Aufgaben der kommunistischen Intellektuellen

Im Verlauf der Studentenbewegung gelangten Teile der Intellektuellen dazu, den Gegensatz zur Arbeiterbewegung, in dem sie sich befanden, zu konstatieren und darüberhinaus zu erkennen, daß ihre Aktionen solange aussichtslos bleiben müßten, wie sie losgelöst von den Aktionen der Arbeiterklasse durchgeführt würden. Die Einsicht, daß die Isolation der Studentenbewegung nur aufzuheben sei durch die Aufhebung der Studentenbewegung selbst als einer auf partielle gesellschaftliche Bereiche beschränkten Bewegung, ist der letzte Schritt, der auf dem Boden der Studentenbewegung zu vollziehen ist.

Es gehört nun aber zu einem der von den Intellektuellen sich selbst erschaffenen Drangsale, selbst die Aufhebung der Studentenbewegung und ihre Vermittlung mit der Arbeiterbewegung noch auf dem Boden der Studentenbewegung vollziehen zu wollen, indem entweder "der Intelligenz" eine für die Kämpfe der Arbeiterklasse initiierende Rolle zugesprochen wird oder pauschal "die Intelligenz" als Bündnispartner an den Kämpfen der Arbeiterklasse beteiligt werden soll.

Wir werden dagegen zu entwickeln versuchen, daß sich die Aufgaben der kommunistischen Intellektuellen prinzipiell nicht von denen der Kommunisten überhaupt unterscheiden, daß also der Bestimmung der Aufgaben der kommunistischen Intellektuellen die Bestimmung der Aufgaben der Kommunisten vorausgesetzt ist. Wie man diese Aufgaben bestimmt, hängt von der Auffassung ab, was Kommunismus ist.

I

Der Kommunismus ist die aus dem Zerfallsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft hervorgehende Bewegung, die zu einer neuen Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit führt. Dieser Zerfallsprozeß, der in allen gesellschaftlichen Beziehungen seinen mehr oder minder vermittelten Ausdruck findet, ist in letzter Instanz bestimmt durch die Tendenzen der materiellen Produktion; er ist notwendiges Resultat der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise.

Deren bestimmendes Motiv ist die schrankenlose Verwertung des Werts. Sie beruht auf der Aneignung unbezahlter Arbeit; daraus erwächst der immanente Trieb des Kapitals, beständig die Mehrarbeit gegen die notwendige Arbeit zu verlängern, indem durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit die in die Reproduktion der Arbeitskraft eingehenden Waren verbilligt werden und dadurch der Wert der Arbeitskraft selbst gesenkt wird. Die Produktivkräfte entwickeln sich durch die Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit. Die Bourgeoisie ist daher gezwungen, die Arbeiter zu vereinigen; sie muß beständig die Klasse vergrößern, der die Verwirklichungsbedingungen ihrer Arbeit und damit die Entwicklung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit feindlich gegenüberstehen. Sie produziert in den Lohnarbeitern ihren eigenen Totengräber und entwickelt durch die Vereinigung der Arbeiter die grundlegende Bedingung des Sieges der Arbeiterklasse über sie.

Daß die Arbeiter diesen vom Kapital gesetzten Zusammenschluß unmittelbar zur Vereinigung gegen die Bourgeoisie selbst wenden, dem steht entgegen, daß sie sich ihres Verhältnisses zur Bourgeoisie als eines Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisses zunächst nicht bewußt sind.

Sie unterliegen vielmehr der Illusion, beim Verkauf ihrer Arbeitskraft als gleichberechtigte Warenbesitzer in Beziehung zum Kapitalisten zu treten, woraus sich sämtliche Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln. Ihre ökonomische Hörigkeit ist durch den beständigen Verkauf ihrer Arbeitskraft zugleich vermittelt wie versteckt.

Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zur Erhöhung des Mehrwerts bedeutet vermehrte Anwendung von Maschinerie, d.h. Ersetzung von lebendiger durch tote Arbeit. In dem Maße, wie sich das Maschinensystem, die große Industrie, entwickelt, wird der Zweck des Kapitals, seine maßlose Verwertung, zunehmend unverträglich mit den Mitteln seiner Verwirklichung. Wenn die Maschinerie durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit die Mehrarbeit verlängert auf Kosten der notwendigen Arbeit, so kann sie das nur, indem die Zahl der von einem gegebenen Kapital angewandten Arbeiter verringert wird. Das Kapitalverhältnis enthält daher einen absoluten Widerspruch zwischen dem Setzen der Arbeitszeit als einzigem Maß und Quelle des Reichtums einerseits und der Reduktion dieser Arbeitszeit auf ein Minimum andererseits. Dieser Widerspruch, der ein Widerspruch ist zwischen den Produktivkräften und den bornierten Verhältnissen, in denen sie sich entwickeln, äußert sich zunehmend in Konflikten und Krisen, gewaltsamen momentanen Lösungen des Widerspruchs zwischen dem Streben nach unbeschränkter Entfaltung der Produktivkräfte und der beschränkten Konsumtionsfähigkeit der Massen unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die kapitalistische Produktion lebt daher in einem beständigen Zyklus aufeinanderfolgender Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Überproduktion, Krise und Stagnation, dessen Neuauflage jeweils mit der Einführung verbesserter Maschinerie beginnt und mit umso schnellerer Überfüllung der Märkte endet, dessen Abfolge sich daher verkürzt.

Das Proletariat ist die Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, die an den Zeiten ihrer Prosperität am wenigsten und dafür umso mehr an denen ihrer Krisen partizipiert. Die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft in der Beschleunigung ihrer periodischen Zusammenbrüche ist daher zugleich der Prozeß, in dem sich das Proletariat der prinzipiellen Unverträglichkeit seiner Interessen mit denen der Bourgeoisie bewußt wird und sich seine Vereinigung aus einem bloßen Mittel zur Verbesserung der Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft zur bewußten Klassenorganisation gegen das System der Lohnarbeit selbst wandelt.

Die Entwicklung von Klassenbewußtsein ist der Prozeß der Auflösung der Illusion der Gleichheit der Warenbesitzer, der in der Einsicht in den Charakter der Lohnarbeit mündet. Dieser Prozeß selbst ist vermittelt über die Bewegung des industriellen Zyklus. Die wechselnde Verteilung des Kapitals innerhalb des industriellen Zyklus auf die verschiedenen Zweige der Produktion bringt die Unsicherheit und Unstetigkeit in der Lebenslage des Arbeiters mit sich; einerseits den fortwährenden Wechsel in der Art der Beschäftigung selber, andererseits den Wechsel von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit überhaupt. Wenn also in der Sphäre der Zirkulation in der bürgerlichen Gesellschaft durch die Möglichkeit des Wechsels der individuellen Lohnherren und die Oszillationen im Marktpreise der Arbeitskraft die Vorstellung der Freiheit und Unabhängigkeit bei den Arbeitern vorherrscht, so zeigt sich in der Bewegung des industriellen Zyklus, daß einer der beiden Kontrahenten, das Kapital, selbst noch die Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft diktiert. Je nachdem die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals die zur Verfügung stehenden exploitablen Menschenmassen überflügeln, also die Nachfrage nach Arbeit ihr Angebot übersteigt oder

umgekehrt, verändern sich die Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft, steigen oder sinken die Arbeitslöhne und werden Teile der Arbeiterklasse gänzlich am Verkauf ihrer Arbeitskraft verhindert. Damit vollendet sich einerseits die Despotie des Kapitals. Andererseits ist durch die ständige Unsicherheit der Lebenslage, den ständigen Wechsel der Beschäftigung und die periodische Arbeitslosigkeit, die allein von der Rate des Profits abhängt, die materielle Grundlage für die Einsicht gegeben, daß der Arbeiter konkret nützliche Arbeit nur leisten kann, wenn er bei der Verausgabung abstrakt-menschlicher Arbeit Mehrarbeit leistet. Damit wird den Arbeitern zunehmend einsichtig, daß die Gleichgültigkeit gegenüber dem konkret-nützlichen Charakter ihrer Arbeit grundlegende Bestimmung der Lohnarbeit überhaupt ist. Der Arbeiter ist in der kapitalistischen Produktionsweise an dem Gebrauchswert seiner Arbeitskraft nur interessiert, sofern dieser Mittel zur Realisation des Werts seiner Arbeitskraft ist. Das Kapital ist an dem Gebrauchswert seiner Arbeitskraft nur interessiert, sofern der Gebrauchswert seiner Arbeitskraft Quelle von Mehrwert ist. Die Einsicht in diesen Zusammenhang ist zugleich die wichtigste Voraussetzung für die tendenzielle Aufhebung der Konkurrenz unter den Arbeitern. Mit der Vollendung der Despotie des Kapitals ist also die Möglichkeit gegeben, den Austausch von Arbeit und Kapital, der als ein Verhältnis von gleichberechtigten ebenbürtigen Personen erschien, als bloßes Moment eines Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisses zu durchschauen. Wie diese Einsicht, daß das System des Privateigentums nur auf dem Nichteigentum der Arbeiter beruht, damit in die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiterklasse, sich verbreitert, verwandelt sich die Vereinigung der Arbeiter aus einem bloßen Mittel zur Aufrechterhaltung und Verbesserung des Lohnniveaus zu einer Vereinigung gegen diese Herrschaft selbst.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung ist vermittelter Ausdruck der unsystematischen, naturwüchsigen, planlosen Bewegung der kapitalistischen Produktion. Je schärfer deren Widersprüche eklatieren, je unsicherer die Bewegung des Kapitals, je schwankender die bürgerlichen Verhältnisse werden, desto mehr konsolidiert sich die Arbeiterbewegung. Sie wird umso geschlossener und kraftvoller, die Propaganda der neuen Form der Arbeit durch die Verhältnisse selbst wirkt umso nachhaltiger, je mehr die Produktivkräfte der alten Form über den Kopf wachsen. Die bewußte Organisation der Arbeiter als Klasse ist insofern selbst das Resultat eines naturwüchsigen Prozesses, weil ihre materielle Grundlage der Auflösungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft ist. Denn ebenso wenig, wie der Prozeß der Auflösung der kapitalistischen Produktionsweise gradlinig verläuft, sich vielmehr erst in der periodischen Bewegung von Expansion und Zusammenbruch als Tendenz die Unfähigkeit des Kapitals herausstellt, weiterhin die gesellschaftliche Arbeit zu organisieren, so vollzieht sich die Konsolidierung der Arbeiterbewegung nur in der gegenläufigen Bewegung ihrer Stärkung und Schwächung, von allgemeiner Konkurrenz der Arbeiter gegen das Kapital und Konkurrenz der einzelnen Arbeiter untereinander, in der erst langsam, durch alle Konfusionen, Widersprüchlichkeiten, Zusammenhangslosigkeiten hindurch, in denen alles Massendenken sich zunächst notwendig bewegen muß, solange es nicht vollends von der Herrschaft der bürgerlichen Ideologie befreit ist das Bewußtsein der Arbeiterklasse von sich als dem Träger des historischen Prozesses entsteht.

Das gilt einerseits in dem Sinn, daß erst auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung die kapitalistische Produktionsweise die materiellen Bedingungen einer wirklich revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und der Einsicht in die historischen Bedingungen der Bewegung hervorbringt, d.h. daß historische Bedingungen bestehen für die Ablösung der sozialistischen Sekten durch eine wirkliche Kampforganisation der Arbeiterklasse. (In dieser allgemeinen Bestimmung bleibt der Zusammenhang der ungleichzeitigen Entwicklung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern und deren Stellung auf dem Weltmarkt sowie die internationale Solidarität der Arbeiterklasse unberücksichtigt.) Diese Partei der Arbeiterklasse erst kann eine revolutionäre Taktik entwickeln, die die Grundlage einer er-

folgreichen proletarischen Politik bildet: Aufgrund der Einsicht in die wirkliche Bewegung des materiell-ökonomischen Prozesses bewußt die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft zu beschleunigen. Indem sie das Bewußtsein der Naturwüchsigkeit dieses Prozesses entwickelt, kann sie selbst in diesen eingreifen, ohne unmittelbar in den Phasen relativer Stabilität der kapitalistischen Produktionsweise, die die Arbeiterbewegung schwächen, dieser Schwächung unterworfen zu sein und somit den erreichten Stand ihrer Konsolidierung preiszugeben. Andererseits bleiben die Möglichkeiten ihrer Ausdehnung und der kommunistischen Agitation und Propaganda diesem naturwüchsigen Prozeß unterworfen. Diese Zwiespältigkeit in die Politik aufzunehmen, heißt, in den aktuellen Auseinandersetzungen, so unentwickelt ihr Stand, so konfus ihre Zwecke sein mögen, nicht zu vergessen, daß sie notwendige Durchgangsstadien auf dem Wege zur Emanzipation des Proletariats sind; jeweils zu untersuchen, in welcher Weise – wie vermittelt auch immer – die vorgegebenen Ziele der proletarischen Bewegung in ihnen ihren Ausdruck finden. Diese Untersuchung und die Propaganda der allgemeinen Ziele des Kampfes in jeder seiner Phase und bezogen auf diese, kurz, mit den Worten des Kommunistischen Manifests: in der Gegenwart der Bewegung die Zukunft der Bewegung zu repräsentieren, ist Aufgabe der Kommunisten.

II

Der Vermittlung der Tendenz der aktuellen Kämpfe mit den allgemeinen Zielen der sozialistischen Bewegung ist die Untersuchung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft und des jeweiligen Entwicklungsgrades ihrer Antagonismen vorausgesetzt. Diese kann nur geleistet werden auf Basis des Kommunismus, soweit er theoretisch ist, des wissenschaftlichen Sozialismus.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist keine Doktrin, die von einem bestimmten ideologischen Prinzip ausgeht – etwa der abstrakt ideologischen Forderung nach Aufhebung des Privateigentums – und daraus weitere Konsequenzen zieht, sondern er geht von Tatsachen aus. Er geht aus von der historisch spezifischen Form der Organisation gesellschaftlicher Arbeit, von dem Widerspruch der Produktionsverhältnisse zu den Produktivkräften gesellschaftlicher Arbeit, die sich in ihnen entwickeln, und der damit durch die Verhältnisse selber gesetzten Notwendigkeit der Aufhebung des Privateigentums.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist die theoretische Verarbeitung der naturwüchsig aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorgehenden Tendenzen des Sozialismus, die ideelle Reproduktion der wirklichen Bewegung. Als solche schließt er das Doppelte ein: einerseits die Dechiffrierung des inneren Zusammenhangs der erscheinenden Bewegung des Kapitals an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, andererseits den theoretischen Ausdruck der wirklichen Entwicklung, wie sie sich in den aktuellen Klassenkämpfen durchsetzt. Jeder Untersuchung der Stellung des Proletariats innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt ist – soll sie nicht von vornherein den gegeneinander verselbständigten und verkehrten Formen aufsitzen, in denen die wirkliche Triebkraft der geschichtlichen Entwicklung, die gesellschaftliche Arbeit, in der bürgerlichen Gesellschaft erscheint – die Kenntnis jenes inneren Zusammenhanges vorausgesetzt.

Nur in der Einheit dieser beiden Momente ist der Anspruch des wissenschaftlichen Sozialismus, ideeller Ausdruck der wirklichen Bewegung zu sein, eingelöst. Kommunistische Politik auf Basis des wissenschaftlichen Sozialismus kann also nur heißen, für jede wirklich allgemeine Bewegung der Arbeiterklasse einzutreten, deren faktischen Ausgangspunkt als solchen zu akzeptieren und sie schrittweise dadurch auf die theoretische Höhe zu bringen, indem nachgewiesen wird, wie jeder von Seiten der proletarischen Bewegung begangene

Fehler eine notwendige Folge falscher theoretischer Ansichten war. Die Kommunisten erfinden keine politische Bewegung, sondern erklären den Arbeitern den Charakter und das Ziel der proletarischen Bewegung, und zwar Arbeitern, die in ihrer Mehrzahl heute noch in ihren Auffassungen den Vorurteilen und Borniertheiten bürgerlicher Ideologie unterliegen. Sie setzen also nicht dem Proletariat die Bedingungen seiner Emanzipation als zu erfüllende Doktrin gegenüber, sondern erklären aus den gegebenen Verhältnissen den Proletariern die Notwendigkeit ihrer Unterdrückung und Ausbeutung und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

In einer Situation, wo die proletarischen Massen trotz der Verschärfung der Klassenkämpfe weitgehend unter dem Einfluß der herrschenden Klasse stehen, muß die Politik der Kommunisten in erster Linie auf das Aufrütteln der arbeitenden Klasse und auf die Konsolidierung der proletarischen Massenpartei gerichtet sein, auch um den Preis eines unzureichenden Programms, solange diese Partei eine distinkte Klassenpartei ist und am Ziel der sozialen Emanzipation des Proletariats festhält. Daß sich die Konsolidierung nur im Prozeß der Kritik und Korrektur der unzureichenden Teile des Programms vollziehen kann, gilt auch für die DKP und für die SEW. Es bedeutet, den wissenschaftlichen Sozialismus nicht begriffen zu haben, wenn Intellektuelle eine besondere Partei gegen die bestehende und in den Massen verankerte Arbeiterpartei gründen, weil diese ihnen nicht "revolutionär" genug ist.

III

Wenn es eine den Intellektuellen als Kopfarbeitern gemeinsame Eigenschaft ist, aufgrund ihrer wissenschaftlichen Qualifikation sich durch das gründliche Studium des wissenschaftlichen Sozialismus individuell Einsicht in die wirkliche Entwicklung verschaffen zu können, so ist dies noch lange keine Bestimmung, die sie als besondere Schicht von der Arbeiterklasse unterscheidet. Wenn dies dennoch zum Kriterium der Unterscheidung gemacht wird, so lassen sich daraus zwei Konzeptionen der Rolle der Intelligenz im proletarischen Klassenkampf ableiten: entweder wird der Intelligenz als homogener Schicht eine initiierende Rolle im proletarischen Klassenkampf zugesprochen oder sie wird pauschal als Bündnispartner des Proletariats behandelt. Einmal werden die Klassenkämpfe nicht aus dem wirklichen Auflösungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft abgeleitet, in dem die Kommunisten nur v o r w ä r t s t r e i b e n d e Funktionen haben können, zum anderen wird nicht die Stellung im Reproduktionsprozeß als das wesentliche Moment bei der Bestimmung des Verhältnisses der Klassen und der daraus abgeleiteten revolutionären Taktik aufgefaßt, sondern die gemeinsame Eigenschaft der Kopfarbeit zum Charakteristikum der gesellschaftlichen Stellung der Intelligenz gemacht. Demgegenüber ist daran festzuhalten, daß jede wissenschaftliche Analyse der Rolle der "Intelligenz" im Klassenkampf des Proletariats auszugehen hat von der Bestimmung der Stellung der verschiedenen Fraktionen der geistigen Produzenten im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und den dieser Stellung entsprechenden oder aufgrund tradierter Klassenvorurteile zunächst noch widersprechenden Bewußtseins.

Von der ökonomischen Formbestimmung ausgehend, also vom Verhältnis der Produzenten zum Eigentum an den objektiven Produktionsbedingungen aus, lassen sich zwei wesentliche Fraktionen der "Intelligenz" bestimmen, deren weitere Analyse eine der wesentlichen Aufgaben bei der Erarbeitung einer wissenschaftlich begründeten Bestimmung sozialistischer Hochschulpolitik darstellt. Hier kann zunächst nur versucht werden, diese zu umreißen und einige Probleme zu benennen, die in der weiteren Diskussion wichtig werden:

1. Der weitaus größte Teil der "Intelligenz" lebt vom Verkauf der Ware Arbeitskraft, ist nicht Eigentümer von Produktionsmitteln und daher objektiv eine Fraktion der Arbeiterklasse. Seine Analyse ist somit Teil der Analyse der Struktur und des Bewußtseins der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse selbst.

a. Direkt unters Kapital subsumierte geistige Produzenten. Tausch der Ware Arbeitskraft gegen Kapital. Weiter zu differenzieren unter dem Gesichtspunkt von Produktions- und Zirkulationsagenten. Die aus den immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktion hervorgehende Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte, der Vergesellschaftung der Produktion drückt sich in der zunehmenden Verwissenschaftlichung der materiellen Produktion aus, d.h. dem ständigen Wachstum von direkt in der materiellen Reproduktion tätigen geistigen Produzenten, der "wissenschaftlich-technischen Intelligenz", die produktive Arbeiter sind. Mit der reellen Subsumtion der Wissenschaft unter das Kapital, der Vergesellschaftung des wissenschaftlichen Forschungsprozesses, verschwindet zunehmend deren isolierte Arbeit. (Probleme, die bei der detaillierten Analyse und bei der Agitation zu berücksichtigen sind: Differenzen der Lohnform, Dirigentengehalt, Doppelnatur der Leitungstätigkeit, Dequalifikation.)

Vom Kapital als Zirkulationsagenten angestellte geistige Produzenten, die, sofern sie Mehrarbeit leisten, die negative Schranke der Verwertung des Kapitals senken. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion gehen nicht nur die Oberaufsicht über die Produktion, sondern sämtliche Zirkulationstätigkeiten von den industriellen und kommerziellen Kapitalisten in die Hände von, wenn auch teilweise hoch dotierten Lohnarbeitern über; der Kapitalist verschwindet ebenso wie der Grundeigentümer als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß und verwandelt sich in bloßen Besitzer von Eigentumstiteln als Anweisung auf einzustreichenden Mehrwert. (Probleme: Managergehalt; Kriterien zur Abgrenzung der Arbeiterklasse nach oben, Dequalifikation der Zirkulationsarbeiten.)

b. Im öffentlichen Dienst (Staat, gemeinnützige Verbände etc.) beschäftigte Teile der Intelligenz, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben.

Tausch des Werts der Arbeitskraft nicht gegen Kapital, sondern gegen Revenuen (wo der Staat als Kapitalist auftritt, unter a. zu behandeln), wo die Arbeiter, obgleich sie freie Lohnarbeiter sind wie alle andern, doch ökonomisch in einem anderen Verhältnis stehen. Sie sind notwendige oder nützliche, dennoch unproduktive Arbeiter. Entsprechend der Doppelnatur des bürgerlichen Staats, zum einen die Herstellung der allgemeinen Produktions- und Verkehrsbedingungen zu übernehmen, sofern dies nicht direkt vom Kapital übernommen wird, zum andern seine dem Klassencharakter der Gesellschaft geschuldete Unterdrückungsfunktion verschmelzen auch bei diesen notwendigen Arbeiten die gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten mit den bloßen Unterdrückungsfunktionen (z.B. geistige Produzenten in der Planung, im Gesundheits- und Ausbildungswesen etc.). (Probleme: Unterschiede der Lohn- und Versicherungsformen, Altersrente etc. Weil direkt dem Staat untergeordnet, Schwierigkeiten bei der Erkenntnis des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital, die nur über die Einsicht in die Funktion des Staats in der bürgerlichen Gesellschaft herzustellen ist.)

Von diesen unproduktiven, aber notwendigen Arbeitern zu unterscheiden sind die ideologischen Stände im öffentlichen Dienst, deren Tätigkeit rein den Unterdrückungsfunktionen des bürgerlichen Staats geschuldet ist: Alle Sorten von ideologischen und politischen Repräsentanten der herrschenden Klasse. Die Bourgeoisie läßt diese, soweit es ihr möglich, aus den Revenuen aller gesellschaftlichen Klassen (über Steuern) bezahlen (das gleiche bei den von Kirchen beschäftigten Ideologen). Daneben existiert noch eine kleinere Anzahl von Intellektuellen, die den Wert ihrer Arbeitskraft direkt gegen Revenue einer bestimmten Klasse tauschen (Parteien, Industrieverbände, Gewerkschaften).

2. Die zweite Fraktion der Intelligenz sind selbständige "freischaffende" Kleinproduzenten, im Besitz ihrer Produktionsmittel: Künstler, Mediziner, Juristen, Architekten, Journalisten etc. Diese sind Teil der Zwischenklasse der Kleinproduzenten (Kleinbürger und Kleinbauern); sie werden zunehmend gegenüber der proletarischen Intelligenz gesellschaftlich und zahlenmäßig irrelevant.

Sofern Mitglieder der herrschenden Klasse als Intellektuelle tätig sind, ist dies von ihrer Funktion als Eigentümer der Produktionsmittel zu unterscheiden. Auch dieser Teil der Intelligenz ist als gesellschaftlich völlig irrelevant zu vernachlässigen.

Schon aus dieser knappen Skizze wird ersichtlich, daß nicht generell vom "Bündnispartner" Intelligenz im Klassenkampf des Proletariats gesprochen werden kann. Der weitaus größte und gesellschaftlich allein ausschlaggebende Teil der Intellektuellen ist objektiv ein Teil der Arbeiterklasse. Was ihn betrifft, gilt es, die tradierten Bewußtseinsformen aufzulösen, welche die Einsicht in diesen Zusammenhang großen Teilen der proletarischen Intelligenz noch verstellt. An Stelle der Phrase von der Bündnispolitik mit den Intellektuellen muß die Herstellung der Einheit der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse als adäquate revolutionäre Taktik entwickelt werden. Die Phrase von der Bündnispolitik verstärkt nur die durch die objektive Entwicklung des Kapitalismus überholten, verkehrten Bewußtseinsformen dieses Teils der Intelligenz und ist daher in zunehmendem Maß ein Hindernis bei der Entwicklung proletarischen Klassenbewußtseins. (Auf die besonderen Probleme der Agitation dieses Teils der Arbeiterklasse kann hier nicht näher eingegangen werden.) Nur in bezug auf die ihrer objektiven Stellung nach – Besitz ihrer Produktionsmittel – kleinbürgerlichen Intellektuellen wäre die Konzeption des Bündnisses im Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft theoretisch einsichtig. Abgesehen von ihrer objektiven gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit verhindert ihre weitgehend isolierte Arbeit und das Vorherrschen des ihrer gesellschaftlichen Stellung angemessenen kleinbürgerlichen Bewußtseins eine wirkungsvolle, dem Kräfteaufwand angemessene Agitation.
Neben diesen Teilen der Intelligenz, die im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß stehen und deren objektive Funktion im Klassenkampf des Proletariats ebenso wie ihre jeweiligen Bewußtseinsformen aus dieser Stellung erklärt werden müssen, ist kurz auf denjenigen Teil der Intelligenz einzugehen, der zu Zwecken der Qualifikation der Arbeitskraft zeitweilig vom Zwang zur Reproduktion der Arbeitskraft freigestellt ist: die Studenten. Auch dieser Teil ist notwendigerweise, was Klassenherkunft und künftige Berufsperspektive angeht, heterogen. Während die im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß stehenden Produktionsagenten die gesellschaftlichen Widersprüche mehr oder weniger direkt erfahren, reproduzieren sich diese für die in der Ausbildung stehenden Teile der Intelligenz nur vermittelt über Konflikte an den Ausbildungsstätten, im Widerspruch zwischen Berufserwartung und wirklichem Studiengang etc. Abgesehen von ihrer gemeinsamen Freistellung vom Reproduktionsprozeß ist die Berufserwartung, die sich in den verschiedenen Studienrichtungen ausdrückt bei der Agitation von Studenten zu berücksichtigen.

Aus dem oben entwickelten folgt, daß es für Kommunisten an der Hochschule folgende Aufgaben zu lösen gilt:
1. Aufbau des sozialistischen Studiums: Dieses selbst muß immer ein doppeltes beinhalten. Zum einen die Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus, die die Voraussetzung bildet für die Erkenntnis der Stellung der Intelligenz im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß als Fraktion der Lohnarbeiterklasse und damit auch der Erkenntnis der mit der Lohnarbeit gesetzten Gleichgültigkeit gegenüber dem konkret-nützlichen Charakter der Arbeit; weiterhin die Vorbereitung auf den gewerkschaftlichen und politischen Kampf am Arbeitsplatz; Ausbildung zu Agitatoren und Propagandisten der Ziele der proletarischen Bewegung. Zum andern muß immer die gründliche Qualifikation der Arbeitskraft sichergestellt werden.

Für die sozialwissenschaftlichen Bereiche bedeutet dies, daß berufsqualifizierende Ausbildungsgänge von den Sozialisten überhaupt erst erkämpft und eingerichtet werden müssen. Für alle Ausbildungsbereiche gilt, daß für die Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus und darauf aufbauende Untersuchungen und Tätigkeiten umso mehr Zeit zur Verfügung steht, je effizienter (Ökonomie der Zeit) die Ausbildung für besondere Berufsqualifikation sein wird.

2. Beteiligung an den Auseinandersetzungen im Hochschulbereich um die Erkämpfung und Absicherung der Möglichkeiten der Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus, um die Erkämpfung besserer Bedingungen der Qualifikation der Arbeitskraft, und um die Erweiterung der Aktionsbasis der Sozialisten an der Hochschule (Internationalismuskampagnen, Wahlkampfunterstützung, Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der Kämpfe der Arbeiterklasse).

IV

Für die aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Sekten, die sich "Proletarische Aufbauorganisationen" nennen, gilt – wie für alle Sekten –, daß die Bewegung des proletarischen Klassenkampfes an ihnen vorbeigeht und sie zur vollständigen Bedeutungslosigkeit verurteilt. Ihr gegenwärtiger Einfluß an der Hochschule, der darin besteht, Verwirrung unter den Studenten zu stiften, macht es jedoch notwendig, auf ihre zentralen Vorstellungen einzugehen.

Die KPD-AO:

War die Studentenbewegung in der Möglichkeit ihres Kampfes gegen den "autoritären bürgerlichen Staat" und unmittelbar gegen den Staatsapparat bald an ihre Schranken gestoßen, so erkannten viele Studenten, unter ihnen auch die Gründer der AO, daß die einzig revolutionäre Kraft das Proletariat ist: "Wir (die westdeutschen und Westberliner Studenten) wehrten uns ebenfalls noch gegen die Einsicht, daß einzig und allein das Proletariat unter Führung der KP zusammen mit den verbündeten Schichten die Herrschaft der Bourgeoisie vernichten, eine revolutionäre Diktatur errichten und den sozialistischen Aufbau durchführen kann... Wir begannen intensiv die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zu studieren..." (Erkämpft das sozialistische Studium, "Rotzeg Nr. 1", S. 8). "Von den Ausführungen der Klassiker lernen wir, daß die Revolution zum Scheitern verurteilt ist, wenn sie nicht unter der Führung der Arbeiterklasse voranschreitet. Gerade die westeuropäischen Klassenkämpfe, besonders in Italien, beweisen, daß die Arbeiterklasse am konsequentesten revolutionär ist; nur die Arbeiterklasse ist in der Lage, die Führung in der Revolution zu übernehmen Aber die kämpfende Klasse wird immer wieder von den Agenten der staatlichen Bürokratie, der Monopole, ... und den revisionistischen Parteien gespalten..., wenn sie sich nicht ein Instrument schafft, das ... die Arbeiterklasse siegreich zur Diktatur des Proletariats führen kann. Nur die Partei ist dieses Instrument in den Händen der Arbeiterklasse." (Semler, Horlemann u.a., "RPK" 43/44/45, S. 10). Galt es also jetzt den K a m p f d e s P r o l e t a r i a t s zu fördern und kann dieser die Diktatur des Proletariats nur erreichen unter der F ü h r u n g d e r P a r t e i, so war die Frage nach den bestehenden proletarischen Organisationen gestellt. Diese aber, das schienen Erfahrungen zu zeigen, sind revisionistisch, führen den Kampf gegen die Bourgeoisie nicht e n t s c h i e d e n genug, sind überhaupt keine wahren Kommunisten. Aus diesen Momenten, das tatenlose P r o l e t a r i a t für seine eigentliche Aufgabe, den Sturz der Bourgeoisie durch die Anleitung durch die Partei zu gewinnen und andererseits des Verrats am Kommunismus durch den "modernen Revisionismus" der KPdSU samt Anhang gewahr, schien sich nur die Konsequenz zu ergeben, s e l b s t d i e I n i t i a t i v e z u e r g r e i f e n und eine eigene Partei zu gründen.

Allerdings waren die Gründer der AO weder in der Lage, die revolutionäre Rolle des Proletariats und den Inhalt der modernen Revolution aus der Analyse des notwendigen Zerfallsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft, den damit gesetzten gesellschaftlichen Antagonismus und der mit der Emanzipation des Proletariats möglichen Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit abzuleiten, vielmehr begriffen sie die Beschleunigung des notwendigen Zerfallsprozesses in b l o ß p o l i t i s c h e n K a t e g o r i e n (Kampf gegen den Staatsapparat, "RPK" 43/45), noch waren sie in der Lage, aus einer Analyse des in der BRD gegebenen Entwicklungsstandes der gesellschaftlichen Antagonismen eine taktische Konzeption zu entwickeln und eine fundierte Kritik an der Taktik der bestehenden kommunistischen Parteien zu leisten und damit die Notwendigkeit und Form der eigenen Parteigründung zu begründen. Entscheidend waren allein der W i l l e und der Glaube, daß die konvertierten bürgerlichen Intellektuellen jetzt praktische Schritte zur Organisierung und Mobilisierung des Proletariats unternehmen müßten (vgl. "Vorläufige Plattform..."). Und bis heute hat die AO weder eine fundierte Revisionismuskritik, noch eine Klassenanalyse, noch eine Begründung ihrer Gründung vorgelegt.

"Gründend auf der marxistisch-leninistischen Erkenntnis, daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung geben kann" ("Kommunique", S. 15), hat die AO durch die Einrichtung theoretischer Kommissionen die "Ausarbeitung der politischen Linie der KPD-AUFBAUORGANISATION vorangetrieben". Bloß, was die Genossen nach der Gründung unter T h e o r i e verstanden, war nichts als eine zur Legitimation ihrer praktischen Schritte gezogene Blütenlese der sogenannten marxistischen Klassiker. Die chinesische Kritik am "Sowjetrevisionismus", der plötzlich mit dem Staatsstreich der Chruschtschow-Clique auftauchte (vgl. "Kommunique", S. 7), wird genauso herangezogen wie die Stalinsche Konzeption der "Prinzipien des ML" und der Leninsche Parteityp, wie Namen und Kostüme der alten KPD. "Die Bolschewisierung der Kommunistischen Partei ist die r i c h t i g e L e h r e aus der Geschichte der KPD, ihre erneute t h e o r e t i s c h e B e g r ü n d u n g sowie ihre konsequente organisatorische Umsetzung sind n o t w e n d i g . . ." ("RPK" 108, S. 3; Hervorhebungen d.Verf.)

Der Zusammenhalt dieser verschiedenen Theoriefragmente wird dann unter dem Titel "Erfahrungen der Arbeiterbewegung" gedacht und diese werden schlicht zur "Substanz des wissenschaftlichen Sozialismus" ernannt ("RPK" 108, S. 3; 113/4, S. 27; "Kommunique", S. 12). So kommt es nur noch darauf an, die Bewegungen und Revolutionen von 1848 bis heute zu studieren (vgl. "Rotzeg", "Erkämpft...", Nr. 1, S. 8), deren Erfahrungen zu verallgemeinern und zu sehen, was sich heute damit anfangen läßt; man muß die Tradition, in die man sich mit der Einnahme des proletarischen Standpunkts gestellt hat, fruchtbar machen durch die Interpretation des akkumulierten Erfahrungsschatzes (zu dem auch das "Kapital" gehört – das scheint aber noch nicht mal ein Problem zu sein) unter der gegebenen praktischen Fragestellung. – Die Strukturen bürgerlichen Theorieverständnisses werden in dieser Konzeption nur zu deutlich: Der Charakter der "revolutionären Theorie als parteilicher Waffe" ("RPK" 108, S 2), durch den die "bürgerliche Distanz zur lebendigen Geschichte" aufgehoben ist, offenbart sich am meisten in der Konzeption der Klassenanalyse, die "von den Klassikern niemals als Schreibtischarbeit verstanden worden" (ebd) ist; vielmehr gelingt es "der Partei der Arbeiterklasse", durch sie, als "lebendige Dialektik von Theorie und Praxis", die "Verhältnisse der Klassen untereinander in eine andere Form der Bewegung zu bringen, als dies die Kapitale und ihre Staatsmaschine vermögen".

Voraussetzung aller Theorie ist also die P a r t e i l i c h k e i t, der proletarische S t a n d p u n k t; erst aus der Verbindung von Praxis und Tradition (auf die sich die Theorie schon vorweg reduziert hat) ergibt sich die richtige politische Linie. Nicht die u n v e r s t e l l t e E i n s i c h t in den Prozeß der materiell-ökonomischen Bewegung, die wissenschaftliche Dechiffrierung gerade der Verkehrungen und Mystifikationen, die aus dem Kapitalverhält-

nis entspringen und die parteiliche Erkenntnis der Bourgeoistheoretiker erst konstituieren, nicht die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft ist Ausgangspunkt der Theorie; es wird gerade die aus der notwendigen bürgerlichen Voreingenommenheit resultierende subjektivistische Theoriekonzeption und Standpunktlogik übernommen – zur Legitimation des eigenen Eklektizismus – und als reinster Marxismus verkauft.

Dieser Eklektizismus hat zur Folge, daß große Teile der taktischen Konzeption der traditionellen kommunistischen Parteien einfach unter der Hand übernommen werden (z.B. in der Konzeption der 'Bündnispolitik' der Arbeiter mit den Kleinbürgern und Bauern ("Kommunique", S. 8), dem Kampf gegen das Monopolkapital ("RPK" 92), dem Kampf gegen den Faschismus ("RPK" 116, S. 9: "Faschistentreffen verhindert" etc.). Die Struktur ist immer dieselbe: in der Phrase gebärdet man sich 'antirevisionistisch', obwohl keine eigenen theoretischen Klärungen der "Revisionismusfrage" angeboten werden können. Die eigenen theoretischen Grundlagen leiht man sich dann wieder bei den 'Revisionisten', meist noch zum Abklatsch verwässert. Der Unterschied zu jenen reduziert sich damit auf ein noch dünneres voluntaristisches Abstraktum: die größere Entschlossenheit zum Kampf gegen die Bourgeoisie...

Spiegelbild der subjektivistischen Theoriekonzeption ist die idealistisch-voluntaristische Form der Praxis, selbst wieder Folge mangelnder und mangelhafter Theorie. Dem Willen, das Proletariat zu mobilisieren, ist die Leninsche Parteikonzeption zu Hilfe – was nicht so sehr an der Leninschen Parteikonzeption als an deren unreflektierter Übernahme liegt – geht sie doch aus von der These der prinzipiellen Beschränktheit des Arbeiterbewußtseins. Wenn im einfachen Anschluß an Lenin die Entstehung von Klassenbewußtsein, das Durchschlagen der vom Kapital selbst produzierten Mystifikationen seiner Verhältnisse, nicht noch als ein in der Bewegung der materiell-ökonomischen Basis angelegter Prozeß begriffen wird, dann ist es natürlich prinzipiell gleichgültig, wann die sogenannten Kommunisten mit der Propaganda ihrer Idealvorstellungen beginnen, je eher, umso besser.

Ist das Theorieverständnis subjektivistisch, die Begründung und der Inhalt der Praxis voluntaristisch, so wird der Ersatz für die Kenntnis der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft für die Klassenanalyse für die fundierte Konzeption der Taktik die moralische Phrase: es gilt, den "schlimmsten" oder "Hauptfeind der Menschheit, den Imperialismus", zu bekämpfen ("RPK", 117, S. 4 f), sich in den "Dienst des Volkes" zu stellen ("RPK" 113, S. 2 f); wer prinzipiell die AO kritisiert, zeigt sich schon "unsolidarisch mit der Arbeiterbewegung" (Protokoll eines Teach-in), denn sie sind schließlich diejenigen, "die sich konsequent und ehrlich auf den Standpunkt des Kommunismus stellen" ("RPK" 88, S. 6). Als was sich bei näherem Hinsehen dieser "ehrliche Kommunismus" der AO-Genossen allerdings herausstellt, ist in der Tat nichts anderes als die eben zusammengefaßte Dreieinigkeit nicht überwundener bürgerlicher Klassenvorurteile: Subjektivismus, Voluntarismus, Moralismus.

Wenn sich im Gang der Entwicklung des Klassenkampfs Teile der herrschenden Klasse oder der Zwischenschichten dem Proletariat anschließen wollen so müssen "diese Leute, um der proletarischen Bewegung zu nutzen, auch wirkliche Bildungselemente mitbringen. Dies ist aber bei der Mehrzahl der deutschen bürgerlichen Konvertiten nicht der Fall... An wirklichem, tatsächlichem oder theoretischem Bildungsstoff ist da absoluter Mangel. Statt dessen Versuche, die sozialistischen, oberflächlich angeeigneten Gedanken in Einklang zu bringen mit den verschiedensten theoretischen Standpunkten... statt die neue Wissenschaft vorerst selbst gründlich zu studieren" und damit die eigenen mitgebrachten bürgerlichen Klassenvorurteile abzubauen, "stutzte sie jeder sich vielmehr nach dem mitgebrachten Standpunkt zurecht... und trat gleich mit der Prätention auf, sie lehren zu wollen. Solche Bildungselemente, deren erstes Prinzip ist, zu lehren, was sie nicht gelernt haben, kann die Partei gut entbehren." ("Zirkularbrief...", MEW 34, S. 406 f)

Die PL/PI

"In der PL/PI wird es nur Kommunisten geben."

"Die Genossen der Intelligenz, die den Kampf gegen die Ausbeutung in der Fabrik für sich selbst verbindlich gemacht haben, wie ihn das Proletariat als einzige Lebensperspektive kennt, die ihre bürgerliche Perspektive aufgegeben haben und damit ihre eigene Klasse hinter sich gelassen haben, diese Genossen sind Kommunisten." ("Zentralorgan" Nr. 2)

"Der Politisierungsvorsprung der Intelligenz ist als Hebel zur Entfaltung der proletarischen Klassenkämpfe zu begreifen und zu benutzen. Die sozialistische Intelligenz muß in der gegenwärtigen wie in allen Etappen des proletarischen Klassenkampfes an der Hauptaufgabe dieses Kampfes praktisch teilnehmen, d.h. sie muß für längere Zeit – wir meinen nicht unter einem Jahr – unter Anleitung einer Kaderorganisation, die solche Arbeit betreibt, die politische Arbeit in einem Betrieb aufnehmen und dort dem Proletariat helfen, die Grundlagen seiner Kampforganisation zu schaffen." ("RPK" 74/75)

Die PL/PI versteht ihre Arbeit als "Schaffung von Voraussetzungen von revolutionären Situationen", geht also explizit von der initiierenden Rolle der Intelligenz aus. Die Aufgaben der Kommunisten leiten sich hier nicht aus einer Analyse der Bedingungen des Auflösungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft ab, sondern resultieren aus einem subjektiven Willensakt, dem voluntaristischen Entschluß, endlich "die Revolution vorzubereiten, die Kämpfe zu entfachen und das Proletariat zu organisieren." Es ist dies die moralische Willenshandlung des konvertierten bürgerlichen Subjekts, das seine Ideen von einer freien Gesellschaft verwirklichen will. Hier ist Kommunismus nicht der Ausdruck der wirklichen Bewegung, sondern ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, nach dem sich die Wirklichkeit zu richten hat.

Anstatt aus der Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft die widersprüchlichen Tendenzen des Kapitals abzuleiten, um seine konkreten Erscheinungsformen in der wirklichen Bewegung der Konkurrenz bestimmen zu können, glaubt die PL/PI, es sei "auszugehen von der sinnlichen Stufe der Erkenntnis", von den "konkreten Erfahrungen im Betrieb", wo die "Erscheinungsformen des Ausbeutungsverhältnisses am deutlichsten zutage treten." ("RPK" 74/75) Sie hält sich daran, die bloßen Oberflächenerscheinungen "zu verallgemeinern und zu systematisieren" und gibt damit die Methode des wissenschaftlichen Sozialismus zugunsten empirischer Sozialforschung auf. Wird die Analyse der gegebenen historisch-empirischen Bewegung der kapitalistischen Produktionsweise, der selbst noch die gründliche Aufarbeitung der inneren Natur des Kapitals vorausgesetzt sein muß, aber ersetzt durch die sinnliche Erfahrung im Betrieb muß die Praxis zur prinzipienlosen Handwerklerei werden und auch die Taktik notwendig auswechselbar bleiben.

Mit nichts anderem, als dem Willen zur Revolution, der Fähigkeit zur sinnlichen Erfahrung und einem gesunden "Maß an Pragmatismus" ausgestattet, erklärt die PL/PI zur Massenlinie der Intelligenz Betriebsarbeit, damit diese dort "die proletarischen Massen kennenlernen" und sich von ihnen "umerziehen" lassen. Erst durch die Arbeit im Betrieb, im hautnahen Kontakt zum Proletariat können die ehemals kleinbürgerlichen Studenten zu wahren Kommunisten heranreifen. "Während der Arbeit aber bekamen sie einen Begriff davon, was es heißt, das Proletariat, die Hauptkraft des Klassenkampfes zu organisieren. Sie gaben darauf ihre bürgerlichen Karrierevorstellungen auf (leider aber nicht ihre sozialistischen Karrierevorstellungen – ihr Leninspielenwollen), bleiben im Betrieb und sehen ihre Aufgabe in der revolutionären Arbeit im Proletariat." ("ZO" Nr. 2) Im übrigen ver-

fällt die PL/PI damit der irrigen Auffassung, daß das Proletariat in der Fabrik schon das richtige Bewußtsein besitzt und die in den Betrieben arbeitende Intelligenz qua "Konfliktstrategie" Klassenbewußtsein reaktualisieren kann. Daß einerseits der innere Zusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise an der Oberfläche und damit auch im Bewußtsein der Produktionsagenten notwendig sich in verkehrter Form reflektieren muß, andererseits die Bewegungsgesetze des Kapitals selbst wieder die materiellen Bedingungen zur Aufbrechung des falschen Bewußtseins hervorbringen, muß der PL/PI, die dem Studium des wissenschaftlichen Sozialismus mit verächtlicher Ignoranz begegnet, natürlich verborgen bleiben. Daß die Revolution selbst noch an historisch-ökonomische Bedingungen gebunden ist, die vor jeder revolutionären Praxis zu analysieren sind, zu dieser Einsicht kann die PL/PI nicht gelangen, da sie nicht "im Problematisieren stecken bleiben will". Anstatt aus dem Konflikt zwischen der materiellen Entwicklung der Produktion und ihrer gesellschaftlichen Form die Bedingungen für die Emanzipation abzuleiten, schafft die PL/PI sie schlicht qua Kaderbildung.

Wie wenig es dem "Antirevisionismus" der studentischen Sekten um inhaltliche Auseinandersetzung mit der SEW / DKP zu tun ist, zeigt sich am schlagendsten darin, daß sie sich in den theoretischen Grundlagen ihrer Kritik fast ausschließlich auf die theoretischen Positionen der von ihnen kritisierten "Revisionisten" stützen. Ihr 'Antirevisionismus' entspringt aus ganz anderer Quelle, nämlich der für jede Sekte charakteristischen Notwendigkeit, ihre eigene Existenz der wirklichen Arbeiterbewegung gegenüber rechtfertigen zu müssen. Dieses ihnen allen gemeinsame Legitimationsproblem erklärt wohl auch die – angesichts der Verbissenheit, mit der sie sich untereinander bekämpfen – verblüffende Einmütigkeit, mit der alle Sekten in 'Antirevisionismus' machen. Hinter der Gegenüberstellung von 'Revisionismus' und 'Antirevisionismus' verbirgt sich nichts als ihr sektiererisches Verhältnis zur wirklichen Arbeiterbewegung.

Projekt Klassenanalyse

Band 10 der marxismus-bibliothek

Richta-Report

Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts

erscheint Anfang September
ca. 450 Seiten
12 Mark

Der Richta-Report liefert eine umfassende Theorie gesellschaftlichen Fortschritts und zugleich eine dem 20. Jahrhundert entsprechende Theorie und Praxis des Sozialismus.

Der Richta-Report befaßt sich mit:
einer Marxismus-Revision
und dem Aspekt von Wissenschaft und Technik im 20. Jahrhundert,
Wandlung des persönlichen Lebensstils in einer verwissenschaftlichen Welt,
Veränderungen der Produktionsverhältnisse,
Veränderungen im Freizeitverhalten,
Schule und Bildungsfragen,
Planung des Gesundheitswesen,
Verkehrs- und Städteplanung,
technischen Fortschritt und
„Dritte Welt"

Der Richta-Report
ist eine interdisziplinäre Studie
von 45 Wissenschaftlern
der Akademie der Wissenschaften
in Prag.

makol

6 Frankfurt Schwanthalerstraße 49

информационного бюлл
«Берлинер экстрадинст»
кционной статье бюлле

IST DER BERLINER EXTRA–DIENST MOSKAUHÖRIG?

Das behauptet zumindest der „Bayern-Kurier" des Franz Josef Strauß, der gleich die ganze Redaktion wegen Beleidigung anzeigte, weil ED-Karrikaturist Hachfeld den CSU-Chef in Hakenkreuzform konterfeite.

Weitere Attribute für den ED: „rot-revolutionär" (NPD-„Deutsche Nachrichten"), „Völkischer Beobachter der Berliner APO" (so die rechte Studentenzeitschrift „da"), „antikommunistisch" und „revisionistisch" (RPK) „linksradikal" (Springers „Morgenpost"), „fortschrittlich" ("Neues Deutschland"), „antiautoritär" („Kölner Stadtanzeiger"), „das prokommunistische Kampfblatt Berlins" („Deutsche Tagespost", Würzburg), „Mitteilungsblatt der linken Radikalen"(neo-Nazi-Zeitschrift „Mut"), „ein David gegen den Goliath Springer" (ARD-Fernsehen), „eine Art Exklusivorgan für höheren Orts als unangenehm empfundene Mitteilungen" (Tagesspiegel), „ein ausgemachter Bürgerschreck" (Handelsblatt), „zersetzend und polemisch" (Pressemitteilung des Polizeivizepräsidenten).

berliner EXTRA dienst

erscheint zweimal wöchentlich

kommt mit der Post ins Haus kostet 5 Mark im Monat mit Porto

Probeexemplare kostenlos

MIT 24 SEITEN

PRO AUSGABE

1 Berlin 31
Pfalzburger Straße 20
Telefon: 86 29 14

edition etcetera • edition etcetera • editi

● WOLFGANG HARICH: ZUR KRITIK DER REVOLUTIONÄREN UNGEDULD. EINE ABRECHNUNG MIT DEM ALTEN UND DEM NEUEN ANARCHISMUS. SFR 12.60/DM 10.– ● WALTER HOLLSTEIN: BETROGENE SEHNSUCHT. DAS MENSCHENBILD IM DEUTSCHEN ILLUSTRIERTENROMAN. SFR 10.–/DM 8.– ● IN VORBEREITUNG: ● WILFRID JAENSCH: UNTERGRUND UND ZWEITE TECHNISCHE REVOLUTION ● LAURENT TSCHUDI: MARXISMUS UND DIREKTE RÄTEDEMOKRATIE (VÖLLIG NEU BEARBEITETE FASSUNG) ● JÜRGEN VON TOMËI: POLITISCHE KARIKATUREN ● BEAT KAPPELER: DIE VERFLECHTUNG VON POLITIK UND WIRTSCHAFT IN DER SCHWEIZ ● DOKUMENTATION: PALÄSTINA UND DER KONFLIKT IM NAHEN OSTEN ● MAURICE BRINTON: BOLSCHEWIKI UND ARBEITERKONTROLLE 1917–1921 (ÜBERSETZUNG) ● GEORG LUKÁCS ETCETERA ● ETCETERA – AKTUELL ●

on etcetera • edition etcetera • edition et

POSTFACH 572, CH-4001 BASEL